Provinzial

Gesetzsammlung

bes

Königreichs

Galizien und Lodomerien für das Jahr 1826.

Herausgegeben auf allerhöchften Befehl unter der Aufficht des f. f. galizischen Landesguberniums.



Achter Jahrgang.

Cemberg, Gedruckt bei Peter Piller. 



Chronologisches Verzeichniß

in der Provinzialgesetssammlung des Königreichs Galizien und Lodomerien für das Jahr 1826, enthaltenen Berordnungen.

Zahl der Berords nung

Geite

1

2

Á

6

Monat Jänner.

In wie ferne bie Ausubung berliebener Privilegien auf neue Bier. und Brand. wein - Erzeugungsmethoben in ben Propinazioneberechtigten Probingen ge-Stattet merben fonne Wom 6ten Janner. Subarendatoren follen mit Ende jeden 2 Monats mit ben Berpflegemagaginen Abrechnung pflegen Bom gten Janner. Pfarrer follen von der beborftebenden Kon-3 ffrivaions . Revision benachrichtiget merden Bom gten Janner. In Ansehung der von Schullehrern von 4 ihren Dotagionsgrunden zu entrichten. den Grundsteuer baben die nabmliden Grundfage ju gelten, welche megen Entrichtung berfelben burch bie Ruratgeiftlichteit festgefeget find

Bom 12ten Janner.

9 2

Rabi		
ber -		Geite
Jerord nung		
5	Oralinamena han Mahalitatan mio fich hor	
9	Bestimmung der Modalitaten wie sich bei Subarendirungs . Verhandlungen rud.	
	fichtlich der Erfüllungs Rauzionen zu	
	benehmen sen	5
	Vom 15ten Jänner.	
6	Von dem vorgeschriebenen Maafstab, das	
	Einkommen eines Justiziärs, Defo-	
	nom, Mandatars u. s. w. zwischen	
	einem Maximum von 1000, und Mi-	
	nimum von 250 fl. D. D. dur Be-	
	meffung der Rlaffenfteuer anzunehmen,	
	kömint es ab	8
	Vom 13ten Janner.	
7	Aufhebung aller Beschrankungen des Bieb.	
	handels auf den Ollmuger Markten .	9
	Bom isten Janner.	
8	Erneuerung, des f. 6. XX. Abschnitts	
	der politischen Schulverfassung; daß die	
	Dominitaireprasentanten bei der Ghul-	
	visitazion zu erscheinen haben	12
	Vom 15ten Janner.	
9	Berlaffenschaftsmaffen find nach dem Rur-	
	fe zu 250 auf Konv. Munze zurud.	
	zusuhren, und hievon die adeliche Nich.	_ 55
	teramtstare zu bemessen	15
1.0	Vom 17ten Janner.	
10	Apotheler dursen ihre Apothelen ohne Be-	
	willigung der Landesstelle nicht verkau- fen, ober an einen anderen überlassen.	
	Jeder Provisor, den eine Apothekers-	
	witwe aufzustellen Willens ist, muß	
	sich mit seinem Diplom und übrigen	
	wissenschaftlichen und moralischen Zeug-	
	nißen ausweisen	14
	Vom 2sten Janner.	- 4

	٠	-	
ч.	,	л	
а	7		
м	٧.		

Bahl		
Sero	rh:	Cri
nung		
11	Bestimmung ber Quartierstompeteng für	
	das Kontumagamtliche Perfonale	1
	Vom 25ien Janner.	
12	Bestimmungen über die Ginrichtung of.	
	fentlicher Prufungen an fammtlichen	
	philosophischen Studienanstalten	1
	Bom 26ten Sanner.	
15	Sebraifchen Dollmetschern, wenn fie gu	
	einer gerichtlichen Untersuchung beige-	
	zogen werden, wird fur jeden Sag	
	Gin Gulben Konbenzions . Munge be-	
	williget	1 (
	Vom 28ten Janner.	
14	Reorganistrung der Lemberger Realschule .	10
	Vom Joten Jänner.	
15	Pfarrer follen bei Inventirung ober Re- inventirung der Pfrunden die erfor-	
	derlichen Behelfe vorbereiten	24
	Von Joten Janner.	26 4
16	Magiftraten, Dominien und Gerichtsbar-	
10	feiten wird die Gintreibung der gerichts	
	lichen Tar . Poftporto . und Stempel.	
	gebühren dur Pflicht gemacht, und	
	ben Pfarrern, Ortsobrigfeiten und	
	Judengemeindvorständen die gewiffen-	
	hafte Ausstellung der Armuthszeugniße	
	eingeschärst .	25
	Vom 31ten Janner.	
17	Ortsobrigfeiten follen die von ihnen ver-	
	bangten Strafen, wegen verzögerter	
	Eingabe der Erwerbsteuer - Erflarun-	-
	gen sogleich bem Kreisamt anzeigen .	26
0	Vom 3-ten Jänner.	
18	Preisaufgabe über die Berbesserung der	0 =
	Konstrukzion der Mahlmuhlen .	27
	Vom Giten Janner.	

Darthepen ihre Straffälligfeit befannt

Sec. 100		-
100	ж	- 11
B. A.		
	а	X.

Bahl		
der		
Bero		Cette
nung		
	gu machen, wird in Erinnerung ge-	
	bracht	35
	Vom 14ten Februar.	
26	Die Posistrede swiften Bojanastampi und	
	Tibuze wird auf eine und ein Biertel	
	Post herabgesett	34
	Som 14ten Februar.	
27	Einhebung der Erwerbsteuer bon überfte-	
3	belnden Gemerbsleuten	34
	Bom 17ten hornung.	-/1
28	Einführung ber Gil . Postfahrt bon Wien	
20	über Brunn nach Lemberg und gurud	35
	Vom 18ten hornung.	
29	Bestimmung bes Gin- und Aussuhrezolls	
z y	fur Meeraale	36
	Vom 20ten Hornung.	30
30	Die bei Unterthansbeschwerben fürzuge-	
	ben , wo die Berjährung eintritt	37
	Vom 21tem Februar.	
31	Bei Entsteglung ber zollämtlich angewie.	
	fenen Waarenfollien foll bon ben po-	
	litifchen Behörden und Ortsobrigfeiten	
	bie amtlich geschehene Entsteglung mit	
	Unfegung des Tages auf dem Ruden	
	der Bollete ausbrudlich bestättiget	
	merden	38
	Vom 22ten Hornung.	
32	Uebersepung bes Lubyczaer Rommergial-	
200	Bollamtes nach Belgec	7.0
	Vom 25ten Hornung.	39
33	Richtfatholische Glaubensgenoffen werden	
	Bur Chrerbiethung bei Vorübertra-	
	gung des Hochwurdigsten angewiesen	39
	Bom 2.sten Februar.	

3ahl der		AT .: 1.
derved=		Soits .
34	Bestimmung ber Wohnungekompetenz für Kreishebammen . Wom 24ten Hornung.	40
35	Die Befrepung des sogenannten Fullbies res von städtischen Getränkerzeugungs und Berzehrungs. Aufschlag wird auch auf die einheimischen Biererzeuger in Landstädten ausgedehnt	41
	Monat März.	
36	Erwerbsteuer mussen in der Abstattung desjenigen Quartals aufgeführt werden, für welches die Steuerbezirksobrigkeit die Absuhr angiebt, in jenen Fällen aber, wo Parthehen unmittelbar bei der Kreiskasse vorgeschrieben sind, mussen derlei Zahlungen auf Abschlag der ältesten fälligen Quartalsraten quit.	
	tirt werden	48
37	Bei Gymnasial - und Grammatikalschulen wird eine besondere Genauigkeit im Klassistien wiederholt eingeschärft, und minderfähige Schüler werden von dem Besuch der philosophischen Studien ausgeschlossen	43
	Vom gen März.	40
38	Bescheinigungen über Straffenarbeiten und Erfordernisse mussen mit der Mitsfertigung des Wegmeisters versehen	
	feyn Kein gten März,	• 44

Bahl der		
Bero	rd=	Geite
nung		
39	Nachtwachen follen aller Orten aufgestellt,	
400	und zur Erfüllung ihrer Schuldigfeit	
	ftreng verhalten werden. Zugleich wird	
	auch das Feuerlosch - und Schubord=	
	nungspatent wiederholt in Erinnerung	
	gebracht	44
-50%	Vom 18ten März.	
40	In wie ferne Unterbehörden ihre Urtheile	
	in ichweren Polizepubertrettungefällen	
	ber Landesstelle vorzulegen haben .	45
-	Vom 19ten März.	
41	Der Schluß des Schuljahres hat an allen böheren Studienanstalten und Sym-	
	naffen mit dem 15ten Juli einzutrete	
	ten, und die Wiedereröffnung dessel-	
	ben mit iten September zu geschehen	46
	Bom 20ten Marz.	40
42	Bei bedentlichen Fassionen follen Bebor-	
	den, die die Klaffenfteuervorschreibun-	
	gen zu veranlassen haben, auf die spe-	
	zifische Nachweisung des Einkommens	
	dringen	49
	Vom 22ten Marz.	
43	Behandlung der Podenseuche unter Scha-	_
	fen	5
	Vom 25ten Marz.	st.
44	Die bestehende Verordnung, nach welcher	
1	den Soltyffen fein freyes Muhl . Sol. zungs. Schanfrecht, teine Fischeren und	
	dergleichen zusteht — wird außer Kraft	
	gefest	5
	Von 26ten März.	Ψ.;
45	Erhebung des Inspruder Lygaums zur Uni-	
19	versität	5:
	Bom 28ten Mart.	

Zahl der Berord	*	Selfe
nung 46	Erläuterung ber Grundsate zu Steuer- nachlässen bei Elementarbeschadigungen	53
47	Vom 29ten Marz. Fuhr - und Sandelsleute, bann Reisenden nach hungarn sollen sich mit den vor-	
	geschriebenen Passen versehen, die Kommerzialstrasse nicht verlassen noch die fon. hungarischen Dreppigst- und Bollämter umgehen	54
	Jollämter umgeben . Vom 31ten März.	94
	Monat April.	
48	Quittungen über Militärquartierzinse find ftempelpflichtig, wenn die Offiziere ihre Quartiere felbst miethen, auch jene über Quartierszinse oder Holzeberguttungen der Landwehroffiziere un-	
	terliegen dem Stempel	56
49	Vom Iten April. Erläuterung der &f. 23 und 446. des I. Theils des Strafgesethuches in Bezug auf die Entsetzung verurtheilter Stan-	
	bespersonen von allen ihren Borzügen	5,7
50	Vom 6ten April. Bereinigung des Vorwerks Koziarnia mit dem Azeszower Kreis, dann Abtret- tung des Dorfes Jurow, und einiger	
	Slatyner und Zutkaer Grundstücke an das Königreich Pohlen Bom 12ten April.	58
51	Bestimmung neuer Eingangs-Bollfage für Buder, Budermehl, und Weintrauben-	
	Syrup Vom 12ten April.	58

Bahl		Seite
der Berord	3	Sette
nung		
52	Erneuerung bes Rreisschreibens, baf bie	
	Dominien die Auslagen bei Refruten.	
	ftellungen zu tragen verbunden find .	59
	Bom 18ten April.	- 3
53	Instruktion für Stadtwundarte	60
	Bom isten April.	
54	Erneuerung ber Borfdrift über die Rom.	
34	merkialstemplung der Tücher	63
	Vom 19ten April.	05
55	Neue Zollbestimmung für das hungarische	C.
	Tabakmehl und den Tabakstaub	64
	Bom 19ten April.	
56	Rlerifer der Regular - Orden durfen die	- "
	Prüfung aus den Obligatstudien der	
	Philosophie auf einmahl an einer öf.	
	fentlichen Lehranstalt taxfrey zurückle.	- 1
	gen	65
	Bom 21ten April.	200
57	Bermögens = Frenzügigfeits . Bertrag zwi.	
	fcen Desterreich und Modena	66
	Vom 24ten April.	
58	Das penfionirten Offizieren bei ihrer Un-	
	stellung im Zivile zugestandene Mehr.	
	drittheil wird nicht auf die blos mit	
	Gnadengehalten betheilten ausgedehnt.	
	Unterbringung ber mit Gnadengehals	
	ten betheilten Militar . Individuen in-	
	solchen Plägen, die ihren Kräften oder	
	Eigenschaften entsprechen .	74
	Vom 26ten April.	
59	Die Abrechnung des Alumnatifums wird	
	bei Berechnung des Erbsteuer-Aequi-	
	valents der Geistlichkeit nicht gestattet	73
	Vom 29ten April.	

Bahl		
der		
Beror	D=	Ceit
nung	/ 033	
	Monat May.	
6.0	Institute ber barmbergigen Schwestern,	
60		
	so wie alle Privatinstitute werden von	
	der jährlichen Rechnungslegung über	
	die Verwaltung des eigenen Vermö-	
	gens enthoben	73
	Vom 2ten Man.	
61	Errichtung einer Weg- und Brudenmauth	
	zu Zarnte	74
	Vom zten Man.	-
62	Beschädigungen fremden Gigenthums, auch	
	wenn ber Schaben nicht über 25 fi.	
	beträgt, find nach bem 74. f. des	
	Strafgefesbuches über Berbrechen gu	
	bestrafen .	74
	Vom Aten May.	/ -1
63	Siebenburgifchen Unterthanen von ihren	
	Dominital . Gerichtsbarfeiten ausge-	
	fertigte Reisepässe sind als gultig zu	
	betrachten	75
	Vom Sten May.	10
64	and the state of t	
0.4	Dominien und Magisträte zwar ihr	
	Amt zu handeln, von Verfassung ei-	
	nes Juventars aber sich bis auf Ansu-	
	den der fompetenten Behörde zu ent-	-6
	halten	76
CF.	Vom 6ten May.	
00	Serftellung und Erhaltung öffentlicher Brun-	
	nen, besonders in den von Militar be-	-
	quartierten Ortschaften	76
0.0	Bom 7ten Man.	
66	Bestimmung des Verfahrens bei Ginzie-	
	bung beimfälliger Guter	77
	Vom 12ten May.	

Zahi		
der Beror	à-	Seite
nung		Ovill
67	Areisamtern wird eine ftrenge Aufficht über	
	den Buftand und die Beschaffenheit der	
	Straffen aufgetragen	79
	Vom 12ten Man.	, ,
68	Postämtern wird die Führung ordentlich	
	verlegter Paffanten Protofolle wieder.	
	holt in Erinnerung gebracht	85
	Vom 12ten May.	
60	Bestimmung der Taglia fur die Rettung	
	eines Menschen aus dem Feuer	85
	Vom 17ten May.	
70	Reifekoften fur Kreisbeamte aus Anlag	
	der Errichtung und Dotirung neuer Tri-	
	vialschulen werden aus dem Schulfon-	
	de bewilliget	86
	Vom 20ten May.	
71	Bestimmungen rudfictlich der Strafur-	
	theile gegen Selbstverstümmler	86
	Vom 20ten May.	
72	Bum unterthänigen Wirthschaftsbetriebe	
	erforderliches Getraide, Solz, Futter,	
-	Gerathe und Vich darf in Erekuzions.	
	fallen nicht abgefondert, in die Ere-	
	fuzion gezogen, sondern nur mit dem	
	unbeweglichen Gute zugleich gepfandet,	1 62
	geschapt und versteigert merden	88
	Vom 24ten May.	
	Monat Funy.	
73	Impfpreise merben allgemein in Konv.	0
	Münze verabfolgt	89
/	Vom iten Juny.	
74	Aufstellung einer Prodinzial - Kommission	
	für die Operazionen des stabilen Ka-	0.0
	tasters	90
	Vom Sten Juny.	

Bahl		
der		~
Verori);	Seite
nung 75	Rlagen gegen Pfarrer wegen Verlegung ber Beichtgebeimniffe find nicht dur	
	politischen Untersuchung geeignet	0.0
	Vom Sten Jung.	90
76	Erneuerung ber Borfdriften, nach welchen	
	feine Militar . Person ohne Erlaubniß	
	ber tompeten Militarbehörde getrauet	
	werden darf	91
	Vom gten Juny.	-30
77	Vize . Staatsbuchhalterswitmen wird die	
	faraftermässige Perfton mit 350 fl. bes	- 4
	williget	93
	Vom gten Juny.	
78	Wie fich bei Dienstesentlassungen ber Ma-	
	giftratsbeamten zu benehmen fep	93
	Vom 10ten Jung.	
79	Pfarrgemeinden follen burch ihre Domi-	
,,,	nien zur reihenweisen Abholung bes	
	Geelforgers zur Ertheilung bes Reli-	
	gionsunterrichts aufgefordert werden .	94
	Vom 16ten Juny.	
80	Gemeinden follen bei ausgebrochenen Epi-	
	bemien ober Biehseuchen die gubr fur	
	Das Sanitäteindividuum unentgeltlich	
	leisten	95
	Vom 20ten Juny.	5
81	Die fich bei Streitigkeiten über Urbarials	
0-	Präftazionen und Richtigstellung ber	
	Inventarien zu benehmen sey .	98
,	Vom 27ten Jung.	90
82	Privatlehrer zur Ertheilung des Religions.	
02	unterrichts unterliegen rudsichtlich ber	
	Beurtheilung ihrer Fähigkeit bem bis	
	schrichening ihrer zugigten dem die schriften Drdinariate	100
		*00
	Vom 28ten Jung	

3abi	
der Berord-	Seite
nung	00110
83 Gefehmidrige Judenehen follen nicht gu-	
gelassen werden	101
Vom 28ten Juny.	
84 Beugniffe uber das von Regularflerifern be-	
foranftere philosophischen Studien baben bei ihrem Austritt aus ben Rlo-	4 .
ftern zur Aufnahme in die hohern Stu-	
dien keine Gultigkeit	102
Vom 29ten Juny.	102
85 herabsetung des Ausgangszolls fur die	
robe Floretseibe, und Geidenabfalle	
aller Art	103
Vom Zoten Juny.	
Monat July.	. 9
86 Ausländische Lotterie - Lofe merben verbo.	
then	. 104
Bom iten July.	
87 Die fich nach bem Ableben afatholischer	
Superintendenten mit dem Superin.	
tendental - Archiv zu benehmen sep	104
Voni bten July.	
88 In wie ferne eine Beranberung ber Ge-	3
schlechts oder Familien Mamen be-	
williget werden darf	105
89 Bas bei Gesuchen ber Pfarrer um Tar-	1
und Stempelvormerkung in Rechts.	
ftreitigfeiten zu beobachten feb .	106
Bom 10ten July.	5 1
90 Der Schluß bes Studienjahres an ber	
wiener protestantisch theologischen Lebr-	
anstalt bat tunftig mit letten Juny	
ieden Sabrs einzutretten, und dessen	

Zahl der Verord		Seite
nung	Wiebereröffnung mit iten September zu beginnen	107
91	Behandlung berjenigen, welche gur Erhe- bung laufender teuern aufgestellt find, erhobene Steuergelber barenthalten,	
92	oder sich zueignen; so wie derjenigen, welche hieran Theil nehmen Vom 18ten July. Berpflegung der Kaballerie Exekuzions	108
5-	Mannschaft in jenen Orten, wo weber ein Magazin noch eine Subarrendi- rungs Vorsorge besteht	109
93	Vom 21ten July. Borschrift über das Verfahren bei Un- stellung der Beamten Bom 21ten July.	109
94	Barmherzigen Orden wird die Erbfähig- feit auf unbestimmte Beit eingeraumt Bom 24ten July.	112
95	Pfarrgenossen, die sich weigern in feelfor- gerlichen Angelegenheiten bei ihrem Pfarrer zu erscheinen, sollen durch die	
96	Drtbobrigkeit hiezu verhalten werden Bom 25ten July. Frühzeitig oder todtgeborne Kinder follen	112
90	am Kirchhofe auf einem abgesonderten Orte begraben werden Vom 25ten July.	115
97	Blutsvermandte in auf- und absteigender Linie, Geschwisterkinder, oder in der Seitenlinie, noch näher Bermandte, oder in einem dieser Grade verschwä-	
	gerte Personen, dursen bei derselben	

75	37	T	Y
A	. V	1	1

Bahr		
der Berort		~
nung)	Self
	Gerichtsbehörde nicht angestellt mer-	
	den	114
	Vom 25ten July.	
98	Erneuerung der Borichriften gur Berbu-	
	tung muthwilliger Beschädigungen an	
	Straffenbruden , ober Baumen	117
	Vom 27ten July.	
99	Aufforderung an die Parthepen gur Erbe-	
	bung ihrer in den alten landrechtlichen	
	Aften befindlichen Urfunden	118
	Vom 28ten July.	
200	Baumgartners Naturlehre wird als Lehr.	
	buch eingeführt	119
	Bom 29ten July.	
	COM	1
	Monat August.	
101	Landesfürstliche Beamten ober Diener,	
	welche eine Penfion ober Provision	
	ab aerario beziehen, muffen wenn	
	fie bei einer ftabtifchen ober gondever-	
	waltung eine Anstellung erhalten -	
	auf ben Genuß der Aerarial = Penfton	
	oder Provision Bergicht leisten	120
	Vom iten August.	
102	Subarrendatoren follen gegen blofe Inte-	- 1
	rimsscheine feine Natural - und Ger-	
	vice - Artifeln verabfolgen	121
	Vom 2ten August.	-
103	Mit Lehrfahigfeit und Moralitätszeugnif.	3
	fen versehenen israelitischen Privatleh.	
	ren wird gestattet, israelitischen Rin-	
	dern Unterricht gu geben , durfen aber	
01	christliche Kinder weder in lebenden	Man
shora	. Gefest, von Galizien 1825.	-

Bahl		
Der		Erite
Berord nung		Cille
********	Sprachen noch in ben gewöhnlichen Glementargegenständen unterrichten .	122
	Vom 4ten August.	
104	Behandlung der Milgseuche unter den Pferden und Nindvieh	124
10-1	Vom Sten August.	
105	Ausschreibung der Erb . Personal-Rlassen. und Erwerbsteuer fur das Jahr 1827	125
	Bom soten August.	120
106	Erbsteuerpflichtigen Parthepen mird gestat-	
-00	tet, auch größere Erbfteuerbetrage von	
	öffentlichen Kreditspapieren nach dem	
	Rurfe, ben diefe Rreditspapieren am	
7	Lodestage des Erblaffers hatten, in	
	Konv. Munge zu berichtigen	126
	Vom 17ten August.	120
		100
107	Ernennung Seiner Durchlaucht des wirt-	
	lichen geheimen Raths, Kammerers	
	und bisherigen Gubernial - Vice- Pra-	
	fidenten August Longin Fürsten von	
	Lobkowicz, Herzog don Raudnig, jum	
	Landesgouverneur in Galizien .	127
	Bom 19ten August.	
108	Erhöhung ber Wegmauthgebühr fur die	
	von Domarady nach Ulanice fuhrende	
	Straffenstrede von 2 auf 3 Meilen in	
	der Stazion Domaradz	120
	Vom 20ten August.	*4
109	Die Borfdrift binfictlich bes Berfahrens	
, ,	bei Anstellung ber Staatsbeamten ift	
	auch bei Anftellungen bon frandifchen,	
	stadtifden und Fondsbeamten genau	
	su beobachien	129
	Vom 22ten August.	
	Com rates august	

	XIX
Zahl der Werord= nung	Seite
110 Behandlung der Studierenden mit 1 theiligen Fortgangs oder Sittenkl Vom 25ten August.	
Mißhandlung der Stlavenhandels und Mißhandlung der Stlaven Vom 26ten August.	ber . 133
lungen mit Bescheidenheit und ! lungen mit Bescheidenheit und ! lichkeit vornehmen, die Obrigst aber haben demselben allen ersort chen Beistand zu leisten . Vom 27ten August.	Redo eiten
buches über schwere Polizepuber tungen, daß gegen diese Bergehen ne Ahndung in öffentlicher hin nothwendig sep, es daher dem Löigten jederzeit fren stehe, au ihm zugesprochene Genugthuung zicht zu leisten .	tret= fei. nsicht delei. f die
Monat September 114 Bestimmung der Strafe für den wenn von den in dem §. 55. des patents unter Lit. E. bezeichneten sendungen dei der zollämtlichen sein gegen die schriftliche Ertläweniger an Waaren vorgesunden den sollte	Fall, Boll. Ber. Revi. rung
Nom iten September. 115 Mit welchen Daten Armuthezeugnise tiger Vortbeven zur Erwirkung der	

b 2

77	187
A	A

Hahl	
der Kerorda	Crite
nun .	C 11117
mertung oder Nachsicht der Gerichte.	
kosten versehen seyn mussen	139
Vom 7ten September.	
116 Renumerazionen der Magistratebeamten	
für eingehobene Aerarial . Steuern ha-	
ben in die stadtischen Kassen einzustießen	142
Vom 8ten September.	
117 Modalitäten zur Berrechnung der Kirchen-	
einkunfte von Geite der Pfarrfpiritu.	
alien-Administratoren	143
Vom gten September.	
118 Privatstudierende haben fich zu Anfang	
des Schuljahres bei dem Vorsteher der	
Lebranstalt, wo sie die Prufung zu	
machen munschen, zu melben, und	
diejenigen, durch welche sie sich die	
Studien eigen machen wollen, anzu-	
zeigen	146
Vom gten September.	
Jug Judengefällspächtern wird die Führung	
des f. f. Wappens oder Adlers unter-	. /
Vom i 3ten September.	147
120 Einführung ber Steuer . Anlags . Scheine	147
Bom 14ten September.	*4/
121 Jagden durfen an Gonn = und Feperta.	
gen nicht gehalten merben	156
Bom 16ten September.	
122 Bestrafung des Spieles Biribis	156
Bom 17ten Geptember.	
123 Relter und Gefdwifter wirflicher Befiger	
bon Batternwiethichaft, wenn fie feine	
Sandwerter find, find bon der Perfo-	
nalsteuer befrept	157
Bom isten September.	

7	7	V	T
4	7	Δ	Ž

Zahl der		
Berori)s	Seif
124	Errichtung einer Weg. und Brüdenmauth zu Neumarkt	157
125	Anhang zur Subarrendirungs. Instrufzion: daß Ortsgemeinden zur Subminiftris rung für garnisonirenden Truppen gar nie für marschierende aber höchstens	
- 1	bei unvorhergesehenen größeren Trup.	
120	penmärschen verhalten werden dürfen . Vom 23ten September. Trennung der Kriminal - bon der Zivil-	158
440	Justig Berwaltung in der Sukowina Bom 25ten September.	159
127	Bestimmung der Zeiten und Tage, an welchen Tanzmusiken und andere Lust-	
1	barfeiten nicht Statt haben durfen Bom 26ten September.	160
128	Erneuerung des 25. f. des Patents wegen Behandlung der Schublinge	161
129	Vom 27ten September. In den monatlichen Marktpreistabellen	
	muffen die Preise der Feilschaften in Kont. Munze berechnet, und angesett	
	werden. Dießfälliges Formular Bom 20ten September.	162
130	Judische Meister burfen feine driftliche Gesellen und Lehrjunge halten . Bom Boten September.	164
	Monat Oftober.	
31	Borfchrift wegen Abnahme bes Eibes von Machometanern	164
1	Vom 3ten Oktober.	TOA

3ahl der		
Berord=		Seite
152	Reu angestellte Lehrer und Professoren find durch die drei ersten Jahre ihrer Anstellung nicht als stabil zu betrach.	
	ten	166
133	Erläuterung, daß es in dem Areisschrei- ben bom isten July I. 3. Statt lau- fende - landesfürstliche Steu-	
7	ern heißen soll	167
134	Ueber Lehrzweige, welche in einem hal- ben Jahr beendigt werden, darf auch fogleich die Semestralprufung abgehal-	
	ten werden	167
135	Geelforger werden zur Ertheilung des Ele- mentar - Unterrichtes dort, wo feine Bolfsschulen bestehen, aufgemuntert, und zur fleißigen Abhaltung der sonn-	
	tägigen Christenlehre angewiesen . Bom 7ten Oftober.	168
136	Regulierung der Weg- und Brückenmauth- ftazionen auf der warschauer Kommer- zialstrasse	169
-7-	Bom 7ten Oftober.	109
137	Bestimmung der Quartierstompetenz für die fortisikatorischen Mauermeister Vom 8ten Oktober.	169
138	Unteroffiziere und Gemeine haben ihre Gesuche um Zivilanstellungen bei ihren, porgefesten Negiments . ober Batail=	
	lone. Rommanden einzureichen	170

3ahl der		
Bervei	0:	Geit
nung		
139	Ginführung ber Lefebucher bes Regierungs.	
	rathe Leonhard in ben Bolfsichulen	171
	Bom isten Oftober.	
140	Romane und bloge Unterhaltungsfchriften,	
	fo wie das Confervations - Lexicon (in	
	ausländischen Auflagen) burfen offente	
	liche Bibliothefen an die studierende	
	Jugend nicht verabfolgen	172
	Bom 12ten Oftober.	- 1
141	Erneuerung der Borfchrift megen Cora-	
	mifirung ber militarifden Saffunge.	
	quittungen	173
	Bom 12ten Oftober.	
142	Die Bertheilung der Pramien fur Pferd.	
7-	und hornviehzucht im Candecer Rreis	
	wird funftig am 22ten Juny gu Alt.	
	Sander jahrlich Statt finben	174
	Bom 17ten Oftober.	
143	Bon bungarifden Gpmnafien tommende	
140	Schuler muffen einer ordentlichen Dru-	
	fung unterzogen werben - Schuler	
	welche nicht alle borgeschriebene Be-	
	genstände erlernen, find in Coulen	
	nicht zu bulben. Privatlehrern, Die	
	fich nicht fur ben gangen grammati-	
	fchen ober humanistischen Lebrfurs ge-	
	eignet erwiefen baben, barf fein Lebr.	
	fähigleitsbefret ertheilt werden	175
	Bom 17ten Oftober.	-
144	Defterreichifche Unterthanen burfen eine	
***	Anstellung als diplomatische Agenten	
	frember Staaten nicht annehmen .	176
	Vom 18ten Oftober.	-/-
145	Radiragliche Erlauterungen ber Bor.	

W	37	T	17
X	Λ	L	V

Bahl der		
Berord nung.	s	Ceite
	schrift in Bezug auf die Prufung ber Ronzeptskandidaten . Vom 20ten Oktober.	176
146	Wie fich in Fallen zu benehmen fen, mo Mauthpächter mit Berichtigung falli- ger Pachtraten zuruchbleiben	180
	Bom 21ten Oftober.	
147	Abstellung der Tabafschwärzungen Wom 21ten Oktober.	183
148	Erneuertes Deferteurs . Auslieferungs. Kar- tel zwischen Desterreich und Sardinien Vom 23ten Oftober.	188
149	Umfegung bes Unterrichtsgelbes an ber lemberger Universität und ben beiden	
	Som 24ten Ottober.	193
150	Uebersehung des Tyniecer Bisthums nach Tarnow . Vom 27ten Oktober.	193
151	Behandlung der zur Waffenubung nicht eingerückten Urlauber Vom 28ten Oktober.	194
152	Die Stempelbefrenung ber obrigfeitlichen Meldzettel, Entlaffcheine und Inter- geffionen wird auf den ganzen mit der Berhandlung eines derlen Aftes ber-	
	bundenen Schriftwechsel ausgedehnt Bom 3iten Oftober.	194
163	Preußische Unterthanen, die obgleich in einem Alter eingewandert find, wo fie noch nicht militarpflichtig waren, mus-	
	fen ausgeliefert werden	195

		XXV
Zahl der Berord.		Seite
nung	Monat November.	
154	Auflösung der bisherigen Provinzial Com- mission für die Regulierung des Grund- steuer - Provisoriums und Errichtung einer eigenen Steuerregulierungs-Pro-	
	vinzial-Kommission	. 196
155	Die fich bei Bermiethung ftadtifcher Sau-	
	fer, Wohnungen, Gewölber, und der- gleichen rudfichtlich ber Rauzion zu	1
	Bom 4ten November.	. 196
156	Erifteng. Eruirung ber Mannschaft von ben aufgestellten Militar. Körpern	. 197
	Bom 5ten November.	
157	Die fich bei Erhebung der Ansprüche auf Pramien für Obstbaumpflanzungen zu	
	benehmen sep	. 198
158	Erneuerung bes Berboths, wornach allen verwaltenden und berrechnenden Mi- litar - Behorden unterfagt ift; Anlei-	
	hen an baarem Gelde ober Natura.	
	lien aufzunehmen	. 200
159	Bei Streitigkeiten zwischen Mauthpach- tern und Parthepen steht bie Ent- scheibung der Bollgefällen = Bermal-	
	tung zu !	. 205
160	Das von dem Professor Frang Fiefer be- arbeitete Werf unter dem Litel :	

Chrestomathia latina in usum au-

3ah1	No. of the second secon	
Derord:		Geice
nung	lie on a bilanchia anni mini at	
	ditorum philosophia anni primi et secundi wird als Lehrbuch eingeführt	206
	Nom 12ten Rovember.	200
161	Binfe fur Quartiere der in Cemberg fta-	
101	gionirten Militarparthepen werden	
	beim Kreiszahlamte ausbezahlt, jene	
	für die außer Lemberg befindlichen	
	Militärquartiere werden bei ben in	
	jedem Areis dislocirten Regimentern	
	und Truppenabtheilungen angewiesen	207
	Bom 15ten November.	
162	Die hofverordnung, daß Unterthanen, welche holz zum Berkaufe verfrachten,	
	fich mit obrigkeitlichen Zertifikaten	
	ausweisen muffen, wird außer Kraft	
	gefest	208
	Bom 14ten November.	
163	Fur Ginführung der Pfarrer in die Tem-	
	poralien werden denen Rreistommiffa-	
	ren Reife- und Behrungstoften bewil-	
	liget .	209
-61	Bom 14ten November. Bei Religitazionen ararifcher Objette,	
164	welche wegen Nichtzuhaltung der Ber-	
	tragebedingungen auf Gefahr faun:	
	feliger Kontrabenten eingeleitet wer=	-
	ben, darf nicht ber ursprungliche Fis-	
	fal, sondern der lepte Erstehungspreis	
	Bum Grunde gelegt werden	211
	Bom 21ten November.	
165	Bei Einfendung ber Sterb. Tabellen und	
	Erbsteuerausweife wird Dominien und	
	Magistraten die Portofreyheit bewil-	-
. 1	liget	211
	Vom 24ten November.	

Zahl		
Der Deror)s	Geite
nung		
166	Patrone und Dominien follen mit neuen	
	Schulbaulichkeiten so viel möglich ver- schont, und ber Unterricht ba, wo	
	nicht schon Schulhäuser bestehen, in	
	unentgeltlichen oder verzintlichen Wohs	
	nungen ertheilt werden	212
	Bom 24ten November.	
167	Der Beifat im allgemeinen Briefpostta-	
	riffe, daß es jedermann frey stebe	
	daß Rezepisse selbst zu schreiben, und	
	sich dadurch von der Zahlung der Re-	
	Rraft gefest	215
	Rraft gefest	219
168	Einfuhreverboth des Salzes aus Galigien	
	nach Schlesten und Mabren	213
	Bom 25ten November.	
169	Das Berboth Auslander auf den innlan-	
	difchen Lehranstalten zuzulaffen, fin-	
	det feine Anwendung auf jene Indi-	
	viduen, die bereits vor Kundmachung	
	deffelben ordentlich aufgenommen wor- ben find	006
	Vom 25ten November.	214
170	Die Verordnung in Absicht die Befeiti-	
•	gung der Rachtheile, welche wegen	
	Rurge der dreijährigen Berjahrungs.	
	frift bei jährlichen Abgaben, Renten	
	ober Binfungen für bas Herar entfte-	
	ben konnen, hat auch auf die poli=	
	tischen Fonds und städtische Bermal- tung in Anwendung zu kommen .	215
	Vom 27ten November.	210
171	Abstellung des Migbrauches, Pferde in	
,	ihrer erften Jugend einzuspannen,	1 2
	auf der Weide zu knabeln, und mit	

XXVIII

3ahl der	
Berord:	Seine
ausgemusterten Aeraric zu belegen	216
Die Vorschrift des bei Relig Grunde zu legenden wird auf Religitazionen gen, Objekten des Delo Stände, Städte, Ge Wohlthatigkeitsanstalten Von 29ten November.	Ausrufspreifes von Lieferun- nomikums der meinden und
Monat Dez	ember.
373 Fur die Fahrbarteit der Bi Steinbruchen und Schot ben die Zusuhrefontrahe	ttergruben ba-
stoffe Sorge zu tragen Bom iten Dezember.	218
174 Die Poststrede zwischen Mai Nizniow wird auf ein, be Poststazion erhöht	
Vom 3ten Dezember. 175 Behandlung der in Zivildie tenden Militär Diffiziere ren rudfichtlich der Ka	e und Audito-
Karenztaren Bom 4ten Dezember.	219
176 In Konfurs. und Berlaf vorfindige Kreuppartite	In und Reli-
quien mussen an das oder den Ortsfeelforger i	übergeben wer-
den Bom 11ten Detember.	20

Jahl		
Der Beroi		Ceite
ming		Celle
277	Aufhebung ber Weg - und Brudenmauth	
- / L	zu Markowa	221
	Vom 13ten Dezember.	
178	Wenn der Wille eines Erblaffers nichts	
~ / -	gesegwidriges enthält, muß berselbe	
	genau befolgt werden	221
	Vom 13ten Dezember.	~~~
179	Behandlung alterer Militar - Forberungen	
- 1.0	aus den Jahren 1796. 1798. über	
	welche die Dokumente mangeln und	
	die Praftanten nicht befannt find .	222
	Vom 15ten Dezember.	- ~ ~
180	Die Berabfepung ber Diaten um ein	
	Funftheil, bat auch bei ben Diaten	
	der Privatargten und Wundargten ein-	
	autreien	225
	Vom 16ten Dezember.	
181	Befdrantung ber unverhaltnifmaffig fic	
	mehrenden Baul der Studierenden,	
	bann Ginführung bes Unterrichtsgel-	
	bes an fammtlichen Gymnaften und	
	philosophischen Lebranstalten	224
	Bom igten Dezember.	
182	herabsehung bes Ausgangezolls fur roben	
	und gebechelten Sanf	229
	Vom 26ten Dezember.	
183	Errichtung eines ordentlichen öffentlichen	
	Lehramtes der Comptabilitäts Wiffen-	
	fchaft an ben Universitäten zu Prag	
	und Lemberg	229
	Vom 27ten Dezember.	
184	Bei Wiederanstellung der Dieszenten fin-	
	det die Vergütung der Uiberstedlungs-	
	fosten nicht Statt	250
	Vom 27ten Dezember.	

XXX

Jahl
der Berord: Seise
nung
185 Verlegung des Debreciner Jahrmarktes
auf den zoten April. 230
Vom 28ten Dezember.

In wie ferne die Ausubung verliehener Privilegien auf neue Bier= und Brandwein= Erzeugungsmethoden in dem Propina= zionsberechtigten Provinzen gestattet werden könne.

Mit hobem Soffammerdefret vom 24ten November v. 3. 3. 35 : 33. wurde bedeutet , daß Ge. Majeftat in Anfebung ber Frage, in wie weit die Ausübung der nach dem allerhöchsten Privilegien = Patente vom 8ten Dezember 1820. verliebenen Privilegien auf neue Bier- und Brandwein - Erzeugungs - Methoden in den Propinations berechtigten Probingen geftattet werden fonne? mit a. b. Entschließung vom 4ten November v. 3. gu verordnen geruht haben, daß die Ausübung der Privilegien auf die Erfindungen oder Berbefferungen in der Erzeugung der geiftigen Getrante mit ber geborigen Befdrantung Plas zu greifen babe, bamit ben Erzeugungs = und Schants. Regalien - Propinazionerechten, in jenen Orten und Begirten, mo felbe in Rraft befteben, nicht zu nabe getreten werde, und daß bei funftigen Ausfertigungen der Urtunden über folche Privilegien die angemeffene Klaufel eingeschaltet werden folle.

Welches ben f. Rreisamtern zur Wiffenschaft und

weitern Rundmachung befannt gegeben wird.

Gubernial . Berordnung vom 6ten Janner 1826 Bub. Bahl 72568 ex 1825.

Subarendatoren follen mit den Verpflegs= Magazinen mit Ende jeden Monats Ab= rechnung pflegen.

Was das f. f. General - Militar - Kommando, wegen der mit den Subarendatoren zu pflegenden monatlichen Abrechnungen an die Verpflegemagazine erlaffen bat, wird ben Areisamtern in beiliegender Abschrift mit dem . |. Bemerten mitgetheilt, daß nachdem biefe Berfugung eine promte Befriedigung ber Dachter beabsichtigt, lettere sich es felbit aufchreiben mußten, wenn bei ihrem Ausbleiben Bur monatlichen Abrechnungszeit beren Befriedigung berzögert werden wurde, weil die Magazine ihre monatlich verbleibenden Geldreste von der Erforderniß des nächsten Monats in Abichlag bringen, und fofort fur unbefriedigte Bahlungen erft nachträgliche Gelderforderniß - Auffage einreichen, und die befondere Dotagion bagu abwarten muffen.

Gubernial = Berordnung vom gten Janner 1826. Bub.

Babl 76259. ex 1825.

General = Militär = Kommando = Verordnung an sämmtliche hierlandige Haupt = Ver= pflegs = Magazine ddo. 18ten Dezember 1825. S. 5797.

Ein hierländiges Verpflegs - Magazin hat von dem Kreisamte verlangt, daß die Gubarendatoren angewiefen merben, jeden Monat an einem Tage, nahmlich den 28ten, und wenn diefer ein jubifcher Fevertag ift, am 29ten unfehlbar zur Abrechnung ihrer Subarrendirungsleistung erscheinen, damit der Magazins = Controlleur bei der Abrechnung und Bezahlung gegenwärtig fenn tonne, und weil fonft die an den bestimmten Tagen nicht gur Abrechnung erscheinenden Pachter warten mußten, bis es ber Dienft des Kontrollors gestattet zu der Auszahlung zu erscheinen.

Von keinem sonstigen hierländigen Verpslegs-Magazin ist noch ein ähnliches Verlangen hier zum Vorschein gekommen, ein Verlangen, welches schon seiner Natur nach unaussührbar ist, weil manchsältige Hindernisse die auswärtigen Vächter von der Erscheinung an einem Lage abhalten können, auch bei den mit vielen Subarrendirungsstazionen versehenen Magazins die Abrechnung mit den Pächtern nicht einmahl in einem Lage zu bewirken möglich ist, und auch der Folgen wegen nachtheilig für das Aerar sehn würde, weil die Pächter, denen ihr Subarrendirungs Verdienst nicht vorenthalten werden dars, mißmuthig gemacht, und von den Pacht Lebernahmen abgeschreckt werden; — die Unzweckmässigkeit desselben wird daher dem betressenden Verpslegs Magazinen unter einem verboben.

einem verhoben.

Da jedoch über rückständige Subarendirungsforderunsen, zumahlen die Verpslegs = Magazine mit den nöthisgen Verlags = Mitteln von Monat zu Monat stets zur rechten Zeit dotirt werden, keine Schuldscheine ausgestellt werden dürsen, auch die Verpslegs = Magazine für den Abschluß ihrer Geldrechnungen, und Einreichung der Gelds-Ersorderniß = Aussähe und sonstigen auf das Geldgeschäft Bezug habenden Eingaben mit lepten jeden Monats dem General = Militär = Kommando verantwortlich sind, und aus die richtige Einstressung dieser Behelse bei dem Genesa auf die richtige Eintreffung diefer Behelfe bei bem Geneauf die richtige Eintressung dieser Behelse bei dem Genezal - Militär - Kommando die Einsendung dessen Geldersforderniß Ausweise an den Hoftriegsrath in dem bestimmten Termine beruhet, so ist allerdings mit mehreren Versordnungen die allmonatliche Abrechnung mit den Subsarendatoren, wozu diese nach den Kontrasten ebenfalls gehalten sind, jedoch hiefür der Termin vom 26ten bis 29ten jeden Monats vorgeschrieben worden, welcher auch in der Folge zu beobachten kommt, weil keinen desselben die Abrechnungen ohne Uebereilung vollständig gepslogen, die Eingaben der Filialien von den Haupt = Magazinen füglich beigezogen, die Geldrechnungs = Abschlüße dann auch sicher mit letzen des Monats bewirket, und die Einsachen bieruber und Ersorderniß 2 Aussasse den letzen, oder gaben hieruber und Erforderniß - Auffage ben legten, ober

2 2

boch langstens mit iten jeden Monats hieher vorgelegt

werden fonnen und muffen.

Die Urfache des obengedachten Berlangens, damit nahmlich ber Magazins = Kontrollor bei ben Zahlungen der Pachter gegenwärtig fenn tonne, und diefe nicht marten durfen, bis der Dienst dem Kontrollor gestattet, bei ber Auszahlung zu erscheinen, ift eben fo ungrundhältig als das Berlangen felbft, da die Magazins = Kontrollors bei allen Bahlungen über Beträge bon - ober über 100fl., die aus der Saupttaffe zu leiften tommen, gegenwärtig fenn, von der vorgeschriebenen Richtigfeit der Bablung minderer Betrage aber die aus der Sandfaffe geleiftet werden fonnen, entweder burch ihre perfonliche Gegenwart oder fonft wie fachbeftandig fich überzeugen muffen, folglich den Subarendatoren ohne Rachtheil fur das Merar und bie Subarendirung nicht aufgeburdet werden fann, wegen der Gemächlichkeit der Magazins - Kontrollors an einem bestimmten Lage zur Abrechnung zu erscheinen.

3.

Pfarrer sollen von der bevorstehenden Kon= fkripzions = Revision gehörig benachrich= tiget werden.

Das lemberger Metropolitan = Consistorum rit. lat. hat anher vorgestellt, daß die Pfarrer über die Zeit der vorsich gehenden Konstripzions = Nevisionen, besonders in den eingepfarrten, mit keiner Kirche rit. lat. versehenen Ortsichaften nicht bei Zeiten unterrichtet zu werden pflegen, und eben deshalb oftmahls daben nicht erscheinen können.

Den Kreisämtern wird hierüber bedeutet, folde Maßeregel zu ergreisen, daß besagte Pfarrer in Zukunft vor der Zeit der bevorstehenden Konskripzions - Revision stets gehörig benachrichtiget werden, welches auch bei den Seel-

forgern ber übrigen Ritus Statt zu finden hat.

Gubernial = Defret vom gten Janner 1826. Bub. 3. 636.

4.

In Ansehung der, von Schullehrern von ihren Dotazionsgrunden zu entrichtenden Grundsteuer haben die nahmlichen Grundsaße zu gelten, welche wegen Entrichtung derselben, durch die Kuratgeistlichkeit festgesett sind.

Die hohem Studienhofkommissionsdekrete vom 17ten Dezember 1825 Jahl 8185. wurde anher bedeutet: daß nach dem Inhalte des Ministerialschreibens vom 1ten September 1821 Jahl 1556. hinsichlich der von den Schullehrern zu entrichtenden Grundsteuer von ihren Doztazions - Grunden dieselben Grundsteuer von ihren Doztazions - Grunden dieselben Grundsteuer durch die Kuratgeistlichkeit sestgeset sind. Bei der Berechnung der Grundsteuer - Vergutung sey demnach die Songrua eines Schullehrers allgemein mit 150 fl. E. M. anzunehmen, so daß jene Lehrer, welche durch die Grundssteuer - Entrichtung an dieser Congrua verletzt werden, jenen Betrag aus dem Schulsonde zurüstvergütet erhalzten, um welchen ihre Songrua durch die Steuer geschmäslert wird.

Wovon man die k. Kreisamter mit der Weisung versftändiget, sich darnach in vorkommenden Fällen zu besnehmen.

Gubernial . Defret vom 12ten Janner 1826. Gub. Bahl

75852. ex 1825.

5.

Bestimmung der Modalitäten, wie sich bei Subarendirungs = Verhandlungen ruckssichtlich der Erfullungskauzionen zu besnehmen sey.

Aus Anlaß der vorgefommenen Frage: ob und welche Kauzion, Badien oder Reugeld die Ersteher der Miliars

Verpflegs-Subarendirung beim Abschluße der Behandlung einstweil — bis zur Ratisstazion des Behandlungs - Erfolgs und Absassiung dann Aussertigung des Kontrakts zu erlegen haben, ist mit hostriegsräthlichen Restript vom 4ten Dezember v. J. Jahl 5868. A. dem k. k. General-Kommando bedeutet worden, daß die hohen Hosstellen die volle Wirksamkeit der den Kreisämtern mit Gubernial-Berordnung vom 24ten September 1821 Jahl 50519. bekannt gemachten Vorschrift wieder zu bestättigen bestunden haben.

Nach dieser ist von den Konkurrenten — bevor sie einen Pacht ersteben, eine Kauzion zu fordern nicht vorgeschrieben worden, weil dem intervenirenden politischen der kreisämtlichen Behandlungskommissar schon durch die allgemeine Instrukzion zur Obliegenheit gemacht ist, befannten — oder durch die Ortsobrigkeit angedeuteten unverläßlichen und ganz mittellosen Leuten die Mitwerbungen um dieses Geschäft zu versagen.

Dagegen ist angeordnet, daß von dem Ersteher der Subarendirung sogleich, und bevor mit ihm auf 3 Monate befinitiv oder auf längere Zeit unter Vorbehalt der Natissitazion abgeschlossen wird, die Ausweisung über die Kauzzionsfähigkeit gefordert, diese Kauzion gesichert, und dem

Merar der Regreß hieran verschrieben werden foll.

Das Minimum ber Subarendirungs = Rauzion ift mit ber ben Kreisämtern unterm 31ten Oftober 1817 Jahl 51913. mitgetheilten Belehrung für die Ausfüllung der Subarrendirungs = Kontrafts = Stampiglien

mit 7 0/0 des Brods=)
und Haber=)
mit 6 0/0 des Heu=) Werthes
und mit 5 0/0 des Stroh=)
und Holk=)

fcstgesett.

Bei anfässigen und den Ortsobrigkeiten als verläßig, und für diese Unternehmung geeignet bekannten Erstebern muß demnach den bei der Behandlung zur Auskunft über die Solidität der Ersteher intervenirenden ortsobrigkeitst

chen Personen auch der Betrag des Kauzions Minimums bekannt gegeben, und nur dann, wenn lettere den Bermögensstand des Erstehers zureichend oder überwiegend bestättigen, kann die Haftung im Allgemeinen mit dem liegenden und sahrenden Bermögen des Erstehers für die Erfüllung des Kontrakts angenommen werden, außerdem aber muß für die Zwischenzeit dis zum definitiven Abschluße des Kontrakts der Kauzionsbetrag in öffentlichen Obliegazionen, oder im Baaren oder in Bürgschaftsinsstrumenten gesordert und eingezohen werden.

Erst wenn die Bersicherung in ein oder anderer Art erreicht ist, darf die Behandlung geschlossen, und die Bugestehung von der Lokalkommission nach den einberaumten Besugnissen unbedingt, oder mit Vorbehalt der

Ratififagion erflart werden.

Der Befolg der erwähnten Vorschrift vom 24ten September 1821 Bahl 50519. liegt in der Natur jedes Abschlusses einer Gefällsbehandlung, durch welchen alle Bedingnisse des Kontrakts, mithin auch jenes der Kauzion schon dor dem Abschlusse und vorläusigen Zugestehung deutlich ausgemittelt und gesichert seyn mussen, weil sonst der Erfolg der Behandlungen und die Wirksamseit der Behandlungs-Protosolle durch unverlässiche Erseher eludirt, und selbst die zur Zeit der Behandlung als verlässig bekannten Ersteher, wenn Umstände eintretten, die ihren Gewinn zu mindern oder nachtheilig bedrohen, die Erssüllung solch unversicherter Zusagen leicht ablehnen könnten.

Es ist daher am Schluße des Behandlungsprotofolls kunftig von jedem Ersteher die Art der Ersullungsversicherung entweder durch die Saftung mit seinem besthenden Vermögen, oder mit dem eingelegten Kauzionsbetrage und Gattung der Hypothek oder der Baarschaft stets an-

zusepen.

Uebrigens ist jedoch jedem Ersteher, bessen Ersuslungsversicherung nicht durch den von der Ortsobrigkeit bestättigten eigenen Vermögensbesit angenommen werden konnte, und der hiefür baares Geld, Staatsobligazionen, oder Burgschaft eingelegt hat, gestattet, dis zum Kontrakts - Abschluß sich um jene Kauzionsgattung zu bewerben, welche ihm ohne mindere Auslagen erreichbar, doch von der k. Kammerprokuratur oder der Gerichtsbehörde als zureichend anerkannt wird, und bei förmlichen Konstraktsabschluße jene Kauzion auszuwechseln, welche beim Abschluße der Behandlung bloß provisorisch eingelegt worden ist. Hiernach ist sich bei kunstigen Subarendirungs-Behandlungen zu benehmen.

Gubernial = Verordnung vom 13ten Jan. 1826. Bub.

Bahl 75334 ex 1825.

6.

Von dem vorgeschriebenen Maakstabe,, das Einkommen eines Justiziärs, Dekonomen, Mandatars u. s. w. zwischen einem Maximum von 1000 und Minimum von 250 fl. W. zur Bemessung der Klassensteuer anzunehmen" kommt es ab.

Den Kreisämtern wird zur eigenen Wissenschaft und Darnachachtung bei der Behandlung des Klassensteuergeschaftes für das Jahr 1826 und in die Zukunst bedeutet, das
es von dem mit Verordnung vom 18ten Februar 1817.
Bahl 7495 vorgeschriebenen Maasstade » das Einkommen eines Justiziäres, Dekonomen, Man»datares u s. w. zwischen einem Maximum
»von 1000, und einem Minimum von 250 st.
»W. W. W. anzunehmen, und hier nach die Klas»sensteuer zu bestimmen « abzusommen habe, und
einzig dem Ermessen der Kreisämter überlassen bleibe, der
Schmälerung und Beeinträchtigung des Staatseinsommens aus der Klassensteuer, nach den Vorschriften des
Klassensteuerpatentes vom 1806, und den Andeutungen
der hierortigen Verordnung vom 29ten November 1816
Bahl 32699. abzuwehren.

Gubernial - Defret vom 13ten Janner 1826. Bub. Bahl

76341. ex 1825.

Aufhebung aller Beschränkungen des Vieh= handels auf den Olmuger Markten.

Seine f. f. Majestät haben mit der allerhöchsten Entschliesfung vom 25. Junius p. J. alle den Biehhandel auf
dem Olmüger Biehmarkte beschränkenden Vorschriften aufzuheben geruht.

Die dur Bollstredung biefer allergnädigsten Anordnung von dem f. f. mährisch - schlesischen Landes-Gubernium erlassenen Kreisschreiben werden in der - |. Beilage hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. : |:

Gubernial = Rundmachung vom 14. Janner 1826. Gub.

Bahl 75758. ex 1825.

. .

Cirtular.

Von dem k. k. mähr. schles. Landes=

Wegen Aufhebung der den Viehhandel auf dem Olmüßer Viehmarkte beschränken= den Vorschriften.

In Beziehung auf die dermalen zu Olmüt bestehende Viehmarktskontrolle haben nach Eröffnung des Gouvernesments Prästdiums vom 24. Juli 1. J. Jahl 3393, in Folge herabgelangten Hoskanzlen Prästdialdekrets Se. Masiestat mit allerhöchster Entschließung vom 25ten Juny 1. Rachstehendes anzuordnen geruhet:

a) Alle den Viehhandel auf dem Markte felbst beschränkenden Vorschriften werden aufgehoben, und nur die zur Erhebung der Viehpreise bestehende Anstalt ist in der Art beizubehalten, daß jeder Verkäuser bei dem Austriebe die Jahl und Gattung des aufgetriebenen, so wie jeder Käuser die Zahl und Gattung, das Gewicht, und den Preis des gekausten Viehes bei der Marktsontrolle ordentlich anzeigen, und bevor dieses nicht in das Markt; Protosoll eingetragen, und das verkauste Vieh von dem Marktschäpmeister in Ansehung des Gewichtes geschäpt ist, von dem Markte nicht abtreiden soll.

- b) Den Viehhandlern ift gestattet, auch auf dem Triebe von der galizischen Granze bis Olmus einzeln, ober mehrere Stude zu verkaufen.
- c) Der Eigenthumer des am Markttage unverkauft gebliebenen Viehes ist kunftig nicht mehr zur Anzeige verbunden, ob er das Vieh dis zum nächsten Marktage in Olmüş belassen, oder wohin er dasselbe treiben wolle. Ferner soll das Vieh zwar nur an Marktagen auf dem Marktplaze verkauft werden dürsen, in so sern aber ein Besiger mit dem an einem Marktage nicht angedrachten Vieh dis zum nächsten Marktage zuzuwarten gesonnen ist, und er unter der Zeit Gelegenheit fände, einen vortheilhasten Kauf abzusschließen, soll ihm solches gegen dem gestattet senn, daß hierden jene Frömsichteiten beobachtet werden, welche für den Verkauf des auf dem Markte hintangegebenen Viehes vorgeschrieben sind.
- d) Die bisherige Bezeichnung des gekauften Biehes von Seite der Marktkontrolle hat zu unterbleiben-
- e) Sind dem allerhöchsten Beschlusse ad a. zu Folge auch ausländische Bieh : Einkäuser auf dem Olmuger Markte zuzulaffen.
- f) Die Aufstellung von Senfalen für diesen Biehhandel von Seite der Staatsverwaltung findet nicht statt, aber es ist jenen Parthepen, welche es wunschen, gestattet, von der Narftaussicht. Auszuge

aus den Protofollen über die angemeldeten und geschloffenen Käufe und Berfäufäufe abzuverlangen. Brunn am 29. July 1825.

Anton Friedrich Graf v. Mittromsty, Gouverneur von Rähren und Schlesien.

Frang Graf v. Klebelsberg, Subernial-Bizepräfibent. (L. S.)

Rathias Danielis, f. f. M. G. Gubernialrath.

: :

Cirtular.

Von dem k.k. mahr. schles. Landes=
gubernium.

Daß alle auf den Olmüßer Viehhandel Bez zug habende Beschränkungen aufgehoben sind, jedoch die Sanitätskontrolle an den Einbruchsstazionen zu Bieliß und Mährisch Ostrau noch kunftig zu bestez hen habe.

Wegen Aushebung der, den Biehhandel auf dem Olmüßer Biehmarkte beschränkenden Vorschriften wurde mit hohem Hoskanzlendelret vom 24ten November I. J., als Erlauterung der dießfalls mit hierortigen Cirkular vom 29. July I. J. Jahl 21865 bekannt gegebenen Grundsaße eröffnet, es sind alle, wie immer geartete Beschränkungen des Verkauss und Einkauss des Viches auf dem Olmüßer Viehmarkte sowohl, als auf dem Triebe dahin, ausgehoben worden, und es steht jedem Verkauser und Käuser, folglich auch Spekulanten fren, beliedig zu kausen und zu verkausen, daher es auch künstig der früher eingeführten Einkauss- Vertisstate nicht mehr bedarf. Allein die Sanitätsfontrolle, welche an den Einbruchsstazionen Bielis und Mähr. Oftrau besteht, und zum Imede hat, das Mitbringen schädlicher Kranheiten, welche unter dem Triebe entstehen könnten, zu verhüten, muß funstig allerdings wie bisher, aufrecht erhalten werden.

Bugleich wurde mit hohem Hoffanzlendefrete vom 20. November I. J. angeordnet, daß der bisher zum Behufe der Besoldung der Markt - Kontrolle bestandene Viehaus-schlag vom 1ten Jänner 1826 gänzlich aufzuhören habe-

Brunn am gten Dezember 1825.

Anton Friedrich Graf v. Mit-

Gouverneur von Mahren und Schleften. Frang Graf v. Rlebeleberg, Gubernigle Bigeprafibent.

(L.S.)

Frang Ribifc, ?. f. M. G. Gubernialrath.

8.

Erneuerung des S. 6. XX. Abschnitts der politischen Schulverfassung, daß die Dominikalreprasentanten bei der Schulzvistazion zu erscheinen haben.

Go ist hervorgesommen, daß manche Dominisalrepräsentanten auf Einladung der betreffenden Schuldistriktsaufseher bei den vorgeschriebenen Schulvisitazionen der in der politischen Schulversassung & 6. XX. Abschnitts enthaltenen Vorschrift zuwider nicht erscheinen wollen.

Die f. Arcisamter werden daher beauftragt: famnte lichen, in bem ihrer Leitung anvertrauten Areise bestehenben Dominien die erwähnte Borschrift zur genauesten

Darnachachtung in Erinnerung zu bringen.

Gubernial = Verordnung vom 15ten Jan. 1826. Gub.

Verlassenschaftsmassen sind nach dem Kurse zu 250 auf Konv. Münze zurück zu füh= ren, und hievon die adeliche Richter= amtstare zu berechnen.

Er ist hohen Orts vorgekommen, daß die adeliche Richteramtstare, deren Bezug in M. M. nach der ursprüngslichen Ausmaaß gestattet ist, auch von dem in W. W. berechneten Berlassenschafts-Vermögen in Kon Munze Statt
zu sinden pslege. Ein solcher Bezug ist offenbar ungebuhrlich, da es in der Natur der Sache liegt, daß die
Tare und der Werth des Gegenstandes von dem die Erstere abgenommen wird, in einer und derselben Valuta
angeschlagen werden mussen.

Da bei einem, oder dem andern Magistrate ähnliche Unfüge Platz greisen, oder über die Beurtheilung soloter Tarbezüge eine Verschiedenheit der Ansichten herrschen dürste, so haben die k. Kreisämter in Folge hohen Hoffanzlendefrets vom 28ten November 1825 Bahl 35708. durch eine den Magisträten kund zu machende Weisung zu erklären, daß die Verlassenschaftsmasse bei jeder Abhandlung nach dem Kurse zu 250 auf Konv. Munze zu rückzuschren, und daß dann hievon erst nach der Tarvordnung die Tare in K. M. zu berechnen sey.

Uibrigens ift in vortommenden Fallen über die ge= nane Befolgung Diefer Bestimmung zu machen.

Gubernial - Defret vom 17ten Janner 1826. Gub. Babl 74222. ex 1825.

Apotheker dürken ihre Apotheken ohne Bewilligung der Landesstelle nicht verkauken, oder an einen anderen überlassen. Jeder Provisor, den eine Apothekerswitwe aufzustellen willens ist, muß sich mit seinem Diplom und übrigen wissenschaftlichen und moralischen Zeugnissen ausweisen.

Da die hierlandes bestehende Apotheken, Personalgewerbe sind, deren Ueberlassung als Verkauf an einen anderen Apotheker der Willführ des bisherigen Eigenthümers
nicht überlassen werden kann, so ist sämmtlichen Apothekern zu bedeuten, daß selbe in allen Fällen, wo sie ihre
Apotheken an einen anderen geprüsten Apotheker überlassen oder verkausen wollen, die hierortige Bewilligung vorerst anzusuchen haben, ansonst solche Verkäuse und Ueberlassungen an einem anderen Apotheker als ungiltig zu betrachten sind.

Um aber auch im Falle, daß eine Apothekerswitwe die Apoeheke beibehalten will, und daher einen geprüften Apotheker als Provisor aufzustellen hat, auch hierin die nöthige Beruhigung zu haben, so hat ein solcher Provisor sich immer mit seinem Diplom und übrigen wissenschaftlichen und moralischen guten Zeugnissen bei den k. k. Kreissämtern auszuweisen.

Gubernial = Defret vom a4ten Jan. 1826. Bub. Babl

3865.

11.

Bestimmung der Quartierskempetenz für das kontumazämtliche Personale.

Uuf die dem Hoffriegsrathe vom General-Kommando über die Quartierskompetenz des kontumazämtlichen Perssonals vorgelegte Anfrage, wurde mit Reskript vom 13ten Dezember v. J. erwiedert.

In der Militär-Gränze ist das kontumazämtliche Personale größtentheils in Aerarial-Gebäuden untergebracht, wo dieß nicht der Fall ist, bezieht dasselbe ab aerario eigene erst kürzlich neu regulirte Quartiergelder, welche aber auf Galizien, wo gesammte Kontumazausslagen ex Cammerali bestritten werden, keinen Bezug haben. Bas übrigens die Quartierskompetenz der Kontumaz Beamten überhaupt betrifft; so richtet sich dieselbe nach der Diäten-Kasse, in welcher sie mit den Militär-Individuen äquipariren.

Wovon man das Kreisamt nachträglich zur hierortisgen Verordnung vom 3ten Dezember v. J. Jahl 66596. aus Anlaß der Wohnung des Raftelarztes zu Sinout zur

Wiffenschaft und Darnachachtung berftanbiget.

Gubernial = Defret vom 25ten Jan. 1826. Gub. Bahl 1030.

12.

Bestimmungen über die Einrichtung der of= fentlichen Prufungen an sammtlichen philosophischen Studien = Anstalten.

Die hohe Studienhoftommission hat mit Defret ddo.

31ten Dezember 1825 Babl 8700 eröffnet.

Da besonders an einigen Lehranstalten eine übermässig lange Zeit auf die össentlichen Prüsungen aus den verschiedenen Fächern der philosophischen Studienabtheislung verwendet, und dadurch der eigentliche Unterricht auf eine ost sehr kurze Zeit beschränkt, und das Abhalten der sür den Fortgang der Studierenden, und für die Beurtheislung desselben weit dienlicheren Kollegialprüsungen sast unmöglich gemacht wird; auch sonst hie und da ein minder zweckmässiges Versahren eingetreten ist, so sindet man in Folge der allerhöchsten Entschließung vom 23ten Dezember 1825 nachstehende Bestimmungen über die Einstichtung der össentlichen Prüsungen an den sämmtlichen philosophischen Studienanstalten zur genauen Qarnachtung vorzuschreiben.

S. 1.

In der griechischen Philologie, serner in den neueren Sprachen, dann in der praktischen Geometrie, in der höseren Mathematik, und in der Astronomie wird nur Eine öffentliche Prüsung am Ende des Schuljahres, mithin eine Annualprüsung vorgenommen werden. In allen übrigen Lehrfächern der philosophischen Studienabtheilung aber sind wie bisher zwei öffentliche oder Semestralprüsungen abzuhalten. Es versteht sich von selbst, daß für Lehrfächer, sur welche eine Annualprüsung schon dermalen eigends vorgeschrieben ist (nähmlich dei der populären Mechanik, bei dem Lehrfache der deutschen Sprache, bei dem Zeichnungsunterrichte, bei der Baufunst, dann der dem Lehrsunse und Feldmesser zu Pavia und Padua) es bei der Annualprüsung zu verbleiben hat.

S. 2.

Die Direktoren und fonstigen Borfteher der philosophischen Lehranstalten haben überhaupt dahin zu wirken, das durch die Abhaltung der öffentlichen Prufungen möglichft wenige Beit fur ben eigentlichen Unterricht verlobren gebe. Um diefes ohne Gefährdung der 3wede der öffentlichen Prufungen bewerkstelligen zu konnen, wird die beftebende Borfchrift, welche das häufige Bornehmen diefer Rollegialprufungen anbefiehlt, um befto genauer gehandhabt werden muffen. Jede mit einem Studierenden borgenommene Kollegial - Prufung ift mit der Angabe des Tages und der erhaltenen Kalful in dem Sandfatalog der Professoren einzutragen. Diefe Rollegialprufungen find bergestalt einzurichten, daß fich mit einzelnen Schulern nicht übermässig lang aufgehalten, sondern daß dieselbe mit möglichst vielen Schülern das Jahr hindurch vorgenommen werde. Nach Abhandlung jedes Haupttheiles des Lehrsaches soll immer ohne sich an die Ordnung des Leitfabens gu halten, einige Beit auf die Durchprufung Diefes abgehandelten Theiles vermendet werden, um hiedurch die Studierenden zu verhalten, fich noch vor der öffentlichen Prufung eine gehörige Uebersicht des abgehandelten Gegenstandes zu verschaffen , und das eigene Studium nicht

bis zur öffentlichen Prufung aufgeschrieben.

Die Studierenden sind jedes Jahr zu erinnen, daß die Kalkulazion ihres Fortganges, keineswegs bloß von dem Ausschlage der öffentlichen Prüfungkabhänge, sons dern daß daben auch auf den, aus den Kollegialprüfungen erhaltenen Kalkul gebührender Bedacht genommen wird.

S. 3.

Bei dem frenen Lehrsache der klassischen Litteratur wird im ersten Semester bloß aus der Einleitung in das Studium der Alassisch, oder aus der Theorie der klassischen Litteratur, im zweiten Semester aus dem praktischen Theile dieses Lehrsaches öffentliche Prüfung abgehalten.

S. 4.

Die öffentlichen Prüfungen werden alle Tage der Woche hintereinander, ohne Rücksicht auf die gewöhnlichen Schulferien, also auch an Donnerstagen, mit einziger Ausnahme der Sonn = und Fepertage, täglich durch wenigstens 6 Stunden gehalten. An jedem Prüfungstage sind im Durchschnitte bei den mathematischen Lehrgegenständen wenigstens zwanzig, bei den übrigen wenigstens vier und zwanzig Studierende zu prüfen, und sind auf keinen Fall mehr Tage, als nach dieser Berechnung entfällt, auf die öffentlichen Prüfungen zu bemessen. Zwischen den Prüfungen aus zwei verschiedenen Gegenständen ist in vorhinein kein Zwischentag einzuberaumen.

S. 5.

Die Studierenden sind in der Regel in der alphabetischen Ordnung zur Prüsung aufzurusen, und ist nicht zu dulden, daß dieselben, ohne hinlänglichen Grund, ansprechen, später, als sie sonach die Reihe trifft, geprüst zu werden.

Nur die Zöglinge solcher Konvikte, Kollegien, oder Erziehungsanstalten, welche unter der unmittelbaren Leitung der Staatsverwaltung stehen, werden nach einander,

an einem eigends bestimmten Tage gepruft, damit bie Borfteher der Erziehungsanstalt zugegen seyn können.

S. 6.

Die Prüfungen aus den Obligatstudien werden in beiden Jahrgängen gleichzeitig vorgenommen. Bei einer dieser gleichzeitigen zwei Prüfungen hat, wie es die bestehende Instrukzion für die Studiendirektoren ohnehin schon immer gesordert hat, unausgesett der Direktor des Studiums zugegen zu seyn; für die Prüfungen, bei welchen der Direktor nicht zugegen ik, muß ein Prosessor bestimmt werden, welcher die Stelle des Direktors zu vertreten, und mit dem prüsenden Prosessor den Fortgangstalkul des Studierenden richtig zu stellen hat. Zedoch hat der Direktor mit seiner Gegenwart bei den Prüsungen so abzuwechseln, daß er bei jedem Lehrgegenstande einige Zeit erscheint.

S. 7.

Die Prüfungen aus dem frehen Lehrgegenftänden werden im 1ten Semester erst dann vorgenommen, wenn die Vorlesungen über die Obligatstudien schon wieder besonnen haben, im zweiten Semester aber vor dem Ansange der Prüfungen aus den Obligatstudien, und zwar: ist aus diesen frehen Lehrgegenständen täglich an Schultagen durch drei Stunden, nähmlich außerhalb der Stunden, an welchen die Vorlesungen über die Obligatstudien Statt sinden, an den Donnerstagen aber durch 6 Stunden zu prüsen. Auch bei den Prüsungen aus den frehen Lehrgegenständen, muß entweder der Direktor, oder ein hiezu eigends bestimmter, dessen Stelle vertretender Prosessor zugegen sehn. Die Vorlesungen über die frehen Gegenstände, werden im 1ten Semester nur während der Zeit ausgeseht, wo die Zuhörer derselben die Prüsung aus ihrem Obligatstudien haben, dann in beiden Semesstern nur an densenigen Tagen, an welchen die öffentliche Prüsung aus denselben frehen Lehrgegenstande abgebalten wird.

Sievon werden die f. f. Direftorate gur funftigen genauen Darnachachtung mit dem Bedeuten in die Kennt-

niß gefest, daß vermöge ferneren Inhaltes diefer boben Anordnung, die dem neuen Lehrplane und Diefer Borfdrift entfprechenden Beifungen und Formularien über bie funftige Ginrichtung der Prufungsaften, das ift: Rataloge, Ueberfichtstabellen u. f. w. eheftens nachfolgen werden, daher auch die f. f. Direktorate mit der Ginfendung derfelben fur den erften Gemefter 1825-26 bis zum Empfang biefer Beifungen inne zu halten baben, Bubernial = Berordnung vom 26ten Jan. 1826. Bub.

Babl 4527.

13.

Hebraischen Dollmetschern, wenn sie zu einer gerichtlichen Untersuchung beigezogen werden, wird für jeden Tag ein Gulden Konv. Münz bewilliget.

Die hohe f. f. Hoffanzley ist mit der allgemeinen f. f. Softammer darin übereingefommen, daß ben bebraifden Dollmetschern, wenn fie zu einer gerichtlichen Unterfudung beigezogen werben, nach dem f. 531. I. Theils des Strafgefepes fur jeden Sag ein Gulben Conv. Munge abzureichen ift.

Bovon die f. f. Kreisamter in Folge hoben Soffange lendefretes vom 27ten Dezember 1825 3. 38455-2056.

in Renntniß gefest werben.

Gubernial = Defret vom 28ten Jan. 1826. Bub. Babl 1406.

14.

Reorganistrung der Lemberger Realschule.

Laut hohen Studienhoffommissionsbefrets ddo. 23ten Degember 1825 Babl 8525. haben Geine f. f. Majeftat mit allerhöchfter Entschließung vom 16ten Dezember 1825. folgende Bestimmungen über die funftige Ginrichtung ber Realfcule zu Lemberg, und über den dafelbit berauftel-23 2

tenden Unterricht in einigen technischen gadern gu ge-

nebmigen geruht:

I. Die Lemberger Realschule als allgemeine bobere Lebranftalt zur burgerl. Bildung, und als Vorbereitungsanstalt für den Besuch des weiteren Unterrichtes in technis ichen und fommerzielen Lehrfachern bat in Bufunft aus amen Rlaffen zu befteben.

In diesen zwei Rlassen ift zu lehren

in	in der Ersten				in der Zweyten:				
1. Religions	lehre		2					2	
2. Schonlese	n .		1					-	
3. Geograph			2					2	
4. Weltgeschi			2					2	
5. Aufsatlehr	e, deu	tsche	Spi	rache,	und	De:	utscher	Styl	
			5					2	
6. Reine El	ementar	=Ma=							
thematif			4	•				5	
7. Naturgefc	pichte		3					3	
8. Kalligraph	ie .		4					4	
9. Zeichnen			5	•				5	
wöchentlich	e Stund	en	16					15	

hinsichtlich des Unterrichtes in der vohlnischen Gorgde fonnen die Schuler, welche fich hierin bilden wollen, an dem dieffalls an der Universität bereits bewilligten Unterrichte: binfichtlich der italienischen und franzosischen 6 ft

, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	
Sprache an dem Unterrichte in diesen Sprache an	der
ändischen Akademie Theil nehmen.	
II. Bur Ausführung dieses Planes wird folgen	der
dersonalstand festgesett:	
1. Direktor der Realschule, welchem auch der	
Unterricht in der Auffahlehre zugewiesen bleibt	
mit	5
2. Religionslehrer beforgt nebst den sonntägli-	
den Erhorten den Religionsunterricht und	
die Uebungen im Schönlesen durch	5
3. Lehrer ber Geographie und Geschichte mit	8
4. Lehrer der reinen Mathematik mit	9
	-

	-
5. Lehrer der Kalligraphie mit	8
6. Zeichnungslehrer giebt nebst der Aufsicht über	
die freywillige Zeichnungsübungen der Schu-	
ler sormlichen Unterricht durch	10
7. Dem an der Universität beizubehaltenden Pro-	
fessor der Naturgeschichte wird zugewiesen der Unterricht in der Naturgeschichte mit	6
Busammen wöchentliche Stunden	51
III. Damit absolvirte Schüler ber Realschule fi	ch in
en technischen Lehrzweigen zu Lemberg selbst weiter	aus=
oilden können, wird benfelben die hiezu berechnete G	
enheit an der Universität zu Lemberg offen stehen,	und
war für folgende Lehrzweige: 1. Physik (mit Einbegrif der angewandten Mathe-	
matif) durch	8
2. Allgemeine und spezielle technische Chemie durch	5
3. Landwirthschaftskunde (und als Bestandtheil	
derselben Forstwirthschaftslehre) durch	5
4. Praktische Geometrie durch	3
5. Land = und Wasserbaukunst mit theoretischem	
Unterricht durch 5, und mit forrespondirenden	
Zeichnungkübungen durch andere 5 zusammen also durch	10
Stunden wöchentlich.	10

Bu diesem Ende wird

ad I. Den absolvirten Schülern der Realschule ohneweiters die ordentliche Aufnahme zu den Borlefungen über die Physik an der Universität, und die Zulassung zu den öffentlichen Prüfungen aus diesem Fache mit Ausstellung des verdienten Zeugnisses ganz auf dieselbe Art gestattet seyn, wie ein Gleiches für die Studirenden am technischen Institute zu Prag mit Studienhoskommissonsdekret ddo. 18. April 1826. Zahl 814—250. bestimmt worben ist.

Sollte aber die Zahl folder Zuhörer der Phyfit beharrlich drenfig übersteigen, und sollte befunden werden, daß die Ausbehnung des Realschulunterrichtes auf längere Zeit nicht lästig erscheinen, und bie Berminberung ber Goulerzahl nicht zur Folge haben murbe, fo mird ber Antrag gemacht werden fonnen, einen eigenen Lehrer ber Phyfit und Mechanit aufzustellen, und zu diefen Ende den Re-

alichulturs zu erweitern.

ad IIdum. Den neu einzuführenden Unterricht in der Chemie übernimmt anftatt des ihm systemmässig gus gewiesenen Lehrsaches der Naturgeschichte, der Professor ber Landwirthschaftskunde, Fur diefes neue Lehrfach der Chemie ift eine Inftrutzion, in welche auch die nothige Beftimmung über das Lehrbuch, und über ben Gelbverlag fur die Experimente aufzunehmen fenn mird, zu ents werfen, und der Genehmigung der Studienhoffommiffion au unterziehen.

ad IIItium. Aus dem Lehrfache der Landwirths fcaftskunde wird dagegen die bisherige weitläufige Berbreitungelehre ber Chemie ganglich ausgeschieden, und badurch zugleich Zeit gewonnen werben, die eigentlichen landwirthschaftlichen Lehren, besonders aber die ohnehin im vorgeschriebenen Lehrbuche vollständig enthaltene Forstwirthschaftslehre bestogewisser und genauer zu behandeln.

ad IVtum. In dem schon bestehenden Lehrfache

ber praftischen Geometrie bedarf es gar feiner:

ad Vtum. In dem Lehrfache ber Baufunft aber nur diefer Beranberung, daß diefelbe auf die Elemente des Waffer - und Straffenbaues ausgedehnt werde, wogu ber Entwurf ber in der bestehenden Instrukzion fur den Professor der Baufunst nöthigen Modifikazionen zur Genehmigung der hofftelle vorzulegen fenn wird.

Uiber die abfolvirten Schüler der Realfcule, welche an bem foldergeftalt hergestellten technischen Studienkurs Theil nehmen werden, find eigene Kataloge zu führen, und an die Behörden vorzulegen, worüber im Juny

1826 die nabere Weisung einzuholen ist. IV. Behufs der Ausbildung absolvirten Schuler der Realschule zum Sandlungsfache wird auch ein fommerzieller Unterricht beibehalten , und zu diesem Ende ein Professor des Sandlungsunterrichtes aufgestellt, welcher

in zehn Stunden wöchentlich die Buchhaltungskunde, und die eigentliche Handlungswissenschaft zu lehren haben wird. In dem letteren Lehrzweige ist auch das Nothige von dem Handels – und Wechselgerichte einzuhalten.

V. Nach dieser Sinrichtung der Anstalten zur Ausbildung im technischen und kommerziellen Fache, konnen

fich nach zurüdgelegter Realfcule.

1. Diejenigen, welche sich bei der Land = oder Forstwissenschaft zu verwenden wunschen, durch das Studium der Physik, Chemie, Landwirthschaftskunde und praktische

Geometrie, wie auch ber Thierarznenkunde.

2. Diejenigen, welche sich für das Bausach geeigenet zu machen, und insbesondere, die durch hossanzleydeltet vom 16ten Marz 1820. Jahl 7821—560. für die Bewerber um Anstellung bei den Bauämtern vorgeschriedenen Zeugniße zu verschaffen, und zu den daselbst angesordneten Prüfungen gehörig vorzubereiten wünschen, durch das Studium der Physik, der praktischen Geometrie, dann der Lands und Wasserbaukunde, sammt den einschlägigen Zeichnungsübungen.

5. Diejenigen, welche sich für die Verwendung zu einem chemischen oder mechanischen Fabrikazions = oder Gewerbezweige vorbereiten wollen, durch das Studium der Physik oder Chemie, dann um sich auch kaufmännissche Kenntnisse für irgend eine Fabriks = oder Gewerbegesschäftsführung zu verschaffen, durch das Studium aller oder einzelner Zweige des kommerziellen Unterrichtes,

endlich

4. Diejenigen, welche sich bloß zur Ausübung der Feldmeßkunst befahigen wollen, durch das Studium der Physik, und der praktischen Geometrie, sammt den Zeichnungsübungen, die ihnen zu diesem Zwecken ersorderlichen gründlichen Kenntniße auch zu Lemberg erwerben.

Ob sie dieses in einem oder zwei Jahren leisten fonnen, bleibt, wie am Wiener politechnischen Institute dem Ermeffen jedes einzelnen, nach Beschaffenheit seiner Um-

ftande und der gemählten Sachern überlaffen.

Auszug aus bem Gubernialbefret vom Boten Janner 1826 Gub. Bahl 1146.

Pfarrer sollen bei Inventirung oder Rein= ventirung der Pfründen die erforderli= chen Behelfe vorbereiten.

S haben sich mehrere Falle ergeben, daß bei den vorzunehmenden Inventirungen oder Reinventirungen die erforderlichen Daten nicht vorbereitet sind, und der Rreiskommissär unverrichteter Sache abreisen muß, oder wie so viele Fälle bereits vorgekommen sind, unvollstänzdige Inventirungsoperate geliefert werden, woran die mangelnden Daten zum Theil Ursache sind.

Um diesen Unzukömmlichkeiten für die Zukunst vorzubeugen, wird den Konsistorin ausgetragen, dem gessammten Kuratklerus die Weisung zu ertheilen, dei den um Inventirung oder Neinventirung der Pfründe gesmachten Gesuchen für die Beischaffung nachstehender Beselse besorgt zu seyn: a) das alte Pfarrinventarium, b) das Dekanatsinventar, c) die individuellen Grundertragsbögen, d) die Urbarials und Zehendsassionen, e) die auf die Pfarre repartirten Steuern, und f) bei jenen Pfarreyen, zu welchen ganze Dörfer oder Dorfsantheile gehösten, die vollständigen Inventarien derselben.

Diese Behelse sind unungänglich nothwendig, damit der Inventirungskommissär das Operat unaufgehalten aufnehmen könne, und der anderwärtigen ihm obliegenden Dienstleistung nicht zwecklos entzogen werde.

Gubernial = Defret vom Joten Janner 1826. Gub. Zahl 2553.

Magistraten, Dominien und Gerichtsbarfeiten wird die Eintreibung der gericht=
lichen Tax = Postporto und Stempelge=
buhren zur Pflicht gemacht, und den
Pfarrern, Ortsobrigkeiten und Judengemeindvorständen die gewissenhafte
Ausstellung der Armuthszeugnisse ein=
geschärft.

Die wahrgenommene Anhäufung der Tar = Postporto und Stempelrückstände bestimmte die Landesstelle, den Areisamtern mit der Verordnung vom 15ten Oktober v. J. Jahl 52747. in Hinsicht auf alle solche politischen Ges bühren die genaue Befolgung des Erlasses vom 20ten Dezember 1820. Jahl 60570. in Erinnerung zu bringen, und denselben insbesondere noch später, unterm 12ten d. M. Jahl 16466. eine vorzügliche Sorgsalt für die Einstreibung solcher Rückstände empsohlen.

Ueber ein Ansuchen des f. f. Appellazionsgerichts, wird nun den Kreisämtern verordnet, auch sämmtlichen Magisträten, Dominien und Gerichtsbarkeiten auf dem Lande mit Berusung auf die allerhöchste Entschließung vom 24ten Oktober 1820 aufzutragen, sich nicht minder auch die Eintreibung aller gerichtlichen Lar = Postporto und Stempelbeträge, die ihnen von Seite der Gerichtsstellen überwiesen wird, auf das thätigste angelegen sehn zu lassen, die Amtshandlungen der dazu verwendeten Gerichtsstiener, und unterstehenden Beamten genau zu überwachen, und überhaupt keine Abschreibung von Gerichtsgebühren in Antrag zu bringen, deren Uneinbringlichkeit nicht vollkommen dargethan, und wegen deren Eintreibung die vorgeschriebene Amtshandlung, und der gesesmässige Pfändungsversuch nicht vorangegangen ist.

Da man übrigens mahrgenommen hat, daß die Armuthszeugife den Partheyen zum Behufe ihrer Befreyung von solchen Zahlungen, oder zum Behuse der Erwirkung der Tar = und Stempelvormerkung in ihren Prozessen von Seite der Pfarrer und Ortsobrigkeiten, dann der Judengemeind = Vorstände öfter nur oberstächig, und nicht immer nach Pflicht und Gewissen ausgestellt werden, so haben die Kreisämter denselben aufzutragen, bei Ausstellung der Armuthszeugnisse stetet und wahr vorzugeshen, und in diesen Dokumenten nebst dem Karakter und Stande der Parthey auch ihren Lebensunterhalt und ihren Erwerb, dann ihre sonstigen Verhältnisse, welche ihre mittellose Lage und ihre Zahlungsunsahigkeit darstellen, genau und verlässlich zu bezeichnen.

Bei Zeugniffen fur Juden muß auch angegeben werben, ob sie wegen ihrer Armuth auch von der Zahlung ber Lichterzundungsgebühren befrent sepen.

Subernial = Verordnung vom 31ten Jan. 1826. Gub. Zahl 2728.

17.

Ortsobrigkeiten sollen die von ihnen ver= hangten Strafen wegen verzögerter Ein= gabe der Erwerbsteuer = Erklarungen so= gleich dem Kreikamte anzeigen.

Uus Anlaß eines vorgekommenen besonderen Falles wird demselben aufgetragen, sämmtliche Ortsobrigkeiten anzuweisen, daß dieselben über jene Strasen, welche nach dem Sten d. des Kreisschreibens vom 10ten März 1813 wegen Uebertretung der Erwerbsteuer von den Ortsobrigkeiten verhänget werden dürsten, sogleich die Anzeige bei den Kreisamtern zu erstatten haben, damit die Kreisämter derley Beträge ohneweiters bei den Kreisfassen in Fürschreibung bringen lassen, worüber auch unter einem die nöthige Weisung an die Kreisfassen ergehen.

Gubernial = Defret vom 31ten Saner 1826. Gub. Baht 2836.

Preisaufgabe über die Verbesserung der Konstrukzion der Mahlmühlen.

Seine k. k. Majestät haben allergnädigst zu bewilligen geruhet, daß auf die Angabe der besten wesentlichen, leicht aussührbaren, nicht kostspieligen Verbesserung in der Konstrukzion der in der österreichischen Monarchie üblichen Mahlmühlen ein Preis von zweihundert Dufaten, welche, wenn es die Wichtigkeit der Ersindung verdient, verdoppelt werden sollen, ausgesetz werde.

Der Schluftermin fur die Eingaben wird auf ben letten Dezember 1826 festgesett.

Die Preiswerber können ihre Preisschriften, sammt den allenfalls dazu gehörigen Zeichnungen und Modellen, entweder bei der k. k. N. Oest. Regierung in Wien, oder aber auch bei der ihnen nächstgelegenen Landesstelle einer andern Provinz einreichen.

Den Preiswerbern aus dem Auslande ift verstattet, ihre Preisschriften nicht nur bei der nächsten Landesstelle einer öfterreichischen Provinz, sondern auch im Auslande bei einer österreichischen Gesandtschaft zu überreichen, von welcher dann die weitere Einsendung veranstaltet werden wurde.

Die Beurtheilung der Preisschriften wird einer aus theorethischen und praktischen Sachverständigen zusammengesetzen Kommission übertragen, und der Preis der mit den angegebenen Eigenschaften versehenen Verbesserung zuerkannt werden.

Jeder mit einer Devise bezeichneten Preisschrift ist ein mit derselben Devise versehenes versiegeltes Billet, welches den Namen und Wohnort des Versassers angiebt, beizulegen.

Gubernial = Kundmachung vom 31ten Jan. 1826. Gub. Babl 3759.

Zur Pramien = Vertheilung kommandirten Offizieren soll die Anweisung der ge= bührenden Quartiere nicht verweigert werden.

Uns Anlaß der vom k. k. General Militar Kommando mitgetheilten Borstellung des gasizischen Beschel und Remontirungs Departement, daß den zur Prämien Bertheilung kommandirt werdenden Offizieren die Anweisung der ihnen gebührenden ohentgeltlichen Quartiere hier und dort verweigert, und jenen die es betroffen, eine unzustommliche Geldausgabe verursachet wurde, wird den Kreissämtern ausgetragen, die betreffenden Magisträte und Ortssobrigkeiten, allwo die jährliche Prämien Bertheilung Stattsindet, anzuweisen, daß selbe künstig diesen Offizieren die Anweisung der ihnen bei derley Kommandirungen gebuhrenden Quartiere nicht verweigern sollen. Wo übrigens ohnebin Militärabsteigquartiere systemmässig vorhanden sind, können die Offiziere Unterkunft darin sinden.

Gubernial - Verordnung vom 3ten Februar 1826. Bub.

Bahl 4912.

20.

Aufnahme des Fürsten Heinrich von Rohan Guemime, seiner drei Sohne der Prinzen Karl Viktor und Ludwig, dann seiner eheleiblichen Nachkommen in den Fürstenstand des Königreichs Böhmen.

Laut hohen Hoffanzlendekrets vom 26ten Dezember 1825 Jahl 38878. haben Se. k. k. Majcstät durch ein am 27. November 1808 mit a. h. Dero Unterschrift ausgesertigtes Diplom den Heinrich Fürsten von Rohan Guémimé in a. g. Erwägung seiner Abstammung von einem der altesten Fürstenhäuser in Europa, und seiner Verwandsschaft mit mehreren Souverainen surstlicher Familien, dann

in Anbetracht ber von seinen drei Söhnen Karl, Viktor und Ludwig Prinzen von Rohan als k. k. Generale in dem französischen Kriege um a. h. Gr. Majestät und den Staat sich erworbenen Verdienste und bewiesenen Anhängslichkeit an das a. h. Kaiserbaus, sammt seinen ehelichen Nachkommen in den Fürstenstand des Königreiches Böhmen, nach dem dieser Familie zu stehenden altherkömmslichen Vorzügen auszunehmen geruht.

Diese a. h. Entschließung wird den k. Areisamtern zur Nachachtung mit dem Bedeuten bekannt gemacht, daß im Grunde dieses h. Hoskanzlehdekrets die nach dem bereits erfolgten Ableben des Herrn Fursten Heinrich von Rohan Guemime in dem österreichischen Kaiserstaate sich stadil oder zeitlich aushaltenden Fursten Karl, Victor und Ludwig, sammt ihrer eheleiblicher Diszendenz als Fürsten zu behandeln, und ihnen bei allen Gelegenheisten in der Anrede das Prädikat Durchlauchtig Hochgeborner, und im Konterte Durchlaucht zu geben, und sie in Allen bei den Ehren und Würden, deren sich die Fürssten in den österreichischen Staaten theilhaftig machen, und der Vorzüge, deren sie sich gebrauchen dürsen, und zwar nach dem Range vom 27ten November 1808 zu erhalzten und zu schusen sehen.

Gubernial = Defret vom 5ten hor. 1826. Bub. Bahl 3957.

21.

Ausländern wird der Besuch der innländis schen Lehranstalten untersagt.

Seine f. f. Majestät haben nach dem Inhalte einer durch die f. f. Studien = Hof = Commission herabgelangten a. h. Entschließung vom 8. Dezember 1825 im Allgemeinen anzuordnen geruhet, daß an keiner österreichischen Lehranstalt ein Auslander aufgenommen werden dürse, der daß zehnte Lebensjahr überschritten, und der auch unter diesem Alter die ausnahmsweise Bewilligung nicht vorlausig von dem Landes-Shef erwirkt hat.

Diese a. h. Anordnung wird zur Wissenschaft benjenigen, die sich im Falle des Gesets besinden, mit der Erinnerung bekannt gemacht, daß fünstighin die Angehörigen solcher im Auslande gebürtiger, und nicht nazionalistere Knaden, die das zehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben, ihre gehörig begründeten Gesuche um deren Ausnahme an einer öffentlichen Lehranstalt bei dem f. f. Landes- Prästdium in Lemberg anzubringen haben.

Bubernial = Rundmachung vom 6ten Sor. 1826. Bub.

Bahl 2492.

22.

Neue Bestimmung über den Ausgangszoll für den ungarischen Tabak.

Die f. f. allgemeine Hoffammer hat mit hohem Defret pom 18. v. M. Jahl 2711. den Joll für die Aussuhr der ungarischen Tabakblätter nach dem Auslande auf zwanzig Kreuzer, den Ausgangszoll für gesponnenen und geschnittenen ungarischen Rauchtabak auf vier Kreuzer für den Wiener Gentner Sporko Gewichts sestzusehen befunden.

Der Ausgangszoll für den ungarischen Schnupftabat, welcher jest mit funf Rreuzer fur den Centner festgeset

ift, bleibt unverandert.

Die Wirksamkeit der neuen Zollbestimmungen beginnt mit dem Tage der Kundmachung gegenwärtiger Verordnung, und die Zollämter haben von dem Tage, an welchem folche zu ihrer ämtlichen Kenntniß gelangte, sich darnach zu benehmen.

Gubernial = Rundmachung vom 9. Hornung 1826. Bub.

Bahl 6791.

23.

Vorschrift wegen Beischaffung und Verthei= lung der Pramien an den Elementar= schulen.

Die hohe Studienhoffommission hat mit Defret vom 14. Janner l. J. Bahl 41. folgendes eröffnet:

Um über die Vertheilung der Prämien an den Elementarschulen eine gleichförmige Norm festzuschen, haben Seine Majestät mit a. h. Entschließung vom 26ten Dezember 1825 folgende Puntte allergnädigst zu genehmi-

gen gerubet:

tens. Für die Trivialschulen kann zur Auschaffung der Prämien der Schulfond nie in Anspruch genommen werden, sondern es sind Prämien an den Trivialschulen nur dann zu vertheilen, wenn durch dazu bestimmte Stiftungen, durch Wohlthäter und Schulfreunde dieselben angeschafft, und bestritten werden können.

2tens. Eben so haben sämmtliche Mädchenschulen, so wie alle Anabenhauptschulen, die nicht Normal oder Arcishauptschulen sind, auf Anschaffung der Prämien auf Rosten des Schulsondes keinen Anspruch; da sie blosse Gemeinde = und Lokalschulanstalten sind; so sind auch die Prämien für dieselben, auf dieselbe Art, wie an Trivialschulen zu bestreiten.

Itens. Nur an den Normal, und Kreishauptschusten burfen Prämien auf Rosten des Schulfondes, dann angeschafft werden, wenn keine besondere Prämienstiftungen für dieselben vorhanden sind, und wenn auch durch die Verpachtung des Druckes der Schulbücher für Prä-

mien nicht geforgt werden fann.

In dem Falle als der Schulfond zur Bestreitung der Schulprämien bei Ermanglung anderer geeigten Quellen in Anspruch genommen werden muß, wird ein jährliches Pauschale für diese Prämien = Anschaffung bestimmt.

Für die Schulprämien werden an einer Rormalfchu-

le jährlich 36 fl. M. M.

Für eine Kreishaupschule von 4 Klassen jährlich 30 fl.

Für eine Kreishauptschule von drei Klassen jährlich 20 fl. M. M. aus dem Schulensonde bestimmt, welche

Beträge nicht überschritten werden durfen.

Sollte daher an einer oder der andern Normal oder Kreishautschule der bestimmte Betrag zur Anschaffung der Prämien an beiden Semestralprüfung nicht hinreichen, so

sind Prämien nur bei der Kinal = Prüfung zu vertheilen, bei der iten Semestral = Prüfung aber ist der Fleiß der Schüler durch seperliche Verlesung der Namen der Ausgezeichnetesten und Würdigsten zu ermuntern und zu spornen.

Um aber den Schulfond so viel möglich zu schonen, wird verordnet, bei den Kontrakten für den Druck der Schulbücher dem Pächter unter den gewöhnlichen Bedingungen es zur Pflicht zu machen, Bücher zu Prämien für die Normal = und Kreishauptschule der Provinz entweder in Natura, oder mittelst eines Geldbetrages zu be=

forgen.

Damit es jedoch nicht der Willführ der Pächter über- lassen werde, welche Bücher dieselben zu Prämien liesern wollen; so ist das Verzeichnis der von den Pächtern zu liesernden oder anzuschaffenden Prämien stets dem betressenden Konsissorio zur Einsicht mitzutheilen, ob gegen dieselben nichts einzuwenden sey, weil über die Iweckmässisseit der zu vertheilenden Schulprämien die Ordinariate zu wachen haben.

Jedoch ist darauf zu sehen, daß die Schulbucher das burch nicht schlechter ausfallen, daß deshalb nichts an Reinheit des Druckes, und an der Gute des Papiers verslohren gehe, damit die Bucher von den Schulern gehös

rig gebraucht und benütt werden fonnen.

Auszug aus der Gubernial = Verordnung vom soten Festruar 1826. Gub. Bahl 6970.

24.

Einziehung des bei Verlassenschaften vor= findigen Legendebuches des Pater Mar= tin Kochem.

Mit hohem hoffanzlendekret vom 7ten Janner I. J. ift anber eröffne worden:

Es hat sich der Fall ereignet, daß eine Weibsperson durch die Vorlesung einer in den ohnehin streng verba-

thenen Erempelbuche bes Pater Martin Kochem enthaltenen Geschichte durch irrige Anwendung verleitet worden ift, ihr uneheliches Kind unmitttelbar nach ber verheimlichten Geburt in der Zuversicht zu todten, daß sie durch eine strenge Buße dieses Berbrechen ganglich

tilgen könne.

Mit obigen hohem Hoffanzleybekret wird die Landesftelle auf das fehr Schädliche derkei abergläubischer Lektüren in der Absicht ausmerksam gemacht, damit ste vereint mit den Ordinariaten durch die untergeordneten Behörden denselben, jedes auf seine Beise so viel mogslich dadurch vorzubeugen trachte, daß die Wegnahme dieses Buches, wenn es sich in einem Berlasse, oder bei einer sonktigen Bücherveräußerung sindet, erwirket, und von Seiten der Ordinariate der Klerus zur Einssührung besserer Lektüre vermocht werde.

Bon diefer hohen Anordnung werden die Areisamter mit der Weisung in Kenntniß gesett, rudfichtlich der Wegnahme dieses Buches, wenn selbes in die Landessprache übersett, vorfindig senn sollte, nach der gegebe-

nen boben Unordnung borzugeben.

Gubernial = Defret vom 13ten Feb. 1826. Gub. Zahl 6374.

25.

Der S. 25. des Stempelpatents vom Jahre 1802, vermög welchen Obrigkeiten und landesfürstliche Aemter verpflichtet sind, die bei denselben vorkommende, gar nicht oder nicht klassenmässig gestempelten Urkunden der Siegelgefallenadminisstrazion anzuzeigen, und den Parthenen ihre Staffälligkeit bekannt zu machen, wird in Erinnerug gebracht.

Jusolge Stempelpatens vom 15ten Oftober 1802 \$. 25. find Obrigfeiten und landesfürstliche Acmter ohne Prov. Geseh, von Galizien 1826.

Musnahme verpflichtet, wenn bei benfelben fempelpflichtige, und doch entweder gar nicht, oder nicht flasfenmaffig gestempelte Urfunden vorfommen, ben Parthepen ihre Straffälligfeit burch eine Rote befannt zu machen, und zugleich diefen Fall der in Lemberg auf. gestellten Gefälls . Administrazion anzuzeigen. Da nun nach Angeige der Gefälls. Abministragion die Obrigfeiten und landesfürstlichen Memter Diefer Borfdrift nicht nachkommen; fo merden die Kreisamter aufgefordert, diefem Patentsabfage um fo mehr genau zu entfprechen, und zugleich den Dominien und Magiftraten die Beobachtung berfelben einzuscharfen, als auf die Richtbeo. bachtung, die mit dem Rreisschreiben vom 10ten Dezember 1802 Bub. Babl 56197. befannt gemachten Gelbftrafen festgefest find.

Bubernial = Verordnung vom 14ten Feb. 1826. Bub.

Babl 552.

26.

Die Poststrecke zwischen Bojana Stampi und Tibucze auf eine und eine Viertel Post herabgesett.

Die Poststrede zwischen Bojana Stampi und Tihucze auf der Poftstraffe von Ezernowig nach Biftrig in Giebenburgen ift von anderthalb Poften auf eine und eine Biertel berabgefest worden, und diefe Redufzion bat bereits vom iten b. M. begonnen.

Gubernial = Rundmachung vom 14. Februar 1826. Gub. 3abl 7378.

27.

Einhebung der Erwerbsteuer von übersiedel= den Gewerbsteuten.

Mus Anlaß eines vorgekommenen befonderen Falles, wird ben Rreisämtern gur Darnachachtung bei abnlichen, bedeutet, daß da jede Ueberstedlung eines Gewerbs.

mannes nach ber Tertirung des itten f. bes Erwerbsteuerpatents bom 1812. » bat fich um einen neu-»en feinen veranderten Berhältniffen gu-» fagenben Ermerbsteuerschein zu bemer-» ben « als eine bedingte Gewerbszurudlegung (an dem bisberigen Aufenthaltsorte) angefeben , baber in Betreff ber Ginhebung der Erwerbsteuer bon bem überfiedelnden Gewerbemanne nach der in der Berordnung bom Inten May 1816 Bahl 22198. borgezeichneten Richt. fcnur borgegangen werden muß, baber » bie Dbrig. »teiten « mit Rudficht auf die vorhinein zu entrichtenben Erwerbsteuerraten, die auf dem gurudgelangten "Gewerbe haftende rudftandige Steuer einzutreiben, »und von der Ueberfiedlung, die Anzeige ungefäumt "zu machen haben, widrigenfalls fle fur die aus ihrer «Nachläffigfeit entftebenden uneinbringlichen Rudftande "zu haften hatten." Wonach fammtliche Ortsobrigfeiten , benen bie Saftung fur Steuerrudftanbe jeder Art unter ben gefeglichen Bestimmungen ohnehin oblieget, bor Rachtheilen, Die fte nur fich felbft gugufdreiben batten, um fo mehr zu warnen find, als Falle folder Ueberfiedelungen befonders bei judifchen Gewerbsleuten febr oft vorfommen.

Gubernial = Verordnung vom 17ten Sor. 1826. Gub.

Babl 2984.

28.

Einführung der Gil=Postfahrt von Wien über Brunn nach Lemberg, und zuruck.

Mit hohem hoftemmerbetret vom zten d. M. Jahl 4088 wurde bedeutet, daß die Direkzion der f. f. fahrenden Posten den Auftrag erhalten hat, die Eilpostsfahrten in Verbindung mit der Briefpost von Wien über Brunn nach Lemberg und zurud, wöchentlich zweimahl einzuführen.

Die Abfahrtstage von Wien find auf Mittwoch und Sonntag zwischen 9 1/2 und 10 Uhr Abends, und von

Lemberg auf Freytag und Sonntag Abends um 7 11hr bestimmt worden.

Den Zeitpunkt des Beginnens mit den Gilposte fahrten wird die Postwagens Direkzion der galigischen Oberpost Berwaltung vorläufig bekannt machen.

Dieselbe wird davon mit dem Auftrage verstandisget, in Gemäßheit der ihr zu Folge hohen Verordnung vom igten Marz v. J. Bahl 1418. mit hierortigen Erslaß vom 4ten April v. J. Bahl 17795. befannt gemachten Vorschriften über die vereinte Beforderung der Briefpost mit den Gilpostsahrten die erforderlichen Voreinleistungen sogleich zu treffen, und dabei thätigst mitzuppielen.

Die bisherige Postwagensfahrt zwischen Brunn und Cemberg wird mit dem Beginnen der Gilfahrt aufgehoben, und statt derfelben die Fahrt mit Brancardwägen eingeleitet werden.

Die übrigen Bestimmungen für die Gilfahrten mird die Kundmachung enthalten, welche die Postwagens. Direkzion erlassen wird, um das Publikum ba-

von in die Renntniß zu fegen.

Gubernialdefret vom 18ten Februar 1826 Gub. Zahl 9779.

29.

Bestimmung des Ein = und Ausfuhrszolls für Meeraale.

Um den Unzukömmlichkeiten, welche mit dem bishert, gen doppelten Zollfaße in Ansehung der edlen Meeraale Anguille, und der geringeren Gattung dieser Fische (Bissate) verbunden waren, vorzubeugen, hat sich die hohe Hossammer bestimmt gefunden, mit Velret vom roten Jänner b J. Zahl 16980 zu verordnen, daß vom Tage der öffentlichen Kundmachung gegenwärtiger Berordnung angesangen, für die Aalsische aus dem Meere und aus dem See von Commacchio, sie mös

gen von was immer für einer Größe und Beschaffens beit sehn, unter was immer für einer Benennung (Anguille, Anguilloti, Bissate) erklärt werden, und lebend, oder geschlachtet, getrocknet, gerauchert, gesalzen, oder marinirt vorkommen, in der Einsuhr mit zwei Gulden und dreißig Kreußern, in der Aussuhr aber mit zwölf Kreußern zwei Pfennigen für den Wiesner Zentner Sporco in die Verzollung genommen werden sollen.

Gubernial = Kundmachung vom 20ten Horn. 1826, Gub. Zahl 8699.

30.

Wie bei Unterthansbeschwerden fürzugehen, wo die Verjährung eintritt-

Bei Unterthansbeschwerden, welche nach der Borfdrift des Patents bom iten Steptember 1781 gur Berbandlung der politischen Beborden geeignet find, ift die Berjahrung, mo fie eintritt, fein hinreichender Grund, dies felben auf den Rechtsweg ju weifen , fondern es muß auf diefelbe in der Art, wie es das Patent vom 18ten April 1784. borfdreibt, icon bon ber politifden Beborbe Rudficht genommen werden. Rach bem gedach. ten Datente aber, und nach bem boben Sofdefrete bom 21ten Geptember 1797. Babl 32299-2115. (gub. 3n. timat bom idten Oftober beffelben Sabred Dr. 26607-2516.) befdrantt fich die Berjahrung oder Erfigung auf Die Bergutung jener aus bem Bande ber Unterthanigfeit geforderten Dienfte und Entrichtungen, welche erft nach Berlauf bon brei Sabren nach einer burd Ber= fauf, Gant, ober Taufch zc. vorgegangenen Befigveranderung angesprochen mirb.

Die Erstigung erstreckt sich aber nicht auf die Beschwerbe, bas Urbarialpraftazionen gegen die Borschrift des Gesetes erhöhet, oder das Rustikalgrunde von der Herrschaft an sich gezogen worden sepen; denn dergleihen Vorgange sind gesetlich untersagt, es kann also dadurch vermoge ber Gefete nichts erworben, und folglich nach bem f. 1455. Des allgemeinen burgerlichen Ge-

fesbuches auch nichts erfeffen merben.

Es muß daher über dergleichen Beschwerden, wenn sie sich als grundhältig darstellen, immer die Ungebuhr für die Zukunft abgestellt werden, und nur die Vergütung für das Vergangene, in so fern sie in die Periode eines früheren Grundherrn fällt, der das Gut verkauft, oder vertauscht hatte, und wosern sie nicht innerhalb der ersten drei Jahre nach einer solchen Besitsveränderung angedracht worden waren, unterliegt der Verjährung oder Ersitzung.

Subernial = Berordnung vom 21ten Feb. 1826. Gub.

Zahl 8837.

31.

Bei Entsieglung der zollamtlich angewiese= nen Waarenkollien, soll von den politischen Behörden und Ortsobrigkeiten die amtlich geschehene Entsieglung mit Ansekung des Tages auf dem Rucken der Bollete ausdrücklich bestättiget werden.

Bei Prüsung der bet mehrern Gewöldrevisionen abgestreisten Bolleten, hat die Zollbehörde des Landes
wahrgenommen, daß Ortsobrigkeiten und politische Behörden, an welche Waarenkollien zur Entsteglung zollämtlich angewiesen werden, diese Amtshandlung auf
dem Nücken der Bollete nur mit dem Worten ge sehen, oder richtig befunden, bestättigen, ohne
felbst den Tag, an welchem dieses geschah anzusezen, und ohne den eigentlichen Akt der ämtlich vorgenommenen Entsteglung zu bestättigen.

Da der & 55. der allgemeinen Bollordnung vom Jahre 1788. ausdrücklich vorschreibt, daß die Behörden und Ortsobrigfeiten, wenn fie Entsteglung eines

an sie angewiesenen Pades vornehmen, nach dem die Waaren richtig befunden, und der Parthey ausgefolgt worden sind, auch die ämtlich geschehene Entsteglung mit Ansesung des Tages auf den Rücken der Bollete ausdrücklich bestättigen sollen, so sind die Ortsodrigkeiten und sonstige politische Behörden, die ährliche Amtshandlungen vorzunehmen pstegen, auf die genaue Beobachtung dieser Vorschrift ausmerksam zu machen.

Bubernial = Berordnung vom 22ten hornung 1826. Gub.

Bahl 8621.

32.

11ebersetzung des Lubyczaer Kommerzial= Zollamtes nach Belzec.

Das an der pohlnischen Granze bestellte Kommerzial-Bollamt Lubycza, ist in Folge hohen Hoftammer. Defrets vom zien Dezember v. J. 3. 46905—3757 nach Belzec übersetzt worden, und ist bereits am 15. d. M. in Wirksamkeit getreten, welches hiemit allgemein kundgemacht wird.

Gubernial = Rundmachung vom 23ten hor. 1826. Gub.

Bahl 10708.

33.

Nichtkatholische Glaubensgenossen werden zur Ehrerbiethung bei Vorübertragung des Hochwürdigsten angewiesen.

Es ist der Landesstelle angezeigt worden daß die mit Kreisschreiben vom 26ten September 1783 kund gemachte allerhöchste Anordnung Sr. Majestät vom 9ten September 1783. außer Acht gelassen werde, indem die nicht katholischen Glaubensgenossen dem Hochwurdigkten, wenn es zu dem Kranken, oder bei öffenlichen Prozessionen getragen wird, nicht mit der gebührenden Achtung und Ehrerbiethung begegnen, und bei dessen Vorübertragung mit bedecktem Haupte stehen

bleiben, und fich auch im übrigen nicht anständig be-

nehmen.

Es wird baher den f. Kreisämtern aufgetragen, sämmtlichen nicht fathol. Religionsbefennern durch ihre Pastoren und Religionsweiser vermittelst ihrer Ortsobrigkeiten und Magistrate die nachdruckliche Weisung zu ertheilen, bei Vorübertragung des Hochwurdigsten den Hut oder Muße abzuthun, übrigens in einer anständigen Stellung zu verbleiben, oder sich zu entsernen.

Siebei ift denselben bedeuten zu laffen, daß die Dawiderhandelnden als Religionsspötter werden angefeben, und nach Umftanden auch mit forperlichen Stra-

fen werden belegt merben.

Uiber die genaue Befolgung dieser allerhöchsten Anordnung haben die Magistrate und Ortsobrigkeiten zu wachen, und überhaupt jede — auch an wem immer wahrgenommene öffentliche Unehrerbietigkeit gegen das Hochwürdigste anderen zum warnenden Beispiel zu bestrafen.

Bubernial = Defret vom 24ten hornung 1826. Bub.

Bahl 7693.

34.

Bestimmung der Wohnungskompetenz für Areishebammen.

Um die über die Wohnungskompetenz für die Kreishebammen vorkommenden Anstände zu beseitigen, und den Kreisstädten, welche die freye Wohnung dieser Hebammen aus den Stadtrenten nach den bestehenden Präliminarien zu verschaffen haben, keine ungebührliche Last aufzubürden, wird die Wohnungskompetenz der Kreishebamme auf ein Zimmer, eine Kammer und Küche bestimmt, wornach sich bei Ausmittlung dieser Wohnung zu benehmen ist.

Gubernial - Defret vom 24ten Februar 1826. Gub. Jahl 8441.

Die Befrenung des sogenannten Fullbiers von städtischen Getränkerzeugungs= und Verzehrungs=Aufschlag wird auch auf die einheimischen Biererzeuger in Land= städten ausgedehnt.

Mit hohem hoffanglendefrete vom 6ten Geptember Gubernial - Bahl 47648 - 1820 ift ben Lemberger Bierbrauern zugestanden worden, daß bas 20te gaß bes erzeugten unausgegohrenen Biers als bes fogenannten Bulbiers, - von der Entrichtung des ftadtifchen Getrant - Erzeugungs - und Berzehrungs = Auffclage befrent bleibe, weil biefe städtifchen Gefalls - Aufschlage, blos auf bas geborig bereitete Betrante, mithin nur auf dasjenige Bier gelegt find, welches zum Genufe geeignet ift, daber auch jener Theil des unausgegohrenen Biers, melder durch den Gahrungsprozeß aus jebem gaße ausgestoffen wird, welcher fomit bei jebem gafe nachgefullt werden muß, und 5-100 ober ben zoten Theil des erzeugten unausgegobreren Bieres betragt, dur Belegung mit biefen Huffchlagen nicht geeignet ift.

Da diese Beweggrunde, auch für die Biererzeuger in den Landstädten sprechen; so hat man beschlossen, diese Befrepung auf die einheimischen Biererzeuger in den Landstädten, auszudehnen, — und diese Befrepung jedoch erst bei der nächst erfolgenden Berpachtung dieser städtischen Gefälle in Wirksamkeit treten zu lassen.

Die f. Kreisämter haben daher bei eintretender neuer Berpachtung diefer Gefälle, diefes unter die Listitazionspunkte aufzunehmen, und die betreffenden Magistrate und Stadtsammereyen seines Kreises, hievon in Kenntnis zu seben.

Gubernial - Defret vom 28ten Februar 1826. Gub. Bahl 2884.

Zahlungen an Personal = Klassen = und Erwerbsteuer, mussen in der Abstattung dessenigen Quartals aufgeführt werden, für welches die Steuerbezirksobrigkeit die Absuhr angiebt, in jenen Fällen aber, wo Partheyen unmittelbar bey der Kreiskasse vorgeschrieben sind, mussen derlen Zahlungen auf Abschlag der ältesten fälligen Quartalsraten quittirt werden.

Im Nachhange zu den Verordnungen vom 13ten Oftober 1821 Präsidial-Jahl 6826. vom 25ten Hornung
1823 Gubernial-Jahl 4268, und vom 12ten April 1825
Gubernial-Jahl 17726. wird den Kreisamtern bedeutet,
daß von nun an die Jahlungen an der Personal —
Klassen — und Erwerbsteuer ganz eben, so wie bei der
Grund- und Gedäudesteuer in der Abstattung dessenigen
Quartales ausgeführt werden mussen, für welches die
Steuerbezirtsobrigseit die Absuhr ausdrücklich angiebt,
daß aber bei allen jenen Steuergattungen (UrbarialJehent meistens auch Tranksteuer) und in allen jenen
Källen, wo die Partheyen unmittelbar bei der Kreiskassa
vorgeschrieben sind, wie bisher geschah die Jahlungen
stets aus Abschlag der ältesten fälligen Quartalsraten zu
quittiren sind.

Wodurch die Nothwendigkeit des jedesmahliger Beibringung der mit Prästdial. Verordnung von 17ten Hornung 1821 Jahl 1094. vorgeschriebenen Münzlisten um so einleuchtender, und daher den Kreisämtern aufgetragen wird, darüber zu wachen, daß hierin die so eben erwähnte, und die Gubernial. Verordnung vom 25ten Hornung 1823 Jahl 4268. immer und genau

befolgt merde.

Gubernial = Verordnung vom 3ten Mary 1826. Sub. Bahl 7105.

Ben Gymnasial = und Grammatikalschulen wird eine besondere Genauigkeit im Klasssiftziren wiederholt eingeschärft, und minsderfähige Schüler werden von dem Bessuch der philosophischen Studien außzgeschlossen.

Den Direttoraten wird in Folge Defrets der hohen Studienhoffommiffion bom 3iten Dezember 1825 3. 8389. befannt gemacht, bag uber bie, Geiner f. f. Majeftat vorgelegten Sabresberichte über ben Buftanb ber philosophischen Studienanstalten in den Schuljahren 1823 und 1824 mit a. b. Entschließung vom 7ten Dezember 1825 befohlen worden ift, daß, da fich die Babl der Schuler der Philosophie in einzelnen Provingen febr vermehrt bat, und diefe in ihren Studien fo meit porgerudten Junglinge fich ichmer jum Rudtritte in die Rlaffe von Bewerbsleuten entschließen, und daber, wenn Die Rirche und ber Staat ihrer nicht bedarf, in Die Berfudung gerathen zu verzweifeln, ober ihr Brod auf unrechten, und in wiefern fie geubte Rrafte, und Gefdidlichfeit befigen, auf bedenklichen Wegen zu fuchen; anbefohlen murde, auf die auch bereits eingescharfte Genauigfeit im Rlaffifigiren, in ben Gymnaftal- und Defonders Gramatikaliculen zu feben, Damit Knaben, welche fur die Wiffenschaften feine große Musbeute boffen laffen, gur Beit, ba fie fich noch leicht gu einem Sandwerte wenden fonnen, ihre Thatigfeit Dabin zu richten gezwungen werben.

Wornach bie Direktorate fich genau zu benehmen

haben werden.

Gubernial = Verordnung von 9ten Mart 1826. Gub. Bahl 6789.

38,

Bescheinigungen über Strassenarbeiten und Erforderniße mussen mit der Mitserti= gung des Wegmeisters versehen senn.

Es hat fic der Fall ereignet, daß Bescheinigungen über Straffenarbeiten und Erforderniffe blos mit der Unterschrift des Straffenbau-Kommissärs angenommen, und die darinn ausgedruckten Betrage berichtigt wurden.

Da jedoch die Mitfertigung des Wegmeisters, zu bessen Straffenstrecke die Abstellung geschah, unter die wesentlichen Erfordernisse jeder Bescheinigung gehört, so wird den Kreisämtern erinnert, keine Bescheinigung, die nicht mit dieser zweisachen Unterschrift versehen ift, zur Realistrung anzunehmen.

Gubernial - Berordnung vom gten Mary 1826 Bub.

Bahl 9852.

39.

Nachtwachen sollen aller Orten aufgestellt, und zur Erfüllung ihrer Schuldigkeit streng verhalten werden. Zugleich wird auch das Feuerlosch = und Schubord= nungspatent wiederholt in Erinnerung gebracht.

Bur wirksamen Vordeugung nächtlicher Diebstähle und Räuberenen, zur Entdedung und Aussangung des vera dachtigen Gesindels, so wie zur augenblicklichen Wahrnehmung und Rundmachung entstehender Feuersbrünste ist es eine unerläßliche Pflicht der Obrigkeiten, daß aller Orten die Nachtwachen gehörig aufgestellt, zur Ersulung ihrer Schuldigkeit streng verhalten, und von den Obrigkeiten sorgsam überwacht werden.

Da bem Bernehmen nach diese wichtige Polizep-Unftalt in vielen Orten vernachläffigt, ober febr lau

Dehandelt wird; fo haben die Rreisamter fammtlichen Magistraten und Dominien Die Dieffalls bestebenden Borfdriften in Erinnerung zu bringen, Diefelben zur genauen Befolgung anzuweisen, fich von ben Bollzug durch die Rreistommiffare gelegenheitlich anderer Reifen öfter überzeugen zu laffen, und gegen fahrläffige Dbrig. feiten mit aller Girenge bas Amt zu handeln.

Die Magistrate und Dominien find zugleich

a) auf die Feuerlofd . Ordnungspatente bom 28ten July 1786. und zwar bei jenem fur Landstäbte und Martte auf ben 36ten, 38ten und 4oten 6. bann bei jenem fur bas offne Land auf die &. 26. bis inclusive 31, meiter

d) auf das Schubordnungspatent bom 3ten Robem. ber 1786 f. 47. mit bem Bedeuten aufmertfam zu machen, daß diefe bochften Borfdriften fammt= lichen Gemeinden republigirt, und fie gur genquen Befolgung angehalten werben follen.

Gubernial = Defret vom 18ten Mart 1826. Gub. Babl

15941.

40.

In wie ferne Unterbehorden ihre Urtheile in schweren Polizenübertrettungsfällen der Landesstelle vorzulegen haben.

Die hohe hoffanglen hat mit Defret bom 16ten v. M. Babl 4422. anber eröffnet, bag aus Unlag eines speziellen Ralles die Frage zur Sprache gefommen fen, ob die Unterbeborden ihre Urtheile in fcmeren Polizen = liebertretungsfällen auch bann ber Landes= stelle vorzulegen beben, wenn zwar nicht die nach ben 86. 23., 24. und 25 des II. Theile des Strafgefegbus des abgeanderte, wohl aber die urfprunglich bemeffene Strafe por der Rundmachung des Urtheils der Landes. ftelle in Folge bes f. 402. II. Theils bes Strafgefesbudes batte unterlegt werden follen.

Den Kreisämtern wird daher zu Folge des obgenannten hohen Hoffanzlendefrets in Erledigung dieser Frage bedeutet, daß dieselben in jenen Fällen, für welche die in dem II. Theil des Strafgesesbuches bemessene Größe der Strafe jenen Grad erreicht, bei welchen nach dem §. 402. des II. Theils der St. G. B. das Urtheil der Kundmachung der Landesstelle unterlegt werden muß, durch die in den Fällen des 23., 24. und 25. §. des II. Theils des St. G. B. dem Richter gesstattete Surogirung einer andern Strafart oder Verschärfung von der Vorlegung des Strasurtheils an die Landesstelle der der Kundmachung derselben nicht enthoben seinen.

Wovon die Kreisamter gur genauen Darnachach.

tung in Renntniß gefest merben.

Gubernial = Verordnung vom 19ten Marz 1826. Bub. Bahl 15866.

41.

Der Schluß des Schuljahres hat an allen höheren Studienanstalten und Symna= sien mit dem 15. Juli einzutretten, und die Wiedereröffnung desselben mit dem 1. September zu geschehen.

Die hohe Studienhoffommission hat mit Dekret vom 2ten Februar I. J. Jahl 719. anher bekannt gemacht, daß Seine Majestät mittelst a. h. Entschließung vom 27ten Jänner zu besehlen geruhet haben, daß an allen höheren Studienanstalten und an den Gymnasien der Schluß des Schuljahres mit dem 15ten July einzutreten, die Wiedereröffnung des Schuljahres aber den Iten September zu geschehen habe.

Daß an den Hauptschulen das Schuljahr den 21ten July zu schließen, und den iten September wieder zu eröffnen sey. Die Bestimmung ber Ferienzeit für die Trivials ober niedere Elementarschulen auf dem Lande werde, wie bisher, den Länderstellenmit Rücksicht auf Lokalverhältniße und die Beschäftigungsart der Einwohner nach Einvernehmung der Distriktsaussehr und des Schulenoberaussehrer belassen, ohne jedoch daben die sestgesete Dauer derselben von 5 Wochen zu überschreiten.

Da aber die Erfahrung gelehrt habe, daß ungeachtet der für die Dauer der Ferien, und die genaue
Hattung der Vorlesestunden schon bestehenden allerhöchsten Vorschriften hie und da, besonders an höheren
Studienanstalten Willsührlichkeiten Statt finden, von
denen früher nichts gehört wurde, so hatten Seine Majestät zur wirtsamen Beseitigung Ierer Ausslüchte, und
zur leichten Entdeckung eingeschlichener Mißbräuche folgende nähere Bestimmungen theils schon bestehender
Vorschriften, theils neue, und zwar mit besonderer
Rücksicht auf die höhere Studienanstalten anzuordnen
geruhet:

1. Das heilige Geistamt sen am iten Tage nach dem bestimmten Schluftage ber Ferien zu halten, und ber förmliche Unterricht habe gleich am andern Tage nach dem heiligen Geistamte anzusangen, und sen unt unterbrochen sortzuseten, ohne die mindeste Rucksichauf jene Schüler, welche noch nicht eingelangt sind, und ohne die Zeit mit fremdartigen Dingen hinzuziehen.

2. Für das Einschreiben der Studierenden durfe teine eigene Beit, welche für die Borlefungen bestimmt ift, gestattet werden. Wenn ein Studierender sich nicht früher melden konnte, habe er in der ersten Borlefestunde dem Professor ein Blatt mit den gewöhnlichen Auskunf-

ten abzugeben.

3. Bei jedem Studierenden, welcher später eintrifft, sey der Tag, an welchem er in die Borlesungen das erste Mahl gekommen ist, im Rataloge unter der Rubrid der Anmerkungen ausdrücklich mit der kurzen Angabe anzuzeigen, ob, und wie er sein späteres Eintressen gerechtsertiget habe.

4. Jeder Professor, welcher bei dem heiligen Geistamte nicht erschienen, oder vor der Abhaltung bes Dantamtes vom Orte der Lehranstalt weggereiset ift, habe sich bei dem Vorsteher der Lehranstalt schriftlich

barüber zu rechtfertigen.

Jeder Professor, der sich in der Lage zu befinden glaubt, eine oder mehrere Vorlesungen unterlassen zu mussen, oder dieselben durch den Affistenten oder Adjunkten halten zu lassen, habe voraus darüber eine schristliche Anzeige mit Angabe der Gründe dem Vorstesher der Lehranstalt zu machen.

5. Der Vorsteher der Lehranstalt habe diese schriftlichen Anzeigen und Rechtfertigungen der Prosessoren
zu sammeln, und wohl aufzubewahren, und bei Verfassung des jährlichen hauptberichtes über den Zustand
seiner Studienanstalt davon den nöthigen Gebrauch zu

machen.

6. Bur Ausstellung der Beugnisse und der Kataloge sey keine eigene Beitfrist zu gestatten, sondern die Prüfungen seyen dergestalt abzuhalten, daß dieselben erst in den vorletten Tagen vor dem Eintritt der bestimmten Ferienzeit Statt sinden. Die Prosessoren könnten die Zeugnisse und die Kataloge dergestalt vorbereiten, daß sie nur einiger Stunden nach der Prüsung zur vollen Aussertigung derselben bedürsen.

7. Kein Professor durfe bei dem Eintritte der Ferien den Ort der Lehranstalt eher verlassen, als dis er die Zeugnisse und die Kataloge vollständig an dem Prafett oder Studien Direktor abgegeben hat. Ueber-haupt mussen die Zeugnisse spätestens an dem letten Tage vor den Ferien den Studierenden vertheilt werden.

Sollte jedoch die Erfahrung zeigen, daß eine Abanderung der Ferienzeit durch klimatische oder andere Umstände in einer oder der andern Provinz oder Ort nothwendig oder nüglich wäre, so sey dieselbe in Antrag zu bringen, daher über das gegenwärtig bestehenbe und belassen, so wie über das nun neu angeordnete genaue Beobachtung zu pslegen, und darüber so wie über die in obgedachter hinsicht gemachte Erfahrung und sich ergebenden Erscheinungen, und zwar: wenn es

dringend sepe, sogleich zu berichten.

Wovon die Direktorate zur Darnachachtung und weiteren Verfügung an die Prosessoren und Verstandigung der Zuhörer und Schuler der ihrer Leitung anvertauten Lehranstatten in Kenntniß gesetzt werden.

Gubernial = Berordnung vom 20ten Mary 1826. Gub.

Babl 12181.

42.

Ben bedenklichen Fassionen sollen Behör= den, die die Klassensteuervorschreibun= gen zu veranlassen haben, auf die spe= zisische Nachweisung des Einkommens dringen.

Es ist von höheren Orten anher bedeutet worden, daß sich in einer Provinz des österreichischen Kaiscrstaates mehrere Fälle von unrichtigen Klassensteuer-Fassionen zum großen Rachtheile des Nerars ergeben haben, welche erst durch den Weg der Denunziazion zur Kenntniß der Lan-

desftelle gelangt find.

Da diese Fälle beweisen, daß der Inhalt des §. 6. des allerhöchsten Patents vom 20ten August 1806. welscher den Behörden, die die Rlassensteuervorschreibungen zu veranlassen haben, zur strengen Pflicht macht, dei des denklichen Fassionen auf die spezisische Nachweisung des Einkommens zu dringen, nicht gehörig befolgt worden sen, und da solche Unrichtigkeiten in den Klassensteuerbestenntnissen auch hierlandes Statt haben können; so wird den Kreisämtern die genaue Befolgung der erwähnten als lerhöchsten Anordnung hiemit eingeschärft.

Gubernial = Berordnung vom 22ten Mary 1826 Gub.

Bahl 13,65.

Behandlung der Pockenseuche unter Scha= fen.

Da in einigen Gegenden die Poden unter den Schafen ausgebrochen sind, und deren weitere Berbreitung zu besorgen ist, so werden die Dominien und Insassen hierauf ausmerksam gemacht, um diese Seuche unter ihren Schasheerden zu verhüthen, und wenn sie doch unter selben eingerissen sind, den Berlust derselben bestmöglichst vorzubeugen.

Bu welchem Endzweck es nothwendig und rathlich

ist, daß

1.) die Schafe auch für den Fall, als die PodenSeuche unter selben einreißen sollte, gut zu nähren sind,
weil schwache frastlose Stücke unter ihnen vorzüglich der
Poden-Anstedung sähig sind, deswegen es auch räthlich
ist, aus Vorsorge, wenn die Seuche auch nur in der
Nachbarschaft sich zeiget, die kranken, schwachen, magern Stücke aus der Heerde auszumustern.

2.) Auch den gefunden Schafen muffen geräumige Ställe verschaft, sie muffen auf trodener Streu gehalten, täglich bei gunftiger W tterung in die frene Luft auf einen denfelben angemessenen Ort, und zwar fern von stehenden Wasser am besten auf Anhöhen geführt werden.

3.) Ift den fremden Menschen, besonders Schlächtern, Wollfäufern, hirten ze. der Butritt in die Schaf-

Ställe ftreng zu verwähren.

4.) Ist dieß Uebel in einer heerde ausgebrochen, welsches an thränenden Augen, an Anschwellen der Augenlieder an der mehr gerötheten Nase, und an rothen Fleden zwischen den Füssen, die sich später erheben, und mit einer eitrigen Flüssigkeit erfüllen, zu erkennen ist; so muß alle Tage die ganze heerde, Stück für Stück genau untersuchet werden, die unter ihnen vorgesundenen kranken, ja auch nur verdächtigen Stücke, mussen dann abgesondert, und in einem ferne gelegenen Stall unterbracht werden. Diesen Stücken aber sind

eigene Leute gur Martung beizugeben, die zu den noch gefunden Schafen nicht fommen durfen.

- 5.) Hunde, Ragen, Geflügel burfen zu den kransten Schafen nicht gelassen werden die Haut der gesalstenen Stücke muß an einem abgesonderten Ort durch 14 Täge verschlossen, und zum trocknen aufgehangen, die Aaßen tief in die Erde verscharrt werden.
- 6.) Die Behandlung der gutartigen Blattern unter den Schafen ist ganz einfach man gebe jedem Stück 1 Quintel Salpeter, und ein Quintel reinen Schwefel täglich einmahl mit Klenen, oder Habermehl, wozu etwas Salz gegeben wird, überdieß etwas Salz zum Lecken.

Wenn die Pocken in Eiterung übergehen, kann man 2,3 Gran Kampfer für 1 Tag zu den Kleven geben, den Salpeter aber ganz auslassen. Nebst bei muß auch guetes Futter und reichliches Getränk gereicht werden, jenen Stücken, die angeschwollene Lippen haben, und hartes Futter nicht genüßen können, gebe man weiches Futter, als Haberschrott auch Mehltränke, die entzundenen und eitrigen Augenlieder, Lippen, und der Rachen sind mit Milch dem Hollunderthee beigemischt seyn kann, östers in Tag zu reinigen.

7.) Ueberhaupt wird sich über dieses Uebel auf die 16. 55 bis 58 berusen, welche in dem mit Kreisschreiben bom 14ten Dezember 1814 Jahl 52847. bekannt gesmachten Unterricht über die Krankheiten der nüglichen Hausthiere auch von den Pocken unter den Schafen die

Belehrung geben.

8.) Die Impfung dieser Pocke an den Schafen ift als das sicherfte Borbauungsmittel zu betrachten, und zu benüßen, da aber selbe nur von Kunstverständigen mit Berläßlichkeit vorgenommen werden kann, so wird mit künstigem Monat, als der Zeit, wo selbe am besten entsprechend vorgenommen werden kann, die Vorsorge getrossen werden, daß in die befallene Gegend der Landesthierarzt abgesendet werde, die Dominien, wo das Uebel sich zeigen sollte, werden baher ausgesordert, die Anzeis

ge über diefen Ausbruch ungefäumt an das betreffende f. Kreisamt zu erstatten.

Gubernial= Verordnung vom 23ten Marz 1826. Gub. Bahl. 17530.

44.

Die bestehende Verordnung, nach welcher den Soltysen kein frenes Muhl=Hol= zungs=Schankrecht, keine Fischeren und dergleichen zusteht, wird außer Kraft gesetzt.

Da man sich überzeugte, daß die hierortige Verordnung vom 6ten May 1808. Jahl 19177. womit erklärt wurde, daß den Soltysen kein freyes Mühl-Holzungs-Schankrecht, keine Fischerey u. so w. wenn auch diese Rechte in den Privilegien der Scultäten enthalten wären, und sie in dem Besitze und Genuße eines derley freyen Dominikalrechtes sich besänden, zustehe — mit den zu jener Zeit bestandenen höchsten Vorschriften nicht übereinstimmt, so sind det man die gedachte Verordnung außer Krast zu sehen, und die k. Kreisämter anzuweisen, in künstigen Fällen sich blos nach den in dieser Hinsicht bestehenden Vorschrifzten zu benehmen.

Gubernal - Verordnung vom abten Mary 1826. Gub.

Bahl 12917.

45.

Erhebung des Innsbrucker Lycaums zur Universität.

Seine Majestät haben mit allerhöchster Entschließung pom 27ten Jänner I. J. zu bewilligen geruhet, daß das Lyzäum zu Innsbruck zur Universität erhoben werde, mit der Besugniß, Doktoren der Philosophie und der Nechtszgelehrtheit zu kreiren.

Gubernial = Rundmachung vom 28ten Marg 1826. Bub. Babl 17952.

Erläuterung der Grundsätze zu Steuernach= lässen bei Elementarbeschädigungen.

In der hierortigen Verordnung vom gten März 1819 3ahl 10719, welche die von Seiner Majestät genehmigten Grundsähe, nach welchen in Fällen von Elementarbeschädigungen Steuernachlasse bewilligt werden könne—enthält, war in dem 4ten Punkte zu C. bestimmt: daßein ganzjähriger Nachlaß an dem Juschuße zu der Grundsteuer, dann ertheilt werden dürse, wenn der dritte Theil der Fechsung, und darüber dis zur Hälste, oder das Haus allein, oder die Wirthschassebäude allein durch Elementarunfälle betrossen worden sind.

Bei Feststellung dieses Grundsages ward von der Anssicht ausgegangen, daß die Bemessung der ordentlichen Quote der Grundsteuer die eben bezeichneten Elementarunfälle schon durch die Versteuerung der Objekte nach einem mitleren Anschlage berücksichtigt sehen, dagegen aber in diesen Fallen der außerordentliche Zuschuß sich zur Nachsicht eigne.

Dem zu Folge kann bei dem im laufenden Vermalstungsjahre eingetretenen Verminderung diefes außerordentslichen Juschuffes bei Elementarunfällen der gedachten Art, auch kein weiterer Nachlaß, als der des verminderten Juschuffes Statt haben.

Dieses wird in Folge hohen Ministerial - Schreibens vom 21ten v. M. Jahl 458. den Kreisämtern zur Wissenschaft und Benehmung bei Anträgen auf Steuernachsichten bedeutet.

Gubernial = Verordnung vom 29ten Mary 1826. Gub. Bahl 18578.

Fuhr = und Handelsleute, dann Reisende nach Hungarn sollen sich mit den vorgeschriebenen Passen verseben, die Kommerzialstrasse nicht verlassen, noch die königl. hungarischen Drenßigst= und 30ll= amter umgehen.

Laut Eröffnung der königl. ungarischen Stadthalteren kommen häusig Kuhr - und Handelsleute, Hausirer, und galizische dann pohlnische und russische Juden mit verschiedenen Waaren nach Ungarn, welchen die gehörigen Päße und Legitimazionen sehlen, und welche überdieß die Kommerzialstrassen, und die könig. Dreißigstzollämter durch Rebenwege auszuweichen suchen, um den dort bestehenden Jollen zu entgehen.

Die Folge hievon ift, daß dergleichen betrettene Fuhrund Handelsleute und Reifende nicht nur zu ihrem großten Nachtheil zuruchgewiesen, sondern auch verhaftet

werden.

Die f. Kreisämter haben sämmtlichen Dominien und Magistraten bekannt zu machen; daß unter den zu beforgenden oben abgeführten und sonstigen noch übleren Folgen,

a) kein Reisender, Fuhrmann, Handelsmann, Saustrer und Jude, die galizische Gränze ohne den vorge-

schriebenen Pag nach Ungarn übertreten;

b) keinen Rebenweg außer der Kommerzial - Straffe

einschlagen, denn die

c) die königl. ungarischen Dreißigst und Bollämter ohne der gehörigen Legitimirung und den Frachtbriefen über die beihabende Waare, und den gehörig berichtigten

Boll ausweichen durfe.

Da übrigens die Pase nach Ungarn nur vom hierortigen f. f. Landespräsidium erfolgt und an die Kreisämter zur Zustellung den betreffenden Partheyen übermacht werden; so wird den Kreisämtern aufgetragen jeben berlen Paß zu vidiren, und beren zugleich die obbenannten Parthenen an das namentlich anzuführende betreffende erste ungarische Dreißigst - Gränz - Bollamt anzuweisen.

Dieses beziehet sich auch auf die Ausländer, und die pohlnisch russische Juden, deren Päße ohnehin bei den Kreisamtern oder Magistraten, welche lettere dießfalls zu belehren sind, zur Bidirung vorkommen, wozu noch aufgetragen wird, in den Einschreitungen um Pässe nach der bestehenden Vorschrift alle Diener und sonstige Individuen, die zugleich nach Ungarn mitgenommen werden, genau anzusühren, um solche in die Pässe einschalten zu können.

Betreffend die galizischen Unterthanen und Fuhrleute, welche an der ungarischen Gränze wohnen, so hat es bet der hierortigen Verordnung vom 29ten November v. Z. Jahl 62178. vermög welcher denenselben der Austritt nach Ungarn auch gegen Certisisate der Dominien und Ortsobrigkeiten gestattet ist, zu verbleiben, nur ist lestern noch zu erinnern, daß sie auch in den Certisisaten die königl. ungarische Dreißigstämter, welche betretten werden müssen, so wie auch den Weg, welche erstere in Ungarn zu nehmen haben, genau bezeichnen, und überhaupt allen Dominien ohne Unterschied die strenge Besolgung der Paßvorschristen auf das genaueste zu vollziehen haben, weil sie sonst laut der Verordnung vom 17ten Juny verzstossen Jahrs Zahl 25988. sür jeden in Ungarn paßlos oder mit erloschenem Paße oder Certisisate betretztenen Unterthan verantwortlich und für die Kosten der Abschiedung in ihre Seimath ersasyssichtig bleiben.

Subernial Derordnung vom 31ten Mart 1826. Sub. Babl 16494.

Duittungen der Militairquartierzinse sind stempelpflichtig, wenn die Offiziere ihre Duartiere selbst miethen, auch jene über Quartierzinse oder Holzvergutun= gen der Landwehroffiziere unterliegen dem Stempel.

Bu Folge &. g. Litt. b) des Stempelpatents vom 5ten Oftober 1802 find Quittungen über Militär = Quartiergelder stempelsten.

Diese Quittungen find aber zu Folge eben dieses f. g. Litt. b) in dem Falle stempelpflichtig, wenn die Offi-

ziere ihre Quartiere felbst miethen und bezahlen.

Auch wurde mit dem hohen Hoftammerdekrete vom 5. April 1820 3. 13056—1023. die Belehrung ertheilt, daß die Quittungen über Quartier = Zinse oder Holzvers gütungen der Landwehrossiziere stempelpflichtig sepen, da der Quartierzins für diese Offiziere nicht nach dem für das Linien - Militär bestehenden Quartierzins = Schema, sondern mit jener Hohe, wie ihn die Quartiersträgen lisquidiren, bemessen und so auch das diesen Offizieren versabreichte Holz in dem bestehenden Lokalpreise bezahlt wird.

Aus Anlas nun, daß von einem Kloster Quittungen über Micthzinsbeträge, die für den zu einer Militär = Kasserne überlassenen Gebäudeantheil beiderseits freywillig, mittelst eines Vertrags bedungen wurden, patentwidrig ohne Stempel ausgestellet, und von der Kasse angenommen worden sind, werden die k. Kreisämter belehrt, daß Quittungen über beiderseits freywillig bedungene Militär-Quartiergelder allerdings stempelpslichtig seyen; indem nach dem Geiste des Stempelpatents nur jene Quittungen über Militär Quartiergelder stempelstens sind, wo die Sinquartierung im Grunde bestehender Vorschriften selbst zwangsweise, und die Zahlung des Quartiergeldes nach dem bestehenden Quartierzins = Schema Play greist.

Gubernial Berordnung vom 3ten Upril 1826. Gub. Bab

Erläuterung der S. S. 23. und 446. des I. Theils des Strafgesethuches in Bezug auf die Entsetzung verurtheilter Stanzbespersonen von allen ihren Vorzügen.

Aus Anlaß eines sich ergebenden Falles findet die vereinte Hoffanzlen zweckmässig, die Landesstelle auf die nach den $\S\S$. 23. und 446. des ersten Theiles des Strafgeses ihr zukommende Amtshandlung auswerksam zumachen.

Aus der Zusammenstellung dieser Paragraphe erhellet, daß die Entsesung von allen darin benannten Borzzügen zwar eine unmittelbare Folge des Strasurtheiles ist, und von dem betreffenden Kriminalgerichte ausgesprozchen, zugleich aber der politischen Landesstelle, oder den privilegirten Körpern, welchen der Verurtheilte angehörte, zur weiteren Versügung mitgetheilt werden muße.

Hierbei sind jedoch die Vorzüge zu unterscheiden, welche sich zunächst auf die Provinz, wo der Verurstheilte, oder die privilegirte Gesellschaft den er angehört, ansässig ist, sich beziehen, oder aber vermöge ihrer Wirs

fung auf die ganze Manarchie sich erstrecken.

Im ersten Falle hat die Landesstelle nach den bestehenden besondern Gesetzen aus eigener Macht, oder in Folge der von der betressenden Hosbehörde einzuhohlensden Weisung alle nöthigen Verfügungen zu tressen. In dem zweiten Falle hingegen, wozu die Vorzüge des Adels gehören, ist ersorderlich daß dieselbe unter Einem, als sie die gewöhnliche Bekanntmachung an die Behörden in der Provinz erläßt, hievon die vereinte Hossanzlen in die Kenntniß setze, damit diese die Vormerkung der Adelsentsseung in ihren Aften veranlaßen, und selbe allen f. k. Hossanter bekannt machen könne.

Gubernial- Erledigung vom 6ten Upril 1826. Gub. Zahl 19379.

Vereinigung des Vorwerks Koziarnia mit dem Rzeszower Kreis, dann Abtrettung des Dorfes Jurow und einiger Statyner und Zylkaer Grundstücke an das Königreich Pohlen.

Ce. f. f. Majestät haben mit allerhöchster Entschließung pom 9. Dezember 1825 zur besseren Regulirung des Gränzzuges zwischen Galizien und dem Königreiche Pohlen den von der kaiserl. österr und kön. pohlnischen Gränz-Demarkazions - Kommission dießfalls in Antrag gebrachten

Territorialaustausch zu genehmigen geruhet.

Im Grunde dieser allerhöchsten Bewilligung wurde das Vorwerk Koziarnia von dem Königreiche Pohlen am 13ten März d. J. übernommen, und mit dem Rzesszower Kreise einverleibt, dagegen aber das im Jolkiewer Kreise vormals gelegene Dorf Jurow, dann einige zu Statyn und Ihlfa gehörende Grundstücke an das Königreich Pohlen am 16ten März d. J. abgetreten.

Gubernial = Rundmachung vom 12ten Upril 1826. Gub.

Babl 17831.

51.

Bestimmung neuer Eingangs = Zollsätze für Zucker, Zuckermehl und Weintrauben= Sprup.

Seine k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliefsung vom 28ten März d. J zu genehmigen geruhet, daß der besondere Zollsaß für die Zuckermehle zum Handel mit zwölf Gulden vom Zentner ausgehoben, diese Zuckermehle mit dem Nassinatzucker in einem Zollsaß zusammengezogen, und dem lestern jest bestehenden Eingangszolle von sechszehn Gulden und dreisig Areuher vom Zentner Sporto unterworsen werden; daß die Zuckerrasfinerien des Innern dem Berhaltniffe der ihnen bieber gewährten Begunftigung gemaß, fur bas weiße Budermehl eilf Gulden vom Bentner, für alle übrigen Gattungen des Buckermehls aber funf Gulden und breißig Kreuger vom Zentner Sporto an Eingangszoll zu entrichten haben werden; und daß der Bollnachlaß von 1 fl. 4 fr. pr. Bentner, welchen die Fiumaner Buderraffinerie bet ber Einfuhr ihrer Syrupe nach dem Innern der Monardie bisher genoffen bat, fur die Bufunft, jedoch nur aus befonderer allerhochfter Gnade, in zwei Gulben für ben Beniner bestehen foll, wornach alfo der Gingangszoll. welchen die Fabrik zu Fiume fur den Gyrup funftig zu entrichten haben wird, noch in vier Gulden M. Dr. pr. Bentner beftebt.

Uebrigens hat fic die allgemeine Saffammer, nach gepflogener Rudfprache mit der f. ungarifchen Softang= len bestimmt gefunden mit b. Erlaß vom Siten v. M. Bahl 13313 den öfterreichischen Konfumozoll fur den aus Ungarn und Siebenburgen eingehenden Weintrauben-Sprup, welcher in der Gin - und Ausfuhr aus und nach bem Auslande, wie der Buckerrohr-Sprup zu behandeln ift, auf einen Bulben fur ben Bentner Sporto festzufeben.

Die Wirksamkeit diefer neuen Bollbeftimmungen bat mit dem Lage, wo die Berftandigung ben Bollamtern, welche zur Einhebung diefer Gebuhren berufen find, au-

fommen wird, zu beginnen.

Gubernial - Rundmachung pom 12. Upril 1826. Gub. Babl 21483.

52.

Erneuerung des Kreisschreibens, daß die Dominien die Auslagen bei Refruten= stellungen zu tragen verbunden sind.

Man hat mahrgenommen, daß von mehreren Domis nien die Auslagen bei Refrutenftellungen den Gemeinden aufgeburdet werden.

Da nach bem Kreisschreiben vom 20ten September 1793 diese Auslagen den Dominien allein obliegen, und die dawider handelnden Obrigseiten nicht nur zum Ruckersas der von der Gemeinde erwiesenermassen getragenen Auslagen verhalten, und überdieß mit dem Doppelbetrage als Polizepstrase geahndet werden sollen; so sieht man sich veranlaßt, den Kreisämtern auszutragen: das erwähnte Kreissschreiben sammtlichen Ortsobrigseiten in Erinnerung zu bringen, die Besolgung desselben zu überwachen, und bei entdeckten derlei Unfügen gegen die betressenden Dominien nach aller Strenge der dießfälligen Gesesse Umt zu handeln.

Gubernial-Verordnung vom 18ten Upril 1826. Gub. Bahl 20933.

53.

Instrukzion für Stadtwundarzte.

.|-In der Anlage erhalten die f. Kreisämter in Folge der allerhöchsten Entschließung vom 21ten v. M. und hoben Hoffanzlendefrets vom 27ten v. M. Jahl 8604. die Instrukzion sur die in den Städten im Kreise aufgestellte Stadtwundärzte mit dem Austrag, daß die betressende Stadtmagisträte, und mittelst derselben die schon aufgestellten Stadtwundarzte, so wie in Hinkunst derselben Nachsolger, wie auch die zu neu kreirten Stellen ernannten Stadtwundärzte damit zur genauen Besolgung zu betheislen sind, worauf auch die Kreisphysser zu sehen haben.

Uebrigens verfteht sich von felbst, daß, wenn die Stadtwundarzte auch in Krankenanstalten verwendet wersben, sie fich nach den fur diesen Dienst bestehenden Vor-

feriften und Inftrukzionen zu benehmen baben.

Gubernial - Verordnung vom 18ten Upril 1826. Gub. Bahl 22546.

. .

Instruction

für die Stadt = Wundarzte in Galizien.

Bu Folge allerhöchster Entschließung Gr. Majestat vom 21ten März d. J., und hohen Hossanzlendefrets vom 27ten May d. J. wird folgende Instrukzion zur genauessten Beobachtung vorgeschrieben:

S. 1.

Der Stadtwundarzt ist dem Stadtmagistrat, und in wissenschaftlicher hinsicht dem Kreisphistlus unmittelbar untergeordnet.

S. 2.

Alle von dem Stadtmagiftrat erhaltenen amtlichen Aufträge wird er mit Genauigkeit und Fleiß vollziehen.

§. 3.

Ueber alles, was auf die Gesundheit und das Leben der Menschen und Thiere in dem Bezirke der Stadt nachtheiligen Einflnß haben kann, und zu seiner Kenntniß kommt, hat er die Anzeige an den Stadtmagistrat zu machen.

S. 4.

Entsteht in dem Stadtbezirke eine Epidemie oder Seuche, so hat selber die Anzeige den Stadtmagistrat alssogleich zu erstatten, und wenn selber hierüber nichts versanlaßt, an daß k. Kreisamt; in jedem Falle aber zur hemmung der Krankheit und Rettung der Erkrankten alssogleich die zweckmassigen Schritte zu machen.

S. 5.

Bei einer Epidemie oder Seuche, wenn ihm von dem k. Kreisamt die Behandlung derselben übertragen wird, hat er von 14 zu 14 Tagen, in gefährlichen Fallen von 8 zu 8 Tagen dis zur Beendigung des Uebels den Bericht mittels des Stadtmagistrats einzusenden, und am Ende auch den vorgeschriebenen Final = Bericht über diese Epidemie beizulegen.

S. 6.

Besitzet berselbe eine dirurgische Offizin, so hat er sich nach der unter dem 7ten Dezember 1810 Zahl 42519. über die dirurgischen Gremien auf dem Lande erlassenen Berordnung zu benehmen.

S. 7.

Unter seine vorzüglichen Pflichten gehört die Todtenbeschau in der Stadt und im Bezirke derfelben, wobep die unter dem 17ten September 1822 Zahl 28098. erlassene Vorschrift zu befolgen und zu beachten ist.

§. 8.

Die jährlich im Bezirke der Stadt von haus zu haus vorzunehmende Vaccination gehört gleichfalls unter dessen Berpflichtungen, wobei sich selber nach den bestehenden Impfungsvorschriften und nach den Weisungen des Stadt-magistrats zu benehmen bat.

\$. 9.

Bei gerichtlichen Fällen hat derfelbe mit genauer Beobachtung der mit Kreisschreiben vom 16ten Juny 1815 Zahl 21256. für gerichtliche Todtenbeschauer bestesbende Instruktion, dann jedesmaligen Aufträgen und Requisitionen zu entsprechen.

S. 10.

Bei Unglücksfällen, Verlegungen und Ereignissen, welche die Gesundheit oder das Leben der Menschen be- drohen, hat derselbe schnelle und thätige Husse zu leissten, zugleich aber auch dem Stadtmagistrat die Anzeige zu erstatten.

S. 11.

Dort wo ein Armen. oder Siechenhaus besteht, liegt demselben die Obsorge über das Wohl dieser Siechen ob, und er hat die Gebrechen in ihrer Verpstegung und Unterbringung dem Stadtmagistrat anzuzeigen.

S. 12.

Da die in der Sanitätspolizen obwaltenden Gebrechen, in Betreff der Nahrungsmittel und Getrante, porzüglich des Brods, des Fleisches, des Biers und des Trinkwassers, in Betreff der Reinlichkeit, des Zustandes der Wohnungen, das Beerdigen der Begrädnisssälle, des Gistverkaufs, des unbesugten Arzneyverkaufs, dann in Betreff schadlicher Gewohnheiten, besonders der Schwangern, Wöchnerinnen und der phissschen Erziehung der Kinder, einen großen Einfluß auf die Bewohner eines Orts haben, so hat derselbe die hieher gehörigen Mängel und Gebrechen dem Stadtmagistrate stets anzuzeigen.

S. 13.

Dhne Bewilligung des Magistrats hat er sich nie über die Nacht aus der Stadt zu entfernen.

S. 14.

Alles, was in der Instrukzion für bürgerliche Wundärzte enthalten ist, ist auch für den Stadtwundarzt vers bindlich.

54.

Erneuerung der Vorschriften über die Kom= merzialstämplung der Tucher.

Aus mehreren vorgekommenen Fällen, ist die k. k. alls gemeine h. Hofkammer zur Ueberzeugung gelangt, daß die Vor- und Umhäng = Tucher nicht überall der Kom-

merzialstämplung unterzogen werden.

Um diehfalls für die Jukunft ein gleichformiges Verschren zu erzielen, wird hiemit die Vorschrift erneuert, daß: wie es sich aus den h. Hoftammerdekreten vom 14. Hornung 1803 (im 19ten Bande der politischen Gesessammlung S. 258) und vom 14ten Jänner 1812 (im 38ten Bande der politischen Gesessammlung S. 369) von selbst versteht, auch die aus Stossen, welche der Stämpslung unterliegen, gewebten battistenen, mußelinesnen, schleiernen, wie auch ganzsund halbseisdenen Tücher, in so weit sie ein Ganzes ausmachen,

sie mögen ubrigens kroisirt seyn, oder nicht, einzeln, wenn sie aber kein Ganzes ausmachen, oder auch nicht das im δ . 5. des Kommerzialstämpel = Patents sestgesette Maaß von 6 Ellen erreichen, in Gemaßheit des hohen Hosberkrets vom 22teu November 1794 (im 5ten Bande der politischen Gesessammlung S. 195.) nach ganzen oder halben Dußenden mit dem KommerzialsStämpel bezeichenet, und wenn sie unbezeichnet im Handel vorkommen, nach dem δ . 11 des Kommerzialstampel = Patents im Bersfall gesprochen werden sollen.

Welches in Folge hohen Hoffammer - Dekrets vom 8ten v. M. Bahl 9477. zur allgemeinen Kenntniß ge-bracht wird.

Gubernial = Kundmachung vom 19ten Upril 1826. Gub. Zahl 19943.

55.

Neue Zollbestimmung für das ungarische Tabakmehl und den Tabakstaub.

Mit hohen hoffammerdefrete vom 18. Jänner d. J. Bahl 2711 wurde der Ausgangszoll für das ungarische Tabafmehl und den Tabafstaub auf vier Kreuger für den Wiener Zentner Sporko = Gewichts festgesetzt.

Welches nachträglich zu dem Areisschreiben vom gten Hornung d. J. Jahl 6791. mit dem Beisate zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Wirksamkeit diesser Jollsäte vom Tage der Kundmachung des bezogenen Kreisschreibens beginnt.

Gubernial = Kundmachung vom 19. Upril 1826. Gub.

Rleriker der Regular = Orden durfen die die Prüfung aus jedem Obligatstudium der Philosopie auf einmahl an einer öffentlichen Lehranstalt taxfren zurück= legen.

Mit hohem Hoffanzleydefret vom gten Dezember 1825. ift nachstehende a. h. Entschließung Seiner Masjestät herabgelangt: »Philosophischen Klerisern der Regularorden wird gestattet, daß sie wie Privatstudiesrende die Prüfung aus jedem Obligatstudium der Phislosophie auf einmahl an einer öffentlichen Lehranstalt ganz tarfrey zurücklegen, dei welcher Prüfung sich mit Vermeidung aller subtilen Fragen auf das Wesentliche, und für einen künftigen Priester Praktische zu beschränsten ist.

Bon diefer allerhöchften Entschliessung werben die t. Directorate zur Wissenschaft und Darnachachtung in Kenntniß gefest.

Gubernial = Defret vom 21ten Upril 1826. Gub. Zahl 7464.

Staats - Vertrag

uber die wechselseitige Frenzügigkeit des Ver= mogens und der Verlassenschaften zwi= schen dem Desterreichischen Kaiser=Staa= te und den Herzogthume Modena.

NOS FRANCISCUS PRIMUS, DIVINA FAVENTE CLEMENTIA AUSTRIAE IMPERATOR; HIEROSOLYMAE, HUNGARIAE, BOHEMIAE, LOMBARDIAE ET VENETIARUM, DALMATIAE, CROATIAE, SLAVONIAE, GALICIAE, LODOMERIAE ET ILLYRIAE REX; ARCHIDUX AUSTRIAE; DUX LOTHARINGIAE, SALISBURGI, STYRIAE, CARINTHIAE, CARNIOLIAE, SUPERIORIS ET INFERIORIS SILESIAE; MAGNUS PRINCEPS TRANSILVANIAE; MARCHIO MORAVIAE; COMES HABSBURGI ET TYROLIS etc. etc.

Notum testatumque omnibus et singulis, quorum interest, tenore praesentium facimus:

Cum Nobis et Serenissimo Archiduci Duci mutinensi e re visum est, subditis Utriusque Nostrum liberam exportationem haereditatum et aliarum facultatum absque ullo detractu ex una in alteram ditionem concedere, et desuper a Nostro et praelaudatae Regiae Celsitudinis Pleni potentiario die 12 Augusti anni currentis specialis Conventio inita et signata fuerit, cujus tenor sequitur:

Seine Majestat Franz der Erste, Kaiser von Desterreich, König von Jerusalem, Ungarn, Böhmen, der Lomsbardie und Venedig, von Dalmatien, Eroatien, Slasvonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; Erzherzog von Desterreich, Herzog von Lothringen, Salzburg, Steyermark, Kärnthen, Krain, Ober = und Niederschlesten; Großsürst von Siedenburgen; gefürsteter Graf von Habsburg und Tyrol rc. 2c.

und Seine königliche Sobeit Franz ber Bierte, königlicher Prinz von Ungarn und Bohmen, Erzherzog

von Defterreich, Bergog bon Modena 2c. 2c.

In der Absicht, Ihren Unterthanen die Vortheile der zwischen beiden Souverainen glücklich obwaltenden Bluts, verwandtschaft durch mehrere Befestigung und Erweisterung des zwischen den Vewohnern der beiderseitigen Staaten bereits bestehenden Freundschafts, und Sandelsverkehres fühlbar zu machen, haben sich bewogen gesunden einen Vertrag abzuschließen, dessen Iwed dahin geht, das Recht des freyen Abzuges vom Vermösgen, Erb. und Verlassenschaften zwischen Ihren gegenseitigen Staaten seitzusezen.

Bu diefem Ende haben Sie zu Ihren Bebollmach. tigten ernannt:

Seine Majestat ber Kaiser und König, Franz der Erste 2c. 2c, den Frenherrn Franz von Sardagna, Commandeur des Constantinischen St. Georgs. Ordens von Parma, Ritter des Toscanischen St. Josephs. Dr. dens, des Ordens der heiligen Mauritius und Lazarus und des Christus. Ordens, Allerhöchst ihren wirklichen Kämmerer und Legations. Nath;

und Seine königliche hoheit ber Erzherzog von Defterreich, herzog von Modena 2c., höchstihren Rath Johann Maria Poli; welche Bevollmächtigte, nach Auswechslung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehenbe Puncte übereingekommen find, und hiermit übereinfommen.

I. Artifel.

Zwischen den Staaten Seiner k. k. apostolischen Majestät und jenen Seiner königlichen Hoheit des Herzogs von Modena, soll von jest an eine vollkommene Freyzügigkeit dergestalt Statt sinden, das dei keiner Vermögens. Erd. oder Verlassenschafts. Exportation, auf welche Art solche geschehen mag, ein Abschoß ober Absahrtsgeld, oder Nachsteuer, in den Staaten, wo diese Steuern bestehen, noch was immer für eine andere Abgabe aus irgend einem Litel erhoben werden soll, in so fern dieselben seither wegen der Vermögens. Exportation in die landessürstelichen Cassen gestossen sind.

II. Artifel.

Die Aufhebung der vorerwähnten Abgaben schlickt indessen weder die Abnahme der Auswanderungsgebühr noch jener Steuern aus, welche in benden Staaten ben dem Antritte einer Erbschaft oder Annahme einer Schenkung entrichtet werden mussen, indem die erstere mit den in den Desterreichischen Staaten bestehenden Auswanderungs Gesehen und Local Berhältnissen in zu genauer Verbindung steht, und die zwepten durch die Gesehe bender Staaten in der Art vorgeschrieben sind, daß sie eben so gut von den eigenen Unterthanen in Fällen, wo von Auswanderung oder Vermögens Exportation keine Frage ist, entrichtet werden mussen.

III. Artifel.

Da dieses Acht der Frenzügigkeit, seiner Natur nach, sich nur auf das außer Landes zu führende Bermögen bezieht, und nicht auf Personen anwendbar ist, so bleiben, dieses Bertrages ungeachtet, jene Vorschriften in den Staaten, wo sie bestehen, in geseslicher Kraft, welche jedem Unterthane ben Strafe der Vermögens-Confiscation die Verpflichtung auferlegen, vor der Ansäsigmachung im Auslande die Auswanderungs-bewilligung seines Landesherrn nachzusuchen.

IV. Artifel.

In Anschung jener Individuen jedoch, welche bereits nach Abschließung des gegenwärtigen Bestrages ohne landeskürstliche Bewilligung ausgewandert sind, soll die Consiscations. Strase in den Staaten, wo dieselbe besteht, nur in dem Falle eintreten, wenn dergleichen Individuen sich in dem auswärtigen Staate ansäßig gemacht, und von den dießfalls erlassenen landesherrlichen Berordnungen vollständige Kenntniß gebabt, so wie auch, wenn ste auf eine erhaltene obrigsteitliche Einderufung sich nicht gestellt hätten.

V. Artifel.

In Folge eben dieses Grundsases wird festgeset, daß, ungeachtet des Rechtes der fregen Vermögens. Erportation, die Erhebung der Militär. Pflichtigkeits. Redimirungs. Summe in den Fallen Statt finden könne, wenn einem Individuum die Auswanderungsbewilligung ertheilt wird, welches nach seinen Personal. Verhältnissen der Militär. Pflichtigkeit unterliegt, und das Alter, das ihn derselben enthebt, noch nicht ereicht hat.

VI. Artifel.

Deßgleichen bleibt es in Auswanderungsfällen in Rücksicht der Auswanderungsgebühr in den Staaten, wo dieselbe besteht, ben den disher deobachteten Bestimmungen, nach welchen drey vom Hundert von dem Bermögen des Auswandernden, als eine auf seine Person sich beziehende Abgabe, erhoben werden, und da die Abnahme der Erbsteuer auf Gesesen beruhet, welche mit dem Freyzügigseits. Rechte keine Berbindung haben, so hat auch der gegenwärtige Bertrag auf erwähnte Steuer keine Beziehung, sondern es bleibt beyden verstragschliessenden Theisen unbenommen, hierüber von wegen ihrer Souverainen. Gewalt jene gesesslichen Sesstimmungen zu tressen, welche Ihnen angemessen schen werden.

VII. Artifel.

Es ift feener verstanden, das vorgedachte Bestimmungen auf die Joll- und Mauthverordnungen, welche in den benderseitigen Staaten gegenwärtig in Kraft stehen, oder in Bukunft eingeführt werden möchten, keinerlen Einfluß haben soll.

VIII. Artifel.

Obgleich vermoge dieses Bertrages alle Abzüge, n den Staaten, wo dieselben bestehen, die wegen der Bermögens - Exportation in die landesherrlichen Cassen sließen, aushören, so soll dessen ungeachtet jenen Corporationen in dem einen oder dem anderen Staate, und jenen Provinzial = Ständen, die zur Erhebung einer Abgabe in Erbschaftsfällen berechtiget sind, dadurch nichts an ihren Besugnissen benomenn seyn.

IX. Artifel.

Dieser Vertrag soll schließlich als ein Staatsverstrag unwiderrusliche Gultigkeit erhalten, und vom Lage der Auswechslung der Natificationen, welche in drey Monathen erfolgen wird, angefangen, in volle Kraft treten.

Urfund deffen haben die beiderfeitigen Bevollmächetigten gegenwärtigen Vertrag in doppelter Ausfertigung unterzeichnet, und ihre Siegel bengedrückt.

So geschehen zu Mailand ben 12. August 1823.

(L.S.) Frang Frenherr v. Sarbagna.

(L.S.) Johann Maria Poli.

Gubernial = Kundmachung vom 24. Upril 1826. Gub. Bahl 20114.

Nos visis et perpensis Conventionis hujus articulis eos omnes et singulos ratos omnino gratosque habuimus, atque hisce ratos gratosque habere declaramus, verbo Nostro Caesareo-Regio

spondentes, Nos ea omnia, quae in illis continentur, fideliter executioni mandari jussuros esse, in quorum fidem praesentes ratihabitionis Nostrae tabulas manu Nostra signavimus, sigil-loque Nostro Caesareo-Regio appresso firmari mandavimus.

Dabantur in Urbe Imperiali Nostra Vienna Austriae, die sexta mensis Novembris, anno millesimo octingensimo vigesimo tertio, regno-rum Nostrorum trigesimo secundo.

FRANCISCUS.

PRINCEPS A METTERNICH.

Ad Mandatum Sacr. Caes. Reg. Apostolicae Majestatis proprium.

Eberhardus Perrin a Gradenstein.

58.

Daß pensionirten Offizieren ben ihrer Un= stellung im Zivile zugestandene Mehr= drittheil, wird nicht auf die blos mit Onadengehalten betheilten ausgedehnt. Unterbringung der mit Gnadengehalten betheilten Militar-Individuen in solchen Plagen, die ihren Kraften oder Gigen= schaften entsprechen.

Mittelft Rote vom 22ten v. M. hat der f. f. Hoffriegerath eröffnet, bag Geine Majeftat mit allerhoch. fter Entschließung bom 8ten des v. DR. ju befehlen gerubet haben, daß die ursprunglich den penfionirten Offiziers bei ihrer Unftellung im Bivile zugeftandenen im Normale bom Jahre 1816, enthaltenen Begunftis gungen in Rudficht ber Aufbefferung mit einem Drittheil der zu beziehen gehabten Penfion, (das fogenannte Mehrdrittheil) nicht auf jene, welche mit bloßen Enadengehalten betheilt seyen, noch auf die Militarpartheyen ausgedehnt werden durfen.

Da übrigens jeder, ber bom Staate einen Unterhalt genießt, auch im Falle fen, zu folchen Staats. bienften, die feinen Rraften ober Gigenfchaften angemeffen fepen, auch wenn er es nicht anfuche, nach Umftanden und gur Erfparung fur das Aerar fich Derwenden und anftellen laffen zu muffen, fo haben Geine Majeftat zugleich in weiterer Folge ber obbe= merften a. b. Entschließung dem Soffriegsrath anguweisen befunden, alle Bierteljahre ben berichiebenen Sofftellen Bergeichnife ber mit Gnadengehalten betheilten Offiziere, und andere gum Armeedienft geboriger penfionirter, oder mit Gnadengehalten betheilter Dis litar - Individuen und Partheyen mit Bemerfung ihrer allenfälligen Qualififation mitzutheilen, damit ihre Unterbringung in folche Plage, Die ihren Kraften oder Eigenschaften entsprechen, ba, wo es zum Bortbeil Des Merars gereicht, bemirft merbe.

Bugleich sind die unterstehenden General. Commanden von Seite des Hostriegsraths beaustragt worden, in den 114 jährigen Qualisitazions. Singaben über die zu Zivilanstellungen aspirirenden pensionirten Offiziere, von nun an auch die in dem General. Commando Bezirk sich aushaltenden, mit Gnadengehalten betheilten Offiziere, dann die pensionirten oder mit Gnadengehalten betheilten Militärparthepen, und zwar die Judividuen dieser beyden Kathegorien sichtlich gesondert, am Schluße der betressenden Eingabe nach Maaßgabe ihrer für die eine oder andere Bedienstung besigenden und bey der Prüsung erprobten Eigenschaften auszuschlassen.

Gubernial = Erledigung vom 26ten Upril 1826. Gub. Bahl 25018.

Die Abrechnung des Alumnaticums wird ben Berechnung des Erbsteuer æquivalents der Geistlichkeit nicht gestattet.

Laut hohen Hoffanzlendefrets ddto. 6ten April 1. 3. Jahl 9256, haben Seine Majestät aus Anlaß eines speziellen Falles mit allerhöchster Entschließung vom 28ten März 1. 3. allergnädigst zu verordnen geruht, daß ben Berechnung des Erbsteuer aequivalents der Seistlichseit die Abrechnung des Alumnaticums nicht zu gestatten sen, weil die Erbsteuer eigentlich eine Vermögenssteuer, und nicht eine Einkommenssteuer ist, daher auch vom Klerus, dessen Vermögen nie verserbt wird, als ein jährliches aequivalent entrichtet werden muß, hingegen das Alumnaticum vielmehr ein milder Beitrag ist, dem der Klerus zum Besten seines Diözesan-Seminariums von seinen reinen Einstommen entrichtet

hievon wird die f. Provinzial - Staate - Buchhaltung und die f. Kammerprofuratur zur Wiffenfchaft

und Darnachachtung in die Kenntniß gefest.

Gubernial = Defret vom 29ten Upril 1826. Gub. Babl 23,836.

60.

Institute der barmherzigen Schwestern, so wie alle Privatinstitute werden von der jährlichen Rechnungslegung über die Verwaltung des eigenen Vermögens enthoben.

Seine Majestät haben mit allerhöchsten Entschließung vom 21ten März d. J. zu bewilligen geruht, daß die Institute der batmherzigen Schwestern in Galizien von der jährlichen Rechnungelegung über die Verwaltung des eigenen Veunögens, und Einkommens enthoben

werden, und daß diese Maagregel auf alle Privatinftitute ausgedehnet werde, welche aus dem Staatsschape, oder einem politischen Fonde keine Unterstügung

erhalten.

Hievon werden die k. Kreikämter zur weiteren Veranlassung in Folge Hostanzlendekreis vom 23. Marz I. J. Bahl 8602 in die Kenntniß gesetzt, wornach es daher von der hierortigen Weisung vom 14ten April v. J. Bahl 19084 abzukommen hat.

Gubernial = Verordnung vom 2ten May 1826. Bub.

Bahl 20937.

61.

Errichtung einer Weg = und Brudenmauth zu Zaryte.

DNit dem hoffammerdekrete vom 22ten März d. J. Bahl 8366381 ist die Errichtung der Wegmauth für 2 Meilen und der Brüdenmauth nach dem Tariffe der dritten Klasse zu Zaryte Wadowicer Kreises angeordnet worden.

Was hiemit mit dem Beisate zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Weg und Brüdenmauth. Gebühr in dem benannten Orte vom 1. Juli d. J. nach den Grundsäßen des Kreisschreibens vom 15. Juni 1821, Jahl 31269 und vom 7. März 1823 Jahl 11370 werde eingehoben werden.

Gubernial = Verordnung vom 3. May 1826. Gub. Zahl

19941.

62.

Beschädigungen fremden Eigenthums, auch wenn der Schaden nicht über 25 fl. beträgt, sind nach dem 74. §. des Strafgesetzuches über Verbrechen zu bestrafen.

Gin vorgekommener Fall bofhafter Beschädigung fremben Eigenthums hat dur Erörterung ber Frage Anlag gegeben, ob ein Vergehen solcher Art, auch wenn der Schaden nicht über 25 fl beträgt nach dem 74ten &. des ersten Theils des Strafgesehuches als Verbrechen du bestrafen, und ob über diesen Gegenstand nicht ein

neues bestimmteres Befch nothwendig fep?

Ueber einen darüber erstatteten Vortrag der f. f. Sof. Commission in Justizgesetziachen haben jedoch Seisne Mejestät mit allerhöchsten Entschließung vom Iten Hornung d. J. zu besehlen geruhet, daß es noch ferner bei der bestimmten Anordnung des 74. f. des Strafs Gesetzuches zu verbleiben habe, und die Instizbehörsden für die genaue Beobachtung desselben verantwortslich zu machen seyen.

Wovon die Kreisamter zur Wiffenschaft und wei-

tern Benehmen verftandiget merden.

Gubernial = Verordnung vom 4ten Map 1826. Gub. Bahl 23379.

63.

Siebenbürgischen Unterthanen von ihren Dominical=Gerichtsbarkeiten ausgefer= tigten Reisepasse sind als gultig zu be= trachten.

Weber eine Anfrage: ob in Galizien die dem Siebenburgischen Unterthanen von den Dominikal Gerichtsbarkeiten ausgesertigten Reisepässe zu respektiren sepen,
hat die hohe Hoffanzlen nach gepflogener Rucksprache
mit der siebendurgischen Hoffanzlen mittelst Dekrets
vom 28ten März 1. I. Jahl 8523 erwiedert, daß in
Siebenburgen die Reisepässe über die Landesgränze sür
das Innland durch den ersten Beamten der betressenden Gerichtsbarkeit, oder dessen Stellvertreter ertheilt
werden können, folglich solche Pässe in Galizien als
gültig zu betrachten sepen.

Wovon der Lemberger Magistrat und die Polizen

Direftion gur Kenntnif und Darnachachtung berftan= bigt wird.

Gubernial = Defret vom 5ten May 1826. Gub. Bahl 25287.

64.

Bei Todesfällen der Militärpersonen haben Dominien und Magisträte zwar ihr Amt zu handeln, von Verfassung eines Inventars aber sich bis auf Ansuchen der Competenten Behörde zu enthalten.

Auf Ansuchen des t. t. Appellazionsgerichtes vom 31. Marz I. J. Bahl 3675, wird den t. Kreisämtern aufgetragen, die unterstehen Magisträte und Dominien anzuweisen, daß selbe zwar dei Todesfällen der Militärpersonen zur Vorbeugung der Vermögens-Versplitterung ihr Amt zu handlen, von der Verfassung eines Inventars aber sich in so lange zu enthalten haben, die sie dießfalls von der kompetenten Behörde ersuchet werden.

Gubernial = Verordnung vom 6ten May 1826. Gub. Bahl 24937.

65.

Herstellung und Erhaltung öffentlicher Brun= nen, besonders in den von Militar be= quatirten Ortschaften.

Es ist wiederholt wahrgenommen worden, daß es in manchen Ortschaften an zureichenden guten und genußbaren Trinkwasser mangle, daß die erforderlichen öffentslichen Brunnen entweder ganz mangeln, oder die besstehenden schlecht verwahrt, jeder Art Berunreinigung ausgesetzt seben. Mit Bezug auf den 4ten Absatz der am 28ten Dezember 1823. Jahl 63159, erneuerten Feuerlöschvorschriften wird den Kreisämtern daher ver-

BIM. 300 ordnet, ben Rreiskommiffaren, ben Rreisarzten und ben Kreisingenieuren zur nachbrudlichen Pflicht zu machen, daß fie fich bei ihren Dienstreifen ftets genau überzeugen, ob überall nach dem Berhältniffe der Menge der Innwohner binlangliches gefundes, vollfommen trinfbares Waffer, befonders in den bom Militar bequartirten Ortfchaften vorhanden fen, und ob nach der Birfularverordnung vom 22. Janner 1784 3abl 1779, die Wafferbehaltniffe und Brunnen in der angemeffenen Sobe über die Dberflache ber Gaffe oder Straffe oder des fonftigen Ortes, die Brunnen mit Dachern verfeben. ftets im auten Stande erhalten, und von allen Une rathe bewahret werden.

Ueber jedes in diefer Begiebung entbedte Gebreden ift bie ichleunige mirtfamfte Amtebandlung ein-Buleiten, und barauf ju feben, bamit ber 3med jener

Borfdriften erreicht merbe.

Gubernial = Verordnung vom 7ten May 1826. Bub. Bahl 25191.

66.

Bestimmung des Verfahrens bei Gingiebung beimfalliger Guter.

Um Beeintrachtigungen des höchsten Staatsschapes burd die Nichtfenntniß ober burch die Nichtbeobachtung ber beftebenden Gefete bei Gingiehung beimfälliger Guter wirflich bintan ju halten , wird in Folge eines von der f. f. vereinigten hoffanglen unterm 15. Map 1825, Bahl 15023 einverständlich mit ber f. f. oberften Juftigftelle und ber f. f. allgemeinen Soffammer erlaf. fenen Defreis, ben f. f. Sandrechten, dann fammtli. chen Dominien und Magiftraten, das Berfahren bet Ausübung des Beimfälligleiterechtes nach den obnebin foon bestehenden alteren und neueren Borfdriften, ins. befondere nach dem Sofdefrete vom 8ten Marg 1782. Babl 56. bom 25ten Geptember 1789 , Jahl 940 ber S. S. G. fammt ben bieruber mit gedrudten Rreis,

schreiben vom 23ten September 1789, und vom 15ten Jult 1790, nachgefolgten Erläuterungen, dann nach dem Hofbekrete vom 30ten Oktober 1802 gahl 582. der S. G. G., und endlich nach den Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen G. B. zur genauen Darnachachtung, hiemit neuerdings zur Beobachtung solgendermassen vorgeschrieben.

§. 1.

Alle Obrigkeiten, Magistrate und die k. k. Landerechte bei denen sich Depositen besinden, zu welchen sich seit 32 Jahren kein Eigenthümer vorgefunden hat, diese Depositen mögen von Verlassenschaften oder von gerichtlichen Erlägen herrühren, sind verbunden die Ediktal. Einberufung der Eigenthümer, mit Festsehung einer Frist von einem Jahre sechs Wochen und drei Lagen zur Darthuung ihrer Ansprüche einzuleiten.

S. 2.

Wenn sich binnen der Ediktalfrist Jemand mit Ansprüchen auf ein Depositum meldet, ist die vorsordernde obrigkeitliche Behörde verpflichtet, dessen Ligitimazions. Urfunden der Kammerprofuratur mitzutheilen, welche dieselben mit ihrem Gutachten über die Kechtsbeständigkeit der Forderung begleitet, der Obrigkeit zurücktelsen wird. Die obrigkeitliche Behörde hat sodann die Entscheidung von Amtswegen (ex officio nobili) unter Vorbehalt des Refurses zu fällen, und solche der Kammerprofuratur bekannt zu machen, damit diese zur Aufrechthaltung der landesfürstlichen Regalien beruffene Behörde, das dem höchsten Staatsschafe vorbehaltene Recht der Einziehung erbloser oder herrenloser Güter geltend machen könne.

S. 3.

Im entgegengefesten Falle aber, wenn nämlich innerhalb der Ediftal - Frift niemand fich anmeldet, und wenn die Obrigfeit selbst aus was immer für einem Grunde, das heimfallsrecht in Anspruch nimmt; so hat biefelbe ebenfalls die Anzeige an die Kammerprofuratur ju machen.

S. 4.

Sollte eine Obrigfeit ein der Einziehung an den Staatsichan unterliegendes Bermögen verschweigen, fo bat fie den dritten Theil des verschwiegenen Bermögens, als Strafe zu erlegen, und diefer Betrag hat dem Anzeiger zuzusommen.

S. 5.

Uebrigens versteht sich von selbst, das durch die gegenwärtig erneuerte Anordnung diejenigen Gerechtsame keine Veränderung erleiden, die a) in Ansehung heimsfälliger Güter dem Kriminalgerichte nach dem §. 519. I. Ih. des G. B. über Verbrechen und schwere Poliskepubertretungen, b) den Erdpachts und Erdzinsherren als Grundherren nach dem §. 1149. des allgemeinen bürgl. G. B. und nach dem Justishosdefrete vom 25. September 1789, Bahl 940, und nach den rücksichtlich desselben mit den gedruckten Kreissschreiben vom 25ten September 1789, und vom 15ten July 1790 nachgessolgten Erläuterung, c) anderen Personen aus besonderen Privilegien, oder endlich d) den Schuldnern aus dem Rechtsinstitute der Verjährung zu Statten sommen könnten.

Subernial = Rundmachung vom 12ten May 1826. Gub. Bahl 19755.

67.

Kreisämtern wird eine strenge Aufsicht über den Zustand und die Beschaffenheit der Strassen aufgetragen.

Die der hierortigen Berordnung bom 17ten August 1807 Bahl 31830. wurde den f. Kreisamtern in Folge eine allerhöchten Entschließung aufgetragen, über den Zustand der Straffen eine besondere Aussicht zu führen, und jährlich über den Befund nach der wenigstens eine

mahl im Jahre borgunehmenden Bereifung ihre Relazion

an die Landesstelle zu erstatten.

Da diese Vorschrift nicht gehörig beobachtet wird, und ba die gegenwärtige Einrichtung des Straffenwesens den Behörden eine strenge Aufsicht über die Beschaffenheit der Straffe, und die zwedmässige Gebahrung mit angewiesenen Geldmitteln mehr als je zur unerläßlichen Pflicht macht, so hat man solgendes bescholossen.

1. Werden ebenfalls im Geiste der bezogenen allerhöchten Enischließung sämmtliche an gedauten Strassen befindliche Postämter mitttes des in Abschrift beiliegenden Erlasses angewiesen, dem Kreisamte regelmässig längstens binnen 3 Tagen nach dem Ablause eines jeden Monates Rapporte über den Befund des Strassenstandes auf denjenigen Poststrecken, auf denen sie den Postdienst zu verrichten haben, vorzulegen, außerdem aber, falls Gebrechen eintreten, die eine schleunige Abhilse erheischen, immer sogleich die Anzeige zu er-

statten.

2. Das Rreisamt hat diefe Rapporte unaufgebalten nach ihrem Ginlangen genau burchzugeben, falls folde in ber form nicht gehörig abgefaßt waren, ober fonft Mangel enthielten, Die Postamter zur Erganzung anzuweisen, und ftets basjenige fogleich zu veranlagen, was der dargeftellte Buftand der Straffe erfordert, ins. befondere aber, wenn in den Monaten, in welchen ber Dedftoff bereits auf der Straffe borhanden fenn foll, folder mangeln wurde, gegen die Unternehmer dem Bertroge gemäß borzugeben, falls die Berichlägelung nicht gehörig bewirft wird, barüber die Erhebung borzunehmen , und ben Unternehmer zur entsprechenden Bollziehung dieser wichtigen Arbeit anzuhalten , falls die Ablaffung des Waffers von der Straffe unterblieb, gegen die Einraumer mit Strenge vorzugeben, wie auch jedesmal, wenn bem Straffenbau = Commiffariate eine Bernachläffigung zur Laft fallt, baffelbe zur Berantwortung zu ziehen.

3. Gehört es unter die besondere Verpslichtungen der Areiskommissäre ihre Aufmerksamkeit auf den Zustand der gebauten Strassen in ihren Bezirken zu richten. Sie haben am Schluße eines jeden Vierteljahres dem Kreisamte die Anzeige über den Befund zu erstatten. Nehstedem liegt ihnen auch ob, von jedem Gebrechen, das sie auf der Strasse demerken, das Kreisamt ohne Verzug in die Kenntniß zu sehen. Sollten sie unterlassen dieser Pflicht nachzukommen, und sich Mangel veroffenbaren, die nicht unbemerkt bleiben konnten die aber demungeachtet von ihnen nicht angezeigt wurden, so mussen dieselben zur Verantwortung gezogen werden.

4. Wird die Vorschrift, daß die Kreishauptleute die Strassen ihres Kreises wenigstens einmahl im Jahre zu be-reisen verpflichtet sind, hiemit erneuert, und man wird

über ihre genaue Beobachtung feste Sand halten.

5. Auf den eben vorgezeigten Wegen wird das Kreisamt ununterbrochen die vollständigste Kenntnis über den
Justand der Strasse, und über Alles, was zur Erhaltung
einer bequemen und sichern Komunikazion erforderlich ist,
erhalten, und in die Lage kommen, die Gebahrung der
Strassendau-Kommissariate mit eingreisenden Ersolge zu
überwachen.

Die Kreisämter werden angewiesen, dieser Verpflichtung um so gewissenhafter nachzukommen, als dieselben durch jede dießfällige Vernachlässigung oder unberuffene Nachsicht die Verantwortlichkeit für die übeln Folgen auf sich laden würden.

6. Bis 15ten November eines jeden Jahres haben die Kreisämter den Bericht über den im Laufe des letten Berwaltungsjahres, das ist vom 1ten November des früshern bis 30ten Oktoder des l.J. gefundenen Strassenstand hieher zu überreichen.

Diefer Bericht muß:

a) Den Befund des Herrn Kreishauptmanns bei der von ihm gepflogenen Bereifung.

b) Den Jusammensatz über den Inhalt der von den Postmeistern und den Kreiskommissären eingebrachten periodischen Anzeigen in der Form 2/2.

c) Die Darftellung ber Berfügungen, die getroffen

wurden, und

- d) die allenfälligen Anträge, zu welchen die gelieferteu Nachweisungen den Anlaß darbiethen, enthalten.
- 7. Die gegenwärtige Vorschrift hat rudfichtlich der Kreiskommissäre sogleich, für die Postmeister hingegen vom ten Julius d. J. an in Wirksamkeit zu treten.

Gubernial - Defret vom 12ten May 1826. Gub. Zahl 24570.

Verordnung an die Oberpostverwaltung Z. 24570. ex 1826.

Den Postmeistern wurde mit den hierortigen Verordnungen vom 17ten August 1807, und 26ten July 1815. Bahl 31830 und 11901. wiederholt eingeschärft, eine genaue Aufsicht über der Zustand der Strassenanstalt zu führen, und den Kreisämtern nicht blos von Fall zu Fall, sondern auch periodisch regelmässig über den Besund die Anzeige zu erstatten.

Wenn gleich ber offenbare Vortheil ber Poftmeister die Erhaltung eines guten, bequem zu benühenden 311ftandes der Straffe erfordert, so wird boch die gedachte

Vorschrift nicht gehörig befolgt.

Man sieht sich daher veranlaßt gegenwärtig, wo die Einrichtung des Strassenwesens eine besonders forgfältige Aussicht erheischt; zugleich aber die schnelle Beförderung der Post, und des zu erwartenden Eilwagens einen unzunterbrochen guten Zustand der Strasse voraussest, Folgendes sestzusesen.

itens. Ift den Postmeistern und Posthaltern, melche den Vostdienst auf gebauten Strassen verrichten, einzuschärfen, die unausgeseste Ausmerksamkeit über den Bustand der Strassen, welche die ihnen in allen Richtungen zugewiesenen Poststrecken ausmachen, sowohl unmittelbar, als auch durch ihre Postknechte, welche diese Strassen täglich betreten, zu führen. Diese Aufsicht hat sich nicht blos, wie es früher bestimmt war, auf die Hälfte der Poststazionen zu beschränken, sondern aus ihre ganze Länge zu erstrecken.

ztens. Haben die Postmeister binnen drei Tagen nach Verlauf eines jeden Monats über den Zustand der ihrer Stazion zugewiesenen gebauten Strassen regelmässig einen Rapport in der unter 1/1. ersichtlichen Form an das Kreisamt zu überreichen, außerdem aber jedesmahl, sobald Gesbrechen, die eine schleunige Abhilfe erheischen, wahrgegenommen werden, die Anzeige unverweilt an das Kreisamt zu erstatten.

Itens. In den monatlichen Rapporten ift der Name des Strassenzuges in der ersten Rubrid, dann jedes Meilen-Viertel abgesondert aufzuführen, serners für jedes die Zahl, Länge, und Tiefe der Geleise anzugeben. Die Löcher, Durchbrüche und Vertiefungen, welche allensalls auf der Strasse vorhanden seyn dürsten, mussen in der eigens dasur vorgesehenen Nubrick bei jedem Meilen-Viertel beschrieben werden.

Eben so ist der Zustand der Seitengräben, der Brücken, und der Gelander darzustellen. Da die Besschaffenheit der Strasse durch die zweckmässige Zerschlägezlung des Steinmaterials dann durch die jedesmalige Abslassung des Wassers wesentlich bedingt wird; so haben die Postmeister, wie es ohnehin ihr eigenes Interesse fordert, ein besonderes Augenmerk auf die Verrichtung dieser Arsbeiten zu wenden, und gewissenhaft anzugeben, ob dieselben gehörig verrichtet werden, oder nicht? Die Menge des vorhandenen Materials ist immer nach dem Schlusse des Monats auszusühren, gleichwie sich überhanpt alle angegebene Daten auf diesen Zeitpunk zu beziehen haben. Sollten sich im Lause des Monats Gebrechen an der Strasse ergeben haben, die nicht geeignet waren dem Kreisamte abgesondert angezeigt zu werden, die jedoch noch wäh-

8 2

rend desfelben Monats gebeffert wurden, fo find diefelben

in der Anmerfung der Rapportstabelle anzuzeigen.

4tens. Wenn die zu einer Poststazion gehörenden Straffenstrecken sich nicht ihrer ganzen Länge nach in einem Kreise befinden, sondern durch die Kreisgränze durchsschnitten sind, so mussen für die in jedem Kreise gelegenen einzelnen Straffenstrecken die Rapporte abgesondert an das Kreisamt, in dessen Gebiethe sich solche befinden, einsgesendet werden.

5tens. Um den Postmeistern die Erstattung dieser Rapporte zu erleichtern, sind die letzere in Druck zu lesgen, und auf gedrucktem Papiere auszusertigen. Die Ober = Post = Verwaltung hat diesen Druck zu besorgen, und die Postämter mit dem für ein Jahr ersorderlichen Vorsrath zu betheilen. Die damit verbundene Auslage ist hieher auszuweisen, und wird aus dem Strassensonde versautet werden.

6tens. Die gegenwärtige Vorschrift hat mit iten

July d. 3. in Wirksamkeit zu treten.

Es ift hiernach sogleich die entsprechende Weisung an die oben bezeichneten Postämter zu erlassen, und ihnen genaue Beobachtung mit dem Beisaße einzubinden, daß falls sic, gegen ihren eigenen Vortheil, die ihnen auferslegte Pflicht vernachlässigen, oder sich unrichtige Angaben zu Schulden kommen lassen sollten, solches unnachsichtlich werde geahndet werden.

Mapport.

R a p

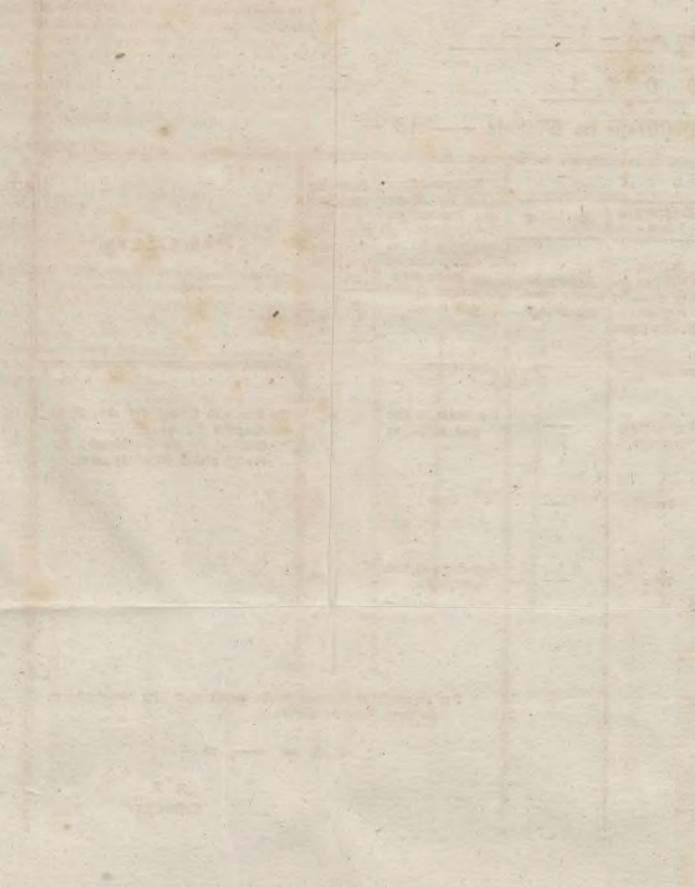
über ben Befund des Zustandes der

			- 1										
	San.	Vier tel	3 ust a n d										
Name	ze				6	Brücken							
ber				Beleise		,	Angabe, ob im Laufe des Dio.	Ort, bei					
Strasse	Meile		Zahl ge		Tiefe	Durchbrüche, Löcher und Bertiefungen Zahl, Ausdehnung	nats das Waf- fer von der Straffe gehörig	welchem sich diesel- ben besin-	Andeutung der wahrge- nommenen				
				Rlaf.	Boll	und Liefe	abgelassen wor- den ist, oder nicht.	den	Mängel				
Wiener Kommerzial. Hauptstraffe.	20	2	3	500	2-5 2-3	Auf der Hälfte die- fes Weilenviertels zwischen — und — fommen mehrere 5 bis 6 Boll tiefe Lö- cher vor.	Das Wasser wurde nicht ab- gelassen, und die Strasse ist mit Koth bedeckt.						
300		3	4	1000	3-4	Dieses Meilen- viertel ist sehr aus- gefahren, und an zwei Stellen geschah ein Durchbruch.	detto	N. N.	Ein Joch ist sehr beschädigt.				

port

Poststrasse im Monate — 18 —

de r Seitengrä- ben Anzeige, ob dieselben ge- hörig gereinigt oder ver- schlemmt sepen.		Bestimmte Angabe, ob der Schotter von fremdartigen Theilen gehörig gereinigt, und das Steinmateriale bis zur Größe eines Hühnereyes zerschläsgelt wurde.	Men auf Stra hani Ded	äufige ge des der fe vor- genen toffes.	Anmerkung.					
Sind gehörig gereinigt betto		Der Stein ist sehr grob zerschlägelt	50	25	In dem iten Viertel der 2ten Meile ereignete sich bei — im Laufe d. M. ein Durchbruch, der bereits wieder hergestellt wurde.					
detto	_	Der Stein ist klein gerschlägelt.	30	22						
		Der gegenwärt wirklichen	Bustan	apport de ver						



lleber sicht

über den Zustand der gebauten Strassen während des Jahres 18 ---

IF-																			
	Namen	Gan.	tel	Der Zustand der Strasse war in den Monaten											Befcaffenbeit ber Bruden	Angabe wie im Laufe bes Jahres die			
	der			Robember	Dezember	Zanner	Hornung	Mar _ð	April	May	Juny	July	August	Septemb.	Oftober	und Geländer am Schluse des Jahres	Berfclagelung	Arbeit des Wasserablas-	Anmerkung.
=	Straffe	98	eil	18	18	18	18	18	18	18	18	18	13	18	18	oto Zupico	verrich	tet ward.	
	czial = Dauptstraffe.	10	1	Sehr aus- gefahren, und mit vielen Se- leisen durch- schnitten	gut	gut	gut	gut	einige Durchbru- de ein, und die Straffe war fehr ausgefah- ren.	Da die Beschotte- rung nicht gehörig erfolgte, so waren die stube- ren Män- gel noch vorhan- den.	gut	gut	Ausgefah.	^{Hu8gefa} þ≠ ren	gut	Die Brüden und Gelander find im guten Zustande	Die Berfcläge- lung geschah ber Vorschrift gemäß	Die Einräu- mer waren nicht immer gehörig fleißig im Ublaffen des Waffers.	
	Wiener Aommerzial		2	detto	betto	detto	detto		Ausgefah- ren und mit Gelci- fendurch- fcnitt.	gut	detto	betto	betto	betto	detto	betto	detto	betto	
						-1				1									

68.

Postamtern wird die Führung ordentlich verlegter Passanten = Protokolle wieder= holt in Erinnerung gebracht.

Man sieht sich veranlaßt, durch die Oberpostverwaltung sämmtlichen Postämtern die Präsidial-Verordnung vom 6ten August 1815 Jahl 2884. insbesondere aber die darin ausgesprochene Verpflichtung zur Führung ordentlich verlegter Passanten-Protosolle mit dem Beisaße in Erinnerung zu bringen, daß jede Vernachlassigung dieser Vorsschrift an dn Schuldtragenden unnachsichtlich geahndet werden wird.

Gubernial = Verordnung vom 12ten Man 1826. Gub. Bahl 26548.

69.

Bestimmung einer Taglia für die Rettung eines Menschen aus dem Feuer.

Mit allerhöchster Entschließung vom 7ten April d. I. haben Seine Majestät zu bewilligen geruhet, daß die für die Rettung eines Menschen mit eigener Lebensgesahr aus dem Basser, sestgesete Laglia auch demjenigen verabfolgt werde, welcher jemanden mit eigener Lebensgesahr aus dem Feuer rettet. Dabei sehen alle jene gesehlichen Bedingungen und Vorschriften zu beobachten, unter welchen die Laglia für die Rettung aus dem Wasser verabfolgt werden dars.

Diese allerhöchste Entschließung wird zu Folge hohen Hoffanzlendesrets vom 17ten vorigen Monats Bahl 10238 mit Beziehung auf das Kreisschreiben vom 30ten November 1821 Jahl 62152 zur allgemeinen Kenntniß gebracht-

Gubernial - Rundmachung vom 17ten May 1826. Gub. Babl 28266.

70.

Reisekosten für Kreisbeamte aus Anlaß der Errichtung und Dotirung neuer Tripialschulen werden aus dem Schulfons de bewilliget.

Mit Dekret der hohen Studienhofkommission wurde die visherige Uebung, nach welcher die Reiskoften für Kreisbeamte, im Falle wenn es sich um Errichtung und Dostirung neuer Trivialschulen handelt, um die Errichtung derselben zu erleichtern, und zu befördern, aus dem Schulssonde bestritten werden — genehmiget, und zugleich besdeutet, daß hingegen bei schon errichteten und bestehensden Schulen, wo es sich bei den vorzunehmenden Kommissionen bloß um Verbesserung der Lehrerdotazionen hansdelt, die Bestreitung der Neisekösten aus dem Schulsonde nicht genehmiget werden könne, da hier die Konkurrenten schon bestimmt und anerkannt sind, und der Schulsond bei seinen besannten schwachen Krästen, diese neue Belasstung, die ihm geschlich nicht obliegt, nicht übernehmen kann.

Wovon die f. Kreisämter zur Wissenschaft und Rachachtung auch zur Verständigung der Kreiskommissäre in die Kenntniß gesetzt werden,

Gubernial . Berordnung vom 20ten May 1826 Bub.

Bahl 26922.

71.

Bestimmungen rucksichtlich der Strafurthei= le gegen Selbstverstummler.

Um den noch immer vorkommenden Fällen der Selbste verstümmlung vorzubeugen, verordnete die hohe Hofkanzeley mit Defret vom 21ten April 1826 Jahl 10373. die in der, mit Verordnung vom 5ten April 1811. Jahl 12967. bekannt gemachten hohen Weisung vom 7ten März 1811 Jahl 5144. enthaltenen allerhochsten Be-

stimmung: nach welcher jeder Selbstverstümmler nach Vollsstreckung der in den M. 161 und 162. des 2ten Theils des Strafgesebuches bezeichneten Arreststrase an das Mislitär abzugeben, und zu derjenigen Dienstleistung, wozu er noch tauglich ist, und selbst zu Militärspitaldiensten mit gänzlichem Verluste der Wohlthat einer Kapitulazion zu verwenden sen, sammtlichen politischen Vehörden, welche zum Konstripzions und Rekrutirungsgeschäfte konkuriren abermals kund zu machen, und denselben die genaue Vollziehung dieser Vorschrift zur Pflicht zu machen.

Bur Erzielung der Ueberficht über die gegen Gelbsta verstümmler erfließende Strafurtheile hat die hohe Hoftanz.

len verordnet:

itens. Wienach alle von den politischen Obrigkeiten nach dem §. 161. des zten Theils des Strafgesethuches mit dem im §. 162. festgesetzten Merkmale der Absicht sich dem Militärstande zu entziehen, gefällten Strafurtheile, auch wenn sie auf eine kürzere Zeit als auf einen Monat strengen Arrest ausfallen, dem k. Kreisamt zur Einsicht vorgelegt werden sollen.

2tens. Das f. Kreisamt aber mit diesen Urtheilen nach Borschrift der §§. 400 und 401. des 2ten Theils des Strafgesebuches vorzugehen, zugleich aber, wenn das Kreisamt die Urtheile der Unterbehörden zur Bollziehung zurücksendet, jedesmahl das betreffende Werbbezirkskommando von dem Inhalte des Urtheils zu dem Ende zu unter-

richten habe, bamit daffelbe

a) vorläufig miffe, daß nach Ablauf der Strafzeit von der Obrigfeit der Sträfling zum Militär werde ab-

gegeben werden, und damit.

b) nach fruchtlos verlaufener Zeit bem Kreisamte zur weitern Einleitung die weitere Anzeige gemacht wers ben könne.

Ferner hat die hohe Hoffanzley im Einverständnisse mit dem k k. Hoffriegsrathe beschlossen, daß auch die der Selbstverstümmlung beinzichtigten, jedoch ab instantia losgesprochenen Konskribirten sogleich nach erfolgten richterlichen Spruche zum Militär gestellt werden, und zu

verordnen befunden, daß die Urtheile über folche Indivi-Duen ebenfalls dem f. Arcisamte gu ber oben angedeu-

teten Absicht vorgelegt werden follen.

Die Entlaffung berley Judividuen auf eine Wirthschaft, oder auf ein Gewerb wird nur aus besonders wichtigen Umftanden statt finden, und die dieffälligen Verhandlungen sind allemahl der Entscheidung der Sof-

behörden vorzulegen.

Wovon die f. Kreisämter zu Darnachachtung und Berftandigung der politischen Obrigfeiten mit dem Auftrag in die Kenniniß gefest werden, letteren zu bedeuten, daß sie den in ihrem Golde befindlichen ärztlichen Individuen, jede Mitwirfung bei Bersuchen zur Gelbstverftummlung bei Verluft ihres Dienftes, und unter Vorhaltung ber im Gefete gegen Theilnehmer beftebenben Strafen zu berbiethen, die von den Gemeinden mit Beitragen betheilten Merzte und Wundarzte aber bei Entdeckung einer Theilnahme mit dem Verlufte ihrer Befoldung zu abnben haben-

Gubernial = Verordnung vom 20ten May 1826. Gub. Bahl 30408.

72.

Bum unterthänigen Wirthschaftsbetriebe er= forderliches Getraide, Holz, Futter, Gerathe und Dieh darf in Exefuzions= fallen nicht abgesondert in die Erekuzion gezogen, fondern nur mit dem unbeweg= lichen Gute zugleich gepfandet, geschäft und versteigert werden.

Hus Anlaß einer gegen Unterthanen zur Berichtigung der gegen fie eingeklagten und zuerkannten Forderung von einer Gerichtsbehörde verwilligten Grefugion, ift von der Oberften Juftigftelle in Folge des herabgelangten hoben Hoffanglindefrets vom igten April d. 3. Bahl 10933.

nachstehende Belebrung ertheilet morden.

Da das auf einem nnbeweglichen Gute befindliche Getraide, Holz, Futter, Geräthe und Vieh, insoferne dasselbe zur Fortsetzung des ordentlichen Wirthschaftsbestriebes ersorderlich ist, nach den §§. 294 und 296. des bürgerlichen Gesetzuches als eine unbewegliche Sache und als Jugehör, mithin als Bestandtheile des Gutes selbst zu betrachten ist, dergleichen Gegenstände nicht abgesons dert in die Erekuzion gezogen, und nach den für Fahrenisse ertheilten Vorschriften behandelt, sondern nur mit dem unbeweglichen Gute, wozu sie gehören, zugleich und nach den für unbewegliches Vermögen geldenden Gesetzen gepfändet, geschätzt, und versteigert werden können.

Siebon werben die f. Kreisamter zur Wiffenfchaft und

Darnachachtung in die Kenntniß gefest.

Gubernial = Defret vom 24ten May 1826. Gub. Bahl 27642.

73.

Impfpreise werden allgemein in Konvenzi= ons=Munze verabfolgt.

it hohen Hoffanzleydefrete vom 20ten v. M. Jahl 10553. wurde bedeutet, daß Seine Majestät mit allershöchster Entschließung vom 10ten April I J. zu bewilligen geruhet haben, daß die Impspreise allgemein in Kon-

venzions = Munze verabfolgt werden.

Von welcher allerhöchsten Entschließung die k. Kreisämter zur Wissenschaft und weiteren Bekanntmachung an die Impfärzte zur Ausmunterung derselben mit dem Bedeuten in die Kenntniß geseht werden, daß man sich, nachdem die Impsprämien schon seit dem Jahre 1820 in Folge hohen Hoskanzlendekrets vom 10ten August 1820 Jahl 22086. in Konvenzions-Munze gezahlt werden, und diese Jahlung in Folge des Eingangserwähnten hohen Dekrets auch sur die Zukunst Statt haben wird, — nunmehr von den Impsärzten die größtmöglichste Thatigkeit verspreche, welche ihnen ernstlich anzuempsehlen ist.

Gubernial = Berordnung vom iten Juny 1826. Bub.

Babl 30073.

74.

Aufstellung einer Provinzial = Kommission für die Operazionen des stabillen Kataster.

Seine Rajestät haben mit allergnädigster Entschließung vom 22ten Hornung I J. die Aufstellung einer Provinzial - Kommission für die Operazionen des stadilen Kataafters in Galizien und in der Bukowina zu bestimmen gezuhet.

Diese allerhöchste Anordnung wird mit dem Beisate zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß diese neu errichtete Prodinzial = Kommission in Lemberg vom 15ten 1. M. unter dem Namen einer k. k. Grundsteuer = Regulirungs = Provinzial = Kommission in den Konigreichen Galizien und Lodomerien, dann der Bukowina, in Wirksamkeit treten werde.

Gubernial = Rundmachung nom 3ten Jung 1826. Gub. Bahl 34167.

75.

Rlagen gegen Pfarrer wegen Verlezung der Beichtgeheimnisse, sind nicht zur politischen Untersuchung geeignet.

Es hat sich der Fall ergeben, daß bei der Untersuchung über Disziplinar Bergehen eines Pfarrers auch in die Rlagen wegen Verletzung des Beichtgeheimnisses eingebrungen wurde, was als ein rein Disziplinar Gegenstand zu einer politischen Untersuchung gar nicht geeignet, sons dern der bischöslichen Furisdiszion allein vorbehalten ist, und wegen der bedenklichen Folgen mit der größten Umssicht, und mit möglichster Vermeidung jedes Aussehens behandelt werden muß.

Man findet sich demnach veranlaßt, den k. Kreisämstern zur genausten Nachachtung in vorkommenden Fällen zu erinnern, alle derlen Anschuldigungen über Verlegung des Beichtgeheimnisses den betreffenden Ordinariaten zur

unmittelbaren Verhandlung ganz abgesondert zu überlassen, und sich von allen Erhebungen oder dießfälliger Einvernehmung der Partheyen streng zu enthalten.

Gubernialdefret vom 8ten Junius 1826. Bub. Bahl

27068.

76.

Erneuerung der Vorschriften nach welchen keine Militar = Person ohne Erlaubniß der kompetenten Militar = Behörde getraut werden darf.

Da wiederholt mehrere Fälle von Trauungen der Milistär = Personen durch die Zivil = Geistlichkeit ohne beigebrachster Erlaubniß der kompetenten Militär = Behörden vorgeskommen sind, und es bei der Wichtigkeit des Shevertrags überaus viel daran liegt, daß derley Trauungen die unsgültige She zu Folge haben, nicht weiter statt sinden; so sindet das k. k. Landesgubernium hiemit zu erklären, daß von nun an jede Ortsobrigkeit, die durch unbesugte Aussstellung von Heurathskonsensen zu solchen geseswidrigen Trauungen Anlaß giebt, und jeder Seelsorger, ohne Unsterschied der Neligion, der eine derley geseswidrige Trauung vornimmt, hiesur im Geiste des §. 78. des allgemeisnen bürgerlichen Gesesbuches mit schweren Strasen geahns det werden wird.

Damit sich aber in derlen Fällen Niemand mit der Unkenntniß der dießfalls bestehenden Borschriften entschulz digen könne, und in der Absicht deren genaueste Handshabung zu sichern, findet die Landesstelle die dießfalls bestehenden Gesehe und Borschriften abermalen zur allgemeinen Kenntniß bringen zu lassen.

Dem zu Folge wird verordnet:

1tens. Wie bereits mit Kreisschreiben vom 14ten Detober 1808. §. 5. festgesest wurde, darf ohne beigebrache te schriftliche Heurathsbewilligung der betreffenden Militär= Behörde keine Militär= Person, sie mag von der Militia vaga oder stabili seyn getrauet werben.

Diefe Bewilligung wird ertheilt :

a) Bei den Regimentern und Corps für sämmtliche Individuen vom Oberstlieutenant abswärts, von den Regimentss und Corps : Inhabern oder von den Regimentss und Corps : Commandanten soweit den legtern dazu die Besugnis von den Regiments : Inhabern verliehen worden ist.

b) Bei ben General = Quartiermeisterst aab für alle bahin gehörige Individuen von dem Gene-

ralquartiermeifter.

c) Für die Megiments = und Corps = Commandanten für alle weder zum Generalquartiermeisterstaab ge= hörige, noch in einem Negimente oder Corps die= nende Individuen, für die in Pensionsstand ver= septen, oder mit Beibehaltung des Militär = Charafteurs ausgetretenen Staabs = und Oberossiziere, für die Patental = Reservazions = oder beurlaubten Invaliden, von dem General = Commando.

ztens. Keine Obrigkeit darf irgend einen der Militär Jurisdiktion unterstehenden Individuen eine Seurauthslizenz ertheilen, und zwar ohne Unterschied, ob ein derley Individuum in der aktiven Dienstleistung steht

oder nicht.

Jebe Ausstellung derlen unbefugter heurathelizenzen wird nach Beschaffenheit der Umstände und der Personen, an den Schuldtragenden mit emdfindlichen Geldstrafen

pder Arreft geahndet werden.

Itens. Jeder Seelsorger, oder sonst zur Vollziehung der Trauung gesehlich berechtigter, wird verpflichtet in jestem vorsommenden Falle, wo er eine Trauung vorzusnehmen hat, sich die Ueberzeugung zu verschaffen, ob nicht eines der Brautleute der Militärs Jurisdikzion unsterstehe, zu diesem Ende die Brautleute jederzeit hierüber genau zu befragen, und im Bewährungsfalle die Trauung so lange zu verweigern, dis der betreffende Theil den Heurathskonsens von der kompetenten MilitärsBehörde beibringt.

Beder Geelforger ber diefe Vorficht unterläßt und eine

Militär - Person ohne erwirkte geschliche Seurathsbewillis gung trauet, unterliegt der im §. 78. des allgemeinen bürgerlichen Gesehuches ausgesprochenen schweren Ahndung.

hiernach haben die f. Kreisamter sammtlichen Dominien zu ihrer Nachachtung das Erforderliche zu erlaffen.

Gubernial - Verordnung vom 9. Juny 1826. Gub. Babl 32658.

Vize = Staatsbuchhalters = Witwen wird die faraktermässige Pension mit 350 fl. be= williget.

Dit hohem Hoffammerbefrete ddo. 10ten v. M. Jahl 18454—1927. wurde eröffnet, daß Seine Majestät durch eine unterm 2ten May I. J. herabgelangte allerhöchste Entschließung für die Witwen der Vize = Staatsbuchhalter bei den Provinzial = Staatsbuchhaltungen die karaftermäffige Pension auf jährliche Drei Hundert Fünfzig Gulden Convenzions = Münze zu bestimmen geruhet.

Die Provinzial = Staats = Buchhaltung wird hiebon

gur Wiffenschaft in die Renntniß gefest.

Gubernial = Verordnung vom gten Juny 1826. Gub. Bahl 33246.

78.

Wie sich bei Dienstesentlassungen der Ma=
gistratsbeamten zu benehmen sep.

Seine Majestät haben in Beziehung auf die Form, unter welcher die vorschriftsmässige Berathung über Entlassungen von Magistratsbeamten zwischen den politischen Länderstellen und den Appellazionsgerichten zu geschehen hat, durch a. h. Entschließung vom 1sten April I. F. zu verordnen geruhet, daß bei jenen Magistratsbeamten, welche gemeinschaftlich von der politischen Landesstelle und der Appellazion angestellt oder bestättiget werden, so wie auch bei jenen, welche sowohl im politischen als 3112 stizgeschäften Dienste leisten, auch eine beiderseitige Gremial Berathung einzutretten, bei den Magistratsbeamten aber welche blos politische Dienste leisten, oder in deren Ernennung oder Bestättigung die Appellazion keinen Ginssummt, die Berathung über Dienstentlassungen bei der politischen Landesstelle mit Juziehung zweyer Justizeräthe zu geschehen habe.

Gubernial = Erledigung vom 10ten Juny 1826. Gub. Bahl 30075.

79.

Pfarrgemeinden sollen durch ihre Dominien zur reihenweisen Abholung des Seel= sorgers zur Ertheilung des Religions= unterrichts aufgefordert werden.

Da nach der bereits eingeführten Gottesdienstordnung fammtliche Geelforger verpflichtet werden, den fatechetiichen Unterricht nicht nur an der Mutterfirche, sondern auch reihenweise in den zur Pfarre gehörigen Ortschaften zu ertheilen, und an vielen Orten bereits die Gewobnbeit bestebet, daß von der die Reihe treffenden Gemeinde, au deren Beften tiefer Religionsunterricht ertheilet wird, um den Priefter zu deffen Dabinfommen, und Rudfunft eine Gelegenheit geschieft, ober gegen Schuttung einiges Futtergetreides von den Pfarrgemeinden nach einen frenwilligen Uebereinkommen von dem Geelforger mit eigenen Pferden diese Excursion gemacht wird, so ist mit bobem Soffangleydefret vom 12ten v. D. die Beifung anbergelangt, diefe bei vielen Pfarrgemeinden bereits beftebende Gewohnheit durch Einwirfung der politischen Dbrigfeit als eine febr billige und zu begunftigende Gache allmählig zur allgemeinen Uebung zu leiten.

In Berudsichtigung, daß durch Erlangung eines gründlichen Religionsunterrichts von Jugend an, die Unterthanen zum wahren Gehorsam gegen die göttlichen

und landesfürstlichen Gefete geleitet werben, und von wohl unterrichteten Chriften auch die Obrigkeiten folgs fame Unterthanen gewärtigen konnen, und nur in die= fem Bege ben ber burgerlichen Gefellichaft ichablichen Berbrechen vorgebeugt werden fann, wird den f Rreisämtern aufgetragen, unter Darftellung Diefer Ansichten fammtliche Pfarrgemeinden durch ihre Dominien gur bereitwilligen Leistung dieser Fuhren an ihre Scelsorger um so mehr auffordern zu lassen, da durch eine vollftandige Erlernung der Religionspflichten auch ihr zeitliches Wohl befordert wird.

Gollten einige Gemeinden der Stellung der gubren in natura die Verabreichung einiger Futterförner nach dem Verhältniß der eingepfarrten Gemeinden, und berfelbe im Verlaufe des Jahres treffenden Fuhren nach einer mit bem Pfarrer zu treffenden gutlichen Uebereinfommen vorziehen, fo haben die Kreisamter biebei mitzuwirfen.

Gubernial = Berordnung vom 16ten Juny 1826. Bub. Bahl 32900.

86.

Gemeinden sollen bei ausgebrochenen Epi= demien oder Biehseuchen die Fuhr für das Sanitats=Individuum unentgelt= lich leisten.

Nach der bestehenden den f. Kreisämtern schon unter dem 13ten Juny 1781 Sahl 2720. und auch unter dem 29ten März 1807 Jahl 21233, befannt gemachten Vorfchrift, haben die Gemeinden bei ausgebrochenen Gpis demien, oder unter beren Rupvieh entstandenen Geuche, die guhr fur das dabin zusendende Sanitats-Individuum unentgeltlich gu leiften.

Um diesen Grundsat von welchen öfters bisher ordnungswidrig abgegangen wurde, in allen Fällen mit Rudficht auf den Zwed einer folchen Absendung, und

auf befondere eintrettende Verhältniße in Vollzug zu fegen, bat

1. Bei jeder dem f. Kreisamte borfommenden Unzeige über eine Epidemie, oder über eine Biehseuche, der Kreisamtsvorsteher zugleich durch den rudfehrenden Bothen mit Rucksicht auf die Gegenwart des Kreisphyfifus, oder des Rreiswundarztes, oder eines anderen im Arcisorte befindlichen Ganitats = Individuums, und unter Mudfprache mit demfelben ben Tag und die Tageszeit mit hinficht auf die Entfernung des betroffenen Orts, mittelst des betreffenden Dominiums bei der Gemeinde zu bestimmen, an welchem Tag die Fuhr (nahmlich die normalmäffige Anzahl von Pferden mit oder ohne Ba= gen), im Rreisamt zu erscheinen hat, und die Ankunft bei den bestimmten Sanitats = Individuen zu melden ift. Wenn die Fuhr an der bestimmten Beit nicht erscheint, fo ift auf Roften der betreffenden Gemeinde dem Ganitäts = Individuum die Vorspann anzuweisen, diese Answeisung wird auch dann Statt haben, wenn die Ges meinde felbst lieber die Auslage fur die bezahlte Borfpann leiften, als die Gubr ftellen will.

2. Für die weiteren Besuche hat der Arzt oder Bundarzt bei den letten Besuch den Lag und die Tags= zeit durch den Ortsvorstand zu bestimmen, wann die Rubr um denselben wieder abgesendet werden, und anfommen foll, die Unterlaffung diefer Beftellung, und die daraus hervorgebende Benütung der gezahlten Vorspann

fällt anfonft bem Arat oder Wundarzt zur Laft.

hinderniffe in der Fortfepung diefer Befuche muffen bon dem betreffenden Sanitats = Individuum gur geborigen Beit dem f. Kreisamte befannt gemacht werden, damit dasselbe sowohl wegen Behandlung der Kranken, als auch wegen der Bestimmung eines anderen und die Beforgung ber gubr bas Weitere verfugen fonne.

3. Ift von dem f. Kreisamt megen Avwesenheit der Sanitate - Individuen, oder megen derfelben Erfranfung ober Berwendung in andern Sanitätsangelegenheis ten ein anderes Sanitats - Individuum außer bem Kreife biezu zu verwenden, so ist dieß Individum mit Ruckssicht aus die Entsernung des Wohnortes desselben von dem mit der Ep semie oder der Biehseuche befallenen Ort fürzuwählen, semselben der Austrag ungesäumt zuzumitteln, und das betreffende Dominium in die Kenntnis des Gewählten und seines Wohnortes zu sesen, damit die Gemeinde für denselben wegen Absendung der Fuhr das Röthige versügen könne.

In solchen Fallen ist stets besonders darauf zu sehen, damit den Kranken die Hülfe so schnell als möglich geleisstet, und überhaupt wo möglich immer das nächst wohsnende taugliche Sanitäts Individuum fürgewählt, solgslich vermieden werde, daß die so weit geschickt, und das Kreissanitätspersonale in weiter Entsernung ohne gegründeter Ursache mit größeren Beitverlust und Auslagen, verwendet werde. Auch dieses Sanitäts Individuum ist berechtiget, die Vorspann in seinem Wohnorte auf Kosten der Gemeinde zu nehmen, wenn selbe die Absendung der Fuhr unterläßt.

4. Um aber aller Willkührlichkeit und Verfpätung auszuweichen, ist das Nichtkommen der Fuhr an hiczu bestimmten Tage dem Kreisamtsvorstcher im Kreisamt, der Ortsobrigkeit im Wohnorte des außer dem Kreisorte wohnenden beaustragten Individuums zu melden, und von demschen die Vorspanns Anweisung zu erwarten.

Dringende Fälle, welche bei Spidemien und Biehfeuchen feltner find, gestatten die Absendung des Arztes
oder Bundarztes mittelst der Borspann ohne die Fuhr
von der Gemeinde abzuwarten.

5: Die Benüşung der Vorspann in diesen Fällen, wird nur dann passirt werden, wenn in dem DominikalZeugniß ausdrücklich bestättiget ist, daß die Gemeinde die Fuhr nicht sandte oder senden wollte, oder wenn das k. Kreisamt in der Bestättigungsklausel des Neisepartikulare bestättiget hat, daß selbes die Benüşung der Vorspann wegen Dringlichkeit des Gegenstandes, oder Verwendung des Partikularlegers in einem andern Amtsgeschäfte an dem betreffenden Sag als nothwendig erachtet, und angeordnet bat.

6. Da dort, wo Bezirksärzte ober Bezirkswundsärzte bestehen, die Dominien und Ortsobrigkeiten seines Bezirkes in solchen Fällen wegen Zeitersparniß sich unmittelbar an denselben zu wenden haben, so ist durch den rücklehrenden Bothen die Fuhr gleichfalls von den betresenden Bezirksarzt oder Bundarzt zu bestellen, und auch diese haben nur in den oben angezeigten Fällen und unter den angeordneten Beweisen oder Bestättigungen von der Ortsobrigkeit, wo selbe wohnt die bezahlte Vorspann

zu benüßen und zu berrechnen.

7. Die Steuerbezirksobrigkeiten haben in hinkunft den Betrag der wegen Epidemien und Viehseuchen aufgeslaufenen Kuhrköften, nämlich die Vorspannsauslagen, wenn die Gemeinde die Fuhr für das abzusendende Sanitätsindividuum zu diesem Zwecke nicht stellte, oder stelsten wollte, von den Gemeinden, welches mit einer Epidemie befallen war, oder dessen Rupvieh mit einer Seuche befallen war, in Folge der derselben zukommenden Austräge nach der von der k. Staatsbuchhaltung geschehenen Repartizion beizutreiben, und an die k. Kreiskasse abzussühren.

Die f. Kreisämter haben daher diesen hierortigen Beschluß den Dominien zur eigenen Wissenschaft und Darsnachachtung; so wie zur Belehrung der Gemeinden, auch den öffentlichen und Privat - Sanitätsindividum zur ge-

nauen Befolgung befannt zu machen.

Gubernial = Verordnung vom 20ten Juny 1826 Gub. Bahl 33480.

81.

Wie sich bei Streitigkeiten über Urbarial= Prastazionen und Richtigstellung der In= ventarien zu benehmen sep.

Bu Folge hohen Hoffanzley Defrets vom 8ten d. M. Bahl 12382, hat zwar die Wirksamkeit der in dem Diret-

tiven vom Jahre 1819 zur Ausführung des mit der Eirstular-Verordnung vom iten May 1813 bestimmten Grundssteuer - Prodisoriums gegen unrichtige Urbarials und Zehentsbekenntniße vorgesehenen Sankzion einstweilen noch aussgesett zu bleiben, jedoch werden die Kreisämter angewies fen, bei Streitigkeiten über Urbarial = Praftazionen und bet der Nichtigkeilung der Anventarien, immer die in Folge jener Direktiven von den Dominien eingereichten Urbarialbeskenntniße zur Hand zu nehmen, dieselben mit der besteshenden Uebung, mit der angesprochenen Leistung, und mit dem im Lause der Verhandlung vorkommenden Inventarien zu vergleichen, sich über die Ursachen der allenfälligen Unterschiede die Aufklärung zu verschaffen, und wenn es sich finden sollte, daß einem Dominium und wenn es sich sinden sollte, daß einem Dominium ein oder andere Urbarialbezüge zugesprochen werden müßten, die in den Urbarialbekenntnisen vom Jahre 1820 gar nicht oder nicht vollständig aufgesührt wären, darauf zu dringen, daß solche nachträglich vorkommende Bezüge auch nachträglich in die Fassion gedracht werden, um in die Steuer einbezogen zu werden. Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Besichtigung solcher unvollständiger Fassionen zwar sogleich in dem Erkenntnise anzuordnen ist, daß aber die Berichtigung selbst erst dann vor sich zu gehen hat, wenn das Erkenntnis rechtskrästig geword dan wenn mird ben fenn wird.

Es muffen daher dergleichen Erkenntniße in gehöriger Evidenz gehalten werden. Auch find in Rekursfällen immer die Fassionen vom Jahre 1820, sie mögen mit dem Erkenntniße übereinstimmen oder abweichen, der Beshörde, von welcher über den Rekurs zu entscheiden ift,

zu unterlegen.

hiernach haben sich die Kreisämter in derlen borkommenden Fällen bis aufs Weitere genau zu benehmen, und zum Behufe der angeordneten Evidenzhaltung die angemessene Vorkehrung zu treffen.

Gubernial-Verordnung vom 27ten Juny 1826. Gub. Babl, 38453.

82.

Privatlehrer zur Ertheilung des Religions= unterrichts unterliegen rücksichtlich der Beurtheilung ihrer Fähigkeit dem bischöf= lichen Ordinariate.

Mit Defret ber hohen Studienhoffommiffion vom 27ten May 1826 Bahl 2511-478. wurde aus Anlag eines spezifischen Falles anher bedeutet, daß die durch die a. b. Entschließung vom zten April 1822, laut der den f. Direftoraten unterm 31ten May 1822 Bahl 24269. befannt gegebenen Berordnung der hohen Studienhoffommiffion bom 13ten April 1822 Bahl 2373. ausbrudlich angeordnet ift, daß bas mit bem Religionsunterrichte beauftragte Lehrpersonale in Rudficht Diefes Unterrichtes den bifchöflichen Ordinariaten untergeordnet fen, und daß Diefen die unmittelbare Aufficht über den Religionsunterricht obliegt; fo unterfteht es feinem Zweifel, daß die Beurtheilung : ob ber Privatlehrer eines Privatstudierenden aur Ertheilung bes Religionsunterrichtes fur fabig gu halten fen, nicht dem Studiendireftor, ober fonftigen Borfteher der Lehranstalt, fondern dem bischöflichen Dr. Dinariate zufommt. Es darf demnach fein Privatftubierender zu der Prufung aus dem Religionsunterrichte zugelaffen werden, beffen Privatlehrer im benannten Sache nicht von bem Ordinariate zur Ertheilung eines folchen Unterrichtes geeignet erflart worden ift.

Ferner hat die hohe Studienhossommission anher bedeutet, daß da die bestehenden Vorschriften keine bestimmte Weisung enthalten, auf welche Art sich die Studiendirektoren davon zu überzeugen haben, ob ein Indiduum als zur Ertheilung des Privatunterrichtes geeignet anzusehen ist, es dem eigenen Ermessen der Ordinariate überlassen bleiben müsse, auf welche Art sie sich die Ueberzeugung hinsichtlich eines Privatlehrers sur den Religionsunterricht verschafsen, und ob sie hiezu nur Priester answendbar sinden wollen.

Soluflich bemerkt die hohe Studienhof Rommission, daß es eine irrige Voraussezung ware, der Studiendirektor sen bemussiget, jeden zur Ertheilung des Privatunterrichtes in den philosophischen Studienzweigen für fähig zu halten, welcher den philosophischen Studienkurs mit gutem Fortgange zurückgelegt hat, und daß es überhaupt bei diesem Fache nicht bloß auf das Beibringen der Religionswahrheiten, sondern auch auf die Bildung des moralischen Charakters ankomme.

Wobon die f. Direftorate gur Wiffenschaft, Darnachachtung und Berftandigung der Profesoren in Kennt-

niß gefest werden.

Gubernial - Verordnung vom 28ten Juny 1826. Gub. Bahl 36232.

83.

Gesetwidrige Judenehen sollen nicht zuge= lassen werden.

Nach den bon den Kreisämtern der f. Provinzials Staats Buchhaltung gelieferten Daten follen im Mislitär Jahre 1825 in ganz Galizien und der Bulowina zusammen genommen nicht mehr als 137 Judenpaare,

getraut worden fenn.

Ein solches Mißherhältniß zwischen der Bahl der dur Renntniß der Kreisämter gesangten Trauungen, und der jüdischen Bevölkerung, läßt auf die überwiegende Mehrzahl jener Judenehen schließen, die von den Kreisämtern nicht bestättigt, somit ungultig find.

Es wird den f. Rreisamtern nicht entgehen, wie nothwendig es fen, ben aus der Ungiltigfeit fo vieler Judenehen hervorgehenden Sittenverderbniffe, und ber unabfehbaren Berwirrung in den burgerlichen Berhältniffen der in diefen ungiltigen Chen erzeugten Kinder Schranken zu feben.

Die f. Kreisamter haben fonach die unterftebenden Magiftrate Obrigleiten, Judengemeindevorftande, Ra-

biner und Religionsweiser dringend aufzusordern, daß sie der Schließung solcher ungiltigen Shen durch die ihnen zu Gebothe stehenden Mittel entgegen arbeiten, und insbesonders diejenigen Shewerber, welche nicht in der Möglichkeit waren, sich den deutschen Schulunterricht eigen zu machen, und somit die Bedingniß zu erfüllen, von welcher das Seses die kreisamtliche Sinwilligung abhängig macht, zu bestimmen, daß sie um die Dispens ordnungsmässig bei der Landesstelle anssuchen.

Auch ist auf die Entdedung und gesehmässige Ahndung der außer der in gesehwidriger Che lebenden Juden, sowohl von den Ragistraten und Ortsobrige keiten, als von den Kreisamtern ein besonderes Au-

genmert zu richten.

Man wird die Thätigfeit der Kreisamter in dies fem Zweige feines Wirkens aus dem im nächsten Bers waltungsjahre der f Probinzial = Staats = Buchhaltung übersendeten Ausweise der Judentrauungen beurtheilen.

Gubernial = Verordnung vom 28ten Jung 1826. Gub. Bahl 38788.

84.

Zeugnisse über das von Regularklerikern hinterlegte beschränktere philosophische Studien, haben bei ihrem Austritte aus den Klöstern zur Aufnahme in die höheren Studien keine Gultigkeit.

Da die Erfahrung lehrt, daß mehrere Regularkleriker nach vollendeter Philosopie die Ordensklöster verlassen, hat man bei der hohen Behörde die Entscheidung angesucht, ob die diesen Klerikern in Folge der mit hohem Hoffanzleydekret vom gten Dezember 1825 Jahl 75396. ihnen zugestandenen Begünstigung, über das beschränktere philosophische Studium ausgestellten Zeugnisse auch zum Eintritt in die höheren Studien der Rechte und der Medizin oder der Theologie gültig seyn sollen.

Nach dem hierüber herabgelangten hoben Studienhoffommissionsbekrete vom 27ten v. M. sind die hierortigen Anträge durchaus genehmiget worden, wornach
die über das hinterlegte beschränktere philosophische
Studium diesen Klerikern ausgestellten Zeugnisse bei deren Austritt aus den Klöstern zur Aufnahme in die höheren Studien keine Gültigkeit haben, sondern daß selbe zuvor die ganze Philosophie an einer öffentlichen Lehranstalt vorschriftmässig zu hinterlegen verpflichtet sind.

In dieser hinsicht wird auch den t. Studiendirektoraten sammtlicher hierlandiger öffentlichen philosophischer Lehranstalten aufgetragen, bei Ausstellung der Beugnisse ausdrücklich zu bemerken, daß diese Regularskleriker diese Prüfungen nur nach der beschränkteren Art abgelegt haben, und zur Aufnahme in eine öffents

liche bobere Lebranftalt nicht gultig feven.

Gubernial = Defret vom 29ten Juny 1826. Gub. Sahl 37055.

85.

Derabsetzung des Ausgangszolls für die robe Floretseide und Seidenabfalle aller Art.

Die k k. allgemeine Hoftammer hat einverständlich mit der k. k. vereinten Hoftanzley beschlossen, den Ausgangszoll für die rohe Floretseide, und die Seidenabställe aller Art, auf die Hälfte seines dermaligen Bestrages heradzusehen, wornach also der Ausgangszoll dieser Artikel für die Jukunst in 3 fl. 14 kr. (Orch Gulden vierzehn Kreußer) für den Wiener. Centner bestehen wird.

Meldes in Folge hohen hoffammerpräsidial. Des frets bom 19ten d. M. Bahl 1975. nit dem Beisaße zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Wirt, samteit dieser neuen Bollbestimmung mit dem Tage, wo die Verständigung den Bollämtern, welche zur Boll-

behandlung diefer Gegenstände berufeu find, zukommen wird, zu beginnen habe.

Gubernial = Kundmachung vom Joten Juny 1826. Gub. Bahl 39846.

86.

Ausländische Lotterie=Loose werden verbothen.

Um die Wirksamkeit der Lottogesetze bei der Betretung ausländischer Lotterie Loose künstighin gegen mögliche Einwürfe zu sichern, hat die bobe Hossammer mit Dekret vom zien Juny I. J. Bahl 21656. dedeutet, daß der Bests oder die Inhabung eines solchen Looses vom Tage der Bekanntmachung dieser Verordnung an, unter der in den b. 24. und 25. des allerhöchsten Lottopatents vom 13ten März 1813, auf die Theilnahme an auswärtigen Lotterien gesetzten Strase verbothen sen, und daß demnach die Partheyen, denen Loose zu ausländischen Lotterien zusommen, solche, um sich vor allen nachtheiligen Folgen zu verwahren, sogleich zu verrichten, oder der politischen Obrigseit (von welcher sie an das vorgesetzte Kreisamt zur Vertilgung eingesendet werden sollen), zu übergeben haben.

Wovon die f. Kreisamter zur Wiffenschaft und allgemeinen Rundmachung in die Kenntniß gefest wer-

ben.

Gubernial = Verordnung von iten July 1826. Gub. Bahl 39819.

87.

Wie sich nach dem Ableben akatholischer Superintendenten mit dem Superinten= dal=Archiv zu benehmen sen.

Um funftig allen Anstanden und Miggriffen zu begegnen, welche sich nach dem Tode der afathalischen Superintendenten in Bezichung auf das benfelben anvertraute Superintendental - Archiv creignen könnten, ist mit hoben Soffanzlendefret vom 1. Juni l J. 3.15108. als Norm festzuseßen besunden worden, daß gleich nach dem Ableben eines Superintendenten, das ihm anderstraute Archiv von den Borstehern der Gemeinde, an welcher er als Prediger stand, unter Beschluß gelegt, und versiegelt, und der betreffende Senior hievon ungefaumt unterrichtet und eingeladen werde, das gedachte Archiv auch mit dem Senioratssiegel zu belegen, bis das Consistorium über die Uebernahme von Seite des provisorischen Superintendenturs Berwesens das Erforzberliche anordnet.

Das f. Kreisamt hat den Vorstehern der hiefigen afatholischen Gemeinde unter Verständigung der Guperintendentur diese hohe Anordnung zur genauen Dar-

nachachtung befannt zu machen.

Gubernial = Dekret vom 6ten Juli 1826. Bub. Bahl 37966.

88.

In wie ferne eine Veränderung der Ge= schlechts = oder Familien Namen bewil= liget werden darf.

Uus Anlaß der zur Sprache gekommenen Frage: ob, in wie ferne die Umänderung der Familiennahmen gesstattet werden dürse, haben Seine Majestät durch allers höchste Entschließung vom iten d M. anzuordnen gerus het, daß eine Beränderung des Geschlechts Namens nur beim Uebertritte zur christlichen Religion, oder bei Adelsverleihungen, und im letzern Falle auch nur mit ausdrücklicher allerhöchster Bewilligung, und unter den ersorderlichen Vorsichten statt sinden dars. Sollte außer diesen beiden Fallen eine Beränderung des Geschlechtsnamens angesucht werden, so behalten sich Seine Majestät die Entscheidung solcher Gesuche in besonders rücksichtswürdigen Fällen allerhöchst Selbst vor.

Gubernial = Erledignung vom 6ten Julius 1826. Gub.

3abl 38455.

89.

Was bei Gesuchen der Pfarrer um Tax= und Stempelvormerkung in Rechtsstrei= tigkeiten zu beobachten sen.

Die hohe hoffammer hat mit Defret vom 7ten v. M. Bahl 20894. anher bedeutet, daß bei vorkommenden Gesuchen der Pfarrer in Galizien um Bewilligung der Lar. und Stempelvormerkung in ihren Nechtsstreitigsteiten vor allem der Umstand genau zu unterscheiden sen, ob diese Nechtsstreitigkeiten die Geltendmachung kunftiger bleibender Nechte der Pfarrer selbst, oder blos die Behauptung persönlicher Nechte des jeweiligen Pfarerers zum Gegenstande haben.

Im ersten Falle ift zu Folge bes bezogenen Softammerbetrets, die Tar- und Stempelvormerkung für ben möglichen Fall ber Behauptung des Prozesses auch bann zu bewilligen, wenn die Ginkunfte der Pfarrepen

felbft die Congrua jahrlicher 300 fl. überfteigen

Wenn es sich aber blos um die Behauptung perfönlicher Rechte des jeweiligen Pfarres handelt, so ist
in diesem Falle zur Führung des Rechtsstreites die Bormerkung der Gerichtsgebühren um so minder zu bewilligen, als ein sicheres und bestimmtes Einkommen von
300 fl. besonders auf dem Lande nicht mehr so gering
ist, um hinsichtlich der Tarentrichtung für arm angesehen werden zu können, zu dem durch die gänzliche Tarfreyheit nur die Streitsucht angereist, und leicht in
dem Grade vermehrt werden würde, daß oft auch die
nichtigsten und ungegründesten Rechtsansprüche würden
geltend gemacht werden wollen, wozu endlich noch kömmt,
daß diese Tarvormerkung bei einem bestimmten Sinkommen von 300 fl. auch den Beamten nicht zu Theil
wird.

Welche hohe Verfügung der Kammerproturatur im Nachhange des hieramtlichen Erlaffes vom 24ten Janner I. J. Bahl 75628. dur Wiffenschaft mit dem Beifage bekannt gemacht wird, daß fle hiedurch der unterm 19ten Dezember 1794 Jahl 32496. blos in Beziehung auf g. f. Pfarrer ergangene Gubernial . Erlaß feine nahere Berichtigung erhalte.

Gubernial = Berordnung vom 10ten Julius 1826. Bub.

3abl 38473.

90.

Der Schluß des Studienjahres an der Wies ner protestantisch = theologischen Lehrs anstalt hat kunftig mit letten Juny jes den Jahrs einzutretten, und dessen Wies dereröffuung mit ersten September zu beginnen.

Laut hohen Studienhoftommissionsdefrets vom 2.sten Juny 1826 Jahl 3072, haben Seine Majestät mit a. h. Entschließung vom 27ten Jänner I. J. zu verordnen geruhet, daß an der k. k. protestantisch theologischen Lehranstalt zu Wien, kunftig der Schluß des Studienziahres jederzeit mit dem letten Juny einzutretten, und dessen Miedereröffnung mit dem ersten September zu geschehen habe.

Um diese allerhöchste Anordnung so geschwind als möglich, ohne das lausende Schuljahr zum Nachtheile der Studien zu schnell abzuschließen in Bollzug zu setzen, hat die hohe Studienhossommission den Austrag der akatholischen Consistorien, das lausende Schuljahr in der Mitte Augusts zu schließen und das kommende Schuljahr 18 26—27 mit 1ten Oktober I. J. anzusangen und mit letzten Juny 1827 zu enden, sodann aber, und sortan jedes Schuljahr nach der a. h. Anordnung vom 27ten Jänner I. J. mit 1ten September anzusangen, und mit letztem Juny zu schließen, genehmigt.

Wovon die Superintendentur zu ihrer Wiffenschaft mit dem Bemerken in die Kenntniß gesett wird, daß

man die Kundmachung dieser allerhöchsten Berfügung mittelst der Lemberger Zeitung unter Einem veranlaßt. Gubernial = Berordnung vom 10ten July 1826. Gub. Zahl 41414.

91.

Behandlung derjenigen, welche zur Erhebung laufender Steuern aufgestellt sind, erhobene Steuergelder vorenthalten, oder sich zueignen, so wie derjenigen, welche hieran Theil nehmen.

Se. Majestät haben mit allerhöchsten Entschließung vom 19ten Juny d. J. zu besehlen geruhet, daß die jenigen, welche zur Erhebung laufender Steuern ausgestellt sind, und in Empfang genommene Steuergelder vorenthalten, oder sich zueignen, so wie diejenigen, welche hieran Theil nehmen, nach den st. 161, 162, 165 und 166 des I. Theils des Strafgesesduches oder in so ferne die vorenthaltenen, oder sich zugeeigneten Gelder den Betrag von 5 fl. nicht erreichen sollten, nach dem zu 11. des II. Theils des Strafgesesduches zu behandeln, und zu bestrafen sehen, diese Vorschrift aber, nur für die nach ersolgter Kundmachung derselben eintretenden Fälle zu gelten habe.

Diese allerhöchte mittels hohen hoftanzlen-Defretes vom 20 v. M. d. J. Bahl 1451—945 anher eröffenete Entschließung, wird hiemit mit dem Bensaße zur Kenntniß gebracht, daß durch diese Vorschrift, die für die erwähnten Libertretungen bestandenen Strafbestimsmungen außer Kraft geseht werden.

Gubernial = Kundmachung vom 18. July 1826. Gub. Zahl 41419.

92.

Verpflegung der Kavallerie-Exekuzionsmann= schaft in jenen Orten, wo weder ein Magazin, noch eine Subarrendirungs= Vorsorge besteht.

Damit in ben Fallen, mo megen Unzulänglichkeit ober au weiter Entfernung der Infanterie - Rorper, die von ben politifchen Beborden abverlangte Erefugion mittelft Ravallerie gegeben werden muß, die Berpflegung bes mit feinem Pferde einrudenden Kavalleriften dem Grequirten nicht zur Laft falle, bat ber f. f. Soffriegerath den General Rommanden bereits die Beifung ertheilt, daß, wenn in jenen Fallen, wo im Orte ber Erefugi. ons . Aufftellung weber ein Magazin noch eine Subar. rendirungs . Borforge befteht, die Fourage fur Die Pferde der auf Erefugion abgefandten Ravallerie . Mannichaft von ben Gemeinden fubminiftrirt, und die Bergutung diefer Subminiftrirung nach der bestehenden von dem f. f. Soffriegerathe unterm 7ten Februar 1824 an alle General . Rommanden erlaffenen Normal . Borfdrift geleiftet werben foll.

Hievon werden die f. f. Kreisamter in Folge hoben hoffanzlenbefrets vom 27. Juny 1826 Bahl 16310 gur Wiffenschaft und weitern Berfügung in die Kennt.

niß gefest werben.

Gubernial = Berordnung vom 21ten July 1826. Gub. Bahl 42625.

93.

Vorschrift über das Verfahren bei Anstel= lung der Beamten.

Um zu berhindern, daß ein in Kriminal-Untersuchung gestandenes und nicht fur unschuldig befundenes Individuum zu f. t. Staatsdiensten zugelassen, oder ein wegen Berbrechen oder sonstiger Vergehungen entlasse.

ner Beamte wieder angestellt werde, haben Seine Rajestät mit allerhöchster Entschliessung aus Larenburg vom
sten Juny d. J. zu befehlen geruht:

tens. Die schon bestehende allgemeine Vorschrift, daß kein wegen Verbrechen, Vergeben oder Vernachläfssigung seines Dienstes entsetter Beamte ohne ausdruckslicher Bewilligung Gr. Majestät in Staatsdienste wieder aufgenommen werden durfe, musse auf das genaucste befolgt werden, und jede Behörde sep für die unabweichsliche Beobachtung derselben strenge verantwortlich.

2tens. Die oben angeführte Berordnung werbe bahin ausgebehnt, daß nicht nur entlassene Beamte, sondern auch Individuen, welche noch nie angestellt waren, wenn sie jemals in einer Kriminal Untersuchung gestanden, und in derselben nicht für unschuldig erklärt worden sind, zu Staatsdiensten ohne Genehmigung Gr. Majestät nicht zugelassen werden dürfen.

5tens. Es fen um diese Absicht zu erreichen, eine unerläßliche verantwortliche Pflicht jeder Behörde, der die Verleihung eines Dienstplages zusteht, über das auszumählende Individuum die genauesten Erhebungen einzuleiten, und insbefondere zu diesem Ende die umständlichsten Nachweisungen über dessen frühern ganzen Lebenslauf in der Art sich vorlegen zu lassen, daß darin keine Zeitperiode übersprungen, und die volle Ueberzeuzung von dem ganzen frühern Betragen dieses Individuums geliefert werde.

4tens. Obichon bei forgfältiger Beobachtung diefer Anordnungen es nicht leicht möglich seyn wird, daß
ein seines Dienstes entsester Beamte, oder ein nie in Diensten gestandenes und eines Berbrechens schuldig gewordenes Individuum in Anstellung sommen möchte, so sey doch, wenn es gleichwohl jemanden dieser Art gelingen sollte, sich in die Staatsdienste einzuschleichen, seine diebsfällige Ernennung dergestalt als nichtig anzusehen, daß derselbe von dem Augenblicke, wo nach seiner erfolgten Anstellung die frühere Entlassung oder Rriminal = Sould entbedt werben follte, ohneweiters und unnachsichtlich wieber ju entlaffen tomme.

Diese allerhöchste mit hohen hoframmerdefret vom 21. Juny 1826 befannt gegebene Entschließung wird demnach hiemit mit dem Beisate gur allgemeinen Kennt-

niß gebracht, baß

a) Jeder noch nicht angestellte, welcher in einen öfernlichen Dienst, in was immer für einer Kathegorie aufgenommen zu werden wünscht, verpflichtet sein, sich über seine bisherige Beschaftigung, Berwendung und Moralität während seines frühern ganzen Lebenslaufes ohne irgend eine Unterbrechung glaubwürdig um so sicherer auszuweisen, als widrigenfalls jedes in dieser Art nicht gehörig und vollständig instruirtes Gesuch dem Bittsteller plate

terdings gurudgeftellt werden murbe.

b) Daß folche Individuen, welche bereits fruber angeftellt und entlaffen worden find, ober melde noch nie angestellt maren, aber jemals in einer Rriminal - Untersuchung geftanden, und in berfel-ben nicht fur unschulbig erflart worden find, wenn felbe in Staatsbienfte aufgenommen werden mola len, bebor fich felbe um irgend eine Anftellung in Rompeteng fegen , verpflichtet find , um ibre guf. nabme in Staatsbienfte vorläufig mittelft ber betreffenden Beborde, bei ber fie angestellt gu merben wunschen , zur Ginholung Gr. Majeftat aller= bodften Entideibung einzufdreiten, und bie Grunbe, auf die fie ibr Befuch ftuben, geborig zu erweisen, wornach berlei Individuen erft dann um irgend eine öffentliche Bedienstung sich in Kom-petenz zu segen berechtigt fenn werden, wenn Gr. f. f. Majeftat beren Befähigung jur Aufnahme in Staatsbienfte bewilliget haben merben.

c) Daß die im vorhergehenden Absate bemerkten Individuen, wenn fie ohnr der Borfdrift beffelben genuge zu leiften, irgend eine Anftellung erfchleichen sollten, im Entbedungsfalle unnachsichtlich in der bon Gr. Majestat vorgeschriebenen Art behandelt, sohin des erschliechenen Dienstes ohne weiters werden entsest werden.

Gubernial = Kundmachung vom 21. July 1826. Gub. Bahl 43295.

94.

Barmherzigen Orden wird die Erbfähigkeit auf unbestimmte Zeit eingeräumt.

Es hat sich bei einer Verhandlung ergeben, daß die der Landesstelle unterm 16ten August 1805 3. 16672. bekannt gegebene, und auch in der politischen Gesessammlung Band 25, Seite 104. befindliche, von Seiner Majestät auf unbestimmte Zeit dem barmherzigen Orden allergnädigst eingeräumte Erbfähigkeit in der Justizgesesssammlung vom Jahre 1805 unter Nr 745. Seite 63. des betressenden Bandes irrig auf 20 Jahre beschränkt worden ist.

Jedem bereits die f. f. Oberste Justigstelle unterm 16ten v. M. Bahl 3598. sammtliche Appellazionsgestichte von diesem Verschen in Kenntniß gesetht hat, versfügt man ein Achnliches an die Landesstelle zur Entsfernung jeder kunftigen Beitrung.

Gubernials Erledigung vom 24ten July 1826. Gub. Zahl 44323.

95.

Pfarrgenossen, die sich weigern in seelsor= gerlichen Angelegenheiten bei ihrem Pfarrer zu erscheinen, sollen durch die Ortsobrigkeit hiezu verhalten werden.

Es ist Seiner Majestat angezeigt worden, daß manche Pfarrgenossen sich weigern bei ihrem Pfarrer zu erscheinen, wenn sie von ihm in seelforglichen Angelegenhei-

ten vorgerusen werden. Seine Majestät haben baber mit allerhöchstem Kabinetsschreiben vom gen Juny 1826 du besehlen geruhet, daß in solchen Källen die Pfarrgenossen auf jedesmaliges Begehren des Seelsforgers durch die Ortsobrigkeit zu verhalten sind, sich bei demselben zu stellen.

Wobon die k. Kreisämter in Folge hohen Hoffantlendefrets vom 18ten v. M. Jahl 17149. mit dem Auftrag verständigt werden, fämmtliche Dominien und Magisträte anzuweisen, daß dieselben auf jedesmaliges Ansuchen des Seelforgers einen solchen widerspänstigen Pfarrgenossen gehörig zu stellen haben.

Gubernial = Verordnung vom 25ten July 1826. Bub.

Bahl 41416.

96.

Frühzeitig oder todtgeborne Kinder sollen am Kirchhof auf einem abgesonderten Orte begraben werden.

Es herricht bei dem gemeinen Bolte an manchen Drten der Wahn, daß frühzeitig oder todtgeborne Kinder nicht in den gewöhnlichen Leichenhöfen begraben werden follen, daher fie folche meistens heimlich an andern Drten berscharren.

Die Ordinariate haben das Bolk über diesen Irrethum mittelst der Seelsorger zu belehren, indem Kinder die ohne die heilige Tause empfangen zu haben, sterben auch am Kirchhose auf einem abgesonderten Orte begraben werden sollen, und selbe zugleich ausmertsam machen zu lassen, daß bei solchen Verheimlichungen die Strasen des §. 94. und 95. des IIten Theils vom Strasgesesduche eintreten müsten, daher sich jeder vor Nachtheil zu huthen habe.

Gubernial - Verordnung vom 25. July 1826. Gub. Zahl 42473.

97.

Blutsverwandte in auf = und absteigender Linie, Geschwisterkinder, oder in der Seitenlinie noch nähere verwandte, oder in einem dieser Grade verschwägerte Pers sonen dürfen bei derselben Gerichtsbehörs de nicht angestellt werden.

.| Die k. Kreisamter erhalten in der Anlage die ersforderliche Anzahl von Eremplatien des zu Folge hohen Hofdekrets der k. k. Obersten Justizstelle vom gten v. M. d. 3. Jahl 3571—227. von dem hierortigen k. k. Appellazions-Gerichte erlassenen Kreisschreibens, daß Bluts-verwandte in auf- und absteigender Linie, Geschwisterlinder, oder in der Seitenlinie noch näher verwandte, oder in einem dieser Grade verschwägerte Personen bei ein und derselben Gerichtsbehörde nicht angestellt werden sollen; sammt einer Abschrift des obigen Hosdekrets zu Wissenschaft und weitern Kundmachung.

Gubernial-Verordnung vom 25ten July 1826. Gub. Zahl 43127.

+ 10

An das k. k. galizische Appellazionsgericht. Lemberg Hofzahl 3571—227.

Seine f. f. Majestät haben mit allerhöchsten Entschließung vom 22ten Februar 1823. in Ansehung der bei landessürstlichen und nicht landessurstlichen Justizbe-hörden, mit einziger Ausnahme der Patrimonialgerichte der Dominien dienenden Beamten zu bestimmen gerubet: daß kunftighin Blutsverwandte in ause und absteigender Linie, Geschwisterkinder, oder in der Seitenslinie noch näher verwandte, oder in einem dieser Grade verschwägerte Personen keine Anstellung bei derselben Gerichtsbehörde, sie mögen besoldet oder unbesoldet, oder von was immer für einer Kathegorie seyn zu ers

halten haben, weswegen jeder Dienstwerber in seinem Gesuche genau anzugeben verpstichtet wird, ob und in welchem Grade er mit einem oder dem andern Beamten desjenigen Gerichtes, bei welchem er eine Anstellung nachsucht, verwandt oder verschwägert sep. Beamte, welche diese Anzeige in ihrem Gesuche zu machen unterlassen sollten, werden unnachsichtlich und ohne Unterschied, ob sie über ihr Gesuch die verlangte Anstelsung erhalten haben, oder in ihrer vorigen geblieben sind, mit dem Verluste ihres Dienstes bestraft werden.

Diefe allerhöchste Entschließung bat bas f. f. Ap.

befannt zu machen.

Uebrigens aber wird bemfelben zum funftigen Benehmen und zur Belehrung der Unterbehörden noch
weiter bedeutet.

tens. Diefe Borfdrift erftredt fich auf fammtlische Angestellte berselben Beborde, ohne Rudficht auf

ihre Diensteigenschaft ober Befoldung.

2tens. Ueber die bereits bestehenden Berwands schaftsverhältnisse, des am Rathstische angestellten Personales sind, wo dieses nicht schon gesehen ist, die gezeigneten Anträge zur allerhöchsten Entschließung vorzuslegen, die Berwandschaftsverhältnisse der übrigen Angestellten sind nach Thunlickeit durch Ueberschung und Beförderung zu beheben, wobei jedoch kein Verdienstlischerer, oder bei gleichen Eigenschaften und Verdiensten in gleicher Kathegorie oder gleichem Nange länger Dieseneder seiden soll.

Itens. Das Appellazionsgericht hat in Zukunft bei strenger Verantwortlichkeit Niemanden bei einer Justizbehörde anzustellen, welcher mit einem bei der nämlichen Stelle bereits dienenden Beamten in einem solchen Verwandschafts oder Schwägerschaftsverhältnisse steht, und wenn es Dienstbesegungsgesuche und Vorsschläge an die oberste Justizstelle einbegleitet, dasselbe genau zu bemerken.

4tens. Den Borftebern der Juftigbehörden wird

Bur Pflicht gemacht, neu entstehende durch obige allerbochte Entschließung als unzulässig erkannte Bermandschafts - oder Schmägerschaftsverhältnisse sogleich dem betreffenden Oberbehörden zur gehörigen Abhülse anzuzeigen.

Welches dem Appellazionsgerichte zur Darnachachtung beseutet wird. Plenciz. mp. Per Imperatorem. Ex supremo Justitiae Consilio. Wien, am

gten Juny 1826. C. G. v. Gartner mp.

Ad Postzahl 97.

Blutsverwandte in auf = und absteigender Linie, Geschwisterkinder, oder in der Seitenlinie noch näher verwandte, oder in einem dieser Grade verschwägerte Personen durfen bei derselben Gerichtsbehorde nicht angestellt werden.

Ce. f. f. Majestät haben mit allerhöchster Entschliffung bom 22ten Februar 1823 in Ansehung ber bei landesfürstlichen und nicht landesfürstlichen Justizbehörben, mit einziger Ausnahme ber Patrimonialgerichte ber Dominien, dienenden Beamten zu bestimmen ge-

rubet:

Daß funstighin Blutsverwandte in auf und absteigender Linie, Geschwistersinder, oder in der Seistenlinie noch naher verwandte, oder in einem dieser Grade verschtägerte Personen keine Anstellung bei derselben Gerichtsbehörde, sie mögen besoldet oder undessoldet, oder von was immer für einer Kathegorie senn, erhalten haben, weswegen jeder Dienstwerber in seinem Gesuche genau anzugeben verpflichtet wird, od und in welchem Grade et mit einem oder dem andern Beamten desjenigen Gerichtes, bei welchem er eine Anstellung nachsucht, verwandt, oder verschwägert sep.

Beamte welche diese Anzeige in ihrem Gesuche zu maschen unterlassen sollten, werden unnachsichtlich und ohne Unterschied, ob sie über ihr Gesuch die verlangte Anstellung erhalten haben, ober in ihrer vorigen geblieben sind, mit dem Berluste ihres Dienstes bestraft werden.

Diese allerhöchste Entschließung wird hiemit in Folge höchsten Sosdefretes der f. f. obersten Justizstelle vom gten Juny 1826 Hofzahl 3571—227. zur allgemeinen Wiffenschaft und Darnachachtung bekant ge-

macht.

Gubernial - Rundmachung vom 25ten July 1826. Gub. Bahl 43127.

98.

Erneuerung der Vorschriften zur Verhütung muthwilliger Beschädigungen an Strass sen, Brücken oder Bäumen.

Die noch immer vorkommenden Anzeigen der Straffenbaubehörden über die häufigen Beschädigungen der Straffen, und der im Zuge derselben gepflanzten Baume laffen folgern, daß die zur Verhütung der muthwilligen Beschädigungen der Straffen ergangenen Vorschriften von den Ortsobrigkeiten gar nicht befolgt, und von den Kreikamtern nicht gehörig gehandhabt werden.

Den Kreisämtern wird demnach mit Bezug auf das hierortige Defret vom 14ten Juny v. J. Bahl 2875. aufgetragen, den Dominien und Magisträten die bereits mit Gubernial = Erläßen vom 10ten Marz 1804 und 15ten März 1812 Jahl 9855 und 89.5. erneuerten Kreisschreiben vom 5ten September 1787 und 15. September 1793, so wie die im Grunde hohen Soffanzlepbekrets vom 5ten Juny 1823 Jahl 11600 ersslossenber 1826. Mro. 33864. mit dem Zusaßen neuerdings in Erinnerung zu bringen, daß sie diese Borschriften um so genauer du befolgen haben, als in jedem Falle, wo erwiesen

werden sollte, daß jene Ortsobrigkeit, welche unterlassen hatte, gegen den muthwilligen Berleger der Strasses Bruden. oder Bäume, den sie entweder selbst entdedt, oder den ihr der Strassenbaubeamte angezeigt hat — das Amt zu handeln, und ihn der gesetlichen Strase zu unterziehen, mit einer angemessenen Strase selbst belegt werden mußte.

Gben fo wird ben f. Kreisamtern bie Uebermadung ber Befolgung diefer Borfdriften und die genaue handhabung berfelben zur befonderen Pflicht gemacht.

Gubernial = Berordnung vom 27ten July 1826. Gub. Bahl 43352.

99.

Edictum.

Caesareo Regium in Regnis Galiciae et Lodo-meriae Judicium Nobilium Leopoliense medio hujus edicti notum reddit; quod in consequen-tiam altissimi decreti aulici ddo. 4ta Novembris 1803 relate ad anterius Decretum altissimum ddo. 27. Septembris 1785. editum emanati, nulli usui inservientia C. R. hujus Fori Nobilium acta civilia a Nro. actorum 5001 ad Nm. 6500 et fundationalia a Nro. actorum 317. ad Nrum 2000 ad anihilandum sint destinata, quodve indices alphabetici eorundem actorum et documentorum conscripti exiterint, qui una cum repertoriis et confectis consignationibus ad no-titiam eorum, quorum interest, fine inspecti-onis in officio Registraturae C. R. hujus fori Nobilium reperiuntur, eum in finem, ut par-tes in iisdem indicibus specificatae, aut eorum haeredes, quae sua scripta vel documenta sibi restitui optarent, in termino unius anni et unius diei, a die 22. Maii 1826. computando, necessaria legitimatione instructae, ad praefatum gremialis Registraturae

Officium eatenus eo certius semet in assistentia Advocati hic C. R. Fori Nobilium stallum agendi habentis, qui competentiam partis se in-sinuantis contestari posset insinuent, suaque scripta et documenta erga reversales per ipsas partes illarumque patronos subsignandas levent, quosecus lapso hoc termino, omnia haec scrip-ta consignata, et adclusae documentorum co-piae, retentis nihilominus in actis originalibus, abolientur.

Georgius Lib. Bar. ab Oechsner. Josephus de Pressen.

Ignatius Com. de Los Ex Consilio C. R. Fori Nobilium, Leopoli die 19. Aprilis 1826. Zacharias de Bostan Jakubowicz.

Gubernial : Rundmachung pom 28. July 1826. Gub. Babl 44042.

100.

Baumgartners Naturlehre wird als Lehr= buch eingeführt.

In Beziehung auf die hierortige Berordnung bom 19ten Oftober 1825 Bahl 59551. werden die f. Diref. torate gur weiteren Berftandigung an den betreffenben Professor in Folge Defretes ber boben Ctudienhoftom. miffion bom 24ten Juny I. 3. Babl 2764. in Renntniß gefest, daß vom Professor Baumgartners Raturlebre eine zweite, veranderte, und dem bestehenden Lehrplane noch mehr angemeffene Auflage im I. J. und in bemfelben Berlage, wie die erfte in einem einzigen Bande erschienen; deren Ladenpreis, welcher nirgends überfdritten werden barf, auf Bier Gulben Konbenzions. Munge festgefest worden, und beren fich in Bufunft bis auf anderweitige Bestimmung ale Lehrbuch zu bedie. nen ift.

Gubernial - Berordnung vom goten July 1826. Bub.

Babl 44851.

101.

Landesfürstliche Beamten oder Diener welsche eine Pension oder Provision ab aerario beziehen, mussen wenn sie bei einer städtischen oder Fondsverwaltung eine Anstellung erhalten — auf den Genuß der Aerarial = Pension oder Provision Verzicht leisten.

Es hat sich der Fall ergeben, daß ein provisionirtes Individuum in städtischen Dienst getreten, und maherend dieser Dienstleistung die Aerarialprovision ungebührlich fortbezogen hat.

Aus diefem Anlage merden die f. Rreisamter in Folge b. hoffammerdefrets vom 16. Juny 1826 Babl 5538-583. Die mit dem gedrudten Rreisschreiben bom 27ten April 1787 befannt gegebenen Rormalvorfdrift, wonach jene landesfürstlichen Beamten und Diener, welche eine Pension oder Provision ab aerario bezieben, wenn fie bei einer ftadtifchen ober Fondebermal= tung, eine Unftellung erhalten auf den Genuß der atarial Penfion ober Provifton, Bergicht zu leiften, und nur im Genuße berfelben gurudzutreten haben, wenn fie auch nach der neuen Dienstleiftung wieder dienftunfabig werden, und ihnen in Ansehung Diefes neuen Amtes gar feine oder nur eine geringere als die fruber ab aerario genoffene Penfion oder Provifton zu Theil werden murde, hiermit zu genaueften Darnachachtung in Grinnerung gebracht, und benfelben zugleich aufgetragen, diefe allerhochfte Beftimmung auch bei allen organiftren und nicht organifirten Magiftraten ber Munizipal. und landesfürftlichen Stadte gur genauen Dar= nachachtung wiederholt fund gu machen; und felben gu bedeuten, mittelft des f. Rreisamtes anber die Ungeige ju dem Ende zu erftatten damit megen Ginftellung des von diesem Individuum vom Verarium bezogenen Penfion oder Provision das Erforderliche veranlagt merde.

Eine ahnliche Anzeige ist auch für den Fall zu ersstatten, wenn ein derley Individuum nach seiner Unstellung im stätischen Dienste wieder Dienstunsähig werden, und ihm in Ansehung dieses neuen Amtes gar feine, oder nur eine geringere als die früher ab aerario genossene Pension oder Provision zu Theil werden sollte, damit demselben vom Tage seiner eingestellten städtischen Besoldung oder Löhnung im erstern Fall die ganze früher vom Aerarium genossene Pension oder Provision wieder flüßig gemacht, im lettern Falle aber dasjenige, um was er von der Stadt gegen dessen dem ab aerario genossene Pension oder Provision wesniger erhält, zur Ergänzung seiner ganzen vor dem ab aerario genossenen Gebühr, flüssig gemacht werde

Gubernial = Berordnung vom iten August 1826. Bub.

Bahl. 45746.

102.

Subarendatoren sollen gegen bloße Interimsscheine keine Natural= und Service= Alrtikeln verabsolgen.

Es ist der Fall vorgekommen, daß ein Subarrendator, gegen Interims Scheine die Naturalien an die
betreffende Truppe verabreicht, nachträglich aber der
Truppen Kommendant, die Haupt Quittungen, an
ein, diese Interims Quittungen ohne Vollmacht des
Subarrendators, produzirt habendes Individuum, aus,
gefertiget habe, welches zur Erhebung dieser Haupts
Quittung, von Seite des Subarrendators gar nicht ers
mächtiget war.

Bur Vorbeugung diefer Unzufommlichkeit, hat das t. f. General - Militär - Kommando fämmtlichen Truppenabtheilungen, erinnert, daß bei strengster Verantwortung, feine Natural und Service - Fassung, gegen Anterimsscheine von den Subarrendatoren bewirkt, sonbern für jebe einzelne Fassung, die nach der Vorschrift ausgesertigte, gehörig koramisirte, und von dem, die Fassung bewirkenden Ober-Offizier, paraphirte Quittung, dem Subarendator, gleich an der Stelle zum Eintrag in das, bei der monatlichen Abrechnung mit dem betreffenden Verpstegs-Magazin mit dem betreffenden Verpstegs-Magazin mit dem betreffenden Verpstegs-Magazin won dem Subarendator zu verfassende Verzeichniß, überhändiget werde, weil die Subarrendatoren nur gegen derley, nach aller Förmlichteit, ausgesertigte Fassungs-Quittungen, zur Abgabe der betreffenden Natural- und Service-Artiseln, verpstichtet, und nur gegen derley legale Quittungen, ohne erst eine Haupt-Quittung darüber einzuhollen, die Bezahlung anzusprechen berechtiget sind.

Die f. Kreisämter haben daher unter Verständisgung bessen, bekannt zu machen, daß tein Subarrens bator sich herbeilasse, auf Interims - Scheine Naturalsober Service - Abgaben zu bewirfen, indem ansonst jesber derselben, die hieraus entspringenden nachtheiligen Folgen, nur sich selbst zuzuschreiben haben wird, da auch in jedem Pachtsontraft ausdrücklich stipulirt ist, daß nur legale Quittungen angenommen werden dürsen.

Gubernial = Defret vom 2ten August 1826. Bub. Bahl 47545.

103.

Mit Lehrfähigkeits = und Moralitätszeug= nissen versehenen israelitischen Privatleh= ren wird gestattet, israelitischen Kindern Unterricht zu geben, dursen aber christi= che Kinder weder in lebenden Sprachen noch in den gewöhnlichen Elementarge= genständen unterrichten.

Seine Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 8ten Janner 1. 3. über ben Unterricht ifraelitis

fcer Privatlehrer folgende Grundfage gu genehmigen

gerubet :

itens. Ifraelitischen Privatlehrern, wenn fle sich mit dem ersorderlichen Lehrsahigkeitszeugniße, und über eine untadelhafte Moralität ausweisen, wird gestattet, ifraelitische Kinder in allen Erhrgegenständen, aus welchen sie selbst geprüft sind, privat und nur einzeln in den Wohnungen der Aeltern, nach den allgemeinen beste-henden Vorschriften zu unterrichten.

2tens. Es wird aber ifraelitifchen Privatlehrern nicht gestattet, driftliche Rinder weder in den lebenden Sprachen, noch in den gewöhnlichen Elementarlehr-

gegenständen zu unterrichten.

Diese allerhöchste Entschließung wird zu Folge Defrets ber hohen Studienhostommission vom 13ten Janner I. J. Bahl 326. den f. Kreisamtern zur Darnachachtung befannt gemacht.

Insbesondere ift vermog Defrets der hoben Stus dienhof . Rommiffion bom 15ten v. M. 3ahl 3313. ge-

nau barauf zu feben, daß

tens. Kein ifraelitischer Privatlehrer Unterricht ertheile, ohne durch ein padagogisches Lehrfähigkeits-Beugniß und durch eine gute Moralität sich dazu zu eignen, und auszuweisen.

Diefes Gefes ift allgemein, und es tann baber in teinem Falle gu Gunften ber ifraelitifchen Privatlehrer

bavon eine Ausnahme gemacht werden.

2tens. An allen Hauptschulen, wo ein Präparanden Unterricht, gegeben wird, können und sollen auch die israelitischen Schulpräparanden und Privatlehrer diesen Unterricht hören und benügen, wie dieses in den übrigen Provinzen üblich ist.

Wornach die Judengemeind . Vorsteher und Rabis

ner anzuweisen find.

Gubernial = Berordnung vom 4ten August 1826. Gub. Bahl 46652.

104.

Behandlung der Milzseuche unter den Pfer= den und Rindvieh.

In der vorausgegangenen felten unterbrochenen trodnen und heißen Witterung liegt der vorzuglichste Grund der Milzseuche unter den Pferden und dem Rindvieh, die

fich nun allenthalben zeiget.

Diese Seuche gehört unter jene, welche sich felten schnell, sondern allmählich in den Körpern der Thiere entwickelt, gewöhnlich bas ftartste und jungste Bieb ergreift, und selbes oft schnell und unverhoft todtet, biese Kranfbeit lagt fich beforgen , wenn nach einer geraumen Beit por bem wirklichen Ausbruche fich ein seltenes und trodenes Miften einstellt, wenn bei dem thierischen Bittern Schaudern fich, nach dem fie mit faltem Baffer getränkt merben, einstellt, ein heftiger Pulsfchlag bemerkt wird. indeffen ber Schlag des Bergens felbft taum fuhlbar ift, wenn das Thier matt und besonders dessen Sintertheil in der Bewegung bin und ber mankt, und demnach fich felten niederlegt, wenn deffen Fregluft vermindert ift, ber Mift troden, weniger und flein geballt, ber Urin braun und weniger abgeht, daß Maul und die Saut beiß anzufühlen find, auch manchmal fich Geschwülfte am Ropf, Sals, an der Vorderbruft am Bauche, und an den Gliedmaßen fich zeigen, dann find die Thiere mit dem Milgbrand ichon in einem mindern oder höhern Grad erariffen.

Die Mittel gegen dieses Urbel, dessen Ursachen, in der Erschöpfung der Thiere durch die hiße auf der hutsweide im Mangel an frischen Wasser oder im Genuß mit schlechtem und faulem Wasser, in dem Mangel an Schatzen auf den Weiden, selbst in unreinen und warmen Ställen, welche noch oft von saulenden Pfüßen umgeben sind, daß Salz, welches ihnen mit dem Futter, oder mit einem Mehltrank vermischt, oder zum Labe gegeben wird, das Tränken mit frischem Brunnwasser, das Schwimsmen, oder wo dieß nicht seyn kann, das Begießen und

Waschen ber Thiere mit kaltem Wasser, die Reinigung und Luftung der Ställe, welche nicht mit dem Ausvieh überfüllt senn mussen, und endlich die Fürsorge, das das Vieh an heißen Tagen nicht auf den Hutweiden ohne

Schatten der Mittagshipe ausgesett werde.

Ist das Uebel schon unter einer Seerde ausgebrochen, so sehe man vorzüglich auf die Ab onderung der franken Stücke von den Gesunden, man reiche denselben weiches und nasses Klepensutter, Mehltränke mit viel Salz. Wo frisches gutes Futter mangelt, wird Häckersling von guten heu abgebrüht, und mit Salz vermischet, fühl gegeben, wobei sich überbaupt auf die Weisung berussen wird, welche in dem Unterricht über Viehseuchen die mit Kreisschreiben vom 14ten September 1811 Jahl 52847, bekannt gemacht, und bei allen k. k. Kreisämtern von den Dominien zu erhalten ist, enthalten ist.

Die in den letteren Wochen in ganz Galizien sich ereigneten Regengüsse und Ueberschwemmungen, setzen das Nutvieh besonders in niedern und überschwemmten Gegenden neuen Krankheitsursachen aus, die die überschwemmten Hutweiden, worauf selbes getrieben wird, und das verdorbene sauere Heu, womit selbes über den Winter genährt wird, der Gesundheit desselben sehr nachtheilig wird, und das Vieh zu Krankheiten, besonders das Hornvieh, Pserde und Schaafe mit dem Egelschaben befallen macht, die sich über den Winter in ihren Eingesweiden besonders in der Leber entwickeln, und oft ganze Heerden tödten, es ist daher nothwendig und rathlich, das solche Hutweiden vermieden, und dem Nutvieh versdorbenes saueres Heu nicht gereichet werde.

Gubernial = Rundmachung vom Sten 2luguft 1826. Gub. Bahl 48951.

105.

Ausschreibung der Erb = Personal = Klassen= und Erwerbsteuer für das Jahr 1827.

Seine f. f. Majestät haben mit allerhochstem Kabinets. schreiben vom 2gten Man b. J. zu verordnen geruhet,

daß die Erbsteuer, die Klassensteuer, die Personalsteuer und die Erwerbsteuer, so wie dieselbe in dem laufenden Jahre 1826 entrichtet wurde, auch für das künftige Jahr 1827 ausgeschrieben werde.

Diese allerhöchste Entschliessung wird bemnach in Folge hohen hoffanzlendefrets vom 26ten v. M. Bahl 18806. zur Wissenschaft und Rachachtung allgemein be-

fannt geniacht.

Subernial - Rundmachung vom toten August 1826. Bub.

106.

Erbsteuerpflichtigen Parthepen wird gestat= tet auch größere Erbsteuerbetrage von öffentlichen Kreditspapieren nach dem Kurse die diese Kreditspapiere am To= destage des Erblassers halten, in Kon= ventions = Munze zu berichtigen.

Laut hohen Hoffanzleydefrete ddto. 13ten July I. J. Bahl 19406. ift die hohe Hoffanzley mit dem k. k. Fisnanzministerium übereingekommen, das den erbsteuerpslichtigen Partheyen zu gestatten sey, auch größere Erbsteuerbeträge von öffentlichen Kreditspapieren, deren Berichtigung in derselben Gattung von Kreditspapieren möglich wäre, wenn es die Parthey vorzieht, nach dem Kurse den diese Kreditspapiere am Todestage des Erblassers haten, in Konventions Münze zu berichtigen, gleichwie dieses durch das Hospetret ddto. gten May 1823 Jahl 13110. Gub. Jahl 29233. dereits gestattet ist, wenn sich die Erbsteuerquote von Obligationen, wegen deren Unstheilbarkeit mit einer Obligation nicht ausgleichen läst.

Wovon die f. Kreisämter im Nachtrage zur hierortigen Verordnung ddto. 12ten Juny 1825 Bahl 29233. zur Darnachachtung bei vorkommenden Fällen in die

Renntniß gefest merden.

Subernial = Verordnung vom 17ten August 1826. Gub. Babl 47723.

107.

Ernennung Sr. Durchlaucht des wirklichen geheimen Raths, Kämmerers, und bis= herigen Gubernial = Vizeprasidenten Au= gust Longin Fürsten von Lobkowicz, Herzogs von Raudniz, zum Landes= Gouverneur in den Königreichen Gali= zien und Lodomerien-

Seine k. k. Majestät haben Sich laut hohen Hoffanzleys bekrets vom 4ten August d. J. Bahl 22223—1320 allergnädigst bestimmt gesunden, den Herrn Gubernial-Vizespräsidenten August Longin Fürsten von Lobkowicz Herzog zu Naudniz, zum Beweise der allerhöchsten Zusriedenheit mit der demselben anvertrauten Geschäftsleistung, zum wirklichen Landes Gouverneur in den Königreichen Galizzien und Lodomerien zu ernennen.

Das dießfalls herabgelangte allerhöchste Restript ift

folgenden Inhalts:

Franz der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn, Bohmen, der Lombarden und Venedig, Galizien und Losdomerien und Jurien, Erzherzog zu Oestersreich 2c. ze.

Sochgeborne, Soch und Mohlgeborne, Wohlgeborne, Edle, Chrsame, liebe Getreue!

Entbiethen allen und jeden Unferen getreuen Innwohnen und Unterthanen Unferer Königreiche Galizien
und Lodomerien, was Würde, Standes, Amtes sie sind,
Unsere k. k. Gnade, und geben denselben zu vernehmen,
wasmassen Wir den Hochgebornen, Unseren wirklichen
geheimen Nath, Kammerer, und dermaligen Bizeprässe denten des galizischen Guberniums, auch lieben Getreuen
August Longin Fürsten von Lobsowicz, aus dem in seine
Person gesetzen Vertrauen, im gnädigsten Andetrachte seiner Uns bekannten ruhmlichen Gigenschaften, Ginsicht, Geschicklichkeit und Integrität, auch durch mehrere Jahre geleisteten Dienste, und dadurch sich beigelegten Kennt-nisse, zu Unserem Gouverneur in Unseren Königreichen Galizien und Lodomerien gnädigst ernannt haben.

Wir befehlen demnach allen und jeden obbesagten Innwohnern und Unterthanen hiemit gnädigst, daß sie gedachtem Fürsten August Longin von Lobsowicz als Unserem galizischen Gouverneur allen schuldigen Gehorssam und Respekt erweisen, demselben in Vollziehung Unserer höchsten Befehle, dann seinen Amtsverordnungen nichts im Wege legen, noch daran hinderlich seyen, vielmehr zu ihm in ihren Angelegenheiten ihre Justucht nehmen, dessen Amtsschutz und Hilfe suchen, überhaupt denselben als Unseren Gouverneur in Unseren Königreischen Galizien und Lodomerien aller Gebühr nach ehren, halten und achten, auch so und nicht anders thun sollen, dei Vermeidung Unseren schweren Strase und Ungnade.

hieran geschieht Unser gnädigster Wille und Meisnung, und Wir verbleiben anbei mit faiserlicher konigs licher und landesfürstlicher Gnade Euch wohlgewogen.

Go geschehen in Unserer kaiserlichen Saupt - und Mesidenzstadt Wien, den vierten Monatstag August, im ein tausend acht hundert sechs und zwanzigsten, Unserer Reiche im funf und drepsigsten Jahre.

Franz.

Franz Graf von Saurau, Oberster Kanzler. Johann Nep. Frenherr von Geislern.

> Nach Seiner f. f. Majestät höchst eigenem Befehle. Karl von Midmann.

Dieses wird in Folge des im Eingange bezogenen hohen Hostanzlendekrets zur allgemeinen Wissenschaft und genausten Darnachachtung hiemit bekannt gemacht.

Bubernial = Rundmachung vom 19ten Mugust 1826. Bub. Bahl 51773.

108.

Erhöhung der Wegmauthgebühr für die, von Domaratz nach Ülanice führende Straßenstrecke, von 2 auf 3 Meilen in der Stazion Domaratz.

Dit dem hohen Hoffammerdefrete vom 4ten August 1826 Jahl 31198—1433. ist die Erhöhung der Weg-mauthgebühr für die, von Domaratz nach Ulanice sührende Straßenstrecke, von zwei auf dren Meilen in der Stazion Domaratz in dem Sanoker Kreise angeordnet worden.

Was mit dem Beisate zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Wegmauthgebühr in dem genannsten Orte vom iten Oftober 1826 nach den Grundsäßen der Kreisschreiben vom 15ten Juny 1821 Jahl 31269und vom 7ten Warz 1823 Jahl 11370. werde eingehosben werden.

Subernial = Rundmachung vom 20ten August 1826. Sub. Babl 50864.

109.

Die Vorschrift hinsichtlich des Verfahrens bei Anstellung der Staatsbeamten, ist auch bei Anstellung von ständischen, städti= schen und Fondsbeamten genau zu be= obachten.

Die Kreisschreiben vom 21ten July 1826 3. 43295. wurden die Kundmachung befannt gemacht, welche auf allerhöchsten Besehl in der Absicht erlassen wurden, um zu verhindern, daß ein in Kriminal - Untersuchung gestandenes und nicht für unschuldig befundenes Individuum, zu k. k. Staatsdiensten zugelassen, oder ein wegen Verbrechen oder sonstiger Vergehungen entlassener Beamte wieder angestellt werde.

Da die Verordnungen, wegen der Wiederanstellung und Behandlung entlassener Staatsbeamten gleichfalls die unbedingte Anwendung auf die ständischen, städtischen und Fondsbeamten haben, so wird in Folge hohen Hofftanzlenderets vom 26ten July d. J. 3 19650—1646. hiemit erklärt, und zur allgemeinen Darnachachtung bestannt gemacht, daß sämmtliche in dem Eingangs bezogenen Kreisschreiben enthaltenen Vorschriften auch bei Anstellung der ständischen, städtischen und Fondsbeamsten, auf das genaueste in Anwendung zu bringen sepen-

Gubernial = Kundmachung vom 22ten Huguft 1826. Gub.

Bah! 49203.

110.

Behandlung der Studierenden mit nach= theiligen Fortgangs = oder Sittenklassen.

Um jedem Zweisel zu begegnen, in welchem Sinne die in dem allerhöchsten Kabinetsschreiben vom zen April 1804 gegründete Vorschrift, welche mit Hosbekrete vom 11ten desselben Monates 3. 6124—1100. kund gemacht wurde, zu nehmen ist; und um zu bewirken, daß bei dieser Sache sich an allen Lehranstalten gleichsörmig benommen werde, werden in Gemäßheit der hierüber heradgelangten allerhöchsten Entschließung vom 8ten Juni 1. J. folgende bestimmte Vorschriften zur genauesten Darnachgehtung sestgeset:

ttens. Schüler, welche in der zweiten humanistätsklasse, als der letten Klasse des Gymnasialstudium, gleich viel ob im ersten oder zweiten Semester, eine dritte Fortgangsklasse aus irgend einem Gegenstande; oder aus der Religionslehre nicht wenigstens die erste Fortgangsklasse; oder in dem sittlichen Betragen eine nachtheilige Note (die zweite oder dritte Klasse) erhalten haben, sind in den philosophischen Studienkurs nicht

aufzunehmen.

2tens. Wer in dem philosophischen Studienkurfe, entweder im ersten oder zweiten Gemester, nicht wenig-

stens die erste Klasse aus der Religionswissenschaft erhal-ten hat, darf weder in den hohern Jahrgang desselben Studienfurfes, noch in eines ber bobern Fafultatsftubien borruden.

Stens. Eine im zweiten Semester des Schuljahres erhaltene nachtheilige Sittenklasse, nahmlich die Rote, daß bas sittliche Betragen den Disciplinarvorschriften minder gemäß war, hat bei den Studierenden der philosophischen Studien die Wirkung, daß ein solcher Studierende im nächstfolgenden Schuljahre weder an derselben noch an einer andern Lehranstalt als öffentlich Studies render, weder in die philosophischen noch in eines der höhern Studien ausgenommen wird. Eine bloß im ersten Semester erhaltene nachtheilige Sittenkalkul kann zwar in den Katalogen, Studienzeugnissen und in dem Absolutorium nicht mehr abgeändert werden; wird aber durch das beffere Betragen im zweiten Gemefter in ihren übrigen Wirkungen für gültig angesehen.
4tens. Derjenige Studierende der philosophischen

Studien, welcher nicht nur felbft unfittlich ift, fondern der auch andere Studierende zur Unfittlichkeit berleitet, und mithin eine nachtheilige Sittennote erhalten müßte, wird alsogleich nicht nur an der Lehranstalt, wo er studiert, sondern auch von allen össentlichen Lehranstalten ausgesschlossen, und deshalb der Landesstelle, zur weitern Einleitung ber Rundmachung ber Ausschließung an die übri-

gen Lehranstalten, angezeigt.

gen Lehranstalten, angezeigt.

5tens. Zur Handhabung der vorstehenden Vorschriften ist es nöthig, daß Studierende, welche zur Erwirfung der Ausnahme an einer Studienanstalt, Studienzeugnisse bloß von einem früheren als von dem nächstvorhergehensden Schuljahre vorlegen, jeddrzeit verhalten werden, sich auszuweisen, wo, und wie sie die Imischenzeit nach der angegebenen Unterdrechung ihres Studienlauses zubrachten, und daß sich die Ueber-zeugung verschaft werde, sie sehen nicht etwa in dem Imischenjahre an einer andern Lehranstalt wegen Sittenlosisseit ausgeschlossen, oder mit einer schlechsten Sittenslasse heftraft werden ten Sittenflaffe beftraft worden.

Da ferner hervorgekommen ift, daß in Absehen auf die Wirkung einer dritten Fortgangeflaffe mancherlen Miße verständniß über den Sinn der dieffalls bestehenden Bor-

fcbriften obwaltet, so wird

stens. noch beigefügt, daß hierüber, mit Ausnahme des medizinischen Studium, für welches eine besondere Weisung besteht, sich sür alle Lehranstalten und Studienzweige lediglich an solgende, in den disherigen Vorschristen liegenden Grundsäbe zu halten ist:

1 tens. Wer in irgend einem Obligatlehrgegenstande, seh sei im ersten oder zweiten Semester, die dritte Vortgangsklasse erhalten, und nicht durch Wiederhohlung der Prüsung verbessert hat, darf weder in einen höhern Jahrgang, noch in eine höhere Studienabtheilung vorschlen ruden.

rücken.

2tens. Ein solcher Schüler oder Studierende darf nur dann zur bloßen Wiederhohlung der mißlungenen Prüfung zugelassen werden, wenn er die dritte Fortgangs-klasse im ersten Semester, und bei der Prüfung aus demsselben Lehrgegenstande im zweiten Semester eine bessere Fortgangsklasse erhalten hätte; oder wenn er im zweiten Semester erwiesener Massen nur durch Krankheit, oder ähnliche unverschuldete Ursachen, zu welche aber Schwäche des Talents nicht zu rechnen ist, an der ersorderlichen Vorbereitung gehindert worden wäre. In allen übrigen Fällen und in der Negel kann einem Schüler oder Studierunden, welcher in eine dritte Kortgangsklasse versallen Källen und in der Negel fann einem Schüler oder Stubierenden, welcher in eine dritte Fortgangsklasse verfallen ist, nichs Mehreres, als die Wiederhohlung des ganzen Jahrganges gestattet, und es muß derselbe, wenn er auch noch bei der Wiederhohlung des ganzen Jahrganges in eine dritte Fortgangsklasse verfallen wäre, von den Studien ganz abgewiesen werden. (Vorschrift über die Prüfungen vom 7. September 1784 f. VIII.) Itens. In der philosophischen Studienabsheilung kann der Studiendirektor, in Gemäßheit der mit Studienshoftommissions Dekrete vom 25ten Juni 1813 Jahl 1311—88 kundgemachten allerhöchsten Entschließung einem Schüler, welcher auch nur in einem der Hauptlehre

gegenstande, nämlich in der Religionswissenschaft, Philosfophie, Mathematik, oder Physik, die dritte Fortgangssklasse erhalten hat, nicht bloß die Wiederhohlung der Prüsfung, sondern selbst auch die Wiederhohlung des ganzen Jahrganges schlechterdings versagen, was dei allen solchen Schülern zu geschehen hat, deren sonstige Fortgangs-Verwendungs oder Sittenklassen nicht vortheilhaft sind, oder wo dem Schüler nach dessen Ausgern Umständen die Fortsetzung der Studien nicht nöthig, sondern vielmehr räthslich ist, daß er sich einem andern Beruse zuwende.

Uebrigens haben die Vorsteher der Lehranstalten diese Vorschriften den Studierenden, so weit sie jede Abtheilung derselben betreffen, sowohl jeht, als jedes Jahr bei der ansgeordneten Republizirung der Disziplinars und Normals Verordnungen zu deren Warnung gehörig kundzumachen.

Bubernial = Rundmachung vom 25ten Muguft 1826. Bub. Babl 52566.

111.

Abstellung des Sklaven = Handels, und der Mißhandlung der Sklaven.

Um den Handel mit Sklaven, besonders in so weit er von k. k. Unterthanen oder vermittelst k. k. österreichischer Schisse betrieben werden könnte, möglichst hindan zu halten, und die Sklaven vor Mishandlungen zu schüßen, haben Seine k. k. Majestät in Uebereinstimmung mit den bereits geltenden österreichischen Gesehen, namentlich mit dem h. 16. des allgemeinen hürgerlichen Gesehuches, welcher anordnet, daß jeder Mensch vermöge der ihm angebornen, schon durch die Vernunst einleuchtenden Rechte, als eine Person zu betrachten sen, und daher die Sklaveren, so wie die Ausübung einer sich hierauf bezieshenden Macht in den k. k. Staaten nichte gestattet werde, dann mit dem h. 78. I. Theils des Strasgesehes, welcher jede Verhinderung des Gebrauches der persönlichen Krepsbeit für das Verbrechen der öffenrlichen Gewaltthatigkeit

erflärt, durch allerhöchste Entschließung vom 25ten Juny 1826 näher zu bestimmen undzu verordnen geruhet:

S. 1.

Jeder Stlave wird in dem Augenblicke fren, da er das k. k. Gebiet oder auch nur ein österreichisches Schiff betritt. Eben so erlangt jeder Stlave auch im Auslande seine Frenheit in dem Augenblicke, welchem er unter was immer für einem Titel an einen k. k. österreichischen Unterthan als Stlave überlassen wird.

S. 2.

Ein österreichischer Unterthan, welcher einen an sich gebrachten Stlaven an dem Gebrauche seiner persönlichen Frenheit hindert, oder im Inn- oder Auslande als Stlaven wieder weiter veräußert, und jeder österreichische Schisstapitän, welcher auch nur die Verfrachtung eines oder mehrerer Stlaven übernimmt, oder einen auf das österreichische Schiss gekommenen Stlaven an dem Gebrauche der dadurch erlangten persönlichen Frenheit hindert, oder durch andere hindern läßt, begeht das Verbrechen der össentlichen Gewaltthätigseit und wird nach \S 8. 78 und 79. I. Theils des Strassestes mit schweren Kerfer von 1 bis 5 Jahren bestraft. Würde aber der Kapitain eines österreichischen Schiss oder ein anderer k. k. österreichischer Unterthan einen sortgesetzen Verkehr mit Stlaven treiben; so wird die schwere Kerkerstrase auf 10 und unter besonders erschwerenden Umständen, die auf 20 Jahre ausgedehnt.

S. 3.

Da vermög des s. 4. I. Theils des Strafgesetes das Verbrechen aus der Bosheit des Thäters, und nicht aus der Beschaffenheit desjenigen, an dem es verübt wird, hervorgeht; so treffen denjenigen k. k. Unterthanen, welcher auf eine andere in den österreichischen Strafgesehen sur Verbrechen erklärte Art die körperliche Freydeit eines Sklaven wo immer verlett, dieselben Strafen; welcher der I. Theil des Strafgesetzes für dergleichen Handlungen bestimmt.

S. 4.

Geringere von einem öfterreichischen Unterthan an einem Stlaven verübte Mishandlungen, werden in Gemäßheit des h. 173. II. Theils des Strafgesesses mit einer Geldstrafe von 5 bis 100 fl., oder mit einer Arreststrafe von 3 Tagen bis zu einem Monate geahndet. Bei öfteren Rückfällen, oder wenn die Art der Mishandlung besondere harte verräth, ist der Verhaft mit Fasten und enger Einsschließung zu verschäften.

§. 5.

Gegenwärtige Vorschriften sind auch in Ansehung solcher Kriegsgefangenen anzuwenden, welche von dem Kriegführenden Theil, in dessen Gewalt sie gerathen sind, als Stlaven behandelt werden.

S. 6.

Fremde, welche innerhalb den Grangen der öfterreis difchen Staaten oder auf einem öfterreichischen Schiffe fich gegen Stlaven des Berbrechens der öffentlichen Gewaltthatigfeit, oder anderer oben bezeichneter Berbrechen ichuldig machen, verfallen zu Folge des in dem f. 31. I. Theils des öfterreichischen Strafgefetes ausgedruckten allgemeinen Grundfages in diefelben Strafen, wie die öfterreichischen Unterthanen. Golche Fremde bingegen, melde dergleichen Berbrechen im Auslande begangen haben, und in ben f. f. Staaten betreten werben, find in Gemäßbeit der &f. 33. und 34. I. Theils des Strafgeseges in Berhaft zu nehmen, und ber Regierung des Staates, worin das Berbrechen begangen murde, zur Auslieferung anzubiethen. Wird die Uebernahme verweigert; fo ift gegen folde Ausländer gang nach den Vorfcbriften des öfterreidifden Strafgefetes zu verfahren, und dem Strafurtheile jedesmal die Landesverweifung nach überstandener Strafe anzuhangen, Rur in dem Kalle, wenn die Gefete bes Ortes, wo das Berbrechen begangen worden ift, eine geringere Strafe beffelben aussprächen, als die öfterreichen Befege; ift die Strafe nach ben milbern Befegen gu bemessen.

Diese allerhöchsten Bestimmungen werden hiermit in Folge hohen Hossanzlendefrets vom 2ten August 1826, Jahl 22012—1817. zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht.

Gubernial = Rundmachung vom 26ten Muguft 1826. Bub. Babl 49521.

112.

Das Tabakpersonale soll seine Amtshand= lungen mit Bescheidenheit und Red= lichkeit vornehmen, die Obrigkeiten aber haben demselben allen erforderlichen Bei= stand zu leisten.

Das k. k. General = Militär = Commando hat mit Note vom 5ten l. M. Jahl 1542 einen Vorfall hieher angezeigt, wornach sich die Bewohner eines Dorses der Revision des Tabakaussichtspersonals, ungeachtet der beigehabsten Militär = Assistenz thätlich widersetten, wobei ein Gesmeiner des Regiments Kaiser-Husaren bedeutend verwundet wurde; und ersuchte wegen Verhinderung solcher Vorsfälle um die ersorderliche Verfügung, indem dasselbe nicht in der Lage sen, die aller Orten des Landes von dem Tabak = Aussichtspersonale abverlangt werdenden Militär-Assistenz - Sommando in solcher Starke beizugeben, das solche ganzen Gemeinden gehörigen Widerstand zu leisten vermochten.

Es liegt in dem Sinne des Tabakpatents vom 22ten April 1784. und insbesondere in den 18. g. 11. 12. 13. 33. 41. desselben, daß das Tabakaussichtspersonal seine Amtshandlungen mit aller Bescheidenheit und Redlichkeit vornehmen, die Magisträte, Güterbesitzer, Obrigkeiten, Beamten Richter und Geschworne aber demselben hieber allen erforderlichen Beistand leisten sollen.

Das Tabakpersonal ist daher nur zur vorschriftsmäsesigen Amtshandlung beruffen, die Obrigkeiten 2c. hingesgen sind verpflichtet, den Beistand in vem Maase zu leis

sten, damit die Amtshandlung in der Ordnung gepflogen, und jede muthwillige Widerseslichkeit, Aufläuse, Mißhandlungen, und Verwundungen beseitiget werden können.

Die k. Arcisämter werden mit Bezug auf das Areissschreiben vom 16ten Juny 1825. Jahl 30154. angewiessen, die Magisträte und Dominien hiernach in geeigneten Wege zu belehren, und denselben die genaue Besolgung des Tabakpatents bei sonstiger Bestrafung nach dem 33. f. einzubinden.

Da übrigens bie und da wohl auch ein oder bas andere Labafauffichts = Individuum, durch vorschriftswis driges Benehmen, Erpressungen und Willführlichkeiten manche Ortsbewohner zu Erzeffen und ordnungswidrigen Anftritten verleiten mag, fo wird den Kreisämtern aufgetragen, das Tabakauffichtspersonal im und außer dem Dienste strenge zu übermachen, dasselbe bei strafbaren Sandlungen oder Unterlaffungen zur Berantwortung gu xieben, und falls die Bestrafung nicht in dem freisamtlis den Wirfungefreise lage, bag Ergebniß bieber gur meis tern Verjugung, unter Vorlegung ber Aften, anzuzeigen, ohnehin ift bereits die Berfugung getroffen worden, daß ben herrn Rreisamtsvorstehern dasjenige Tabafauffichts personal nach feinem Namen, Karafter und Standort befannt gemacht merde, wovon die herrn Kreisamtsvorfteber mit bem Erlaffe bes f. f. Landespräsidium bom 19. April 1826 Bahl 2670. verständigt wurden.

Subernial = Berordnung vom 27ten August 1826. Bub. Babl 50534.

113.

Erlauterung des S. 241. des Strafgesethu= ches über schwere Polizepubertretungen, daß gegen diese Vergehen keine Uhn= dung in öffentlicher Hinsicht nothwen= dig sen, es daher dem Beleidigten jeder= zeit fren stehe, auf die ihm zugesproche= ne Senugthuung Verzicht zu leisten.

Mit hohem Hoffanzleydekret vom 10ten I. M. Jahl 22560—1543. ift folgende Vorschrift herabgelangt: Da bei den im h. 241. ausgedrückten schweren Polizeyübertretungen die Bestrasung ausdrücklich an die Bedingniß gebunden ist, daß der Beleidigte solche verlangt, so ergebe sich hieraus: daß gegen diese Vergehen, keine Ahndung in öffentlicher Hinscht, sondern daß die Strase bloß zur Privatgen ugthuung zu verhängen nothwendig gegunden wurde.

In diefer Tendenz stehe es dem Beleidigten jederzeit frep, auf die ihm zugesprochene Genugthuung Verzicht zu leisten, so lange die Strase noch nicht vollzogen ist.

Diese hohe Weisung, durch welche das den Kreisamtern unterm 15ten März 1816 Jahl 10844. bekannt gesmachte hohe Hossaulendekret vom 15ten Hornung 1816 Jahl 2375. außer Krast geseht wird, hat demselben zur Richtschnur in kunstigen vorkommenden Fällen zu dienen, und ist den unterstehenden Magisträten und Ortsobrigkeisten zur gleichmässigen Beobachtung kund zu machen.

Gubernial - Verordnung vom Joten August 1826. Gub. Babl 52562.

114.

Bestimmung der Strafe für den Fall, wenn von den in dem S. 55. des Zollpatents unter Lit. E. bezeichneten Versendungen, bei der zollämtlichen Revision gegen die schriftliche Erklärung, weniger an Waaren vorgefunden werden sollte.

Seine Majestät haben mittelst allerhöchster Entschließung vom 22ten Juli I. J. zu bestimmen geruht, daß in dem Falle, als bei den in dem §. 55. des Jollpatents vom Jahre 1788 unter Lit. E. bezeichneten Versendungen der in dem §. 49. desselben Patents ausgesührten Waare inner Landes, bei der zollamtlichen Revision gegen die schristliche Erklärung oder auch gegen die etwa schon ausgestellte rothe Consumo »Freybollete weniger vorgesunden werden sollte, die Strase der Entrichtung des doppelten Betrages des Zolles für den zuviel angegebenen Theil eins zutreten habe.

Diese allerhöchste Entschließung wird hiemit zu Folge hohen hoffammerdefrets vom iten August 1826 Bahl

30673-2218 zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Gubernial = Rundmachung vom 1ten Sept. 1826. Gub. Bahl 54186.

115.

Mit welchen Daten Armuthszeugnisse durf= tiger Parthepen zur Erwirkung der Vor= merkung oder Nachsicht der Gerichts= kosten versehen senn mussen.

Bu Folge Kreisschreibens vom 3ten Janner 1788. P. G. S. Nro. III. ist die E. f. Ladesstelle berechtiget, der dürstigen Partheyen die Vormerkung und selbst die Nachsicht der Gerichtsgebühren zu bewilligen, und als dürstige Partheyen wurden f. 1. jene bezeichnet, welche durch ein

obrigkeitliches Zeugniß, oder auf eine andere glaubwurdige Art eine folche Armuth erweisen, daß sie außer der une entbehrlichen Lebensbedurfnissen sonst nichts besitzen.

Indessen hat die hohe Hoffammer aus Anlaß eines solchen pfarrlichen vom Dominio bestättigten Armuthszeugnisses mittelst Erlasses vom zten August 1826. H. 3. 29768. bemerkt, daß auf dasselbe aus dem Grunde keine Rücksicht genommen werden könne, weil darin die Armuth der Parthey in zu allgemeinen Ausdrücken bestättiget wozben, und in dem Falle wenn solches zur Begründung des Anspruchs auf die Tarvormerkung zureichend angesehen würde, mit Grunde zu besorgen wäre, daß bald alle Armuthszeugnisse zur Erreichung desselben Iwecks auf gleiche Art versast würden, und es sonach lediglich auf die willkührliche Angabe der Partheyen oder Zeugnissassteller ankänne, was und wie viel sie zur Bestreitung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse ersorderlich erachten.

Insbesondere ift zu bemerken, daß zu Folge hohen Hoftammerdefrete vom 18ten Juli 1820 D. 3. 28674., gten August 1820 H. 3. 30793. und gten November 1825 H. 3. 42108. zur Erwirkung der Nachsicht sowohl als auch der bloßen Vormerkung der Lar = Stempel und Postportogebühren die ganzliche Armuth und die Erwerbs.

unfahigfeit geborig nachgewiesen werden muffe.

Um nun jedem Nachtheile der Fonde zu begegnen, mussen die Armuthszeugnise, welche zur Erwirkung der Vormerkung oder Nachsicht der Gebühren beigebracht werden, jedesmal mit der möglichsten Genauigkeit und Hestimmtheit verfasset, und nach ihren Angaben zur Erlangung der vollen Ueberzeugung von der Armuth und Erwerbsunfähigkeit der Parthen geeignet senn. Zu diesem Behuse haben künstighin die zur Erwirkung der Vormertung oder Nachsicht der Gerichtsgebühren beizubringendenz von den Pfarrern ausgestellten, und von den Ortsobrigsteiten bestättigten Armuthszeugnise solgende Daten zu enthalten:

a) Ob und was fur ein unbewegliches und bewegliches (Capitalien) Vermögen die Parthey besipe, und welchen jährlichen Ertrag ihr das eine oder das an-

dere Bermögen abwerfe.

b) Db und was für ein Gewerbe die Parthen betreibe, welchen Ertrag dasselbe jährlich abwerfe, oder warum die Parthen fein Gewerbe betreibe, oder aus welchen Ursachen dieselbe Erwerbsunfahig sep.

welchen Ursachen dieselbe Erwerbsunsahig sep.
c) Ob und wie viel Kinder oder Angehorige die Parthen zu erhalten habe, wobei das Alter der Kinder und der Charafter der Angehörigen anzuschen ist.

d) Wie viel jährlich zur Deckung der unentbehrlichsten Lebensbedurfnisse der Parthen fammt Kindern oder Angehörigen ersorderlich sey, und woher die Parthey das Ersorderliche beziehe.

e) Db die Parthen fruher ein bedeutendes, die unentbehrlichften Lebensbedurfniffe überfteigendes Bermögen besaß, und wann, dann auf welche Art fie diefes

Bermögen verloren habe.

Rur nach einem, diese Daten enthaltenden Zeugnisse wird man beurtheilen können, ob die Parthen die ohneshin nicht bedeutenden, und nur von Zeit zu Zeit in fleinen Beträgen vorsallenden Gebühren zu berichtigen im Stande sen, oder nicht.

Uebrigens soll die Vormerkung noch vor Beginn des Prozesses angesucht werden, würde sie aber im Juge des Prozesses angesucht, so kann dieselbe zu Folge Hoskammerdekrets vom 26ten Oktober 1825. H. Jahl 39036. nur besonders in rücksichtswürdigen Källen, und nur bezuglich auf die weiters lausenden Gebühren bewilliget werden. Auch ist erforderlich, daß die Advokaten rücksichtlich jener Prozesse, für welche bereits die Vormerkung bewilliget wurde, wenn sie den Ausgang derselben dem k. k. Gericht anzeigen, und zugleich hierin um die Löschung der vorgemerkten Gebühren bitten werden, dieser Anzeige von nun an ein Zeugniß nach der oben vorgezeichneten Umsständlichkeit, indem die bisher beigebrachten Zeugnisse die obigen Daten nicht enthalten, beischliessen, widrigensalls man diesen im Wege der k. k. Gerichte hieher gelangens den Gesuchen zu willsahren außer Stande wäre.

Hievon hat die f. Kammerprofuratur unverzüglich sowohl die hiesigen als auch die Abvokaten bei den andern Landrechten mittelst der substituirten Fiskalämter in die Kenntniß zu setzen, und das es geschehen sen, binnen 8 Tagen hieher anzuzeigen.

Die lebermachung diefes Termins wird bem Beren

Amtsvorfteber zur befondern Pflicht gemacht.

Gubernial = Defret vom 7ten Sept. 1826. Gub. Zahl 50482.

116.

Renumerazionen der Magistratsbeamten für eingehobene Aerarialsteuern haben in die städtischen Kassen einzustiessen.

Es find Fälle vorgekommen, daß Beamte der Magiftrate und Stadtkaffen, die für die Einhebung der Aerarialfteuer den Steuerbezirksobrigkeiten bewilligten Renu-

merazions . Perzente, fich aneignen.

Bur Abhaltung eines ferneren Unfugs dieser Art, wird ben k. Kreisämtern zur Verständigung der Magisträte und Stadtkämmerenen bedeutet, daß diese Remunerazions. Perzente nicht den einzelnen städtischen Individuen, welche sich mit der Steuereinbedung vermög ihrer Dienstpslicht befassen mussen, gebühren, sondern in die Stadtkassen einzusließen haben; daß daher solche von den Stadtkassen nur gegen, von dem Stadtkasser und Kontrollor im Namen der Stadtkasse ausgestellte, vom Magistratsvorsteher bestättigte, und vom Kreisamtsvorsteher coramissirte Quitzungen, aus der Kreiskasse erhoben werden dürsen, und sur die Stadtkasse ordnungsmässig in Empfang genommen werden müssen.

Wo bisher derley Unfüge im einzelnen vorkommen, hat man stets die betreffenden Individuen die sich diese Perzente zueigneten, zum Ersat derselben verhalten; da jedoch sehr wahrscheinlich mehrere Fälle dieser Art, bisher unentdeckt geblieben sind, und man einerseits eben so wesnig zugeben kann, daß den Stadtkassen dasjenige, was

ihnen zufließen foll, entzogen werde, und anderseits bie Gerechtigkeit erfordert, daß alle die fich diefen Unfug erlaubten gleich behandelt werden; so haben die f. Kreisämter, gleich nach Erhalt biefer Berordnung fich von der Kreiskaffe ausweisen zu laffen, wie viel jede Stadt feit der, den Steuerbezirksobrigfeiten zugeftandenen Ginbebung diefer Renumerazions = Perzente, bieran, unter welchem Datum und Journal Artifel erhoben babe?

Diefe von der Rreistaffe fur jede rechnungspflichtige Stadt einzeln zu berfaffenden Ausweife, bat bas Rreisamt bem betreffenden Rreis. und Begirfstommiffar mit bent Auftrage juguftellen, daß er fich bei der Stadttaffe uberzeuge, unter welchem Journal Artifel diefe Betrage dort in Empfang erscheinen, folche Postenweise einsete, falls fie fich aber nicht borfinden gleich erhebe, und untersuche, wer den Erfas zu leiften habe.

Das Rreisamt wird sonach bieruber erkennen, ben Erfat eintreiben, ober nach Umftanden wenigftens ficherftellen; und fur jebe Stadt einzeln und abgefondert, bas Beranlagte mit Anschluß der Aften gleich anber anzeigen. um hiernach auch bei ber Staatsbuchhaltung diefe Erfabe

in Vormertung nehmen laffen zu fonnen.

Bis Ende Dezember d. J. mußen alle diefe Gingaben, anher vorgelegt fenn, und es wird diefer Termin nur in der Absicht fo weit hinausgefest, damit die Rreis. fommiffare Gelegenheit finden, diefe Erhebung ohne foften der Stadtfaffen, und ohne ihrem eigenen Rachtheil aus Anlag anderer Dienstreifen pflegen zu fonnen.

Gubernial = Verordnung vom 8ten Gept. 1826. Bub.

Babl 51281.

117.

Modalitäten zur Verrechnung der Kirchen= einkunfte von Seite der Pfarrspiritua= lien = Administratoren.

Die bobe Softanglen hat mit Defret bom 23ten Februge 1826 Bahl 4548. einige Puntte ber hierortigen

Berordnung vom 14ten Juni 1825 Zahl 30967. mit welcher eine strengere Kontrolle bei Verrechnung der Kircheneinkunste von Seite der Pfarrspiritualien Moministratoren eingeführt worden ist, aus Anlaß der von dem hiesigen erzbischöslichen, dann dem Przempsler bischöslichen Consistorium, dagegen vorgebrachten Vorstellung abzuändern befunden, und angeordnet, daß zur Vereinsachung des Geschäfts und Vermeidung von Schreiberepen ein Maximum zur Ausrechnung sur die Kirchenbedurfsnisse bewilliget werden soll.

Auf dem Grunde dieses hohen Dekrets werden mit Rücksicht auf die übrigen nicht angesochtenen Bestimmungen der Vorschrift vom 14ten Juni 1825 für die Pfarrspiritualien Administratoren zum Behuse der Verrechnung der Kircheneinkunste folgende Modalitäten als Norm

festgesett.

1.) Muß die Rechnung genau nach dem mit der Berordnung bom 2ten Janner 1807 Jahl 47059. hin-

ausgegebenen Formulare gelegt werden.

2.) Werden die Pfarrspiritualien Moministratoren von der einzelnen Verrechnung der Kirchenbedürsnisse an Dehl, Wachs, Oblaten, Weihrauch, das Reinigen und Ausbessern der Kirchenwäsche enthoben, und denselben zur Anschaffung dieser Ersordernisse ein Betrag von Siebenzig sechs Gulden achtzehn Kreußer für jedes Jahr aus dem Religionssonde, dann der Ertrag der Stolizebühren und Opferstockgelder bewilliget, den Betrag mit 76 fl. 18 fr. hat das f. Kreisamt in vierteljährigen Naten gegen vom betrossenn Dechante koramisirte Quittung, bet der Kreiskasse zu Handen der Pfarrspiritualien Adminisstratoren anzuweisen. Bur Erzielung einer Uebersicht des Einsommens der Pfarrer muß der Rechnung jedoch ein Verzeichniß der Getrauten und Begrabenen beigelegt, in denselben die gesehliche Stollgebühr, so wie die Jahl jener, die unentgeltlich begraben wurden, angesett werden.

3.) Bei Verrechnung der Interessen von den Kirchenkapitalien muß in der Nechnung der Schuldner und die Hypothek, dann die Zeitperiode, für welche die Interessenzahlung zu gelten hat, genau angegeben, ber Ausdruck "für das Jahr" aber ganz vermieden werben, weil bei den verschiedenartigen Jahresepochen, nach welchen die Kapitalsinteressen fällig sind, hiedurch die wirkliche Zahlungsepoche nicht gehörig bestimmt wird.

4.) Durfen die Pfarrspiritualien Moministratoren auf die Anschaffung von Kirchenwäsche, Meßgewänden keinen Betrag verrechnen, wenn die Nothwendigkeit zur Anschaffung neuer Kirchenwäsche oder Meßgewänder einstritt, hat der Pfarrspirituale sich bei Zeiten deshalb durch den betreffenden Dechant an das Kreisamt oder den Kirchenpatron zu wenden.

5.) Fur die Bewirthung von Geiftlichen bei Ab-

rechnung gebracht werben.

6.) Den Bothen zur Vertragung der Kurrenden darf tein höherer, als der vom Kreisamte seinen Bothen gezahlt werdende Lohn erfolgt, und verrechnet werden. In der Verrechnung sind bloß die Zahl der Bothen und

Die Meilenentfernung anzufegen.

7.) Außer einigen Büchern ordinäres Papier durfen die Pfarrspiritualien-Administratoren kein anderes Schreibe materiale verrechnen, wenn die Nothwendigkeit der Verslegung neuer Matrikeln eintritt, können dieselben zwar von den Pfarrspiritualien-Administratoren angekauft wersden, die umgängliche Nothwendigkeit muß jedoch durch ein Zeugniß des Dechants nachgewiesen werden, ohne welche der verrechnete, wenn gleich mit Quittungen beslegte Betrag nicht angenommen werden wird.

8) In der Rechnung dürfen jene Beträge, welche etwa das Kirchenpersonale, oder andere Partheyen baar, zu empfangen, jedoch noch zu Guten haben, nicht als bezahlt in Aufrechnung gebracht, sondern sie mussen blos in einer der Kolonen als noch rücktändig angegeben, und die Zeit, für welche sie eigentlich gehören, bestimmt aus-

gedrudt merben.

g.) Nachdem die Rooperatoren die ausgeschriebenen Erbsteuer - Equivalentbetrage für die Zeit ihres wirklichen

Bestandes aus eigenen Mitteln zu bezahlen baben, fo barf hiefur nichts in Aufrechnung gebracht werben.

10.) Ift der betroffene Dechant verbunden, Die Rechnungs des Pfarrspirituals bor ihrer Ginsendung genau burchzugehen, fich bon ber Richtigfeit ber Ausgabe ju überzeugen, und wenn fein Anftand obwaltet, Diefe Rechnung fo wie ihre Belage gu foramifiren.

11.) Diefe Rechnung wird vom f. Rreisamt ber Landesstelle vorgelegt, welches von der Ginsendung sich gu überzeugen bat, ob die Bestimmungen biefer Berordnung genau ersullt murben.

Welches ben t. Rreisämtern zur genauen Darnach. achtung mit bem Beifape befannt gegeben wird, baf burch diefe Berfügung die frubere Borschrift vom 14ten Juni 1825 Bahl 30967. außer Wirfung gefest wird.

Bubernigl . Defret vom gten Gept. 4826. Bub. Babl 50444.

118.

Privatstudierende haben sich zu Anfang des Schuljahres bei dem Vorsteher der Lehr= anstalt, wo sie die Prufung zu machen wünschen, zu melden; und diejenigen, durch welche sie sich die Studien eigen machen wollen, anzuzeigen.

Die f Kreisamter haben fogleich mittelft Umlaufschreiben befannt zu machen, baß die Privatstudierenden fich gleich zu Anfange bes Schuljahres bei dem Borfteber der betreffenden Lehranstalt, mo fie die Prufung zu maden munichen, zu melden, und diejenigen, durch beren Silfe als Privatlehrer fie die Studien fich eigen machen wollen, demiselben, diejenigen aber bei welchen fie in ber Religionslehre unterrichtet werden wollen, dem betreffenden Ordinariate, gur Gutheißung namhaft gu machen, überhaupt aber fich nach ben bestehenden Borschriften zu richten haben, widrigenfalls fie zu den prüfungen nicht werden zugelassen werden.

Gubernial - Berordnung vom 9. Gept. 1826. Bub. Babt

51236.

119.

Wird Judengefällspächtern die Führung des k. k. Wappens oder Adlers unterfagt.

Die hohe Hoffanzlen hat mit Defret vom 6ten Juli 1826. Bahl 19025—1111 bedeutet, daß den Pächtern der Judengefälle die Führung des f. k. Wappens oder Adlers durchaus untersagt werde.

Doch bleibt es diesen Gefallspächtern unbenommen, ihr Privatsiegel mit einer das Gefäll bezeichnenden Ue-

berschrift zu versehen.

Gubernial - Rundmachung vom 13ten Sept. 1826. Bub. Babt 44859.

120.

Einführung der Steuer = Anlags = Scheine.

Se ist schon öfters die Klage laut geworden, daß es den hierländigen Grundobrigseiten an einem sichern und leichten Mittel sehle, sich in der Evidenz der größtentheils unter ihre Verantwortung gestellten Steuerauslage, ihrer Zahlungsraten und der Nückstände zu erhalten, wodurch sie nicht selten den schädlichen Folgen der Undehilslichkeit, oder gar des bösen Willens ihrer mit diesem Geschäfte beaustragten Beamten ausgesetzt sind.

Um diesem Uebelstande abzuhelsen, und auch sonst im Steuerwesen dieser Provinz eine bessere Kontrolle zu erzwecken, hat die hohe k. k. Hoffanzlen mit Dekret vom ten d. M. Zahl 2279 den hierortigen Antrag, wegen Einführung der anderwärts mit Nupen bestehenden Steuer-

Unlagsscheine genchmigt.

Welches mit dem Beisate allgemein bekannt gemacht wird, daß diese Maafregel nach den in den beigefügten

Anhange zusammengefaften Modalitäten icon mit dem . . Gintritte des nachsten Berwaltungsjahres 1827 werde in Ausführung gebracht werden.

Gubernial = Rundmachung vom 14. Cept, 1826. Gub.

Bahl 57341.

An bang

zu dem Kreisschreiben vom 14ten Septem= ber 1826 Zahl 57341 — wegen Einfuh= rung der Steueranlagsscheine.

I. Gegenstand ber Anlagsicheine.

Die Anlagsscheine werden bei folgenden Steuergattungen

eingeführt.

nach Steuerbezirfs = Obrigkeiten, in der Bukowina aber abgefondert fur Dominien und Gemeinden.

2tens. Bei der Urbarial - und Zehendsteuer für jeben bei der Kreiskasse mit dieser Steuerschuldigkeit vorgemerkten Urbarial - und Zehendberechtigten in Galizien.

3tens. Bei der Gebäudesteuer ohne Unterschied, zwischen der bisher nur in Lemberg und Brody bestehenben hauszinssteuer, und der in allen übrigen Ortschaften in Galizien und in der Bukowina regulirten häuser-Klaffifikazionssteuer, nach Steuerbezirksobrigkeiten.

4tens. Bei der Klassensteuer nach Dominien in Galizien und in der Bufowina, mit Ausnahme der Stadt Lemberg, wo die Kontribuenten ihre Steuerschul digkeit un-

mittelbar an die Rreisfaffe gablen.

5tens. Bei der Personalsteuer in der nämlichen Art wie ad 4. bei der Klassensteuer, und insbesondere mit Ausnahme der Stadt Lemberg, wo diese Steuer von den Beschreibungs-Kommissären nach Stadtbezirken eingesammelt, und in Concreto an die Kreiskasse abgesührt wird.

otens. Bei der driftlichen und judifchen Erwerbsteuer nach Dominien.

7tens. Bei der Judenerganzungesteuer, nach Gemeinden in Galizien und in der Butowina.

Ausgenommen von dieser Maßregel sind: a) die

Erbsteuer; und b) die Tranksteuer.

Dagegen unterliegen derfelben, die noch bestehenden Provinzial - Fonds - Beiträge und der Ständische Domestikal - Fonds - Beitrag.

II. Form ber Steueranlagsicheine.

Die Anlagsscheine sind in zwei Haupt - Rubrifen

eingetheilt: »Schuldigkeit und Abstattung.«

In die erste Rubrif wird die ganziahrige Schuldige Peit mit Buchstaben, und in die ihr beigefügte Geldkolone

mit Biffern bineingeschrieben.

In den Anlagsscheinen über die Grund und Ges bäudesteuer wird jedoch vorerst spezifisch ausgeworsen, was von der auf den ganzen Steuerbezirk vorgeschriebenen Schuldigkeit auf das Dominium, welches die Steuerbezirksobrigkeit bildet dann auf jedes der ihm etwa zugetheils ten Dominien, und so auch auf jede dahin gehörige Gesmeinde entfällt.

Darunter werden die Jahlungsraten und zwar in der Art beigesetzt, daß die Parthey bestimmt den Zeitpunkt entnehme, mit welchem jede Rate fällig wird.

Unter diefem Anfage der Steuerschuldigfeit und der Raten tommit bann die Ausfertigungstlaufel der Behörde.

In der Regel werden die Anlagsscheine von dem Landesgubernium ausgestellt, wie es bisher ohnehin bei den Nebensteuern mit den Anweisungszeiteln, Kassa-Assignazionen, Nachtragsbögen, und insbesondere mit den Erwerbsteuerscheinen der Fall ist.

Die Ausfüllung der Anlagsscheine geschieht jedoch bei

der Prov. Staatsbuchhaltung.

Bei jedesmaliger Vorschreibung der Steuer- und Probinzial Fondsbeiträge wird daber die Buchhaltung zugleich die diesfalls für Steuer Bezirksobrigkeiten, Domis nien, Gemeinden oder einzelne Steuerpflichtige ausgesfertigten Anlagsscheine dem Landesgubernium vorlegen, um sie mittelft der Kreisämter gleich mit der Vorschreibung der Auflage den Parthepen hinausgeben zu können.

der Auflage den Partheyen hinausgeben zu konnen. Zwar wird die Erwerbsteuerschuldigkeit auf 3 Jahre vorgeschrieben: dieses steht jedoch nicht entgegen, daß die Prov. Staatsbuchhaltung immer nach Ablaus des ersten und des zweiten Jahres des Trienniums, die nach Dominien ausgesertigten Anlagsscheine über die für das nächste Jahr entsallenden diesfälligen Steuerschuldigkeiten bet Beiten vorlege.

Die Regel, daß die Anlagsscheine von dem Landes- Subernium ausgesertigt werden, erleibet nur hinsichtlich

ber Klaffen = und Perfonalfteuer eine Ausnahme.

Un andern Steuern durfen die Areiskaffen feine Bah-

Landesgubernium erfolgt ift.

In Ansehung der Klassen, und Personalsteuer aber haben die Kreisämter die von den Ortsobrigkeiten eingessammelten und eingesendeten Klassensteuersassionen, dann die von ihnen vorgelegten Personalsteuer-Beschreibungen zu prüsen und zu verifiziren, die nach dieser Prüsung und Beristazion entsallenden Steuerschuldigkeiten gleich unmittelbar dei der Kreiskasse vorzuschreiben, und die Parthenen zur Zahlung anzuweisen, sodann die dieskälligen Operate mit der Anzeige des Zissers dieser Vorschreibungen vorzulegen.

Der Grund ift: damit die Entrichtung dieser Steuersgattungen, derer definitive Vorschreibung nicht immer vor dem gesehlichen Termine der Jahlung zu Stande kommen

fann, nicht im Mindeften aufgehalten werde.

Ueber die auf diese Art vorgeschriebenen Schuldigkeiten an Klassen = und Personalsteuer bleibt also die Ausstellung der Anlagsscheine den Kreisämtern überlassen.

Bon dem Landesgubernium werden bei diesen Steuern nur über die im Wege der Rektifikazion etwa erhoheten Schuldigkeiten, Steueranlagsnachtragsscheine ausgesertigt werden, von denen weiter unten die Rede ift. Die zweite Sauptrubrit bes Anlangoscheines ist für die Bestattigungen ber Kreistasse über die an der in der ersten Rubrit angesetzten Steuerschuldigkeit geschehenen 3ab

lungen bestimmt.

In dieselbe wird daher bei der Kreiskasse der Tag der Bahlung und der Journalartikel, dann der bezahlte Betrag mit Buchstaben hineingeschrieben, und der lebere zusgleich in der beigefügten Geldkolone mit Zissern ausgeworfen.

Bei Steuergattungen und Fondsbeiträgen, welche nicht mit einem Male für das ganze Jahr zu zahlen sind, muß in dieser Bestättigung auch die Nate, für welche die Zahlung geschieht, angemerkt werden. Auch wird zur nech grösserer Erleichterung der Steuerbezirksobrigkeiten in der innern Kontrolle gegen ihre Steuereinhebungsbeamte, auf den Grund und Gebäudesteuer Anlagsscheinen in der Rubrik der Abstattung außer der Rate, sur welche die Zahlung geleistet wird, auch dassenige spezisisch auszus drücken senn, was hievon auf die in der ersten Rubrik bes nannten einzelnen Dominien und Gemeinden entfalle.

Die Unlagsscheine werden aus gedruckten Bogen be-

fteben.

Die Auflage, die Aufbewahrung diefer Drudpapiere, und die Betheilung der Kreisämter bamit, hat die

Prov. Staatsbuchhaltung zu beforgen.

Bur Erleichterung und Vereinsachung der Manipulazion werden die Eremplare wie das
(3. 1.) mitsolgende Muster zeigt, in der Art ge. (3. 1.)
druckt sepn, daß sie nach Einschreibung des Nothwendigen, für jede Gattung der Steuer- und
Kondsbeiträge, für jeden Kreis, für jede Steuerbezirksobrigseit, Gemeinde, 2c. 2c. und sowohl zu
ursprünglichen Anlagsscheinen als auch zu Nachtrags- und Ersapscheinen gebraucht werden können.

III. Steueranlagenachtragefcheine.

Diese find nothwendig, wenn die vorgeschriebene Steuerschusbigkeit im Laufe bos Jahres vermehrt wird,

welches zwar bei ber Grund Gebäube : Urbarial bann Juden - Ergänzungssteuer sehr selten, allenfalls im Wege der Nachbesserung der Rechnungssehler; bei der Klassens und Personalsteuer jedoch häusig im Wege der Natisstazion der Fassionen und der Beschreibungs Derate, geswöhnlich aber bei der Erwerbsteuer wegen des von halb zu halb Jahr auszuweisenden Zuwachses der Gewerbs-leute Statt sindet.

Wegen Verminderung der Steuerschuldigkeit, sie moge aus was immer für einem Titel erfolgen, wird weder an der Rubrik "Schuldigkeit" in den ursprünglich ausgestellten Anlagscheinen Etwas geändert, noch ein Nach-

tragsichein hinausgegeben.

Jebe Abschreibung an der Steuer wird von der Kreisfasse wie es vorgeschrieben ist, in den detressenden Einnahms und Ausgads Journalien mittelst Durchfüherung bewirft, und auf dem Anlagscheine in der Rubrik "Abstattung« unter Berufung der Verordnung, mit welcher dieser Steuerabsall bewilligt wird, als Jahlung angesset und bestättigt.

Ein solcher Anlags-Nachtragsschein ist bem ursprunglichen Anlagsscheine beizuheften, und über die Enden der durchgezogenen Fäden das freisämtliche Siegel aufzudruden, weshalb die betroffenen Parthenen immer anzuweisen senn werden, bei der nächsten Steuerabsuhr sich beim Kreis-

amte diesfalls zu melden.

IV. Steuererfasscheine.

In Ansehung der Erwerbssteuer besteht die Borschrift, daß die Parthey, die den Erwerbsteuerschein verliect, sich um ein Dupplifat zu bewerben, und dafür, wenn nicht besondere Umstände hinreichende Entschuldigung gewähren, den vierten Theil der auf ein Jahr bemessenen Steuer zu entrichten habe.

Eine abnliche Magregel ift bei Anlagsscheinen über-

haupt nothwendig.

Da ohne Steuer - Anlagsschein feine Steuer-

der er auf was immer fur eine Art abhanden kommt, verpflichtet, bei dem Kreisamte um Ausscrtigung eines Supplementarscheins, eigentlich eines Steueranlags-Ersag-scheines einzukommen.

Das Kreisamt hat daher diese Anlags - Ersabscheine im Einvernehmen mit der Kreiskasse, die hiebei die etwa schon geschehenen Zahlungen ihrerseits zu bestättigen ha-

ben wird, ohne Anstand auszusertigen.

Wären schon mehrere Einzahlungen geschehen, so genügt es solche zu spezifiziren, und blos unter der letzten die Bestättigung durch Unterschriften der Kreiskaffasoberbeamten beizuseten.

Der Verluft des Anlagsscheines schutt vor den ere-

Putibifchen Maagregeln nicht.

So wie es demnach einerseits im Interesse der Partheven liegt, um Ueberkommung der Anlags-Erfasscheine sich bei Zeiten zu bewerben, so ist es auch andererseits die Pflicht des Arcisamtes, die diesfälligen Eingaben ohne

mindeften Bergug zu erledigen.

Ueber einen jeden Fall der Aussertigung solcher Anlagsersatscheine hat das Kreisamt die Anzeige an das Landesgubernium zu erstatten, um das hierauf gesette Pönale, welches hiemit im Allgemeinen auf Bier Gulden Cond. Münze gesett wird, in Vorschreibung bringen lafsen zu können.

Alle Gattungen der Anlagsscheine find übrigens stem-

pelfren.

V. Einfluß der Steueranlagsscheine auf die Rassamanipulazion.

Die auf den Anlagsscheinen in der Rubrif der Ab-

förmliche Abquittirungen.

In Ansehung derjenigen Steuern und Fondsbeiträge, für welche Anlangsscheine heimit eingeführt werden, hat es von den bisherigen gedruckten Ausschnittsquittungen und den korrellativen Jurten abzukommen.

Zum Belag der Empfänge für die Kreiskasse hat die zahlende Parthen, sen es Steuerbezirksobrigkeit, Domisnium, Gemeinde oder einzelner Kontribuent, einen Gesgenschein beizubringen, in welchem nicht nur die zur Abstuhr gebrachte Summe, sondern auch jeder einzelne Bestrag aufzusühren ist, welcher hieran, in klingender Munze in Banknoten, im Kupsergelde und mittelst Quittung über die Steuer-Einhebungsperzenten-Nemunerazions getilgt wird.

In die Gegenscheine über die Jahlungen an Grundund Gebäudesteuer muß noch außerdem die Spezisikazion aufgenommen werden, was von der eingezahlten Gumme auf die den Steuerbezirk bildenden einzelnen Domi-

nien und Gemeinden entfalle.

Es liegt der zahlenden Parthen ob, den Gegenschein schon ganz sertig und mit der gehörigen Unterschrift, und ihrem Siegel versehen, zu der Kreistasse zu bringen. Bur Erleichterung der Kontribuenten, und zur Erzielung der Gleichförmigkeit im Geschäfte, werden alle Gegenscheine gedruckt senn, und die Eremplare bavon den Steuerbezirksobrigkeiten, Dominien, Gemeinden und Parathen von den Kreisamtern gleich bei der Uebermittlung der Anlagsscheine in einer angemessenen Anzahl, nach den Anlagsscheinen überschrieben, hinausgegeben werden.

Ueber die Bertheilung diefer Eremplare, mit welchen bie Kreisämter ebenfalls von der Prov. Staatsbuchhaltung nach Raf des Bedarfs werden verschen werden, ift eine

genaue Bermerfung zu führen.

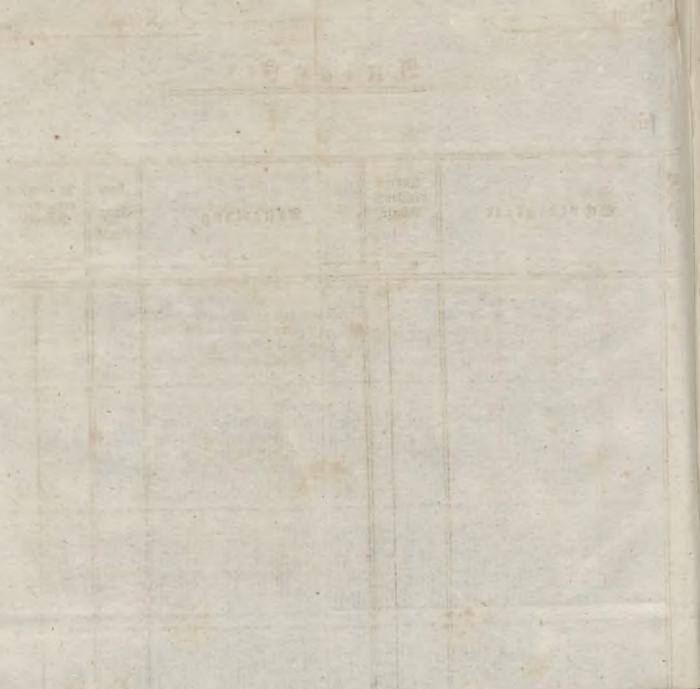
Die Gegenscheine find, ehe ber Raffier hierüber die Zahlung annimmt, von bem Kontrollor zu bestättigen, d.

i. zu chifriren.

Nach geschehener Zahlungsannahme, dann Gintragung und Fertigung des Anlagsscheines durch den Kassier, hat der Kontrollor die Vergleichung dieses mit dem Gengenscheine und seine weitere Amtshandlung zu pflegen.

Uebrigens verftebt fich:

a)adaß die von den Parthepen ausgefertigten Gegenicheine vom Krosamte entweder durch den Amtsvor-



Grundsteuer-Anlagsschein

für die Steuer-Bezirksobrigkeit Sobniow.

Für das Dominium Sobniow 274 16 Den 28. Dezember 1826 48 162 4 Sage: einhundert sechzig zwei	fur die Steuer-B	zirksobrigk	fur die Steuer-Bezirk	igtei	t Sobniow.			
Für das Dominium Sobniow 274 16 Den 28. Dezember 1826 48 162 4 Sage: einhundert sechzig zwei	- 11/11/19 19 1	venzione Münze.	Schuldigkeit.	ions= inze.		Jour.	venzio Műn	115=
Jusammen 3usammen 3usamm	bie Gemeinde detto bas Dominium Laski die Gemeinde dtto. Jusam Sage Sechshundert f dig Gulden 50 fr. K Jahlbar in 4 quartaligen M wovon die erste dis Ende Jän die zweite dis Ende April, die te dis Ende July, und die t bis Ende Oktober 1827 fällig Vom k. k. galizischen Lan gubernio. Lemberg den 28. November 18 N. N. Gub. Secretär	274 197 40 138 men 650 ten, ner, vitiserte ft. dess 26.	bie Gemeinde detto bas Dominium Lassi. die Gemeinde dtto. Jusammen Sage Sechshundert fünstig Gulden 50 fr. K. M. Zahlbar in 4 quartaligen Naten, wovon die erste die Ende Jänner, die zweite die Ende April, die dritte die Ende July, und die vierte die Ende Oktober 1827 fällig ist. Vom k. k. galizischen Landesgubernio. Lemberg den 28. November 1826. N. N. Gub. Sekretär.	4 16 7 39 0 13 8 42	Den 28. Dezember 1826. Sage: einhundert sechzig zwei Gulden 42½ fr. R. M. sür das 1te Quartal 1827 und zwar: sür das Dominium Sodniow 68sl. 34 fr. - die Gemeinde Sodniow 49 fl. 24¾ fr. - das Dominium Laski 10 fl. 3¼ fr. - die Gemeinde Laski 34 fl. 40¾ fr. R. R. Rreiskassier. R. N. Rreiskassier. R. N. Rreiskassier. N. N. Kreiskassier. Den 26. April 1827 Mittels des mit Verordnung dtto. 3. — dem Dominium Sodniow dewilligten Nachlasses im Wege der Neclamazion gegen den Waldertrag; Sage: sechzig acht Gulden 34 fr. R. M. für das 2te Quartal 1827. N. Rreiskauptmann. Coram me. R. R. Kreiskauptmann.		68	54

A b stattung	Laut Zourn. Artifel	In Ko venzion Mün	ns: Be
		1 11.	fr.
Uibertrag		231	16
Den 5ten May 1827 Sage: neunzig vier Gulden 8% fr. für das 2te Quartal 1827 und zwar:	301	94	8
Für die Gemeinde Sobniom			
Den 5ten August 1827 Sage: ein hundert sechzig zwei Gulden $42\frac{2}{4}$ kr. sår das 3te Quartal 1827, und zwar: Für das Dominium Sobniow bie Gemeinde dtto das Dominium Laski die Gemeinde dtto R. Rreiskassier. R. Rreiskontrollor. Coram me R. Rreishauptmann.	403	162	42
Den 8ten Oktober Sage: ein hundert sechszig zwei Gulben $42\frac{2}{4}$ kr. K. M. für das 4te Quartal 1827, und zwar: Sue das Dominium Sobniow bie Gemeinde dtto das Dominium Laski bie Gemeinde - dtto 34 = $40\frac{2}{4}$ kr.	506	162	42
Su sammen Sage: sechs hundert fünfzig Gulben 50 fr. K. M. N. N. Areisfassier. N. N. Kreisfontrollor. Coram me N. N. Kreishauptmann.		650	5

Personal = Steuer = Anlagsschein.

Für das Dominium Sobniow.

	W 1					
Schuldigfeit.	In Ko venzior Munz	18= 3e	A pitattung.	Laut Four. Artifel:	In Ko venzior Münze	1\$= ?.
	fi.	fr.			fl.	fr.
Son Sobniow Sage: drep hundert vierzig Gulden 30 fr. K. M. Jahlbar in einer Nate bis Ende April »827. Som f. f. Kreisamt. Jasko am 10. Jänner. N. N. Kreishauptmann.	340	30	Den 16ten May 1827. Dien hundert vierzig Gulden 30 fr. K. M. N. N. Kreiskassier. N. N. Kontrollor. Coram me N. N. Kreishauptmann.	24	340	30
					mach and account of	

Judenergänzung-Steuer-Anlagsschein.

Fur die Gemeinde Lemberg.

				0,1			_
Poft . Otro.	Shuld igkeit	In Kor venzion Münz	18=	Ab frattung	Laut Four. Artifel	In Kolvenzion Münze	32
	Für Lemberg im Ganzen Sage: fünf Tausend brei Huns dert sechzig drei Gulden 7½ fr. Bahlbar in 4 Quartalsraten, wovon die erste die Ende Jänner, die zweite die Ende April, die dritte bis Ende July, und die vierte bis Ende Ostober 1827 fällig wird. Bom f. f. gal. Landesguber- nium. Lemberg am R. R. Gub. Sekretär.	5363	74	Den 10ten Dezember 1826 Cin Tausend drei Hundert und vierzig Gulden 47 fr. in Conv. Munze für das erste Quartal 1827. N. N. Kreiskassier. N. N. Kreiskauptmann. Coram me N. N. Kreishauptmann. Den 12ten Hornung 1827. Cin Tausend drei hundert vierzig Gulden 46\frac{3}{4}\frac{1}{4}\trac{1}{1}\trac{1}{1}\trac{1}{1}\trac{1}{2}\trac{1}\trac{1}{2}\tra	42	1340	4

Klassensteuer-Anlags-Nachtragsschein.

Für bas Dominium Sobniow.

11	Fur vas Dominium Sovniow.										
soll-stro.	Shuldigfeit	InKe venzio Muni	118±	Ubstattung	Laut Jour. Artifel	In Ki venzion Munz	ทริ=				
		fl.	fr.	/		fl.	fr.				
M. M.	v. Dulski Jos. Grundherr Kepalski Michael Guts-Pächter	4	30 15								
	Zusammen .	5	145								
	Sage funf Gulben 45 fr. Konp. Munze.										
	Bom f. f. galiz. Landesguber-	+ -									
	Lemberg am 26. April 1827.										
	N. N. Gub. Gefretär.					1	+				
						1					
-											
N											

Klassen = Steuer - Anlagsschein.

Für das Dominium Sobniow.

_							4
spolt-Stro.	Schuldigkeit	InKo benziot Műnz	18=	Ubstattung	Laut Four. Artifel	In A venzio Műn	ทชิ≠
2 5 4 5	Dulski Josephl Grundherr Kepalski Michael Gutspächter Damski Johann Mandatar Lewicki Martin Desonom Bilinski Joseph Förster Busammen Sage: Bwanzig Gulden 14fr- Kond. Münze. Jahlbar in zwei Naten, woz von die erste bis Ende April, die zweite bis Ende July 1827 fallig wird. Vom f. f. Kreisamt. Jasko am 15ten Dezember 1827. N. Keishauvtmann	6 5 2 2 2. 30	30 45 30 30 115	Jehn Gulben 72 fr. Konven- Munze auf die erste Rate.	124	ł O	

Zuden=Erwerbsteuer=Anlagsschein.

Für bas Dominium Czubec.

+ 1 1 - 200 m	Shuldigkeit	In Kor venzior Munz	18=	Abstattung	Laut Jour. Artifel	In Ki benzion Munz	18=
1		1 11-	1 1		1	1	
	Für Czudec Sage: Deißig Gulden 20 fr. Konv. Münzer. Bahlbar in zwei Raten, wovon	30	20	Funfahn Gulden Kont. Munze auf die ite Rate.	54	15	-
	die erste bis Ende Dezember 1826, die zweite bis Ende Juny 1827 fällig wird.			N.N. Kontrollor. Coram me			
	Vom f. f. galiz. Landesgubernium. Lemberg den			N. N. Kreiskommissär.	1		
	N. N. Gub. Sefretär.			Den 7. Juni 1827	38	15	20
1				im Ganzen	-	30	20
			-	Sono. Munde-			
				N. N. Kreiskassier. N. N. Kontroller.			
		3 5 5		Coram me	-		
				A. R. Kreishauptmann.	-		
					-		1

Grundsteuer = Anlags = Ersatschein.

Für die Steuerbezirks = Obrigkeit Sobniow.

Schuldigkeit. 3n Kondergionis Mings. 1 Kür das Dominium Sobniow . Kür die Gemeinde Sobniow . Kür das Dominium Sasi . — die Gemeinde Sobniow . Kurifel: 1 Den 28. Dezember 1826 Gin hundert sechzig zwei Eulden 22½ kr. Kond. Mingse sir das Dominium Lassi . — die Gemeinde Sobniow . Susannen . Sage: Sechsbundert sünszig Gulen Kond. Salfanium . Sage: Sechsbundert sünszig Gulen Kond. Salfanium . Sage: Sechsbundert sünszig Gulen Gemeinde Sobniow 68st. 34 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 24 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 25 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 26 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 27 kst. — die Gemeinde Sobniow 49st. 26 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 27 kst. — die Gemeinde Sobniow 49st. 26 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 27 kst. — die Gemeinde Sobniow 49st. 26 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 27 kst. — die Gemeinde Sobniow 49st. 28 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 24 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 25 kr. — die Gemeinde Sobniow 49st. 26 kr. — die Gemeind		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·					-
Für das Dominium Sobniow . Für die Gemeinde Sobniow . Für das Dominium Laski	Poft. Stro.	Shuldigkeit.	venzionis Munzi	Abstattung.	Jour.	venzion Münz	18= e.
4 1 1	*254	Fur die Gemeinde Sobniow Fur das Dominium Lassi. — die Gemelnde Lassi. Busanmen Sage: Sechshundert sünfzig Sulden Konv. Münze. Zahibar in 4 quartasigen Naten, wovon die erste die Ende Jänner, die zweite die Ende April, die dritte die Ende July, und die vierte die Ende Oktober 1827 fälzlig ist. Vom f. k. Kreisamt. Jasso am 4. May 1827.	197 39 40 13 138 32	Ein Hundert sechzig zwei Gul- den 42½ fr. Konv. Münze für das te Quartal 1827. und zwar: Kür das Dominium Sobniow 68sl. 34 fr. — die Gemeinde Sobniow 49 fl. 24¾ fr. — das Dominium Laski 10 fl. 3¼ fr. — die Geimende Laski 34 fl. 40¾ fr. Den 16ten April 1827. mittelst des mit Verordnung ddo. 3. für das Domi= nium Sobniow im Wege der Re= flamazion gegen den Waldertrag bewilligten Nachlasses. Schzig acht Gusben 34 fr. Kon. Münze für das 2te Quartal 1827. R. Rreiskassier. R. Rreiskassier. R. Rreiskassier. R. Rreiskassier. R. Rreiskassier. Coram me		162	24

steher selbst, ober durch den von ihm hiezu destimmeten Beamten koramisirt senn mussen, welches auch nicht nur bei den auf ten Anlagsscheinen von der Kreiskasse angesesten Abstattungs Bescheinigungen, sondern auch bei den unter die Bahlungsarten gehörenden Steuereinhebungsperzenten Memunerazions Duittungen Plat zu greisen hat.

- b) Daß in keinem Anlagsscheine für ein bestimmtes Jahr die unberichtigten Struerreste des vorhergegangenen zu übertragen, und die Zahlungen solcher Reste immer in den betreffenden frühern Anlagsascheinen zu quittiren seben, endlich
- c) daß bei allen in das Militär-Jahr 1827 übergehenben Mückstände bes Jahres 1826 und der früheren Jahre noch die bisherigen Jurten und Quittungen beizubehalten sepen.

In dem weitern Anschluße (3. 2.) folgen eis (3. 2.) nige nach den voranstehenden Bestimmungen beisspielmeise ausgefüllten Entwurfe von Anlagsscheisnen mit.

Lemberg am 14ten September 1826.

Jagden durfen an Sonn = und Feyertagen nicht gehalten werden.

Nach einer hierorts vorgekommenen Anzeige, foll ber Unfug noch immer Statt finden, baß an Sonn= und Fepertagen Jagden gehalten werben.

Da dieses vermög hohen Hossanzleydelrets vom 27. Angust 1812 Jahl 13207. auf allerhöchsten Besehl Seiner Majestät verbothen ist, so wird den k. Kreisämtern in Folge hierortiger Weisung vom 2ten Oktober 1812 Bahl 33383. bedeutet, den bestehenden Verboth durch eine allgemeine Besanntmachung zu erneuern, hieraus eine strenge Ausmertsamkeit zu richten, und jede vorskommende Uebertretung angemessen zu ahnden.

Gubernal - Verordnung vom ibten Gept. 1826. Bub. Bahl 54127.

122.

Bestrafung des Spieles Biribis.

Die hohe Hoffammer hat mit Erlaß vom gten August 1. 3. Bahl 31769 – 2225. folgendes anher bedeutet:

»Da nach §. 30. des Lotto patents vom 13ten März 1813 das sogenannte Biribis ein Lottospiel, bei welchem mit Mürfeln, mit auf einer Tasel angebrachten Bahlen oder Figuren, entweder Waaren, präziosen und Esselten, oder bestimmte Geldbeträge ausgespielt werden, ausdrücklich unter einer Geldstrase von 50 Dukaten zu 4 Gulden 30 kr. oder 225 fl. untersagt ist, so wird diese Patents = Vorschrift mit dem Beisage in Erinnerung gestracht, daß sämmtliche Ortsobrigkeiten, auf deren genaue Besolgung zu wachen haben.

Gubernial - Kundmachung vom 17. Sept. 1826. Gub. Babl 53320.

Eltern und Geschwister wirklicher Besitzer von Bauernwirthschaften wenn sie keine Handwerker sind, sind von der Persoz nalsteuer befreit.

Die hohe Hoffanzlen, hat mit Defret ddto. 20ten Juli I. J. Bahl 20178. im Einverständnisse mit dem f. k. Fisnanzministerium zu bestimmen besunden, daß die Eltern und Geschwistern wirklicher Besitzer von Bauernwirthschaften, zu deren Familie sie gehoren, wenn sie keine Handswerker sind, jedoch nur in den Dörfern, und auf dem stachen Lande, gleich den Innleuten, nach dem h. 19. des allerhöchsten Klassen sund Personalsteuer Patents, von der Personalsteuer frey zu lassen seyen.

Wovon die f. Areisamter zur eigenen Nachachtung und zur Belebrung der Dominien in Kenntniß gesete

merden.

Gubernial - Verordnung von ilten Gept. 1826. Bub. Bahl 51257.

124.

Errichtung einer Weg = und Bruckenmauth.

Die hohem Hoffammmerdefrete vom 25ten August 1826 Bahl 34399—1560 ist die Errichtung der Wegmauth für zwei Meilen, und der Brudenmauth nach dem Tariffe der dritten Klasse zu Neumarkt Sandecer Kreises angeordnes worden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß mit dem Beische gebracht wird, daß diese Wegs und Bruckenmauthsftazion vom iten November I. J. in Wirksamkeit treten, und mit diesem Tage die Einhebung der diehkläusen Mauthgebühren nach den Grundsaßen des Kreisschreibens vom 15ten Juny 1821 Jahl 31269. und vom 7ten März 1823 Jahl 11370. beginnen werde.

Gubernial = Rundmachung vom 32ten Gept. 1826. Bub.

Babl 56811.

Anhang zur Subarrendirungs = Instrukzion, daß Ortsgemeinden zur Subministrirung für garnisonirende Truppen gar nie, für marschierende aber höchstens bei unvor= hergesehenen größeren Truppenmärschen verhalten werden durfen.

Seine f. f. Majestät geruhten wiederholt zu besehlen, das eine Ortsgemeinde zur Subministrirung sur garnisonirende Truppen gar nie, sur die marschierenden aber nur höchstens bei unvorhergesehenen größeren Truppen Märschen verhalten werden dürse, wenn nahmlich der Stand der marschierenden Truppen größer als jener ist, dessen Berpslegung der Subarendator zu übernehmen sich erklärste, zur Anstossung eines neuen Subarendirungskontrasts aber, oder zur Einleitung des Handeinkauss durch Milistärbeamte die Zeit zu kurz ist

Die Subministrirung darf hiernach sedenfalls nur in dem gesetlichen Wege, und sur die Dauer unausweichelicher Nothwendigkeit, nähmlich dis der sogleich einzuleitende Ankauf der nöthigen Naturalien, oder ein Subarendirungskontrakt erzielt ist, in Anspruch genommen werden, und es ist unter Verantwortung der einwirkenden politischen und militärischen Behörden dafür zu sorgen, daß solchen Gemeinden für die subministrirung destandie Vergütung in der zur Zeit der Subministrirung bestandenen Lokalpreise so schnell als möglich geleistet werde.

Dabei wird zur Berichtigung bes Begriffes der Subministrirung besonders erinnert, daß wenn einzelne Subarrendatoren, oder Obrigseiten oder Gemeinden in Folge
einer frenen Uebereinkunst mit den Militärbehörden sich
dazu verstehen, in besonders eintretenden Bedarssfällen
die Abgabe der Verpstegsartifel im lausendem Marktpreise,
und gegen volle Vergütung aller Nebenauslagen zu besorgen, dieß keine Subministrirung, sondern eine auf
Rechnung des Militärs geschehender Handeinkauf sey, dann

in allen biefen gallen fehlt bas, ber Subminiftrirung

allein eigene Merkmal ber zwangsweifen Abgabe.

Diese allerhöchste Entscheidung hat in Folge hohen Hossanzlendekrets vom 24ten August 1. J. Jahl 23159, als Ansang zur Subarrendirungs Instrukzion zu gelten, und ist sich hiernach genau zu benehmen

Bubernial = Berordnung vom 23ten Gept. 1826 Bub.

Bahl 55427.

126.

Seine k. k. apostolische Majestat haben burch allerhöchste Entschließung vom 4ten Februar 1826, und Hofderet vom 10ten Februar 1826 zu besehlen geruhet, daß künftig im Bukowiner Kreise wie in den übrigen Theilen Gaskziens, die Kriminals von der Zivils Justizverwaltung getrennt werde, und an die Stelle des disher vereinigten Bukowiner Landrechtes und zualeich Kriminals Gerichtes, zwei abgesonderte Gerichte treten sollen; und zwar, für die Kriminalgeschäfte des ganzen Bukowiner Kreises, ein k. k. Kriminalgericht in Ezernowis, und für die Zivilgesschäfte der Abelichen im ganzen Bukowiner Kreise, und der Richtadelichen im Ezernowiser Distrikte, ein k. k. Stadtsund Landrecht in Ezernowise.

Da nunmehr auch durch allerh. Entschließung bom 25ten August 1826 der allgemeine Besehungsvorschlag für diese beiden abgesonderten Gerichtsstellen erledigt wurde; so hat das f. f. galizische Appellationsgericht den 16ten Oftober 1826 zum Absonderungs - Tage obbenannter zwei Gerichtsbehörden sestzusehen besunden; welche von diesem Tage ihre Amtswirtsamkeit beginnen, und an die Stelle des bisher bestandenen nun ausgehobenen Busowiner Land-

rechtes treten werden.

Welches anmit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Gubernial = Kundmachung vom 25ten Sept. 1826. Gub. 3abl 58567.

Bestimmung der Zeiten und Tage, an welschen Tanzmusiken und andere Lustbarskeiten nicht Statt haben durfen.

Mit dem hoben Hoffanzlendekret vom 24. v. M. Jahl 24337. ist mit Berufung auf die allerhöchste Entschließung Gr. Majestät vom 19ten v. M. in Absicht auf Ort, Zeit und Dauer der Lustbarkeiten Folgendes verordnet worden:

tens. Bälle mit Masken oder Nedouten durfen in der Regel nur in der Restdenz und in den Prov. Hauptstädten, und nur vom Tage nach den heiligen drei Königen die einschließig dem Faschingsdienstage, und nur ausnahmsweise und mit befonderer Erlaubniß, welche vom Fall zu Fall bei dem k. k. Landesprästium anzusuchen ist, in einer oder der andern großen Stadt, an einem oder dem andern Tage außer jener Zeit Statt sinden.

2tens. Tanzmusten und Schauspiele sind untersfagt, vom 22ten bis einschließlich 25ten Dezember, am Aschermittwoche, vom Palmsonntage bis einschließlich den Ditersonntag, am Pfingstsonntage, am Frohnleichnahmstage, an den Kesten Maria-Verkundigung und Maria-

Geburt.

Itens. Tanzmusiken, sowohl öffentliche als Privats Balle werden unterfagt in der ganzen Adventzeit und in den darauf folgenden Tagen bis einschließlich drei Könige, in der ganzen Fastenzeit und in der darauf folgenden Woche bis einschließlich den ersten Sonntag nach Ostern, an allen firchlichen Fasttägen, und an allen Freytägen

und Samstägen des gangen Jahres.

4tens. Tanzmusiken und Schauspiele durfen nur eine Stunde nach geendigtem nachmittägigen Gottesdienste beginnen, jene durfen an den Vorabenden der Frentage, der Fasttage und der gebotenen Fenertage nicht über 12 Uhr Mitternacht dauern Wie lange sich ihre Dauer außer diesen Tagen erstrecken durse, wird von der betressend Obrigkeit besonders bestimmt, und in dem hierzu ausgesertigten Erlaubnisscheine ausgedruckt.

5tens. In der Stadt Lemberg ift in allen Fallen, wo öffentliche oder Privatbälle und Tanzmusiken abgehalten werden wollen, die Bewilligung dazu vorläufig ber der Polizen Direkzion einzuhohlen.

In Ansehung der Verschließung der Theater wegen

Softrauer bleibt es bei den bisherigen Borfcbriften.

Dieses wird zur genauesten Nachachtung hiermit offentlich fund gemacht.

Gubernial = Kundmachung vom abten Sept. 1826. Gub. Bahl 59364.

128.

Erneuerung des 23ten S. des Patents we= gen Behandlung der Schüblinge.

Man entnimmt aus den einlangenden Geschäftsprotostollen, daß die Fälle, wo Schüblinge vom Schube entweichen, sich häusig ereignen. Wenn dieses schon bei innsländischen Unterthanen für die öffentliche Sicherheit gesährlich ist, und zu Nachforschungen und Verhandlungen Anlaß giebt, welche durch pflichtmässige Ausmerksamkeit, und durch Handhabung der vorgeschriebenen Strenge gegen die Schüblinge vermieden worden wären, so ist dieses bei Ausländern, welche über die Gränze geschaft werden sollen, doppelt bedenklich, da dem gemeinen Wesen im noch verstärkterem Grade daran liegt, sich solcher müßigen derwahrlosten und gefährlichen Menschen entledigen.

Jungst hat sich der Fall ergeben, daß ein wegen Diebstahl zu einjährigem schweren Kerker, und nach überstandener Strafzeit zur Abschiebung in das Ausland versurtheilter Verbrecher vom Schube entwichen, nach Lemsberg zurückgekehrt, und nun wieder Diebstahls wegen zu

ameijährigem ichweren Kerfer verurtheilt ift.

Fälle dieser Art muffen die Aufmerksamkeit der zu handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit uns mittelbar berufenen Behörden und Aemter um so dringender in Anspruch nehmen, da nicht zugegeben werden darf, daß die Kerker der Strafgerichte mit Berbrechern

aus dem Auslande angefühlt, und für diefelben gleichsam eine Verforgungsanstalt merben.

Man findet daher ben f. Kreisamtern aufzutragen, ben Dominien bas Patent bom 3ten November 1786 namentlich aber ben &. 23. des dritten Abschnitts beffelben mit dem Bedeuten zu republiziren, daß die Bestimmungen beffelben zwar gegen jeden Schubling, insbesondere aber gegen Ausländer, welche wegen begangener Berbrechen über die Granze zu schaffen find, in ihrer vollen Strenge in Anwendung gebracht, und davon unter feis nem Vormande abgewichen werde. Es ift Sache ber f. Rreisämter barauf zu feben, daß die in bem bezogenen Patente enthaltenen Vorschriften in der Ausübung ftrenge gehandhabt, und Vernachlässigungen in einer die öffentliche Sicherheit so unmittelbar berührenden Angelegenheit in jedem borfommenden galle nachdrudlichft geahndet mer-Dabei bleibt es ben f. Rreisamtern unbenommen in Källen, wo es fich um Abschiebung abgeurtheilter Berbrecher nach ausgestandener Strafzeit in das Ausland handelt, Diefelbe burch Beigebung einer verläflichen Begleitung an das nachfte Rreisamt, ober bis an die Lanbesgränze zu bewirken, und hat foldes auf Ansuchen des Strafgerichtes immer zu geschehen.

Gubernial - Verordnung vom 27. Sept. 1826. Gub. Zahl 50738.

129.

In den monatlichen Marktpreis = Tabellen mussen die Preise der Feilschaften in Conventions = Munze verrechnet und ansgesetzt werden. Diepfälliges Formulare.

In Grunde des herabgelangten hohen Hoffanzleydeftets vom 4ten d. M. Zahl 25220. sollen die monatliche Marktpreise vom 1ten Jänner 1827 nach of anruhenden 1st Formular ausgewiesen werden.



Nachdem jedoch noch ein großer Vorrath von ben nach bem bestehenden Formular gedruckten Marktpreistabellen sich vorsindet, so ist es zweckmassig, daß dieser alte Vorsach vergriffen werde, nur hat das Kreisamt zur Ausgleitung des zwischen diesen beiben Formularien bestehenden Unterschiedes vom iten Jänner 1827 an, die in dem alten Formular enthaltene Rubrique (Cours der E. S.) eingehen zu lassen, dagegen auf derselben Stelle die beiden in dem neuen Formulare erösneten, in dem alten Formulare aber nicht enthaltenen Rubriquen für Mais und Neis zu erössnen, auch von eben diesem Tage an die Preise sämmtslicher Artisel nach der Conventions Münze zu berechnen.

Gubernial - Defret vom Joten Sept. 1826. Bub. Babt 59477.

Judische Meister durfen keine christliche Gesfellen und Lehrjungen halten.

Pinsichtlich der Arbeit christlicher Gesellen und Lehrjungen sur jüdische Meister, wird den Kreisämtern in Kolge hohen Hossanzleydestrets vom 14ten d. M. Bahl 25536. zur Darnachbenehmung bedeutet, daß den jüdischen Meistern nicht verbothen werden könne, sich bei christlichen Gesellen, die nicht bei den Meistern, sondern in andern und zwar christlichen Hausern wohnen, die Arbeit stuckweise zu bestellen, daß aber die Haltung christlicher Gesellen und Lehrjungen in den Wohnungen judischer Weister nicht zulässig sey, weil diese Individuen als Diensteleute zu betrachten sind, und den Juden durch das Kreisschreiben vom 18ten Februar 1803 verbothen ist, christliche Dienstbothen zu halten.

hiernach find auch fammtliche Ortsobrigfeiten zu berftandigen, und zur allgemeinen Bekanntmachung angu-

meisen.

Gubernial Derordnung vom Joten Sept. 1826. Bub. Bahl 60647.

131.

Vorschrift wegen Abnahme des Eides von Mahomedanern.

Mit höchstem Hosdefrete vom 26ten August 1826. 5. 3. 4790. wird die Vorschrift des Hosdefrets vom gten May 1806 Nro. 763. der Justiz Gesetzsammlung über die Eide der Mahomedaner außer Krast gesetzt, und dagegen zu Folge allerhochster Entschließung vom 14ten Februar 1826 Folgendes angeordnet:

Wenn Personen, die der mahomedanischen Religion zugethan sind, als Partheyen ben österreichischen Gerichtsbehörden einen Sid ablegen sollen, so hat ihnen der Richter vor Allem die Wichtigkeit dieser Handlung, die Allwisfenheit Gottes, bei bem fie ben Gid fcmoren follen, und Die Strafen des falfchen Gides zu Gemuth gu fuhren. Hierauf werden die Umftande, welche zu beschwören find, bem Schwörenden in der ihm befannten Sprache von Wort zu Wort vorgesagt, und berselbe wird, nachdem er fie laut und vernehmlich nachgesprochen hat, befragt: » Och worft du bei Gott?" Der Schwörende antwortet: Jemin Ederim (ich schwöre) und sest eine der folgenden Formeln, oder auch alle drei zugleich hinzu: Billahi Taala (bei Gott dem Allerhöchsten) oder VVallahi (bei Gott) oder Bismillahi (im Namen Gottes) Bur Verftarfung des Gides fann der Schwörende noch eine oder die andere Eigenschaft Gottes, wie z. B. des Barmherzigen, der Erbarmers beifugen, und sagen: B. millahi Errahman Errahim (im Namen Gots tes des Barmherzigen, des Erbarmers). Bur Gultig= feit des Eides ift es aber hinreichend, eine ber obigen Formeln, nämlich Bismillabi, Billahi Taala oder Wallahi auszusprechen. Der Schwörende fann, wenn Das Gericht mit einem Eremplar bes Korans verfeben ift, angewiesen werden, während der Ablegung bes Gides die rechte Sand auf dasselbe zu legen. Dieser Gebrauch Des Korans ist aber zur Gultigkeit des Gides nicht wesentlich nothwendig. Fur feinen Sall barf bem Schworenden geftattet werden, bei der Ablegung bes Gides den Zeigefinger der einen Sand in die Sohe zu halten.

Nach eben diesen Vorschriften ist auch von Zeugen mahomedanischer Religion der Eid aufzunehmen. Dieser wird eine allgemeine Betheuerung, daß sie die reine Wahrbeit aussagen werden oder ausgesagt haben (Ersteres in bürgerlichen Nechtssachen, Lesteres in Kriminal Angelegenheiten), vorgehalten, und wenn sie dieselbe nachgesprochen haben, die Frage: "Schwörst du bei Gott?" an sie gestellt. Im Uebrigen sind in Ansehung des Zeugen. Verhörs die allgemeinen Vorschriften der Gerichts.

ordnung und bes Strafgefegbuchs zu beobachten.

Belde hochste Borfdrift hiemit gur Biffenschaft und Darnachachtung allgemein tund gemacht wird.

Bub. Rund. vom Sten Oft. 1826, Bub. Babl 60721.

Neu angestellte Lehrer und Professoren sind durch die drei ersten Jahre ihrer Anstellung nicht als stabil zu betrachten.

Seine f. f. Majeftat haben unterm gten v. M. nach-

stebendes a. b. Sandichreiben zu erlaffen geruhet:

Alle von nun an bei landesfürstlichen Lebranftalten Meiner Monarchie als Lehrer und Professoren neu angeftellt werdende Individuen find durch 3 Jahre vom Tage ihrer Anftellung angerechnet, nicht als ftabil zu betrachten, fie follen zwar ben, benen ihnen anvertrauten Lehram-tern anklebenden vollen Genuß an Geld und anderen Emolumenten erhalten, muffen fich jedoch in ber erwähnten Periode gefallen laffen, wenn fie in der Musübung ihres Amtes, und in ihrem übrigen Benehmen ben in fie gefesten Erwartungen, oder überhaupt nicht entsprechen follten, ohne weiters vom Amte entfernt zu werden, ohne dafur eine Abfertigung oder Penfion zu erhalten, wenn felbe hingegen durch diefe drei Jahre folche Beweife ihrer Brauchbarteit, und ihres guten Benehmens in jeder hinsicht an den Tag legen, daß man ihre Anftellung mit voller Beruhigung als definitiv erflären fann, dann find diefelben als ftabil zu erklaren, und find ihnen auch die brei im provisorischen Buftande zugebrachten, Dienstjabre ebenso anzurechnen, als wenn fle felbe in der effektiven Dienftleiftung zugebracht batten.

Den k. Direktoraten wird diese allerhöchste Entschließung in Folge hohen Studienhossommissionsbekretes vom 18ten September I. J. Bahl 4412. mit der Weisung bekannt gemacht, hinsichtlich eines jeden von nun im Lehrsache angestellt werdenden, demselben unterstehenden Individuums nach Verlauf dreier Jahre von seiner Anstellung gutächtslichen Bericht über die desinitive Erklärung, oder über die

Entfernung beffelben hieher zu erstatten.

Gubernial-Verordnung vom 4ten Oft. 1826. Gub. Zahl 60860.

Erlauterung, daß es in dem Kreisschreiben vom 18. July 1. J. Zahl 41419. statt laufende — landesfürstliche Steuern heißen solle.

In dem Kreisschreiben vom 18ten July I. J. Bahl 4141g. wegen Behandlung derjenigen, welche zur Einhebung landesfürstlicher Steuern aufgestellt sind, und die in Empsang genommenen Steuergelder vorenthalten, oder sich zueignen, so wie auch derjenigen, welche hieran Theil nehmen, ist der Drucksehler unterlausen, daß statt dem Worte » lan de sfürstliche, laufende« Sieuern gesett worden sep; welches daher zur öffentlichen Kenntniß mit dem Beisate gebracht wird — daß es in dem oben bezohenen Kreisschreiben nicht lausende, sondern landessürstsliche Steuern heißen solle.

Subernial - Rundmachung vom 5ten Oft. 1826. Bub-

134.

11eber Lehrzweige, welche in einem halben Jahr beendigt werden, darf auch sogleich die Semestral= Prufung abgehal= ten werden.

Seine Majestät haben mit allerhöchsten Entschließung vom 26ten August d. J. den Antrag der Studienhossommission zu genehmigen geruht, daß über jene Lehrzweige, welche in einem halben Jahre beendiget werden, auch sogleich die Semestral Prüfung abgehalten werden durfe.

Von welcher allerhöchsten Entschließung die Direktorate im Nachhange zu dem hierortigen Erlasse vom 26ten Marz l. J. Zahl 17393. dur Wissenschaft und Nachach-

tung verständigt werden.

Gubernial - Berordnung vom 7ten Oftober 1826. Bub.

Babl 60312.

Seelforger werden zur Ertheilung des Elementar = Unterrichts dort, wo keine Volksschulen bestehen, aufgemuntert und zur fleißigen Abhaltung der sonntägigen Christenlehre angewiesen.

Mit hohem Studienhoffommissonsdekret vom igten August I J. Jahl 3896. ist in Absicht auf das galizische Volksschulwesen folgende allerhöchste Entschließung vom Iten August d. J. herabgelangt.

»Bei gegenwärtigen Umständen, wo die Grundos brigkeiten sowohl als die Unterthanen nicht leicht neue Basten von was immer für Art auf sich nehmen könsnen, ist in dieser Sache dergestalt vorzugehen, daß sie nicht allein zu nichts gezwungen, sondern nicht einmahl durch einen indirekten Zwang von was immer für einer Art zu etwas hierwegen verhalten werden. «

In Gemäßheit dieser allerhöchsten Entschließung wird ben k. Kreisämtern ausgetragen mit aller Schonung bei der Erhaltung und Beförderung des Elementarschulunterrichtes vorzugehen, und da besonders bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen die Erbauung von Schulhäusern großen Schwierigkeiten unterliegt, so werden unter Einem die Consistorien zu Folge des obbezogenen Dekrets der hohen Studienhoskommission ausgesordert, die Seelsorger zur Ertheilung des Elementarunterrichtes, dort wo keine Bolksschulen bestehen, auszumuntern, wie dieses in Stepermark, in Tyrol, Ilhrien häusig geschieht, wo für diesen Beistlichen nach dem Maße ihrer Bemühungen eine angemessen Renumerazion aus dem Schulsonde von Zeit zu Zeit bewilliget wird.

Durch diesen Schulunterricht von Seiten des Kuratklerus werden eigene Schulhäuser und Lehrer = Dotazionen ersparrt, und dennoch wird der Zweck der nothwendigsten Volksbildung erreicht. Da es endlich so schwer halt, bermahlen die Elesmentarschulen, und den Bolksunterricht nach Burdigkeit in Galizien zu befördern, so werden unter einem die Ronssistorien ausmerksam gemacht um so genauer auf fleißige Abhaltung der sonntäglichen Christenlehren zu sehen, damit die Jugend in denselben sich eine hinreichende Kenntsniß der nothwendigsten Religions wahrheiten verschaffes und zur Lugend und Frömmigkeit angeleitet werde.

Wovon die f.f. Kreisamter zur Wiffenschaft und Dar-

nachachtung verftanbiget werden.

Gubernial = Verordnung vom 7ten Oktober 1826. Gub. Babl 60313.

136.

Regulirung der Weg= und Brückenmauth= Stazionen auf der Warschauer Kom= merziastraße.

Bufolge hohen Hoffammerdekrets vom 16ten September I. J. Zahl 37507—1704 werden die dermal auf der Warschauer Kommerzialstrasse bestehenden Wegmauthstazionen zu Zolkiew, Dobroszyn und Nawa eingehen, und an ihre Stelle vier neue Wegmauthstazionen, und zwar zu Kulikow, Wola Wysoka, dann bei dem Biszkower Wirthsbause, jede von zwei Meilen, und zu Lubycza von drei Meilen errichtet, so wie auch die in Rawa besindliche Brückenmauth, mit der Wegmauth beim Biszkower Wirthsbause vereinigt werden.

Diese neue Regulirung der vorbenannten Mauthsta-

treten.

Gubernial = Rundmachung vom 7ten Ott. 1826. Gub. Babl 60863.

137.

Bestimmung der Quartierskompetenz für die fortisikatorischen Mauermeister.

Demfelben wird dur Nachachtung bedeutet, daß die Militärfortifitatorifden Meifter in der Regel in den ararial Gebauben bequartirt werden follen; in denjenigen Fallen aber, wo ste dieses Unterkommen nicht finden, mithin in Privathäusern bequartiert werden mussen, einem Fortist-katorischen Maurermeister ein Zimmer, eine Kammer, und eine Küche gebuhre.

Gubernial = Defret vom 8ten Oft. 1826. Gub. Bahl

57938.

138.

Unteroffiziere und Gemeine haben ihre Gefuche um Civilanstellungen bei ihren vorstehenden Regiments = oder Bataillons= Commanden einzureichen.

Es hat sich schon hausig der Fall ergeben, das Unterofsziere und Gemeine welche noch in der aktiven Dienstelistung sich befinden, bei einer Sivilbehörde sich unwittelbar um Erlangung einer Civil - Anstellung verwendet haben, und es hat sich zugleich auch häusig gezeiget, daß dieselben entweder auf ihre Entlassung noch keinen Anspruch zu machen hatten, oder wegen schlechter Conduit keiner Berücksichung wurdig waren.

Da diese direste Verwendung der Militär-Individuen an die Sivilbehörden nicht nur den Dienstvorschriften zu-wider ist, sondern auch zwecklose Schreiberepen und Beschligungen veranlaßt; so hat das k. k. Generals Militär-Kommando nach dessen Eröffnung vom 13ten v. M. den hierländigen Truppenabtheilungen aufgetragen, den unsterhabenden Unteroffiziers und Mannschaft nachdrücklichst zu untersagen, ihre dießfällige Gesuche außer dem vorgesschriebenen Dienstwege unmittelbar bei den betressenden Sievilstellen einzureichen.

Die f. Kreisämter werden hievon zur Wissenschaft mit bem bedeuten in die Kenntniß gesetzt, daß derlen daselbst von Militär Individuen unmittelbar überreicht werdende Anstellungsgesuche ohne aller weiteren Berücksichtigung jederzeit platterdings zurückzuweisen, und derlei Bittsteller

an ihr vorstehendes Regiments- oder Bataillons- Commando anzuweisen seyen, deren lettern Pflicht es ift, die Wunsche ihrer Untergebenen, in so ferne sie billig und zulässig befunden werden, im vorgeschriebenen Dienstwege weiter vorzutragen.

Bubernial = Defret vom 10ten Oftober 1826. Gub. Babl

61779.

139.

Einführung der Lesebücher des Regierungs= raths Leonhard in den Volksschulen.

Mit hohem Studienhoffommissionsdefret vom 18ten Ausgust 1. J. Bahl 3969. ist über den Antrag wegen Einführung der drei vom Regierungsrathe Leonhard versaßten Lesebücher in den Volksschulen solgende allerhöchste Entschließung vom 10ten August d. J. anher gelangt:

» Die beiliegenden verbefferten Lefebucher find nun vallgemein in Meinen beutschen Staaten vorzuschreiben.«

»Bei dem Abdruck ist die Einleitung zu treffen, daß in jedem Lesebuche mehrere Bögen mit verschiedenen zum Bebrauche der Schüler geeignete Schristarten abgedruckt werden, und ist dasur zu sorgen, damit diese Bücher möglichst wohlseil hintangegeben werden, und will Ich, baß bei jeder neuen Auslage auf die etwa inzwischen einlaufenden gegründeten Bemerkungen die gehörige Rücksplicht genommen werde. «

Bon dieser allerhöchsten Entschließung werden die Consistorien mit dem Bemerken in die Renntniß gesetzt, daß sobald der Druck dieser Lesebücher in der Wiener Schulbücher Berschleiß Anstalt vollendet sehn wird — dieser Landesstelle einige Eremplare derselben werden mitgetheilt werden, um davon den Nachdruck in Gemäßheit der politischen Schulversassung Abschnitt XVI. &. 3. für

diefe Proving veranstalten zu laffen.

Ware es nothwendig, daß das Lesebuch für die Ilte Klasse der Landschulen in die Nazionalsprache übersest werbe, so haben die Consistorien deshalb seiner Zeit einen eigenen Antrag anher zu erstatten.

Uibrigens werben die Consistorien aufgefordert, ihre etwaigen Bemerkungen zur Verbesserung dieser neuen Lesebücher anher vorzulegen, um in Gemäßheit der allerböchsten Entschließung bei der jedesmaligen neuen Auflage derselben, davon den erforderlichen Gebrauch machen zu können, damit diese Bücher eine immer größere Bolltommenheit erhalten.

Gubernial = Verordnung vom 11ten Oft. 1826. Gub. Bahl 59479.

140.

Romane und bloße Unterhaltungsschriften, so wie das Conservationslericon (in auslandischen Auflagen) durfen offentliche Bibliotheken an die studierende Jugend nicht verabsolgen.

Ueber die allerhöchsten Ortes unterlegten Berichte über den Zustand der Universitäts = und Lyzealbiblioteken im Schuljahre 1824 haben Seine k.k. Majestät mit allerhöchssten Entschließung vom 25ten July d. J. zu besehlen geruhet, es sen an alle Universitäts = Lyzeal = und öffentliche Stadtbiblioteken, die Anordnung zu erlassen, daß Nomane, und bloße Unterhaltungsschriften an die studierende Jugend niemals verabsolgt werden, und daß dieses Berboth der Verabsolgung an die lesende Jugend, sich auch auf daß Conversationslericon (in den ausländischen Aufslagen) zu erstrecken habe.

Wovon die f. Direktorate zu Biffenschaft und Dar, nachachtung in vorkommenden Fällen in Kenntniß gefet,

werden.

Gubernial = Verordnung vom 12ten Oft. 1826. Gub. Zahl 58411.

Erneuerung der Vorschrift wegen Coramis= rung der militarischen Fassungs = Quit= tungen.

Der Umstand, das seit einigen Jahren verfälschte Fassungsquittungen über Leistungen an das Militär häusiger
vorgekommen sind, haben die hohen Hosbehörden veranlast, die seit dem Jahre 1782 bestehende Borschriften, wodurch sowohl das f. k. Acrar, als auch die in vielen Drten diese Fassungen abgebenden Gemeinden oder Private
gegen derlen Unsugsnachtheile gesichert wird, in Erinne-

rung zu bringen.

Nach dieser soll von Seite der Gemeinden oder Prisvaten auf eine derlei Fassungsquittung keine Abgabe gesschehen, wenn solche nicht nehst der Unterschrift des Comsmandanten der Abtheilung oder des Commando, für welches die Naturalgebühr gehört, auch von den kriegskomsmissarischen Beamten, oder wenn ein solcher nicht im Orte besteht, von dem Auditor des Regiments, oder wo auch dieser nicht im Orte ist, von dem angestellten Berspslegsbeamten sowohl rückstlich der Gebührs als der

Fertigungs = Nichtigkeit bestättiget ift.

In den abseitigen Quartiers, und Marsch. Stazionen, wo keiner dieser dreierlei Beamten sich besindet, soll diese Bestättigung in so serne die Quittung die Gebühr der in dem Orte stadil bequartierten Truppen betrifft, bloß in Beziehung auf die Aechtheit der Fertigung des Commandanten der Truppe, und wenn die Fassungsquittungen für einen durchmarschierenden Truppenkörper oder Commando geschieht, in Beziehung auf die Uebereinstimmung der quittirten mit der in der Marschroute angewiesenen Gebühr, von dem Ortsvorsteher, oder von dem eigens ausgestellten Provinzial Marsch oder Stazionskommissär durch seine beizusügende Coramistrung gegeben werden.

Für diese Bestättigung in letterer Beziehung ift je-

lung, und so auch jede einzeln reisende Parthey angewicsen, ihre Marschroute der Ortsobrigkeit zur Einsicht
und Protokollirung zu übergeben, wornach die Ortsobrigkeit oder der Stazions - Kommissär in das Marschroutenprotokoll den Namen und die Sharge des Sommendanten der marschierenden Truppe, seines Regiments, die Anzahl von Mann und Pferd, dann der Brod - und Fourage - Portionen, so wie der benöthigten Vorspann an angeschirten Pserden, und zwey- oder dierspännigen Mägen einzutragen hat, und nur gegründet auf dieses Protokoll soll die Coramistrung der Fassungsquittung vollzogen werden.

Diese Vorschriften haben insbesonders die Pachter ber Verpflegung (Subarrendatoren) welche auch durch ein eigenes Kontraktsbedingniß hiezu angewiesen find, für ihre Sicherheit zu beobachten.

In Folge hohen Soffanzlendefrets vom 18ten v. M. Bahl 26510. wird ben Kreisämtern aufgetragen, die Kundmachung biefer Borfchriften zu erneuern.

Gubernial - Verordnung vom 12ten Oft. 1826. Gub. Bahl 62006.

142.

Die Vertheilung der Pramien für Pferd= und Hornviehzucht für den Sandezer Kreis wird künftig alliährig am 22ten Juny zu Alt=Sandez Statt finden.

Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß kunftige hin die Vertheilung der Prämien für Pferd • und Hornviehzucht für den Sandezer Kreis alljährig am 22ten Juny in Alt-Sandez Statt finden werde.

Gubernial Rundmachung vom 17ten Oft. 1826. Gub. Bahl 56052.

Von hungarischen Symnasien kommende Schuler mussen einer ordentlichen Prussung unterzogen werden. — Schuler welche nicht alle vorgeschriebene Gegenstände erlernen, sind in Schulen nicht zu dulden. — Pivatlehrern, die sich nicht für den ganzen grammatischen oder humanistischen Lehrkurs geeignet erwiesen haben, darf kein Lehrsähigkeitsdestret ertheilt werden.

Die hohe Studienhossommission hat über die Prüsungs-Ausweise des ersten Semesters des Schuljahres 1826. mit Defret vom 17ten September l. J. Jahl 4364. zu den mit hierortigen Erlasse vom 7ten August l. J Jahl 44591. gemachten Bemerkungen noch solgende beizusesen besunden.

In den Katalogen fehlt bei der Ucbersicht das Summarium der Klassisstations-Noten in den verschiedenen Lehrgegenständen, welches die Zahl der Schüler ausweis

fen soll.

Da ber Symnasial Lehrplan in Ungarn in mehreren Stücken von dem hierländigen abweicht, so seyen in vorkommenden Fällen, die von ungarischen Symnasien kommenden Schüler vor der Aufnahme, einer ordentlichen Prüfung zu unterziehen, und in jene Klasse zu versetzen, für welche sie geeignet befunden werden.

Souler welche nicht alle porgeschriebenen Gegenftande erlernen, und deren es an diesen Gymnasium mehrere gibt, sind in den Schulen nicht zu dulben.

Da ferner einem Gymnasium der Fall vorgesommen ist, daß ein Privat - Lehrer nur für die unteren Grammatikal - Alassen lehrsähig erklärt wurde, und die philosophische Studien nicht vollendet hat, übrigens die Berordnung ohnehin besteht, daß die öffentlichen sowohl als

bie Privat- Lehrer, die philosophischen Studien gurud gelegt haben sollen, so ist dem Präsekten zu bedeuten, daß keinem Privatlehrer, ein Lehrfähigkeitsbekret zu ertheilen ist, der sich nicht fur den ganzen grammatischen oder humanistischen Lehrkurs geeignet erwiesen hat.

Gubernial = Berordnung vom 17ten Oft. 1826. Bub.

Bahl 61381.

144.

Desterreichische Unterthanen durfen eine Un= stellung als diplomatische Agenten frem= der Staaten nicht annehmen.

Seine Majestät haben in Erwägung der Kollistonen, in welche allerhöchst dero Unterthanen in Bezug auf die Erfüllung der Unterthanspstichten durch ihre Anerkennung als diplomatische Agenten fremder Staaten bei dem allerhöchsten Hose unausweichlich kommen, Sich zu dem Beschusse bestimmt gesehen, von nun an keinen allerhöchst ihrer Unterthanen mehr die Erlaubnif zu ertheilen, von Seite fremder Regierung eine diplomatische Anstellung solcher Art, wie sie in dem Artikel I. der XVII. Beilage der Wiener Kongresatte bezeichnet, und klassissist ist, annehmen zu dürsen.

Diefe allerhöchste Willensmeinung, welche nicht zurnd zu wirlen bat, wird hiemit zur allgemeinen Kennt=

niß gebracht.

Gubernial = Rundmachung vom 18ten Oftob. 1826. Bub. 3ahl 58767.

145.

Nachträgliche Erläuterungen der Vorschrift in Bezug auf die Prüfung der Kon= zeptskandidaten.

Die hohen hoffanzleydefrete vom 16ten May 1824 B. 8785-402. und 13ten May 1824 3. 13678-932.

in Bezug auf die Prufung der Konzeptspraktikanten und Konzeptstandidaten find den k. Kreisämtern feiner Zeit

befannt gegeben worden.

Im Nachhange ber dieffälligen Erlässe werden :/: benselben die weitern dieffalls herabgelangten 4 Er- lauterungen zur Wissenschaft und Darnachachtung mitgetheilt.

Gubernial = Verordnung vom 20ten Oft. 1826. Gub. Bahl 63829.

Hofkanzlendekret vom 19ten August 1824. Zahl 24885—1689.

Die mit dem Hoffanzleydefrete vom 13ten May d. 3. Jahl 13678. angeordnete Prüfung der Konzeptskandidaten hat ganz die nähmliche zu seyn, wie sie früher mit Hoffanzleydefret vom 16ten Marz 1819 Bahl 8785 –402. für die Konzeptspraktikanten vorgeschrieben wurde. Wer demnach in Folge des Hoffanzleydekrets vom 15ten May d. J. die von Seiner Majrstät andesohiene Prüfung ausgestanden hat, und gut desstanden ist, ist ohne weitere Prüfung zur Erlangung wirklicher Dienstpläse dereits geeignet.

Hofkanzlendekret vom 27ten Janner 1825.
3abl 2954—158.

Nachdem die Prüfung, welche mit dem Hofdelrete vom 16ten März 1819 Bahl 8785—402. für die Konzepts-praktikanten vorgeschrieben war, vermög der, der Landesstelle am 13ten May 1824 Bahl 13678—93 eröstneten allerhöchsten Entschließung schon von dem Konzeptskandidaten abzulegen ist, und nur diesenigen, welche in dieser Prüfung bestehen, als Konzeptspraktikanten anzustellen, und in Eid und Pflicht zu nehmen sind; so hat es bei den in Folge dieser letterwähnten allerhöch-

sten Entschließung geprüften Kandibaten von der im 7. Absaye des Hoseletets vom 16ten März 1819. angesordnet gewesenen Aussertigung eigener Defrete über das Resultat der Prüfung abzulommen, und es ist nur in dem Anstellungsbekrete eines geprüften Kandidaten anzumerken, daß er in der Prüfung zu dieser Anstellung geeignet befunden worden sep.

Es versteht sich jedoch von selbst, das das Maaß ber Eignung des Gepruften zu einer Kreistommissärsund Konzepistenstelle in dem Berathungsprotofoll über das Prufungsoperat anzumerten, und sich bei Borfchlägen zur Besehung solcher Stellen gegenwartig zu hal-

ten ift.

:|: Hofkanzlendekret vom 28ten July 1826, Zahl 11108—731.

Aus Gelegenheit der von einer Landesstelle gemachten Anfrage, ob es nicht von dem Ausspruche in dem Berathungsprotosolle über die Prüsung der politischen Konzeptskandidaten abzukommen habe, daß ein die Prüsung bestandener Konzeptskandidat zu einer Kreiskommissärsoder Konzipistenstelle geeignet erscheinen? hat die Hose kanzlen wahrgenommen, daß von einigen Länderstellen ein Kandidat blos zu einer Kreiskommissärs, ein anderer nur zu einer Konzipistenstelle schon in doraus geeignet erklärt werde.

Diese Uebung scheint bloß auf einer unrichtigen Auslegung des hosbekrets vom 16ten Marz 1819 Nro. 8785. zu beruhen.

In diesem Hofdelrete heißt es allerdings & 7. wird der Geprüfte fähig befunden, so wird ihm das Defret blos mit den Ausbruden zu einer Kreistommisfars- ober Konzipistenstelle fähig, oder vorzuglich fähig, ertheilt.

Es war jedoch nicht der Sinn, daß ein Kandidat nur zu einer Kreiskommissärs, ein anderer nur zu einer Konzipistenstelle schon in Voraus geeignet erklärt werbe, sondern der Sinn dieses &. ging vielmehr dahin, daß Konzeptspraktikanten, welche in der Regel entweder zu Kreiskommissären oder zu Konzipisten besördert zu werden psiegen, wenn selbe in der Prüfung gut bestehen, zu Erlangung einer Kreiskommissärss oder Konzipistenstelle geeignet erklärt werden, je nachdem bei ihrer Besörderung gerade eine dieser Stellen zu besehen ist, und nicht bei dem einen oder andern besondere Bershältnisse eintretten, welche jedoch nur als Ausnahmen anzusehen sind, und welche, wenn sie nicht von der physischen, sondern von der geistigen Fähigkeit des Individuums entspringen, nur durch eine sortgesetzere Beobachtung sich wahrnehmen lassen.

Der Unterschied, welcher bisher aus den Resultaten der Prüsung für die Lauglichkeit zu einer Kreiskomsmissärss oder zu einer Konzipistenstelle gemacht worden ist, hat sonach künftig aufzuhören, und es ist jener Konzeptskandidat, welcher bei der Prüsung genugsame Beweise seiner Gesetenntnis, und der Anwendung derselben an den Lag legt, zu Erlangung sowohl von Konzipistens als auch von Kreiskommissärstellen geeignet ans

zusehen.

Hofkanzlendekret vom 21ten September 1826. Zahl 26291—1589.

Es hat fich ber Fall ergeben, daß ein Konzeptspraktistant einer Kammerprofuratur fich zur Prufung für eine Konzipistens oder Kreiskommissärskelle gemeldet hat.

Da nun nach dem Sinne der am 13ten May 1824 Bahl 13678—932 allen Landesstellen bekannt gemachten allerhöchsten Entschliessung einer solchen Prüfung die Verwendung bei der Landesstelle vorauszugehen hat; so wird hiemit folgendes vorgeschrieben.

itens. Rur jenen Konzeptspraftifanten ber Kammerprofuratur ift der Uebertritt zur Landesstelle zugestatten, die eine vorzügliche Anempfehlung ihrer Fahige teit, Berwendung und Moralität für sich haben, und die zugleich erklären, daß sie zur Prüfung bereits vorbereitet sind.

2tens. hat ein folder Bewerber fich borläufig noch burch brei Monate bei ber Landesstelle zu verwenden, bevor er zur Prufung über seine Gignung zum Konzi-

piften ober Kreistommiffar zugelaffen mirb.

Stens. Sollte er nach Berlauf dieser Zeit die Prüsfung nicht ablegen, ober in derselben nicht bestehen, so ist er ohne Berstattung eines weitern Termins, oder einer nochmaligen Prüsung zu seiner vorigen Dienstesstelle zurückzuweisen.

4tens. Bestehet er aber in der Prüsung und verlangt zum Konzeptspraktikanten bei der Landesstelle oder bei einem Kreisamt ernannt zu werden, so kann er das Abjutum, welches er etwa als Konzeptspraktikant der

Rammerprofuratur bezog, nicht beibehalten.

5tens. Sollten endlich bei anderen Behorden verwendete Konzeptspraktikanten oder Auskultanten sich der Prüfung für eine Konzipisten- oder Kreiskommissärsstelle unterziehen wollen, so müßten sie vorläusig ihren bisherigen Pläßen entsagen, und bei der Landesstelle als Konzeptskandidaten mit Beodachtung der Vorschrift vom 13ten May 1824. eintretten.

Jedoch wurde ihnen ihre frubere Dienftleiftung eingerechnet werben, wenn fie unmittelbar aus berfelben

gur Landesstelle übertretten.

tod consistent alleger 146. to mark rada anothigisto?

Wie sich in Fällen zu benehmen sen, wo Mauthpächter mit Berichtigung fälliger Pachtraten zurückbleiben.

Mit bobem hoftammerdefret vom 23ien July 1. J. Bahl 21594—1007. wurde eroffnet, baß unter einem

bie hierländige Bollgefällen Moministrazion beauftragt werde, die ihr unterstehenden Bezirksmauthämter anzumeisen, in dem Falle, als ein Mauthpächter mit der Berichtigung einer fälligen Pachtzinsrate in dem festgesesten Termin zurüchbleiben sollte, immer hievon ohne den geringsten Verzug auf der Stelle bei sonst eigener Haftung und Verantwortung die Anzeige an das betreffende Kreisamt zu machen, und dasselbe wegen deren Sicherstellung und Eindringung in den Gränzen des politischen Wirkungskreises zu ersuchen.

Damit nun in derlen gallen immer gleichmäffig vorgegangen werde, wird ben t. Rreisamtern nachftebendes

als Leitfaben mitgegeben.

Der iote f. der gedruckten Pachtbedingnisse lautet:

»Bei nicht genauer Erfüllung dieser Bedingnisse

» soll dem verpachtenden Nerarium das Necht zustehen,

» entweder den Pächter zur Erfüllung des Kontrakts zu

» verhalten, oder den Kontrakt auf dessen Gefahr und

» Untösten neuerdings seil zu biethen, und von ihm

» die Differenz des neuen Bestdothes, zu seinem Pacht
» schillinge, mittelst der von ihm erlangten Kauzion,

» und salls selbe nicht hinreicht, mittelst seines sonstigen

» Vermögens hereinzubringen. Bei einem sich ergeben
» den besseren Andothe aber dieser blos dem Nerarium

» zum Vortheile gereichen, und zusallen solle. «

Ferners lautet ber Schlufabfat bes iten Punttes

bes Pachivertrages, alfo:

Uebrigens stehet es den politischen und sonstigen, mit der Gorge für die Erfüllung des Kontrasts beauftragten Behörden fren, alle jene Maabregeln zu ergreifen, die zur unaufgehaltenen Erfüllung des Kontrasts führen, wogegen aber auch den Kontrahenten der Rechtsweg für alle Unsprüche, die er aus dem Kontraste machen zu können glaubt, offen stehen soll.

Wenn daher das Areisamt von Seite der Bezirks, ämter um die Mitwirkung angegangen wird; fo hat dasselbe unaufgehalten und schleunigst zur Sicherstel. jung des Nerars alles das einzuleiten, was die beste-

henden Vorschriften in derlen Fällen gegen Pächter anderer Aerarial - Gefälte vorzeichnen, mit der einzigen Absänderung, daß die für andere Gefälte vorgeschriebene und übliche Außerachtsehung des Pächters hier nur ausnahmsweise einzutreten habe, weil in solchen Fällen ein eigener kauzionsfähiger Beamter angestellt werden müßte, und der Pächter, dann Anlaß zu verwifelten Rech-

nungsprozeffen befame.

Im Allgemeinen wird daher den k. Kreisämtern angedeutet, in solchen vorsommenden Fällen die Lizistazion auf Gesahr und Unkosten des Pächters zur neuerslichen Verpachtung auf das Schleunigste abzuhalten, solange aber dieselbe nicht abgehalten ist, dem Pächter bei dem Gesälle zu belassen, damit er aber die Gesällsgelder nicht sur sich mittlerweile verwenden könne, und dadurch der Deckungssond der Aerarialsorderung nicht geschmälert werde, so ist dem Pächter auf seine Unkosten ein verlästicher Sequester beizugeben, welcher die Mitsperre der eingegangenen Gelder im engsten Sinne und die Uederwachung der richtigen sonstigen Manipulirung zu besorgen haben wird. Auch ist darauf zu sehen, das die eingegangenen Gelder von 8 zu 8 Tägen an die Kreiskasse ad Depositum abgeführt werden.

Uebrigens verstebet es sich von selbst, daß wenn der Pächter bei dem Gefälle nicht bleiben wollte, das Rreisamt dann unter eigener Verantwortung die Aufstellung eines gewöhnlichen Sequesters, und alle jene Maaßregeln einzuleiten hatte, welche einerseits am Kurzesten zum Iwede führen, andererseits auf keinen Fall von dem Pächter im Wege Rechtens angesochten werden

fonnten.

Uebrigens ift von je der getroffenen Verfügung stets bas betreffende Wegmauthbezirksamt in die Kenntniß zu fegen.

Gubernial = Defret vom 21ten Oft. 1826. Gub. Bahl 64273.

Abstellung der Tabakschwärzungen.

Die Einschwarzung des Tabals beginnt, jum Rach. theil des Staatsschapes, und der galizischen Tabaltul.

ter febr überhand zu nehmen.

Nach dem Durchschnitte der Militärjahre 1800, 1801, 1802 betrug der Kontradand - Tadak jahrlich nur 217 Pfund; das Kriegsjahr 1809 war besonders verderblich; der Kontradand - Tadak stieg nach dem Durchschnitte der Jahre 1810 1811 jährlich bereits auf 1879 Pfund.

Die in Folge des Hoffanzlendekrets vom 18ten Juny 1812 erflossene hierortige Sirkular. Verordnung vom 10ten July 1812 Jahl 25474. hatte nicht den gewünschen Erfolg, indem die Einschwärzung nach und nach dermaßen zunahm, daß der Kontraband. Tabak nach dem Durchschnitte der Jahre 1823, 1824, 1825 jährlich den Betrag pr. 32069 Pfund erreichte, und in dem lausenden Militar. Jahre 1826 schon in den ersten 10 Monnaten die Ende August auf den Betrag pr. 36261 Pf. stieg.

Bedeutende Schwärzer . Rotten dringen zwar hauptfachlich aus Ungarn, aber auch aus dem angränzenden Auslande, felbst bis in die inneren Rreise Baliziens vor.

Die f. Kreikämter werden daher angewiesen, fämmtlichen Ortkobrigkeiten strengstens aufzutragen, gegen die Schwärzer gemäß den §§. 12. 33. des Tabakpatents vom 22ten April 1784 und der obigen hier abschriftlich beiliegen Eirkular. Berordnung gemeinschaftlich mit den Tabak und Jollbehörden thätigst zu wirken.

Die ftrenge Uebermachung bes genauen Befolges

wird den f. Rreisamtern empfohlen

Uebrigens find ben herrn Kreisvorstehern in Folge ber Berfügung bes t. f. Landesprästdiums vom 19ten April 1826 Bahl 2670. sammtliche Aufsichts Individuum nach ihrem Ramen, Diensttarafter, und Standsorte bekannt; sollte nun eine andere Stellung der ge-

genwärtigen Stazionen zwedmaffiger, und gegen bas Eindringen der Schwärzer wirksamer senn, so erwartet man von dem Diensteifer der herrn Kreisvorsteher, baf biese Stellung sogleich werbe verfüget werden.

Eine Abfdrift ber in Folge Diefer Berordnung er-

hieber vorzulegen.

Gubernial = Verordnung vom 21ten Oft. 1826. Bub.

Zahl 64800.

Subernial = Verordnung vom 10ten July 1812 Zahl 25474.

Dit bem hoftanzleydetrete vom 18ten Juny I. J. Bahl 8913. wurde bedeutet, nach einer Eröffnung ber Tabat. und Siegelgefälls. Diretzion nehmen die Tabatschwärzungen aus Jupien und Ungarn in die angränzenden Provinzen ber öfterreichischen Monarchie im

bochften Grade überhand.

In der Gegend, wo Ungarn, Galizien und Schlesien aneinander gränzen, werden diese Schwärzungen
sogar von bewassneten Rotten von 150 dis 200 Mann
unternommen, und zu Schönstein in Steuermark gieng
die Kühnheit der Schwärzer soweit, daß eine Rotte von
beiläusig 18 bewassneten Mannern ben in dem dortigen
Kriminal - Arreste verhafteten Tabakschwärzer und Mörder Namens Lorenz Mlater mit Androhung des Todes
bei allenfälligen Widerstand, mittelst Zerschlagung der
Schlösser gewaltthätig befreiten.

Da berlei nicht bloß dem Tabakgefälle, sondern auch der öffentlichen Sicherheit überhaupt gefährliche Rotten vorzüglich in ihrer Entstehung gehindert werden mussen, so haben die k. Kreisämter sämmlichen Ottsobrigkeiten auf das Strengste aufzutragen, gegen die Schwärzer mit Labak- und Lokalbehörden gemeinschaftslich mitzuwirken, zu welchem Ende den letztern nöthigen Falls die erforderliche Militär-Afsikenz sogleich zu-

gumeifen ift.

Erneuertes Deserteurs = Auslieferungs=Kar= tel zwischen Desterreich und Sardinien.

Wir Franz 20.20.

Die zwischen Uns und Seiner Majestat dem Könige von Sardinien gludlich bestehenden Freundschafts. Verstätnisse und das wechselseitige Bestreben, durch alle Mittel zum Vortheile der beiderseitigen Staaten beizustragen, haben Uns und den König von Sardinien bestimmt, den wegen gegenseitiger Auslieserung der Desserteure unter dem 17. May 1817 abgeschlossenen Verstrag, dessen Dauer mit 17. May 1822. abgelausen war, welcher aber nach dem getrossenen Uebereinsommen seither ununterbrochen fort beobachtet worden ist, nun förmlich zu erneuern, und mit jenen Zusäten zu vermehren, welche durch die Ersahrung zur Vervollstänzbigung der Vortheile desselben sur nöthig anerkannt worden sind

In Folge beffen find zwischen Unserem und dem Bevollmächtigten Seiner Majestät des Königs von Sardinien nachsolgende Punkte verabredet und formlich und terzeichnet worden.

I. Artifel.

Alle Civil. und Miltar. Behörden, besonders aber die den Granzen zunachst befindlichen Militar. Kommandanten beider Staaten sollen angewiesen werden, mit der sorgfältigsten Aufmertsamseit darüber zu wachen, daß fein Deserteur von den respektiven Armeen die Granzen überschreiten, noch in den Staaten der anderen tontrahirenden Macht Schup und Zuslucht finden tonne.

Sobald ihnen von den Behörden der benachbarten Macht die Anzeige eines Deferzions - Falles zufommt, follen fie gehalten fenn, einer folden Aufforderung in der fürzesten Beit zu entsprechen, und die Behörden, welche sich an sie gewendet haben, von den zur Auf-

findung des Deferteurs getroffenen Berfügungen zu berftandigen.

II. Artifel.

Diesem zu Folge sollen alle Militär-Personen, ohne Ausnahme, sey es von der Infanterie, Cavallerie, dem Fuhrwesen oder irgend einem andern Militär Bweige der österreichischen oder Sardinischen Armee, welche das Gebiet der anderen Macht betreten würde, ohne mit einem Passe oder einer Marsch Route in guter und geboriger Form versehen zu seyn, auf der Stelle angebalten, und mit allem, was sie an Wassen, Montitungs Stücken, Bagage, Pferden 2c. mit sich genomennen hätten, auch dann ausgeliefert werden, wenn der gleichen Deserteure noch nicht reklamirt worden wären.

Bu diesem Ende soll dem Commandanten des der Gränze zunächst besindlichen Militär Postens binnen 24 Stunden, oder so bald es nur immer geschehen kann, von der Anhaltung des Deserteurs, mit Bezeichnung des Negimentes, von welchem er entwichen ist, des Tages seiner Anhaltung und der Gegenstände, welche er bei sich gehabt, die Anzeige gemacht werden, damit dieser Commandant ein Detachement zur Uebernahme des Deserteurs an die Gränze abschiesen, und dugleich, nach den Bestimmungen des IX. Artitels, die Kosten, welche dieser während der Haft für seine eigene Berpslegung und den Unterhalt der allensalls mitgenommenen Pserde verursacht haben dürste, sammt der im VI. Artisel seizgesetzen Belohnung oder Taglia berichtigen könne.

Mare das angehaltene Individuum auch von der Armee eines anderen Souverains entwichen, mit welchem gleichfalls ein Cartel bestehet, so soll es jener Armee, von welcher er zulest defertirt ist, zurud gestellt werden.

Sinfictlich der entwichenen Offiziere der beiderfeitigen Urmeen ift fich noch ferner nach ben dieffalls

smifden ben fontrabirenden Machten verabredeten befonderen Bestimmungen zu benehmen.

III. Artifel.

Gollte es einem Deferteur ungeachtet aller Borfichtsmaßregeln gelingen, die Bachfamfeit ber Grangbeborden, entweder burch Bertleibung, falfche Paffe oder auf andere Urt, ju hintergeben und fich in das Gebiet ber anderen Macht einzuschleichen, ober in beren Armee, ohne Unterschied, ob bei einem Razionale ober fremben Regimente, enrolliren zu laffen ; fo foll er nichts befto weniger, von dem Augenblide, wo er entbedt wird, dem Commandanten der Armee, von welcher er entwichen ift, und felbst bann ausgeliefert merben, wenn er auch icon langere Beit im Lande anfässig mare.

IV. Artifel.

Bon biefer Burudftellung find ausgenommen : bie Deferteure, welche geborne Unterthanen jener ber fontrabirenden Mächte maren, auf deren Gebiet fie fich gefluchtet haben, weil fie burch Entweichung aus dem fremden Dienfte in die Staaten ihres rechtmäffigen Landesberren gurud febren. Die Burudftellung foll fic in diefem Falle nur auf die Waffen, Pferde, Montirungs. Stude und andere Gegenftande erftreden, melde ein folder Deferteur mit fich genommen batte.

Befagte Ausnahme erftredet fich aber nicht auf jene Deferteure, welche in den Staaten der einen der hoben fontrabirenden Mächte geboren, nach gefebmäffig erworbener Ginburgerung in ben Staaten ber anderen, von der Armee diefer letteren entwichen waren. folder Deferteur, wenn er im Canbe, wo er geboren ift, angehalten wird, foll nichts defto weniger obne Unstand ausgeliefert werden.

V. Artifel.

Gin jeder Deferteur, welches auch feine Gigenfcaft fenn mag, erhalt ju feiner Berpflegung taglich eine Brotporzion und 25 Centimes, das Pferd aber eine gewöhnliche Ration, deren Bergutung, nach den laufenden Marktpreifen des Ortes, wo der Deferteur in Berwahrung gehalten wurde, zu geschehen hat.

VI. Artifel.

Jenen, welche einen Deferteur anzeigen ober einsteingen, wird eine Belohnung, (Taglia) und zwar von acht Gulben oder zwanzig Franken in kurstrender Münze für einen Mann zu Fuß, und von zwölf Gulben oder drepsig Franken für einen Cavalleristen mit dem Pferde, zugestanden.

VII. Artifel.

Falls ein Deferteur in dem Lande, wohin er sich gestücktet, ein Berbrechen begangen hätte, welches eine mindere Strase als jene der Veruttheilung zur öffentlischen Arbeit nach sich zöge, so soll er ohne Ausenthalt zurück gestellt, jedoch zugleich bei seiner Auslieserung ein species facti oder anderer legaler Aft zur Bestättigung des von ihm begangenen Verbrechens, mit Angabe aller erschwerenden oder mildernden Umstände, übergeben werden, damit er von den Gerichten der Macht, an welche er ausgeliesert worden, nach den Gesehen des Landes, wo er das Verbrechen begangen hat, bestrast werden könne; zu diesem Ende soll sich auch in vorerwähntem Aften Stücke die Strase angezeigt sinden, welche eben die Gesehe über jene Gattung von Verbrechen verhängen.

Wenn aber die Strafe, in welche der Deferteur durch das in dem Lande, wohin er sich geflüchtet, begangene Verbrechen versallen ist, in Verurtheilung zu öffenlicher Arbeit bestünde, oder noch von schwererem Grade wäre; so hat die Auslieserung erst nach überstandener Strafe

zu geschehen.

VIII. Artifel.

Jedes Detachement, welches zum Rachseben eines Deserteurs abgeschickt wird, hat auf ber Granze anzuhalten

und nur einen, mit einem Passe versehenen Mann bis zum nächsten Orte abzusertigen, um daselbst den Deferteur von den Ortsbehörden zu reklamiren.

IX. Artifel.

Die gegenseitigen Militär- Commandanten an den Gränzen haben jedesmal über Ort, Tag und Stunde der Uebergabe der Deserteure das Einverständniß zu pflegen, und die hierzu ersorderlichen Truppen-Detachements an den bestimmten Ort abzuordnen.

Der Commandant, welcher die Uebergabe des Desferteurs bewerkstelliget, ist gehalten, dem Commandanten, welcher denselben reklamirt hat, eine Quittung über dierichtige Bezahlung der Taglia und sonstigen durch den Des

ferteur verurfachten Roften auszuftellen.

Der Commandant, welcher den Deserteur übernimmt, hat dem Commandanten, welcher ihn ausliesert, bei der Uebergabe desselben, gegen Quittung dieses Letzteren, den Betrag der Laglia und sonstigen, durch den Deserteur verursachten Kosten, in Gemäßheit der Stipulazionen der Artisel II. und V. des gegenwartigen Cartels zu vergüsten, und dagegen den Ausweis über diese Kosten, so wie die species facti und die anderen den Deserteur betressenden Alten zu übernehmen; indem er seiner Seits einen Empsangsschein über den Deserteur, so wie über alle ihm übergebenen Alten auszustellen haben wird.

X. Artifel.

Dieselben Bestimmungen haben auch in Ansehung ber Dienstleute ber Offiziere bes einen Staates, welche auf bem Gebiete bes anderen betreten würden, jedoch bloß in Folge einer voraus gegangenen Reklamazion zu gelten, und sollen dieselben sofort angehalten, und nach Anordnung des II. Artikels, ausgeliesert werben.

XI. Artitel.

Reder Offizier der einen Armee, welcher einen Golbaten der anderen, fen es durch Lift oder Gewalt gur Deferzion verleitet, foll mit zweimonatlichen Arrefte bestraft werden.

XII. Urtifel.

Jedes andere Individuum foll in einem ähnlichen Falle mit einmonatlichem Gefängniß oder mit einer Geldbuße von funfzig Franken bestraft werden, es wäre denn, daß erschwerende Umstände des Vergehens eine Verschärsfung der Strafe begrunden.

XIII. Artifel.

Allen Unterthanen der kontrahirenden Räche ist untersagt, den Ocserteuren von den Truppen des anderen Staates irgend etwas von Kleidungs - oder Austüstungs-stücken was immer sur einer Art, Pferde, Wassen 2c. abzukausen. Allenthalben, wo man dergleichen Essekten sind die als gestohlenes Gut anzusehen, und dem Regimente, welchem der Deserteur angehöret, zuruck zu stellen. Derjenige, welcher sich eine Uebertrettung dieses Verbotes erlaubt, soll überdieß mit einer Geldstrase von fünf und zwanzig Franken belegt werden, sobald bewiesen wird, es sey ihm entweder durch die Natur des gekausten Stückes, oder auch auf andere Art bewußt gewesen, daß es ein gestohlenes Gut sey.

XIV. Artifel.

Alle rudfichtlich ber Auslieferung der gebenseitigen Deserteure sestigen Bestimmungen werden durch gegenwärtigen Artikel ausdrucklich auf die widerspänstigen Militarpflichtigen beider Staaten ausgedehnt, und, soweit sie auf diese letteren anwendbar sind, in Araft gesett.

Bu diefem Ende follen folgende Magregeln getroffen

merden:

a) Die Unterthanen der einen der beiden kontrahirenden Mächte, welche an der Gränze der anderen ohne vorschriftmässigen Pas oder legale Bewilligung erscheinen, und besonders jene, welche den Verdacht erregen konnten, sich der militärischen Aushebung ents

gieben gu wollen, follen als Landftreicher angefeben. und als folde von der Granze zurudgewiesen merden, ohne daß jedoch dadurch weder der gewöhnliche Verfehr zwischen den Ginwohnern der an der Granze gelegenen Orte, fo wie felber nach ben in beiden Staaten geltenden Vorschriften wirflich bestebet, ober mit beiderseitigem Einverständniffe in der Bufunft festaefest werben fonnte, noch ber jabrlich Statt finbenbe Uebergang der Feldarbeiter aus einem Gebicte in das andere ein Sinderniß erleide.

b) Jene Unterthanen der einen der beiden fontrabirenden Machte, welche fich in den Staaten der anderen mit vorfcbriftmaffigen Daffen ober legaler Bewilli= gung aufhalten, und welche zur Militar Dienftleistung in was immer fur einer Baffe, Branche ober Gigenschaft berufen murden, follen in ihr Baterland zurud gesendet werden, sobald deren Reflamirung in geboriger Form erfolgt fenn wird.

c) Die Unterthanen ber einen Macht, welche fich nicht auf eine genugende Art über die Befrenung bon der Militar = Pflicht in ihrem Vaterlande ausweifen fonnen, follen zu feiner Urt Militar - Dienftleiftung in den Staaten ber anderen Macht angeworben werden.

XV. Artifel.

Gegenwärtige Convention wird acht Tage nach ihrer Rundmachung in Kraft und Bollzug treten, und auch weiterhin bon funf gu funf Jahren in Rraft bleiben, obne daß nach Berlauf diefer Frift eine ausdruckliche Erneue= rung derfelben von Nöthen ware, bis nicht von einer der beiden fontrabirenden Machte eine Gegenerflärung erfolgt.

Gie follen im gangen Umfange beider Staaten fund gemacht werden, und die beiben erlauchten Monarchen verpflichten Sich ausdrudlich, ben betreffenden Behörden die nothigen Behelfe ertheilen zu laffen, damit ben Reflamationen, welche Rraft Diefer Convention Statt haben durfte, baldmöglichst Folge gegeben werde, und sowohl die Behörden, welche fich bierin eine Nachläffigfeit gu

Schulden kommen ließen, als auch die Unterthanen mit den ihrem Vergehen angemessenen Strafen zu belegen, welche sich der Verbergung oder Besorderung der Flucht der nicht mit regelmäßigen Passen versehenen oder bereits reklamirten Individuen der anderen Razion schuldig machen sollten.

Nachdem wir nun diesen Bestimmungen durchaus Unsere Genehmigung ertheilen, und dieselben, mittelst gegenswärtigen allenthalben kund zu machenden Edistes, zur Kenntnis Unserer Unterthanen bringen, damit sie sich genau darnach achten können; besehlen wir zugleich allen Unseren Civil und Militär Beamten und anderen Vorgesepten, darauf zu halten, damit dasselbe in Gemäßheit der Bestimmung des XV. Artisels nach seinem ganzen Umsange und Inhalte genau besolget und vollzogen werbe-

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, am 27ten Februar, im Jahre des Heils ein tausend acht hundert sechs und zwanzig, Unserer Regierung im funf und drenßigsten Jahre.

Frang.

(L. S.)

Friedrich Aaver Prinz zu Hohenzollern-Hechingen, General der Savallerie und Hoffriegsraths-Präsident.

Joseph Frenherr von Stipsicz,

General der Cavalleri und Hoffriegsraths. Vice - Präsident.

Nach Seiner f. f. apost. Majestat bochst eigenem Befehle.

Bach und gemannen Gafpar Lehmann.

Gubernial - Kundmachung vom 23. Oft. 1826. Gub Bahl 66238.

Umsekung des Unterrichtsgeldes an der Lemberger Universität und den beiden Sym= nasien in Metallmunze.

Bu Folge Studienhoffommissionsbekrets vom 23ten Janner I. J. Jahl 4499. ist mit allerhöchster Entschließung vom 15ten September d. J. die Umsehung des Unterrichtsgeldes an der Lemberger k. k. Universität und den beiden Lemberger Gymnasien auf Metallmunze dergesstalt festgesett worden, das die Gymnasiasscher nur acht, die Philosophen nur zwölf, die Juristen nur zwanzig Gulden Metallmunze zu entrichten haben, und es den Schüslern freygelassen werde, dieses Unterrichtsgeld in Metallmunze oder in Einlösscheinen, nach dem Kurse zu 250 zu entrichten.

Welche allerhöchste Willensmeinung mit dem Beisate zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Einhebung des Unterrichtsgelbes in der odangedeuteten Art, mit

bem gegenwärtigen Schuljahre beginnen werde.

Gubernial = Kundmachung vom 24ten Oft. 1826. Bub. Bahl 61765.

150.

Uebersetzung des Tyniecer Bisthums nach Tarnow.

In Folge der allerhöchsten Entschließung Seiner Majestät, und der mit hohen hoffanzlendekret vom 4ten I. M. herabgelangten pähftlichen Bulle, wird das in Tynicc gestiftete Bisthum nach Tarnow übertragen.

Wovon die f. Rreisämter zur Wiffenschaft in Kennt-

niß gefest werden.

Gubernial = Berordnung vom 27ten Oft. 1826. Gub. Bahl 65547.

Behandlung der zur Waffenübung nicht eingerückten Urlauber.

Bei der heurigen Waffenübung haben sich wiederholte häufige Fälle ergeben, daß die einberuffenen Urlauber

nicht eingerückt find.

Um diesen Unsug kunstig zu beseitigen, hat das k. k. General Militär = Commando eingeleitet, daß derley Urslauber nachträglich einzuberusen, im Fall ihrer Diensttaugslichseit, und in so ferne sie sich über die Ursachen ihres Ausbleibens zur Wassenübung nicht zu rechtsertigen versmögen, nicht wieder zu beurlauben, sondern im Stande zu behalten, und dagegen eine gleiche Anzahl anderer Mannschaft mit Urlaub zu entlassen sepen.

Jene davon, welche an ihrem Ausbleiben schuldlos befunden werden, sollen übrigens durch 28 Tage nachträglich exerziret, und sodann wieder mit Urlaub entlassen

werden.

Hievon werden die k. Kreisämter zur gehörigen Mitwirkung mit dem Beisate verständigt, dieselben haben diese Verfügung des k. k. General - Militär - Commando den Ortsobrigkeiten zu dem Ende bekannt zu machen, damit hievon die in ihren Bezirken befindlichen Urlauber in Kenntniß gesett werden, um sich in Jukunst durch Nichterscheinung auf die an sie ergehenden Vorrussungen nicht einer gleichen Behandlung auszusetzen.

Gubernial = Verordnung von 28ten Oft. 1826. Gub. Babl 67341.

152.

Die Stempelbefrenung der obrigkeitlichen Meldzettel, Entlaßscheine und Interzessionen wird auf den ganzen mit der Verhandlung eines derlen Aktes verbuns denen Schriftwechsel ausgedehnt.

Die hohe Hoffanzley hat mit Defret vom 21ten Sep-

tember l. J. Jahl 26772. anher bedeutet, daß die k. k. allgemeine Hoffammer in nachträglicher Beziehung auf die mit dem hohen Hoffanzlendekrete vom 11ten April v. J. Jahl 10925. bekannt gemachte Verordnung wegen Stempelbefrenung der obrigkeitlichen Meldzettel, Entlaßscheine und Interzessionen unterm Joten August d. J. eröffnet habe, daß diese Stempelbefrenung auch auf den ganzen mit der Verhandlung eines solchen Aufnahms- oder Entlaßaktes verbundenen Schristenwechsel auszubehnen sen.

Wovon die k. Kreisämter mit Bezug auf den hierortigen Erlaß vom 7ten May 1825 Jahl 22171: mit welchem, das bezogene hohe Hoffanzleydekret vom 11ten April 1825 Jahl 10925. kundgemacht worden ist, mit dem Auftrage in die Kenntniß gesetzt werden, sich dieser nachträglichen Erläuterung gemäß zu benehmen, und die unterstehenden Obrigkeiten hievon zu verständigen.

Gubernal - Verordnung vom 31ten Oft. 1886. Bub.

3abl 62003.

153.

Preußische Unterthanen, die obgleich in einem Alter eingewandert sind, wo sie noch nicht militärpflichtig waren, mussen ausgeliefert werden.

Ueber eine Anfrage, ob ein reklamirter preußischer Unterthan im Grunde der Convention vom 20ten Februar
1819 Art. XV. auszuliesern sey, wenn er in einem Alter eingewandert ist, wo er noch nicht Militärpslichtig gewesen seyn konnte, ist in Folge hohen Hoskanzleydekrete
vom 25ten September I. J. Jahl 27196. entschieden worden, daß die Auslieserung eines solchen Unterthans keinem
Anstande unterliegen könne, weil in dem mit dem Königreiche Preußen abgeschlossenen Deserteurs Kartel kein
Alter der Militärpslichtigkeit ausgedrückt ist, und überhaupt
nicht das Alter, sondern die bürgerliche Eigenschaft des
Unterthans die Militärpslichtigkeit desselben begründet.

N 2

Wobon bie f. Kreisämter zur Wissenschaft und Darnachachtung verständigt werden.

Gubernial = Berordnung vom 31ten Oft. 1826. Gub.

Babl 63385.

154.

Auslosung der bisherigen Provinzialkommission für die Regulirung des Grundsteuer = Provisoriums, und Errichtung einer eigenen Steuerregulirungs = Provinzial = Kommission.

Seine Majestät haben die Auslosung der bisherigen Provinzial Kommisson für die Negulirung des Grundssteuer-Provisoriums, und die Errichtung einer eigenen Steuerregulirungs Provinzial Kommission, von der nicht nur die Geschäfte des stadilen Katasters, sondern auch alle der nun ausgelösten Provinzialsommission für das Grundsteuer Provisorium disher zugewiesenen Geschäfte, nebst den in Bezug auf das einzusührende Akzis System vorskommenden Verhandlungen besorgt werden sollen, zu beschließen geruhet.

Diese allerhöchste Anordnung wird in Bezug auf das Gubernial Areisschreiben vom Iten Juny d. J. Jahl 34167, mit dem Beisate zur allgemeinen Kenntniß gestracht; daß zu dem Zeitpunkte, wann jene Kommission ausgelöst, und diese in Wirksamkeit treten wird, der ite

November 1826 festgefest worden fepe.

Gubernial = Kundmachung vom 1ten Nov. 1826. Gub. Bahl 68680.

155.

Wie sich bei Vermiethung städtischer Sauser, Wohnungen u. d. gl. rucksichtlich der Kauzion zu benehmen sen.

Die in den Direktiven gur Berpachtung der ftabtifchen

Realitäten im III. Abschnitt f. 10. Litt. C. enthaltene Borsschrift, daß bei Verpachtung städtischer Realitäten eine den ganzjährigen Pachtschilling gleich lautende Kauzion gelegt werden soll; hat zu der Beobachtung Anlaß gegeben: daß hiedurch die Vermiethung einzelner Häuser, Wohnungen Gewölben und dergleichen sehr erschwert, und Pachtlustige selbst verscheucht werden.

Die hohe Hoffanzlen hat daher mit Defret vom Oten July I. J. Jahl 19024- zu bewilfigen geruhet, daß bet den Verpachtungen der erwähnten Gattung, von der Forderung eines ganzjährigen Miethzinses als Kauzion unter der Bedingung abgegangen werden durfe, daß:

a) ein halbjähriger Miethzins gleich bei Approbirung bes Kontraftes, und Ginführung in das Pachtobjekt;

b) die folgenden Miethzinse aber ftets zwei Monate vor den fonft gewöhnlichen Zahlungsterminen berichtiget

merden;

c) daß jedoch in jenen besonderen Fällen, wo dieß unumgänglich nothwendig befunden wird; eine den Umständen angemessene Kauzion de non deterio-

randis aedificiis zu stipuliren fey.

Die f. Kreisämter haben diese hohe Entschließung sämmtlichen dortkreisigen Magisträten und Kämmerenen, welche vermiethbare Häuser oder Hausbestandtheile besitzen, befannt zu machen, und selbe anzuweisen, daß sie bei den nächst eintrettenden Verpachtungen, derselben genau zu erwägen haben, ob die Nothwendigseit einer Kauzion eintrette oder nicht, wornach sodann jedesmal vorläusig der gehörig begrundete Antrag hieher zu machen senn wird.

Gubernial-Berordnung vom 4ten Nov. 1826. Bub.

3ahl 68752.

156.

Existeng = Eruirung der Mannschaft von den aufgelosten Militarkorpern.

Mit hohem Hoffanzlendekrete vom 12. v. M. Bahl 28770, ist anher bedeutet worden, baf das Geschäft der

Eristenz · Eruirung, welches auf sämmtliche aufgelöste Regimenter, Bataillions und Korps, dann Transportssame melhäuser Bezug hat, von der Sentral = Erläuterungs Kommission an die Hosffriegsbuchhaltung übergangen sen.

Welches hiemit zu dem Ende bekannt gemacht wird, damit sich in derlen Eristenz = Eruirungsangelegenheiten kunftig an das galizische k. k. General = Kommando zum Behuf der weitern Nücksprache mit der Hoskriegsbuchhalstung verwendet werde.

Gubernial = Kundmachung vom 5ten Nov. 1826. Gub. Babl 68192.

157.

Wie sich bei Erhehung der Ansprüche auf Pramien für Obstbaumpstanzungen zu benehmen sen.

Da man wahrgenommen hat, daß die Kreisamter die Erhebungen in Absicht auf die wegen Obstbaumzucht zu ertheilende Belohnung nicht gleichsörmig pslegen, so wird demselben ein tabellarischer Zusammensay in den sämmtlichen mit der hierortigen Verordnung vom 14ten July 1822 Jahl 34127. geforderten Bedingnisse enthalten sind, mit der Weisung zugestellt hiernach 1st diese Erhebung zu pslegen.

Was in jede der Aubriken einzutragen kömmt, macht die Ausschrift ersichtlich, bloß bei der Rubrik Anmerkung sindet man zu bemerken, daß hier sowohl der Zeitpunkt innerhalb welchen die Pslanzung geschehen, als auch jener innerhalb welchen die Obstbäume zur Fruchtragung geslangten anzumerken, die Lage des Gartens zu beschreiben, die Art der Behandlung der Obstbäume, ob nämslich dieselben in einer geregelten Ordnung und gehörigen Entsernung von einander gesetzt sind, somit auf für die Zukunft ein Gedeihen versprechen, überhaupt ob schon ein höherer Grad der Kultur erzilt wurde zu bemerken, und das Gutachten, ob dem Prämienwerber die Belohnung zukomme oder nicht beizussügen sev.

uebersicht und Würdigung.

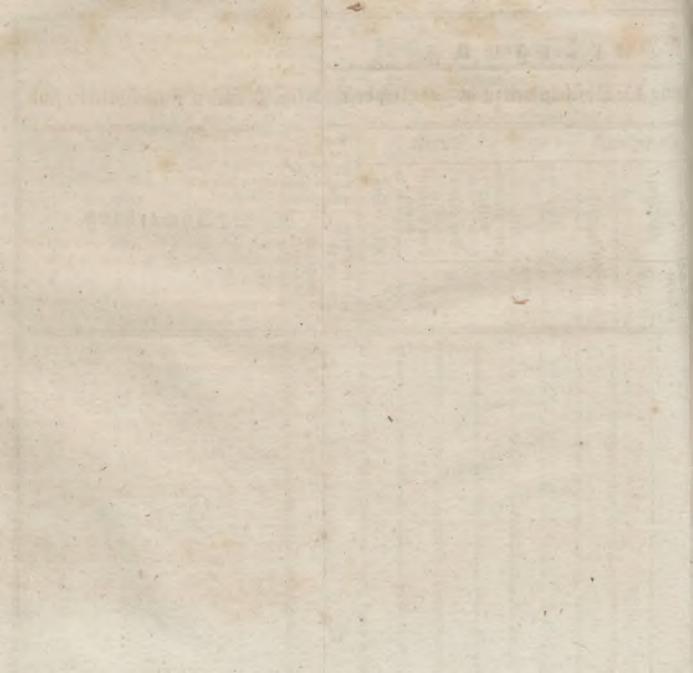
uibersicht und

Der Unsprüche der nachstehenden Unterthanen welche um die zur Emporbri

		Wohnort		Blägeninhalt bee Gartens		Zahl und Gattung der							
post. 3 un a h Nro. bes	men		Aller			Nepfel		& Sirn		Kirlpen		Weich fel	
Prämienn	verbers.	nuidai	- GN	\$od	Rlafter	gepfropft	nicht ge piropit	gepfropft	nicht ge piropit	gepfropft	nicht ge- piropit	gepfropft	nicht ge-
	-												

Würdigung.

Dbftbaume					Anzahl				Summa ber bom					
Smetfoten		núffe	Welfchenuffe Pfirsich	Morifen	Bom Pramien. merber	Bon andern	Bom Pramien- werber	Bon andern	Pran werbe pflan	T ge.	Unmerkung.			
gepfropft	gepfropft nicht ge- pfropft				gepflangten Dbft. baume			Dbfibau, me						
	ż													
1														



Dieser die Stelle des Protokolls vertrettende Zusammens sift, von sammtlichen Kommissionsgliedern als dem Kreisskommissär, dem Ortspfarrer dem Dominikal = Representanten, den Ortsvorstand und denen zur Verhandlung beisgezogenen ältesten Gemeind - Glieder zu untersertigen.

Gubernial = Verordnung vom 7. Nov. 1826. Gub Zahl 66418.

Erneuerung des Verboths, wornach allen verwaltenden und verrechnenden Militär = Behörden untersagt ist, Anleihen an baarem Gelde oder Naturalien anzu= nehmen.

In Folge hohen Hoffanzleydefrets vom 23ten Obtober . | · I. J. Bahl 29545, wird die beiliegende, vom f. f. Hoffriegsrathe unterm 24. September I. J. Bahl 4284, an sämmtliche General - Kommanden erlassene Cirkular-Berordnung: womit der allgemeine Verboth erneuert wird, wornach allen verwaltenden und verrechnenden Militär-Behörden untersagt ist, Anleihen an baarem Gelde oder Naturalien für Nechnung des Aerars von Privaten aufzunehmen, zur allgemeinen genauesten Nachachtung hiez mit kund gemacht.

Gubernial = Rundmachung vom gten Rov. 1826. Gub. Bahl 69353.

Verordnung

. .

des k.k. Hoftriegsrathes an sammtliche Militar = General = Rommanden, das Genie = Hauptamt, Artillerie = Hauptzeugamt, Truppen = Rorps = Rommando in Neapel, Marine = Oberkommando, Festungs = Rommando in Mainz, an den General = Quartiermeisterstab und an das allgemeine Militar = Appellazions = Gericht.

Womit der allgemeine Verboth erneuert wird, wornach allen verwaltenden und verrech= nenden Militar=Behörden untersagt ist, Anleihen an baaren Geldern oder Naturalien für Rechnung des Aerars von Privaten aufzunehmen.

Die Hoffriegsbuchhaltung hat angezeigt; sie habe aus ben ihr zugekommenen Rechnungen der Militär-Verpflegs-Magazine der vergangenen Jahre wahrgenommen, daß Wagazins - Nechnungsführer in öfteren Fällen, wo wegen Unzuläßlichkeit des Kassa-Verlages die kurrenten Auslagen nicht bestritten werden konnten, ohne Vorwissen und Genehmigung der betreffenden Generalkommanden, Gelder von Privaten auf Nechnung des Aerars entlehnt haben

Da der Verboth allgemein für alle verwaltenden und verrechnenden Sivil - und Militär Behörden besteht, bei Unzulänglichkeit der Kassa-Baarschaft, zur Bestreitung der vorfommenden Auslagen, wenn sie auch noch so dringend wären, Darleben von Privat Parthenen aufzunehmen, oder aus eigenem Verwögen der ihrer Verwaltung

anvertrauten Acrarial-Kasse-Vorschüsse zu leisten; so muß auch dieser Grundsatz bei den Militar Verpslegs = Magazinen, so wie überhaupt bei allen Militar Verwaltungsund Verrechnungs-Unterbehörden, um so strenger gehandhabt werden, als eine Abweichung von dieser Vorschrift sich aus mehreren Rücksichten als bedenklich darstellet.

Bei der in ruhigen Friedenzeiten und unter gewöhn-lichen Umständen bestehenden Fürsorge, daß alle Militär= Raffen fur ihre zugewiesenen Bedurfniffe ftets mit einem angemeffenen Verlagsvorfprunge bededt merden, fann ob= nehin eine Verlegenheit an den erforderlichen Geldmitteln nicht eintreten; felbit in bem Falle, wenn durch einen zu fälligen Aufenthalt die Beld = Rimeffen um eine, bochftens amei Bochen fpater einlangen, (welche Galle überhaupt nur bochft felten bortommen fonnen), fann fich boch in ber vorgeschriebenen monatlichen Richtigkeitspflege befihalb feine Störung ober hemmung ergeben, weil die von bem vorausgegangenen Monate erübrigten Raffa-Borrathe jeden Falls zur Bestreitung der fleineren, täglich oder wochentlich borkommenden fleinen Personal= und Arbeits-Lohnzahlungen hinreichen; die mit den Militar = Bermaltungen und Verrechnungen in bertragsmäßigem Verkehre ftebenden Parthepen aber fur ihre, nach der Abrechnung entfallende, größere Forderungsgebuhr einstweilen mit ben, von den verwaltenden und verrechnenden Individuen ausgefertigten und zur gefeslichen Gultigfeit ftets von bem Rontrollor diefer Berrechnung mitgefertigt fenn muffenden Schuldscheinen verfichert merben fonnen und follen.

So wie nun unter den vorangeführten Umftänden jede Entlehnung an baaren Geldern von Privaten ausstrücklich und unbedingt verboten bleibt, fo erstreckt sich auch dieses Berbot auf alle Gelder Entlehnungen von anderen ärarischen Rassen, oder Kreise, Comitatse, Delegazionse oder Herrschafts Aemtern und auf alle Entlehnung an Naturalien und Materialien bei Privaten, oder

bei anderen Staatsamtern.

Rur für die ungarischen Provinzen und für Siebenburgen find, im Einvernehmen mit den beiden Softanglepen, ausnahmsweise für zwei Fälle solgende, vorgehens bes Verboth aufrecht erhaltende Abhülsen gestattet wors ben; wenn nämlich durch Brand oder Ueberschwems mungen eines Quartierortes und der daselbst gesammelten Vorräthe, oder durch pläsliche Militär = Dislokazions Aenderungen ein Mangel an den ordentlichen Fürsorgen

und Borbereitungen entsteht.

Nur in diesen ausgenommenen Fällen haben die bestreffenden Militär Behörden, und darnach auch die Mislitär Magazins Berwaltungen der letztbenannten Produinzen, in einem von dem Militär Kommandanten des Ortes, von dem Magazins Kontrollor und Nechnungsführer gesertigten Ansuchen, von den Comitaten, oder wenn der Sitz desselben nicht im Orte, dann auch die schnelle Communication mit dieser Behörde gehindert wäre, von den nachsten Herrschaftsämtern oder auch Magistraten die einstweilige Aushülse an den Bedürsnissen, dis das General Kommando mit der Landesstelle die neuen Sinsleitungen getrossen hat, eden so anzusuchen, wie für ähnsliche, in Kriegszeiten eintretende plöpliche Erfordernisse die gleiche Hülse im Wege der Requisizion gegen Vergüstung der zu berechnenden Beköstigung statuirt und vorgesschrieben ist. Aus einseitige Zuschriften des Verpslegsschrieben ist. Aus einseitige Zuschriften des Verpslegsschrieben derlen Kommissional Ansuchen werden und dürsen betelen Kommissional Ansuchen werden und dürsen solche Vorschussaushülsen nicht erfolgt werden.

Es muß jedoch von einem jeden folchen Falle dem vorgefesten General = Kommando gleich auf der Stelle die

Anzeige erftattet werben.

Damit aber auch sur die auf diesem Wege von den Landes - Autoritäten erlangten Husen, welche von den Militär = und Comitats - Behörden gegen beiderseitig vorgesetze Landesstellen genau nachzuweisen sind, die gehörige Berichtigung ohne Verzug geleistet, und die vorgeschriebene Rechnungsrichtigkeit der verwaltenden Militär-Branchen hergestellt werden könne, haben letztere über die empfangenen baaren Gelder jedes Mahl eine auf die betreffende Kriegs - Kasse lautende Verlags - Quittung auszustel-

len, gegen welche die den Vorschuß leistende Comitatssoder sonstige Landes oder Kameralkasse den Rückersaß ans ausprechen, und jedes Mahl gleich an der Stelle zu empfangen hat; die Aushülfen an Naturalien und Materialien aber sind den Comitaten, oder herrschaftlichen Aemstern, oder Magistraten auf die sonst gewöhnliche Art zu rezepissiren und unter Zulegung der einzuziehenden Segenscheine in der Rechnung interimal zu beempfangen, dis auch hiersur die von den Länderstellen auszumittelnde Vergütung in Geld geleistet, und sonach die vollständige

Rechnungsrichtigfeit bergeftellt werden fann.

In den Italienischen, in den Deutschen Provinzen und in Galizien hat aber selbst die vorangeführte Ausenahme von dem hiermit erneuerten Verbothe aller Anleiben nicht Statt zu sinden, nachdem durch das Cirkular-Nestript A. Nro. 629. vom zen Februar 1824, im Einvernehmen mit der k. k. Dostanzlen, statuirt ist, daß und wie in Fallen, wo die Pächter zur Snbarrendirung nicht aufzubringen sind, und auch die Abhulse durch den Handeinsauf nicht möglich ist, die Fürsorge mittelst der im Einvernehmen mit den Areisämtern oder Delegazionen einzuleitenden Subministrirung für die Iwischenzeit zu tressen sen, die Sicherstellung der Ersordernis in der

fpftemifirten Urt erzielet werden fann.

Das General = Kommando hat also hiernach die gesammiten unterstehenden Behörden zur künstigen genauen Nachachtung anzuweisen, wobei demselben übrigens erössenet wird, daß die gegenwärtige Vorschrift auch den sämmtslichen Hoffanzleven mit dem Ersuchen und zu dem Ende bekannt gegeben worden ist, damit einer Seits das erneuserte Verboth, wornach es allen verwaltenden und versrechnenden Militär = Behörden untersagt ist, Anleihen an daarem Gelde oder Naturalien für Nechnung des Acrars von Privaten auszunehmen, durch die betressenden politissen Verwahrung gegen jeden Nachtheil, der aus der Nichtrückweisung solcher Anleihensausprücke sür Private oder Amtsbehörden entstehen kann, mit eigenen Patenten publizirt, anderer Seits aber auch die Cosnen Patenten publizirt, anderer Seits aber auch die Eosnen

mitats = und Jurisdikzions = Behörden in Ungarn und Siebenbürgen angewiesen werden, dem Militär die in dringenden Nothfällen erforderlichen Hulfen, unter Beobachtung die dieffalls vorgeschriebenen Sicherheitsmaßreageln, willfährig zu leisten.

Wien, den 24. September 1826.

Friedrich Xaver Pring zu Sohenzollern-Sechingen, General der Cavallerie und Hoffriegsraths - Prafident.

Joseph Frenherr von Stipficz,

General der Cavalleri und Hoffriegsraths= Bice - Prafident.

Bei Streitigkeiten zwischen Mauthpachtern und Parthenen steht die Entscheidung der Zollgefällen = Verwaltung zu.

Laut hohen Hoftammerdekrets vom 16ten Jänner 1822
Bahl 2776. steht die Entscheidung bei vorkommenden Streitigkeiten zwischen Mauthpächtern und Parthepen, über die beiderseitigen Klagen bloß der Jollgefällen-Berwaltung zu, und da man wahrgenommen hat, daß einige Kreissämter sich in derley Entscheidungen eingelassen haben; so wird denselben mit Bezug auf das vorerwähnte hohe Hofstammerdekret zur künstigen Darnachachtung mitgegeben, daß in allen derlep Fällen das Kreisamt und die politische Obrigkeit nur in so weit hieraus Einsluß zu nehmen habe, als es die Ausrechthaltung der öffentlichen Ruhe ersfordert, oder es sich nach s. 9 des Vertrags um augendicklichen Schuß des Pachters vor Beeinträchtigungen handelt, ohne jedoch in eine Entscheidung der gegenseitigen Klagen sich einzulassen, mit welchen die Parthen an die kompetente Zollbehörde zu verweisen sind.

Gubernial = Defret vom 10ten Mov. 1826. Gub. Babl

66832.

Das von dem Professor Franz Fieker bearbeitete Werk unter dem Titel Chrestomathia latina in usum auditorum philosophiae anni primi et secundi wird als Lehrbuch eingeführt.

In Gemäßheit des bei Ginführung des jegigen Lehr-Plans der philosophischen Studien ausgedruckten Vorbebalts, späterhin Christomathie zu bestimmen, deren sich für das Lehrfach der lateinischen Philologie zu bedienen, und wie bei dem Gebrauche berfelben zu verfahren fenn werde, damit der 3med diefes Lehrfachs vollständig erreicht werde, mird in Folge hohen Studienhoftommiffions = Defrets vom 14ten Oftober I. 3. 4936. verordnet, daß fich mit Anfang des aten Schulsemesters biegu, des von dem Professor Frang Fiefer, nach dem Zwede Diefes Lehrfaches bearbeiteten, und in Wien bei Geistinger berausgegebenen Werfes, mit bem Titel, Chrestomathia latina in usum Auditorum philosophiae anni primi et secundi, su bedienen sen, deren Ladenpreis überall 2 fl. 20 fr. Metall-Munge ift Siedurch wird es jedoch feinem Professor benommen, falls derfelbe eine zwedmässiger gewählte Chrestomathie zu Stande gebracht zu haben glaubt, bas Manustript berfelben, unter Anzeige der beiläufigen Bogengabl im Drude, des Preifes, und ber Starte ber Auflage einzusenden.

In Abfehen auf den Gebrauch Diefer Chrestomathie

haben fich die Professoren des Fachs.

itens. Dasjenige vor Augen zu halten, was über die Tendenz und Behandlungsart dieses Lehrgegenstandes in dem Lehrplane bemerkt ist, und wornach in der Vorzede dieser Chrestomathie die entsprechenden methodischen Winke gegeben sind.

2tens. Insbesondere ist sich zu hütten, daß nicht durch Beschränkung des Unterrichtes auf das bloße Uebersfepen des lateinischen, oder durch lange historische Erlaus

terungen, ber eigentliche Zweck dieses Lehrsaches, nahmlich Erhaltung der Kenntniß, und Uibung auch im Sprechen des Lateins, verloren gehe.

5tens. In jedem Semester muß ein historischer und ein philosophischer Theil dieser Chrestomathie behandelt

werden.

4tens. Der Unterricht ist so einzurichten, daß binnen den 2 Jahren des philosophischen Studium, die ganze
Ehrestomathie durchgegangen werde, und der Studierende im Stande sey, den ganzen Inhalt des Werkes, sertig
zu übersehen, hinsichtlich der Sprache-zu erläutern, und
über die darin behandelten Gegenstände lateinisch zu sprechen, worauf bei den Prüfungen der Studien Direkor

genau zu wachen hat.

5tens. Von den für die lateinische Philologie bestimmten Lehrstunden, ist ein Theil, nach den allerhochsten genehmigten Bestimmungen des Lehrplans, auch dazu zu verwenden, die Studierenden, besonders jene welche sich dem theologischen oder medizinischen Studium zu widmen gedenken, auch etwas im Griechischen, aber nur in soweit zu üben, daß die dießfalls, aus den Gymnasien mitgebrachte Kenntniß erhalten werde, weshalb aber an der Benennung des Lehrsachs und der Rubriken in den Katalogen und Studien Beugnissen nichts geändert werden dars.

Bubernial = Berordnung vom 12ten Nov.. 1826 Gub.

Bahl 67043.

161.

Zinse für Quartiere der in Lemberg stazio= nirten Militärparthepen werden beim Kriegszahlamte ausbezahlt, jene für die außerLemberg befindlichen Militärquar= tiere werden bei den in jedem Kreisdislo= zirten Regimentern und Truppenabthei= lungen angewiesen.

Won den — durch die f. f. Staatsbuchhaltung liquidir-

ten seit 1ten November 1825. gebührenden Militärs Duartierzinsen werden blos jene im Orte Lember g durch das f. f. Feldkriegszahlamt, dann die hierorts dissocirten Regimentern und Abtheilungen ausbezahlt, welche für die Militärquartiere der zu Lemberg stazionirten Mislitärparthepen gebühren.

Binse für die außer Lemberg befindlichen Militärquartiere aber werden nicht hier, sondern immer bei den — in jedem Kreise dislocirten Regimentern und Truppenabtheilungen den Quartierträgern zahlbar angewiesen.

Dieses haben die Kreisämter allgemein kundzumachen, weil sich bereits mehrere Fälle ergeben haben, daß auswärtige Quartierträger sich wegen Empfang des nicht hier, sondern vorbesagter massen bei den in den betreffenden Kreisen dissocirten Regimentern und Truppenabtheilungen angewiesenen Zinses nach Lemberg begeben, und sich dadurch ganz vergebliche Reisekösten zugezogen haben.

Gubernial . Berordnung vom 13ten Dov. 1826 Gub.

Bahl 71108.

162.

Die Hofverordnung, daß Unterthanen welsche Solzum Verkaufe verfrachten, sich mit obrigkeitlichen Zertifikaten ausweisfen mussen, wird außer Kraft gesetzt.

Es hat sich der Fall ergeben, das ein Dominium mit Berusung auf das im 37ten Bande Seite 52 der politisschen Gesetze und Berordnungen Seiner jest regierenden Majestät abgedruckte Ockret der hohen Hoffanzlen vom 19ten September 1811 zur hintanhaltung der Holzdieberenen, die Einleitung getroffen hat, dieß die Unterthanen, welche Holz zum Berkause verfrachten, sich mit odrigkeitslichen Errtisstaten über Erwerbung und Rechtmässigkeit ihrer Ladung, dei Strafe der Einziehung und des Verfalls derselben, ausweisen mußen.

Diefe Berfügung murbe zwar im Refurswege von bieraus abgeftellt, um jedoch zu vermeiden, daß fie nicht

in der nämlichen, oder in einer ähnlichen Art irgend wo anders in Ausübung trette, wird den k. Arcisämtern zu ihrem Rachverhalte bedeutet, daß das im Gingang bezogene hohe Hoffanzleydefret nicht nur nicht kundgemacht worden ist, sondern daß es auch von den darin enthaltenen Bestimmungen laut des nachgesolgten Hoffanzleydefres vom 20ten Dezember 1812 Jahl 19296. im Grunde allerhöchster Entschließung Seiner Majestät einstweilen wieder abgesommen sey.

Gubernial : Berordnung vom 14ten Nov. 1826. Gub. Bahl. 62835.

163.

Für die Einführung der Pfarrer in die Temporalien, werden denen Areiskommissären Reise und Zehrungskosten bewilliget.

Unter den, mit hierortiger Becordnung vom 27ten September v. J. Jahl 54615. als stricte officiosa, durch die Kreiskommissäre ausschließig, und ohne Diatenbezug, zu bewirkenden Amtshandlungen in geistlichen Angelegensheiten, ist auch die Einführung der neu ernannten

Pfrundner in die Pfarrtemporalien, begriffen.

Bei dem Umstande jedoch, daß einerseits die Einführung des Pfarrers in die Temporalien nach der Andeutung des hohen Hossauflendekrets vom 29ten Marz 1785, dis nun als kein offizioser Gegenstand behandelt, und die dießfälligen Reise- und Behrungskosten von den neu instalirten Pfarrern getragen wurden, anderseits den Religionssond von der Tragung der dießfalls in Ausrechnung kommenden Reisekösten zu entheben, hat man sich veranlaßt gesunden, die Einführung der Pfarrer in die Temporalien von der Zahl der offiziosen Amtshandlungen auszuscheiden, und hiefür die entsallenden Reise und Zehrungskosten zu bewilligen.

Hierbei wird jedoch den f. Kreisamtern bemerkt, daß au Folge des denfelben mit hierortiger Berordnung vom 14ten August 1812 Jahl 5890, befannt gegebenen hoben Hoffanzleydefrets vom 23ten Jänner 1812. Zahl 722. die Einführung der Pfarrer bei Seelsorgerstazionen, wo die Dotation in bloßen Seldeinkünften, es sey aus Stistungskapitalien, oder aus dem Neligionssonde besteht, nicht nöthig, bei jenen hingegen, wo zugleich Realdotazion besteht, sowohl für den Seelsorger, der die Pfarre antritt, als auch für die Erhaltung des Fundus instructus, nothwendig, und sogleich beim Antritte des Pfarrers mit genauer Durchgehung des Pfarrinventars vorzunehmen sey.

Ferner gehört nach dem Wirkungsfreise vom Jahre 1800 nur die Einführung der Pfründner auf landesfürsteliche und Religionsfondspfründen zur Amtswirksamkeit des f. Kreisamts, und selbst bei diesen Pfründen, im Falle sich das Dominium noch in den Händen des hohen Aerars oder des Religionssonds besindet, kann die diesssälige Amtshandlung an die nahe gelegenen Verwaltungen

geleitet werden.

Bei Pfarrenen privatae collationis hingegen steht nur in jenen Fällen den f. Kreisämtern die dieffällige Amtshandlung zu, bei welchen sich noch teine, nach den neuen Direktiven rektistzirte Inventarien befinden, oder bei welchen wegen eines zwischen dem Patron und der Pfarre obwaltenden Streites, eine Schmälerung des Pfarroder Kirchenvermögens zu besorgen wäre.

Wo sich jedoch bereits rektifizirte Inventarien befinden, ist die Einführung des Pfründners in die Temporalien dem Patronats Dominium nach vorhergegangener Unweifung und Belehrung mit dem Beifape zu überlassen, daß selbes den dießfälligen Alt dem k. Kreisamte

jur weitern Amtshandlung vorzulegen habe.

Hiernach ist sich in hinkunft genau zu benehmen, und die handhabung dieser Berordnung wird den t Kreisamtern unter perfönlicher Berantwortung der Amtsvorsteher zur strengster Pflicht gemacht.

Gubernial = Verordnung vom 17ten Nov. 1826. Bub. Babl 66104.

Bei Relizitazionen ararischer Objekte, welsche wegen Nichtzuhaltung der Vertragssbegingungen auf Sefahr saumseliger Kontrahenten eingeleitet werden, darf nicht der ursprüngliche Fiskals sondern, der letzte Erstehungspreis zum Grunde gelegt werden.

Da in jenen Fällen, wo wegen Nichtzuhaltung der Bertragsbedingungen auf Rechnung und Gesahr des saumseligen Kontrahenten eine neue Versteigerung eingeleitet wird, nicht das ursprüngliche Objekt — sondern strenge genommen der Vertrag der sahrläsigen Kontrahenten ausgebothen wird, so hat die hohe k. k. Hosskammer, um möglichen Anständen zu begegnen mit Dekret dom Joten September d. J. Nro. 20113—2013. anzuvrdnen besunden, daß für die Jukust den wegen Nichtzuhaltung der Vertragsbedingungen auf Rechnung und Wesahr saumseliger Kontrahenten einzuleitenden Melizitazionen ärariarischer Objekte nicht der ursprüngliche Fisskal sondern der leste Erstehungspreis zum Grunde gelegt werden.

Was ben f. Kreisämtern zur Wiffenschaft und Darnachachtung in vorkommenden Fallen folder Religitagio-

nen bedeutet wird.

Gubernial = Verordnung vom 21ten Nov. 1826. Gub. Bahl 69129.

165.

Bei Einsendung der Sterbtabellen, und Erbsteuerausweise wird Dominien und Magistraten die Portofrenheit bewilliget.

Dit hohem Soffammerdefret vom 20ten Oftober 1826. Bahl 41438. wird den Ragistraten und Dominien, auf

dem Lande, bei Einsendung der Sterbtadellen, und Erbsteuer-Ausweise, an die ihnen vorgesetzten Behörden die Portofrenheit gegen gehörige Journalisirung bewilliget.

Wobon die k. Kreisämter sämmtliche Magistrate, und Dominien zu verständigen, und dieselben zugleich anzuweisen haben, daß sie, im Sinne der Hofverordnung bei Einsendung solcher Tabellen, und Ausweise auf der Abdresse, stets den Beisat zu machen haben (in Erbsteuersachen).

Gubernial - Defret vom 24ten Nov. 1826. Gub. Babl 69350.

166.

Patrone und Dominien sollen mit neuen Schulbaulichkeiten so viel möglich versschont, und der Unterricht da, wo nicht schon Schulhäuser bestehen, in unentgeltlichen oder verzinslichen Wohsnungen ertheilt werden.

Die hohe Hoffanzley hat sich an die hohe Studienhofkommission, mit der Aussorderung verwendet, die Einleitung tressen zu wollen, daß unter den dermahligen Umständen die Patrone und Dominien, so viel möglich mit
neuen Schulbaulichkeiten verschonet, und vielmehr getrachtet werde, zu veranlassen, daß der Unterricht wo
nicht schon Schulhäuser bestehen, in unentgeldlichen, oder
auch verzinslichen Wohnungen vertheilt werde, um nicht
den Schulunterricht, durch die sehr suhlbare Belastung
ber Patrone, Grundobrigkeiten, und Gemeinden gehäßig
zu machen.

Wovon die Kreisämter in Folge hohen Studienhofkommissions Defrets vom 28ten Oktober I. J. Zahl 4986 zur Wissenschaft und Darnachachtung in vorkommenden

Fällen , verftanbiget merben.

Gubernial - Defret rom 24ten Nov. 1826. Gub. Baht 70447.

Der Beisat im allgemeinen gedruckten Brief= posttarisse "daß es Jedermann fren stehe, das Rezepisse selbst zu schreiben, und sich dadurch von der Zahlung der Rezepissengebuhr zu befrenen" wird außer Kraft gesetzt.

Die hochlöbliche f. f. hoffammer hat beschlossen, es von dem in der Anmerkung des allgemeinen gedruckten

Briefposttariffes enthaltenen Beifage :

Es steht jedoch Jedermann fren das Rezepisse selbst zu schreiben, und sich dadurch von dar Zahlung der Rezepissen-Gebühr zu befreyen; von nun an abkommen zu lassen.

Es ist daher in Zukunft Jedermann verbunden sowohl bei der Auf- als Abgabe eines mit Rezepisse rekommandirten Briefes das Rezepisse von Seite des Postamtes anzunehmen, und dafür die vorschriftmäßige Gehühr mit 2 fr. E. M. zu entrichten.

Welches im Grunde hohen hoffammerdefrets vom 27ten Oftober 1. J. Jahl 42598, hiemit zur allgemeinen

Renntniß und Nachachtung gebracht wird.

Gubernial = Rundmachung vom 24. Nov. 1826. Gub. Rabl 71828.

168.

Verbot der Einfuhr des Salzes aus Galizien nach Schlessen und Mahren.

Bur hintanhaltung der zum Nachtheile des mährisch-schlesischen Salzgefälls immer mehr überhandnehmenden Einschleppungen des in Galizien erkausten Salzes nach Schlesten, und im weitern Zuge nach Mähren, hat die bobe hoffammer unterm 5ten July I. J. Bahl 26745. solgendes zu beschließen besunden.

itens. Die Einfuhr des in Galizien erkauften Galges nach Schlesien und weiter nach Mähren zum eigenen Gebrauche, ist nur in so weit gestattet, als dieselben den Betrag von funf Wiener Pfunden nicht übersteigt. Liens. Icde größere Quantität, welche in der Ein-

gtens. Jede größere Quantitat, welche in der Einstuhr aus Galizien betreten würde, ist als zum unerlaubsten Verkehr bestimmt anzusehen, und zu behandeln.

Itens. Eine Ueberlassung der zum eigenen Gebrauche in oder unter dem Betrage von fünf Wiener Pfunden aus Galizien eingebrachten Salzquantitäten an einen Anderen unter was immer für einem Titel, wird als ein verbotener Handel mit der Konsiskazion des betretenen Salzes, oder wenn dieses in Natur nicht mehr vorhanden wäre, mit Einsorderung des nach den Lokal-Magazinspreisen berechneten Werthes bestraft.

Dicfe Beftimmungen werden zur allgemeinen Kennt-

nif und Rachachtung fund gemacht.

Gubernial-Kundmachung vom 25ten Nov. 1826. Gub. Bahl 68909.

169.

Das Verboth Ausländer auf innländischen Lehranstalten zuzulassen, sindet keine Anwendung auf jene Individuen, die bereits vor Kundmachung desselben ordentlich aufgenommen worden sind.

Busolge allerhöchster Entschließung bom 2ten Oktober d. 3. sindet das bestehende Verboth Ausländer auf innländischen Lehranstalten zuzulassen, keine Anwendung auf jene Individuen, welche bereits vor Kund mach ung desselben, bei einer innländischen Lehranstalt ordentlich aufgenommen worden, und vermöge ihrer sittlichen und politischen Grundsähe unbedenklich sind.

Ein Souler, der sich in solchen Verhaltnissen befinbet, bedarf daher zur Fortsetzung seiner Studien keiner besondern Bewilligung, sondern es gehört die Aufnahme deffelben als Schüler bes laufenden Zahrganges lediglich in ben Wirkungsfreis ber betreffenden Studiendirekzion.

Hievon werden die f. Direktorate in Folge hohen Studienhoffommissions Defrets vom 4ten d. M. Zahl 5171—1278. mit Bezug auf das unterm 6ten Hornung d. J. Bahl 2492. ergangene gedrucke Kreisschreiben — dur Darnachachtung in die Kenntniß gefest.

Gubernial - Verordnung vom 25ten Mov. 1826. Bub.

Bahl 73413.

170.

Die Verordnung in Absicht auf die Beseistigung der Nachtheile, welche wegen Kürze der dreijährigen Verjährungssfrist bei jährlichen Abgaben, Kenten oder Zinsungen für das Aerar entstehen können, hat auch auf die politischen Fonds = und städtische Verwaltung in Anwendung zu kommen.

Mit hohem Hoffanzleydekrete vom 28ten Oktober 1. J. Bahl 29760. ist anher bedeutet worden, daß die Verordnung der k. k. allgemeinen Hoffammer vom 18ten September v. J. Babl 25995 in Absicht auf die Beseitigung der Nachtheile, welche wegen Kürze der dreyjährigen Verjährungsfrist bei jahrlichen Abgaben, Nenten oder Zinsungen für das Aerar entstehen könnten auch auf die politischen Fonds und städtische Verwaltung in Anwendung zu kommen habe.

Bur weiteren Nichtschnur wird beigefügt, daß jeder einzelne Fall, wo wegen Eintritt der Verjährung den positisschen Fonds oder den städtischen Renten ein Nachtheil erwachsen sollte, zur Kenntnis der Hoffanzelen mit dem Gutachten zu bringen sey, ob einem und welchem Besauten die Ursache eines solchen Nachtheils zugerechnet und der Schadenersat von demfelben hereingebracht werden könne.

Hievon werden die Areisämter in Bezug auf die diesortige Eirkularverordnung vom 20ten Dezember 1825 Zahl 64387. zur genauesten Darnachtung mit dem Besteuten verständigt, daß alles dassenige, was mit der ersteuwähnten Eirkularverordnung in Absicht auf das höchste Acrarium angeordnet wurde, auch rücksichtlich der positischen Fonde, und der städtischen Verwaltung zu besobachten seh, und daß sonach jeder Fall, wo aus Verschulden eines Beamtens wegen der eingetretenen Verschulden eines Beamtens wegen der eingetretenen Verschulden einem politischen Fonde, oder einer städtischen Verwaltung irgend ein Nachtheil zu gehen sollte, zur diesortigen Kenntniß zu dem Ende gebracht werden musse, damit solcher anbesohlenermassen der höchsten Behörde angezeigt werde.

Bievon haben die f. Rreisämter die unterstehenden Magistrate zu ihrer genauesten Darnachachtung, und das mit sich die städtischen Beamten vor Verantwortung und

Erfas zu bewahren miffen, zu verftandigen.

Gubernial - Defret vom 27ten Nov. 1826. Gub. Zahl 72926.

171.

Abstellung des Mißbrauches, Pferde in ihrer ersten Jugend einzuspannen, auf der Weide zu knabeln, und mit ausgemu= sterten Aerarial = Beschellern zu belegen.

Dbschon aus früheren Jahren in Absicht auf die Emporhebung der hierländigen Pserdezucht, Belehrungen bestehen, macht man demungeachtet die unliedsame Erschrung, daß solche noch immer nicht die gewünschte Wirkung auf den hierländigen Landmann äußern; so besteht sast überall noch der höchst schadliche Mißbrauch, die Pserde in ihrer ersten Jugend schon einzuspannen auf der Weide zu knäbeln, und mit erkausten ausgemusterten Aeravial Beschällern zu belegen, welche Unsüge offenbar ein sehr nachtheiliges und wesentliches hin-

berniß des Fortschreitens der hierländigen Pferdezucht find; die k. k. Kreisämter haben baher mittelst der Dominien im greigneten Wege dahin zu wirken, daß der hier-ländige Unterthan vor den Folgen dieser einleuchtend schädlichen Vorgängen gewarnt, und davon so viel möglich abgehalten werde.

Gubernial = Verordnung vom 27ten Nov. 1826. Gub. Bahl 71313.

172.

Die Vorschrift hinsichtlich des bei Relizitazionen zum Grunde zu legenden Aus= rufspreises wird auch auf Relizitazionen von Lieferungen von Objekten des Oeko= nomikums der Stande, Städte, Ge= meinden und Wohlthätigkeitsanstalten ausgedehnt.

Die hohe k. k. Hoftanzley hat mit Defret vom gten l. M. Nro. 30756—2891. verordnet, die von der k. k. allgemeinen Hoftammer untern Joten September d. J. Bahl 20113—2013. anher erlassene, mit hierortigen Erlasse vom 21. l. M. 369129. bekannt gegebene Weisung hinssichtlich des dei einzuleitenden Relizitazionen ärarialischer Objekte zum Grunde zu legenden Ausrufspreises, auch in allen Fällen, wo Relizitazionen von Lieserungen von Objekten des Dekonomikums der Stände, Städte, Gemeinden und Wohlthätigkeitsanstalten Statt sinde, in Anwendung zu bringen.

Movon die Kreisamter zur Wiffenschaft , und Dar-

nachachtung verständiget werden.

Gubernialdekret vom 29ten Nov. 1826. Gub. Bahl 74267.

Für die Fahrbarkeit der Zufuhrswege zu Steinbrüchen und Schottergruben has ben die Zufuhrskontrahenten der Deckstoffe Sorge zu tragen.

Man hat beschlossen, daß die Zusuhrswege zu den von dem Stressensde benüßten Steinbrüchen und Schottersgruben nicht mehr vom Strassensonde unterhalten wersden sollen, und es den Zusuhrssontrahenten der Deckstosse zu überlassen sey, für die Fahrbarkeit dieser Wege Sorge zu tragen, wovon die k. Kreisämter zu ihrer Wissenschaft und Darnachachtung mit dem Bedeuten in die Kenntniß geseht werden, daß unter einem die k. Strasssendau. Direkzion die ersorderliche Weisung erhalte.

Gubernial - Berordnung vom 1. Dez. 1826. Gub. Bahl

71604.

174.

Die Poststrecke zwischen Manasterzyska und Nizniow wird auf ein und eine halbe Poststazion erhöht.

Die Poststrecke zwischen Monasterzyska und Rizniow in Galizien wird vom 1. Dez. d. J. angefangen, sowohl für ärarial als Privatritte von 1 \(\frac{1}{4}\) auf eine und eine halbe Poststazion wegen des gesetlichen Längenmaßes erhöht, und die Verreitungszeit für Estasseten und für die Besörderung der Briesposten von zwei ein halb auf drei Stunden bestimmt.

Welches hiemit im Grunde hohen hoffammerdefrets vom 24ten Oftober I. J. Sahl 42183. zur allgemeinen

Renntniß gebracht wird.

Gubernial - Rundmachung vom 3ten Dez. 1826. Gub. Bahl 71252.

Behandlung der in Zivildienste übertretztenden Militar = Offiziere und Auditozren rucksichtlich der Karafteurs und Karenztaren.

Seine Majestät haben mit a. h. Entschlißung vom 31. Oftober I. J. in Betreff ber Tarbehandlung ber in Bibildienste übertrettenben Militar - Offiziere und Auditoren

folgende Bestimmungen festzusepen gerubet:

itens. Die Karenztare ift von den unmittelbar aus einer Militär. Dienftleiftung in Bivildienste übertrettenden Offizieren nur von jenem Betrage zu entrichten, um welchen ihr Bivilgehalt die bezogene Offiziers. Gage ohne Berudfichtigung der Nebenemolumente, übersteigt.

2tens. In Anschung der pensionirten Offizieren hat es bei den dieffalls bestehenden Vorschriften zu bewenden.

3tens. Die Karafterstare haben sowohl die aus der Militär - Dienstleistung, als die aus dem Pensionsstande übertrettenden Offiziere nur in jenem Falle zu entrichten, wenn sie eine Zivilbedienstung erlangen, mit welcher nach ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung ein höherer Karafter verbunden ist, als mit ihrer früheren Offiziers-Charge.

4tens. Offiziere, welche quittirt haben, sind, wenn sie auch den Offiziers Rarakter beibehalten haben, bet ihrer Anstellung im Civile, hinsichtlich der Tarbemessung, wie neu Angestellte aus dem Zivildienste zu behandeln.

5tens. Nach diesen Vorschriften sind auch die Au ditoren bei Erlangung einer Zivilbedienstung zu behandeln, und haben selbe, wenn sie zu Staabsauditorebefördert werden, nur von dem Mehrbetrage des Gehaltn gegen jenen ihrer früheren Gage die Karenztare zu bes zahlen.

Von dieser mit hohem Defrete der f. f. allgemeinen-Hoffammer vom 13ten v. M. 3. 45167. befannt gemachten allerhöchsten Entschließung wird demnach das General-

Saramt gur funftigen Nachachtung berftandigt.

Gubermal - Defret vom 4ten Dez. 1826. Gub. Bapl

In Konkurd = und Verlassenschaftsfällen vorfindige Kreußpartikeln und Reliquien mussen an das Konsistorium oder den Ortsseelsorger übergeben worden.

Mit hohem hoffammerdefret vom 16ten v. M. ift anher eröffnet worden, daß mit allerhöchfter Entschließung bom 10ten b. M. Ge. Majestät anzubesehlen geruhet baben; daß, da Rreugpartifeln, und Reliquien fein Gegenftand der Schäpung und Beräußerung fenn, deren Bertauf fowohl in - als außer dem Berfteigerungswege, fo wie auch beren Beschlagnehmung in Konfurs - und Berlaffenschaftsfällen, dann beren Uibertragung, an Atathor lifen als Erben nicht geftattet werde; daß daber in allen Diesen Källen, wenn sich Kreuzpartiteln, ober Reliquien in fogenannten Reliquarien befinden, mit Bugiehung eis nes Kommiffars des fatholischen Konsistoriums, wena Diefes im Orte fich befindet, fonft aber bes afatholischen Dris - Geelforgers die Kreugpartiteln, ober Reliquien von der Kassung zu trennen, und daß wenn dieses unthunlich befunden werden follte, diefelbe fammt der Kaffung an Das Konsistorium, oder den Ortsfeelforger zu übertras gen fen.

Bon welcher allerhöchster Entschließung die k. Kreisämter zur Wissenschaft mit dem Beisat in Kenntniß gesett werden, daß hievon der gesammte Kuratklerus durch die betreffenden Konsistorien in Kenntniß gesett und zugleich belehret werde, wie sich die Ortsseelsorger hiebei zu benehmen, und wie sie über die übernommene heilige Sache zu verfügen haben.

Gubernial - Verordnung vom 11ten Dez. 1826. Gub.

Aufhebung der Weg = und Bruckenmauth zu Markowa, Stanislawower Kreises.

Dit hohem Hoffammerdekrete vom 4. Oktober I. J. Jahl 39895. ist die in Markowa, Stanislawower Kreises bestandene Weg - und Brückenmauth aufgehoben worden.

Welches hiemit zur Kenntniß gebracht wird.

Gubernial = Rundmachung vom 13ten Deg. 1826. Gub. Bahl 74101.

178.

Wenn der Wille eines Erblassers nichts gesekwidriges enthält, muß derselbe genau befolgt werden.

In der Nebenlage wird der Kammerprofuratur und Buchhaltung eine Abschrift des hohen Hosfanzlens. deftects vom 16ten November d. J. Jahl 32187—4231. daß salls der Wille eines Erblassers nichts geseswidriges enthält, derselbe genau zu befolgen sep, zur Wissenschaft und genauesten Darnachachtung mitgetheilt.

Gubernial-Verordnung vom 13. Dez. 1826. Gub. Babt 74960.

Hoffanzlendekret vom 16ten November 1826 Zahl 32187—4231.

erben, minderjährige Richten mit der Beschränkung eingeseten, minderjährige Richten mit der Beschränkung eingesset, daß diese erst nach Berlauf von 50 Jahren in den Genuß dieser Erbschaft zu treten haben, bis wohin die Ginkunste der letteren zu eben so viel täglichen Messen, als dadurch bedeckt werden, zu verwenden sind.

Nachdem durch diefe Testamentsbestimmung beinahe jede Bahrscheinlichkeit entfernt wurde, daß die Erben wirklich in den Genuß der Erbschaft jemal treten, nache

dem die Richten 13 bis 18 Jahre alt find, und außerbem die legteren nebst ihrer Mutter in Armuth leben, fo bemuhten fich die Erben von geiftlichen und weltlichen Beborden die Abanderung obiger Stiftung dabin gu erwirfen, daß von der Erbichaft ein immermabrendes Benefizium für eine tägliche beilige Meffe errichtet, ber Reft derfelben aber den Erben fogleich eingeantwortet merbe.

Die Angelegenheit ift vor Gr. Majeftat gebracht worden, und Allerhöchft diefelben haben mit allerhöchfter Entschließung vom 11ten b. Dt. zu entscheiden gerubet: » daß, da der Wille des Erblaffers nichts gefeswidriges enthält, derfelbe genau zu befolgen fen, und fich diefes Die Beborden für abnliche Falle zur genauen Richtschnur zu nehmen haben.«

In diefer lettern Beziehung erhalt somit die Lanbesstelle die Mittheilung von dem besagten Falle, damit fie fich in bortommenden Fällen nach der allerhöchften

Willensmeinung zu benehmen wiffe.

179.

Behandlung älterer Militär = Forderungen aus den Jahren 1796 — 1798. über wel= che die Dokumente mangeln und die Praftanten nicht bekannt find.

Geine Majestät haben über die Allerhöchstdenselben zur Entscheidung vorgelegten Frage, ob bei jenen aus den Rabren 1796-1798. fich berleitenden altern Militar-Rorberungen, über welche die Dofumente mangeln, und die Präftanten nicht befannt find, die Bergutungsbeträge von ben Begirksobrigfeiten fur bas Concretum bes Begirks in Anspruch genommen werden durfen? mit allerhochster Entschlieffung bom 21ten des I. M. folgendes anzuordnen gerubet :

"In fo fern berlen Militar - Leiftungen entweder aus den Begirts , ober Gemeindkaffen bestritten, ober im Wege von Verträgen, für den Bezirk oder die Gew meinde in der Art erfüllt wurden, daß die Kontrahennen von diesen Bezirken oder Gemeinden ihre Befriedingung erhielten, oder noch an dieselben anzusprechen han ben, ist die Gesammtheit des Bezirkes oder der Gemeinde als Eigenthümer der Forderung zu betrachten,
mund die Zahlung des für liquid erkannten Betrages aus
bem Staatsschape zu leisten. «

» In so ferne aber bei den in der Frage stehenden Decistungen die Bezirks und Gemeinde Berwaltungen nur als Organe der Nepartizion und Einhebung einge sichritten sind, bleibt das unmittelbare Verhältniß des meinzelnen Lieferungs-Prästanten als Gläubigers zu dem Staate als Schuldners unverrückt, und sind dem Staate in denjenigen Fällen, wo der Glaubiger oder sein Rechts nachfolger nicht aussindig gemacht, oder von demselben sein Recht nicht auf gesessiche Art erwiesen werden kann, die nach den Gesehen zustehenden Rechte vorzubehalten.«

Wovon die f. Kreisämter Folge hohen Soffanzlenbefrets vom 29ten November 1826. Zohl 33280. zur eigenen Nichtschnur in vorkommenden Fällen hiemit in die

Renntniß gefest merben.

Gubernial - Berordnung vom 15ten Dez. 1826. Bus. 3abl 78644.

180.

Die Herabsetzung der Diaten um ein Fünf= theil hat auch bei den Diaten der Pri= vatärzte und Wundärzte einzutreten.

Da Seine Majestät mit allerhöchster Entschließung vom iten August 1825 allerhöchst anzuordnen geruhet haben, daß sämmtliche Diätenklassen um ein Fünstheil vom iten November 1825 angesangen, herabzuseßen seyen, so hat diese Herabseung nach dem hohen Hossammerdekret vom 29ten Oktober d. J. Jahl 43700—4374. auch bei den Diäten der Privatärzte und Wundärzte, welche für die ersteren mit 4 fl. M. M. sür die lettern mit 2 fl. M. M.

bis zum Zeitpunkte der allerhöchst angeordneten Berab=

fegung festgesett waren, einzutreten.

Den Privatarzten und Bundarzten sind baher, wenn der Fall eintritt, daß sie den bestehenden Borschriften gemaß mit Diäten betheilt werden sollen, die um ein Funstheil herabgeseten Diäten, und zwar den Aerzten mit Drei Gulden 12 fr. E. M. den Bundärzten mit Einem Gulden 36 fr. Konvenzionse Munze zu ersolgen.

Wovon das betreffende Sanitats - Personale zu ver-

ständigen ift.

Gubernial = Berordnung vom 16ten Dez. 1826. Gub. Bahl 76184.

181.

Beschränkung der unverhältniß sich mehrenden Zahl der Studierenden, dann Einführung des Unterrichtsgeldes an sämmtlichen Symnasien und philosophischen Lehranstalten.

Nach dem Inhalte des allerhochsten Kabinets-Schreibens dom 12ten April I. J. macht es die mit jedem Jahre zunchmende, sowohl dem Bedarse des Staates nicht angemessene, als dem allgemeinen Besten zuwider lausende Vermehrung der Studierenden, an den Studien-Anstalten der Monarchie und die Besorgnis, was endlich aus der übergroßen Menge der Studierenden in der Folge werden soll, nothwendig, surzudenken, und ernstliche Maßeregeln zu ergreisen, damit hierin ein angemessenes Vershältnis hergestellt werde.

In Gemäßheit der mit hohen Studienhoftommissions. Defrete vom 4ten November 1826. Bahl 4448. ersöffneten allerhöchsten Entschließung vom 11ten September I. J. welche über den hinsichtlich dieses Gegenstandes erstatteten allerunterthänigsten Bortrag erfolgt ist, werden folgende Verfügungen angeordnet, damit der unverhältnismässig sich mehrenden Jahl der Studierenden, gehö-

rige Ochranten gefest werben.

I.) Die schon vorlängst in den bestehenden Studienvorschriften anbesohlene genaue und verläßliche Sichtung und Auswahl der Jünglinge, welche zu den Studien zugelassen werden sollen, muß mehr als es bisher geschehen

ist, gesichert werden. Bu diesem Ende mussen tens. die Jünglinge, welche aus der Hauptschule in die ite Grammatikalklasse übertretten, nehst dem, daß don denselben, die in den dishörigen Anordnungen vorgeschriebenen Ausweise gefordert werden, einer genauen Vorprüsung unterzogen werden, ob sie die zu dem Einstritte in die Gymnasial-Studien nöthigen Vorkenntnise, und die zu den gelehrten Studien erforderliche Fähigseit besten. Diese Vorprüsung ist von dem Grammatikalleherer, und von dem Präsekten des Gymnasiums, an welches der Jüngling übertritt, in den ersten Lagen des Schuljahrs vorzunehmen, und hat über die Julassung des Jünglings zu entscheiden.

2tens. So wie durch die bereits bestehenden Bor-schriften, ein Minimum des Lebensalters bestimmt ist, unter welchem kein Jüngling in das Gymnasial-Studium aufgenommen werden darf, so ist in Jukunst auch kein Jüngling mehr in die erste Grammatikal-Klasse aufqunehmen, welcher das 14te Lebensalter überschritten hat.

3tens. Die bereits bestehende Vorschrift, daß in teine Symnafialtlaffe mehr als höchstens 80 Schuler für ein Lehrzimmer aufgenommen werden sollen, ist buch-

städlich in Vollzug zu fegen.

Bei dem Andrange einer starteren Schülerzahl, hat lediglich die bessere Fortgangsklasse, in den früheren Schulzeugnissen, und die erwiesene mehrere Fähigkeit des Jüngsings und wo sich diese Beurtheilungsgründe gleich darstellen, das Domizilium der Aeltern, oder deren Stellwertreter dergestallt zu entscheiden, daß, wo dieses Domizilium außerhalb des Ortes des Gymnasiums, oder einem anderen Gymnasium bedeutend näher ist, der die Austnahme ansuchende Schüler abgewiesen wird.

Uibrigens wird burch biefe Vorschrift ber Schulee nicht schlechterbings von bem Studieren zurugedwiesen, son-

bern bem von einem Gymnasium abgewiesenen Schüler, bleibt es noch immer frey, ein anderes minderzahlreiches Gymnasium zu beziehen, oder nach der unten folgenden Vorschrift, durch den Eintritt in eine Nebenklasse, für

feinen Unterricht zu forgen.

4tens. Auch an den philosophischen Studien Anstalten, durfen in Zukunft nirgends mehr Studierende, als in den hiezu bestimmten Hörsale ordentlich Raum Zum Sigen haben, und auf keinen Fall für einen Hörsal mehr als höchstens 250 ausgenommen werden. Bei stärkerem Andrange ist sich in Anschung der Bestimmung, welche zugelassen werden sollen, nach den nähmslichen Grundsäpen zu benehmen, welche surndsäpen zu benehmen, welche sum nasialschulen oben vorgeschrieben werden.

II.) Die in neuerer Zeit vorübergehenden Urfachen, wegen zu sehr vermehrten gelehrten Bildungsanstalten, und zu häufig eröffneten Wege zu den höhern Studien, sollen allmählig auf die dem bleibenden Bedürfnisse entsprechende Zahl herabgesett werden, um hierüber eine feste Richtschnur zu haben, ist dabei nach folgenden

Grundfagen zu verfahren.

itens. Die Gestattung des Privatstudiums, muß nur auf solche Individuen beschrankt werden, welche wirk-lich im Stande sind, die höheren Auslagen die ein ordentliches Privat-Studium erfordert, zu tragen.

Es darf daher daffelbe in Butunft nirgends geftattet fenn, wo es blos der Roftenerleichterung wegen einge-

schlagen wirb.

2tens. Für kein Gymnasium, welches in den deutschen Provinzen, außerhalb der Hauptstädte derselben, seit dem Jahre 1802 errichtet, oder wieder hergestellt worden ist, wird in der Regel irgend eine Unterstühung, aus irgend einem öffentlichen Konde zu verabfolgen sepen, wenn es nicht das einzige in dem Kreise ist.

3tens. Die Stiftung für eine Ordens-Gemeinde,

3tens. Die Stiftung fur eine Ordens-Gemeinde, welche einige Lehranstalten zu beforgen hat, wird nur dann als hinlänglich angesehen werden, wenn dieselbe zureicht, auf jede 10 Individuen, welche fur die Besorgung

ber Lebranstalten nothig find, noch eines zu unterhale ten, welches noch in ber Bilbung begriffen, ober im Rus bestande ist.

4tens. Für jene Junglinge, welche bei Festhaltung bes allerhöchsten angeordneten Marimum ber Schulerzahl, Die für ein Gymnastal - Lehrzimmer aufgenommen werben darf, mit bem Ansuchen um die Aufnahme, in die ordentliche Sauptflaffe abgewiesen werden muffen, wird dwar die Errichtung einer Rebenflaffe gestattet. Jedoch burfen folche Rebenflaffen, nur fur Die Grammatifalklassen, aber scheintagen, nat für die humanitätse klassen bestehen; sie mussen mit einem über vorschriftse mässige Prufung fähig erkannten Supplenten versehen sen, und in voller Verbindung mit dem Gymnasium, daher unter ber Aufficht der Prafetten bleiben. Die Roften der Berftellung einer folchen Rebenflaffe, muß den Meltern ber Schuler obliegen, welche an der Nebenklasse Theil nehmen. Rur wo in dem Schulgebäude ein Lokale disponibel ift, kann biefes gur Benütung fur bie Rebenflaffe unentgeltlich überlaffen werden.

III. Die übermäffige Erleichterung ber Roften bes Studierens, welche aus borubergebenden Urfachen in neuerer Beit eingeführt, und an ben meiften Orten, bis dur gänzlichen Enthebung der Schuler von irgend einer Last für den Unterricht gesteigert worden ist, muß dermahlen nach dem Aushören jener Ursachen, wieder be-

feitiget werben.

In diefer Sinficht, jugleich aber in ber Absicht, um die Unterrichtsgelber - Stipendien für durftige aber ausge-Beichnete Studierende, auf einen dem Zwede mehr ent-

sprechenden Betrag seben zu können, murde itens. mit der durch hierortiges Areisschreiben vom 24ten Oftober I. J. Bahl 61765. fundgemachten allerbochften Entschließung vom 15ten Geptember 1. 3. das Unterrichtsgeld an denjenigen Lehranstalten, wo es bisher in B. B. gezahlt murde, auf einen bestimmten Betrag auf Ront. Munge umgefest.

atens. Das in folder Art fur jede Proving feftge-

sotte Unterrichtsgeld hat an allen Symnassen und philosophischen Lehranstalten ohne Unterschied, mit bloser Ausnahme von Tyrol, Dalmazien und des Lombardisch venetianischen Königreiches, dann mit Ausnahme der blosen
Haus - Studien zu bestehen.

Die f. f. Kreisämter werden von diesem allerhöchsten angeordneten Berfügungen zur eigenen Wissenschaft mit dem Bedeuten in Kenntniß gesetzt, daß dieselben mit Ausnahme des Unterrichtsgeldes welches schon für das laufende Schuljahl entrichtet werden muß, mit dem nächsten Schuljahre in Aussührung gebracht werden.

Gubernial = Defret vom 19ten Dez. 1826. Gub. Babl 72695.

Ad Postzahl 181.

Einführung des Unterrichtsgeldes an sammt= lichen Symnasien und philosophischen Lehranstalten.

Ulerhöchst Seine Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 11ten September I. J. mittelst hohen Studien Dossonmissions Dekrets vom 4. November I. J. J. 4448 die Einführung des Unterrichtsgeldes an allen Symnasien und philosophischen Lehranstalten, in dem für die zu Lemberg bereits bestehenden Lehranstalten sestgesetzen, mit dierortigem Kreisschreiben vom 24ten Oktober I. J. Jahl 61765. kund gemachten Ausmaße, nämlich: für jeden Symnasial Schüler pr. 8 fl. Konv. Münze, und sür jeden Hörer der philosophischen Studien pr. 12 fl. Konv. Münze jährlich, anzuordnen geruhet.

Welches mit der Bemerkung zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Entrichtung dieses neu eingeführten Unterrichtsgeldes, mit dem gegenwärtigen Schuljahre ihren Ansang zu nehmen hat.

Herabsekung des Ausgangszolls für roben und gehechelten Hanf.

Die hochlöbliche k. k. allgemeine hoffammer hat nach gepflogener Ruckfprache mit der k. ungarischen hoffanzlen, um den Andau und die Aussuhr des hanse zu dessedern, beschlossen: den gegenwärtigen Ausgangszoll für den rohen und gehechelten hanf von sechs und drepsig Kreuper, dis auf weitere Bestimmung, auf achtzehn Kreuper für den Centner Sporco heradzusepen.

Welches im Grunde hohen hoffammerdefretes vom niten d. M. Bahl 45594. mit dem Bedeuten zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Wirfsamkeit dies se neuen Bolles von dem Tage der Kundmachung dies

fer boben Entschlieffung zu beginnen bat.

Gubernial Rundmachung vom 26ten Dez. 1826. Gub. Babl 74263.

183.

Errichtung eines ordentlichen diffentlichen Lehramtes der Comptabilitäts = Wissen= schaft an den Universitäten zu Prag und Lemberg.

Seine Majestät haben mit allerhöchster Entschließung bom 20ten Oktober d. J. für die Universitäten zu Prag und Lemberg ein ordentliches öffentliches Lehramt der Comptabilitäts-Wissenschaft zu errichten, und zu bewilligen gerubt, daß für jedes dieser Lehrämter, ein Gehalt lährlicher Ein Tausend Iwen Hundert, Gulden Metall-Münze, ohne Vorrückung in einen höhern Gehalt spste-mister werde.

Bur Befegung diefer Lehrämter, mit welchen die Obliegenheit, täglich durch anderthalb Stunden Vorlesung du halten verbunden ist, wird der Konkurs auf den 27ten Hornung k. A. ausgeschrieben.

Gubernial- Berordnung vom 27ten Dez. 1826. Gub. Babt

79975.

Bei Wiederanstellung der Quieszenten fins det die Vergütung der Uebersiedlungs= kosten nicht statt.

Seine f. f. Majestat haben laut hohen Hossammerdefrets vom igten November d. J. Nro. 45146—4500. mit allerhöchster Entschließung vom 31ten Oktober d. J. anzuordnen geruht, daß bei der Wiederanstellung eines Quieszenten, eine Vergütung der Uebersiedlungskosten nicht Statt zu sinden habe, jedoch dürse in besonders rücksichtwurdigen Fällen, und nur, wenn der Quieszent, wenn er angestellt geblieben wäre, nach den bestehenden Vorschriften in einen Ueberstedlungsbeitrag ethalten hätte auf einen Beitrag zu den durch dessen Wiederanstellung veranlasten Uebersiedlungskosten bei Seiner Majestät eingeschritten werden.

Bubernial - Defret vom 27ten Dez. 1826. Bub. Babl 80568.

185.

Verlegung des Debreciner Jahrmarkts auf den Joten April.

Laut der anher gelangten Eröffnung der königl. hungarischen Statthalteren vom 28ten November I. J. wird der in Debrecin sonst am Sanct - Georgi Lage, das ist am 24ten April abgehaltene Jahrmarkt, kommenden Jahr 1827 an, auf den Joten April verlegt.

Gubernial-Kundmachung vom alten Dezemb. 1826. Bub.

Alphabetisches Verzeichniß ber

in der Provinzialgesebsammlung des Königreichs Galizien und Lodomerien für das Jahr 1826. enthaltenen Berordnungen.

2 4

	Sasi b	Seite
ી .	CHE	
Abeliche . Richteramtstage ju beren Berech= nung find Berlaffenfchaftsmaffen nach		
dem Kurfe zu 250 auf Konv. Mung zu=		
rudzufuhren	9	13
lauterung der SS. 23. und 446. des I. Theile des Strafgefegbuches in Bezug		
auf deren Entsehung von allen Borgugen	49	57
Adelssache. Aufnahme des Fursten heinrich Roban Guemine und seiner eheleiblichen		-
Rachkommen in den Furstenstand des Ro-		
nigreichs Bohmen	20	28
fallspächtern unterfagt	119	47
balitaten gur Berrechnung ber Rirdenein-		
funfte durch felbe	117	143
1706 1708, über melde die Dokumente		

	Zah' der Beroed	Seit e
mangeln und bie Praftanten nicht be- fannt find deren Behandlung Memter landesfürstliche follen gar nicht oder nicht klaffenmaßig gestempelte Urkunden	179	223
der Siegelgefällenadministrazion anzeigen und den Parthepen ihre Straffälligkeit bekannt machen Mergrial = Steuern eingehobene, die dies.	25	33
fälligen Renumerazionen der Magistrats= beamten haben in die städtischen Kaffen einzustießen Aergrial= Bescheller ausgemusterte; die Bes	119	124
legung der Pferde mit felben wird abges stellt Aerarische Objekte bei deren Religitazionen	171	216
muß der leste Erstehungspreis zum Grun- de gelegt werden		211
Privatarzten und Wundarzten einzutreten Agenten diplomatische fremder Staaten; als solche durfen ofterreichische Unterthanen feine Anstellung annehmen		²² 3
Akatholische Glaubensgenoffen werden gur Chrerbiethung bei Borübertragung des Sochwardigften angewiesen Akatholische Superintendenten wie sich nach		39
deren Ableben mit dem Superintendental= archiv zu benehmen fep Akten alte landrechtliche zur Bertilgung ge-	87	104
eignete; Aufforderung der Partheyen zur Behebung der in felben befindlichen Ur- tunden	99	118
Pferde und Hornviehzuchtpramien für den Sandecer Kreis bestimmt Allumnatikum, dessen Abrechnung wird bei	142	174

	Bahl bee Beroton,	Geite
Berechnung des Erbsteueräquivalents ber Geistlichkeit nicht gestattet. Unhang jur Subarrendirungsinstrukzion; daß Ortsgemeinden zur Subministrirung für garnisonirende Truppen nie, für mar-	59	73
foierende bochftens bei unvorhergesehenen großeren Truppenmarfchen verhalten mers ben durfen	125	158
Anleben an baarem Gelde oder Naturalien wird benen verwaltenden und verrechnen- den Militar Behörden neuerdings unters fagt	159	200
Unspruche auf Pramien für Obsibaumpftans jungen wie fich bei deren Erbebung ju	1:3	198
Unstellung der Beamten diesfälliges Ber- fahren — der Staatsbeamten; die Borschrift		109
hinsichtlich des diesfälligen Berfahrens ift auch bei Anstellungen von ständischen, städtischen und Fondsbeamten zu betrach-	100	129
— ale diplomatische Agenten fremder Staaten durfen bsterreichische Unterthauen nicht annehmen .		176
- beim Bivile haben Militar - Unter- offiziere und Gemeine bei ihren vorstehen= ben Regiments oder Bataillons-Romman=		
den einzureichen Apotheken durfen die Apotheker ohne Be- willigung der Landesstelle nicht verkau- fen oder an einen andern überlassen	138	170
Apothefers . Witwen, die von felben aufs justellenden Provifors muffen fich mit ihren Diplomen und übrigen wiffenschaftlichen		- 4
und moralischen Beugnißen ausweisen Archiv wie fich rudfictlich deffelben nach dem	10	14

	l ber	~ :
The second section is a second	33.0	Seit
Ableben akatholischer Superintendenten gu	87	10:
benchmen fey	07	
Ausstellung wird Pfarrern und Ortsobrig=		
feiten und Judengemeindvorstanden ein=	16	25
geimarft	10	24 0
Erwirfung der Bormertung oder Rach=		
ficht der Berichtstoften; mit welchen Das	CHE	77
ten sclbe versehen fenn mussen Muditoren in Bivildienste übertrettende de=	115	139
ren Behandlung rudfichtlich der Raraf.	3-3-50	
teures und Rarengtagen	175	219
Musfuhrsjoll deffen Bestimmung für Meer=		
aale Uusgangszou neuer fur hunganrischen Tabak	29	36
wird bestimmt .	22	30
wird bestimmt dessen Herabsehung für die robe	0.1	0
Floretseide und Seidenabfalle aller Art - deffen Berabsepung fur roben und	85	103
ungehechelten Sanf	182	229
Ausgemufterte Nerarial = Befdeller, die Be=		
legung der Pferde mit felben wird abge-	171	216
Auslander auf inlandischen Lehranstalten aufzunehmen; dieß Berboth findet feine	-/-	
aufzunehmen; dieß Berboth findet feine	. 32	
Anwendung auf die vor Kundmachung desselben aufgenommenen Individuen	166	214
Auslandern wird der Besuch inlandischer		
Lehranstalten unterfagt	21	
Auslandische Lotterielose werden verbothen Auslieferung; hiezu find auch jene preußi-	68	104
fche Unterthanen geeignet die in einem Al-		
ter eingewandert sind, wo sie noch nicht	- 50	
militarpflichtig waren	153	195
Attended to an anathrange mantellides		

	l ber	
	33.0	Seite
Dbjefte mnß ber lette Erstehungspreis	GIL	
jum Grunde gelegt werden	164	211
Ausrufspreis bei Religitagionen jum Grun-		•
de zu legenden, die dieffdlige Borschrift wird auf Lieferungen, Objekte des De-		
konomikums, der Stadte, Gemeinden		
und Wohlthatigkeitsanstalten ausgedehnt	172	217
and modyling mile man groups and	- / -	/
8.		
Barmbergige Schwestern beren Inflitute		
werden von der jahrlichen Rechnungslage		
uber die Berwaltung des eigenen Ber-		
mogens enthoben	60	73
Barmherzigen Orden wird die Erbfabigfeit		
auf unbestimmte Beit eingeraumt .	94	112
Bauern . Wirthschaften ; Aeltern und Geschwi.		
fter mirklicher Befiger derfelben, wenn fie		
feine Sandwerfer sind, find von der Per-		
fonalsteuer befregt	123	157
fchrift gegen deren muthwillige Beschadi-		
gung	98	117
Baumgartners Naturlehre wird als Schul-		,
buch eingeführt	100	119
Beamten bei den Dominien; von dem vor-		
geschriebenen Maßstab » das Gintommen		
eines Justigiars, Defonomen, Manda=	T No. of	
tars u. f. w. zwischen einem Maximum		
von 1000, und Minimum von 250 fl.		
gur Bemessung der Klassensteuer anzus nehmen « kommt es ab	6	8
- ftadtische; wie sich bei deren Diens	U	0
stebentlassungen zu benehmen fen .	78	93
- oder Diener landesfurstliche, welche	,,,	1
eine Penfion oder Provifion beziehen,		
muffen, wenn fie bei einer ftabtifchen vbes		: -

	of bear	Geite
The same of the sa	320	
Fondsverwaltung angestellt werden, auf		
die Aerarial = Pension oder Provision ver-		
gichten	101	120
Beamten landesfürstliche; Borfdrift über		
das Berfahren bei Unftellung derfelben	93	109
; die Borfdrift hinfichtlich des Bera	-	
fahrens bei Anstellung der Staatsbeam=		
ten ift auch bei Anstellungen von standis		
fden, ftadtifden und Fondsbeamten gu		
beobachten	109	129
Sache; bei gerichtlichen Unterfus		
dungen verwendeten hebraifchen Dollmet=		
fdern wird Ein Gulden Ronv. Mung tags		
lich bewilliget	13	19
das penfionirten Offizieren bei		
ihrer Anstellung im Bivile jugeftandene	2 1	
Mehrdrittheil wird nicht auf die blos mit		
Snadengehalten betheilten ausgedehnt .	58	71
Bige = Staatsbuchhalters=Wit=		
wen wird die faraftermäßige Penfion mit		
350 fl. bewilliget	77	93
Bluteverwandte , Gefdwifter-		
finder, dann in der Seitenlinie verwands		
te oder verschwägerte Perfonen durfen bet		
derselben Gerichtsbehörde nicht angestellt		
werden	97	119
das Tabakauffichtspersonale foll		
feine Amtshandlungen mit Bescheidenheit		
und Redlichkeit vornehmen .	112.	136
Racträgliche Erlauterung mez		
gen Prufung der Ronzeptstandidaten	145	176
Behandlung der in Zivildienste		
übertretenden Militaroffiziere und Audi=		
toren rudfictlich der Rarafteurs = und		
Karenztagen	175	219
die Gerabsepung der Diaten um	100	
ein Fünftheil hat auf den bei den Didten		

	ber rbn.	
	Babl	Seite
der Privatargten und Bundargten eingu-	CIE	
treten	180	223
Beamten = Sache; bei Wiederanstellung der Quiedzenten findet die Bergutung der Ues		
berfiedlungefosten nicht Statt	121	230
Beborden welche die Rlaffensteuerfürschreis	.04	250
bungen ju veranlaffen haben , follen bei		
bedenklichen Fassionen auf die spezifische		
Rachweisung des Gintommens bringen .	42	49
- militarischen verwaltenden oder ver- rechnenden wird jedes Anleihen an bag-		
rem Gelde oder Naturalien unterfagt	150	200
Beichtgeheimniße; Rlagen gegen Pfarrer	100	200
wegen deren Berlegung gehoren nicht gur		
politischen Unterfuchung	75	90
Belzec (nach) wird das Lubnegaer Romergial.		
Beschädigungen fremden Eigenthums find	32	39
Seschädigungen fremden Eigenthums find		
nach dem S. 74. des Strafgefesbuches über Berbrechen gu bestrafen, weun auch		
der Schaden nicht über 25 fl. beträgt	60	74
- muthwillige an Straffen, Bruden	02	74
oder Baume, Erneuerung des diesfalligen		
Berboths	98	117
Bescheinigungen über Straffenarbeiten		
und Erforderniffen muffen mit der Mit-	7.0	
fertigung des Wegmeisters verseben senn	38	44
Bescheller ararische ausgemusterte; die Be= legung der Pferde mit selben wird abge=		
fiellt	171	216
Befchmerden der Unterthanen, wo die Ber=	-/-	
jabrung eintritt; wie dabei furzugeben .	30	37
Beurlaubte jur Waffenubung nicht einge=	- 10	
rudte, deren Behandlung .	151	194
Bibliotheken offentliche durfen feine Roma-		
ne oder bloße Unterhaltungsschriften noch		
das Konservazionelexikon (in ausländis		

	Bahl ber Berordn.	Zelt e
scher Auflage) an die studierende Jugend verabfolgen	140	172
fregung von stadischen Getranterzeugungs= und Berzehrungsaufschlag wird auf die		
einheimischen Biererzeuger in Landstädten ausgedehnt	35	41
- Erzeugungemethoden neue, in wie ferne die Ausübung der hierauf verlies	hel	
henen Privilegien in den propinazionebes rechtigten Provinzen gestattet werden tonne	1	1
Biribis Spiel; fur felbes wird die Strafe bestimmt	122	156
Bischöfliche Ordinariate; denselben unter- liegen die zur Ertheilung des Religions- unterrichts aufgenommenen Privatlebrer		
rudsichtlich der Beurtheilung ihrer Fahig-	82	100
Bisthum in Tyniec; deffen Ueberfesung nach Larnow	11/19	193
Blutsvermandte durfen bei einer und ders felben Gerichtsbehorde nicht angestellt mer-	Dr spi	
Bobmifcher Furstenstand; Aufnahme des	79	94
Fürsten Seinrich von Rohan Guemine feiner drei Sohne der Pringen Rarl, Bit-		
tor und Ludwig, dann feiner eheleiblichen Rachkommen in felben	20	28
wird auf eine und ein Biertel Post her- abgesett	26	34
Brandwein Erzeugungsmethoden neue, in wie ferne die Ausubung der hierauf ver-		i je
liehenen Privisegien in den propinazions= berechtigten Provinzen gestattet werden		10,1
Bricfpost = Tariff allgemeiner; der in fel,	1	1

	Jahl ber Beroedn.	Seite
ben enthaltene Befis, daß es Jedermann	LANGE	
frey siche, das Rezepisse felbst zu schreis ben, und sich von der Zahlung der Res		
depissengebuhr zu befreien wird außer Rraft		
gefest	167	213
Brucken; Erneuerung der Vorschrift gegen		
deren muihwillige Beschadigung		117
Bruckenmauth; deren Errichtung zu Zaryte	61	
Bruckenmauthstazionen = Regulirung auf	124	187
der Warschauer Kommerzialstraffe	12	19
Bruckenmauth ju Markowa, deren Aufhe=	-3	.,
bung	177	221
Brunnen öffentliche deren herstellung und	100	
Erhaltung besonders in den von Militar		
bequartirten Stazionen	65	76
Bukowiner Rriminal deren Trennung von	. 06	75.
der Bivil = Justigverwaltung	126	159
C.		
Contak amanantak ann Olakiacanan San Da		
Cartel erneuertes zur Auslieferung der De- ferteurs zwischen Desterreich und Sardis		
nien	148	185
Cauzion wie fich rudfichtlich derfelben bei	-40	105
Bermiethung stadtifder Saufer, Wohnun=		-
gen , Gemolber und dergleichen gu beneh=	-	
men sen .	155	196
Cavallerie=Erekuzionsmannschaft; deren Ber=		
pflegung in jenen Orten, wo weder ein		•
Magazin noch eine Subarrendirungsvor=	-0-	100
Chrestomathia latina in usum auditorum	92	109
philosophiae anni primi et secundi		
vom Professor Frang Fieter bearbeitete,		
wird als Lehrbuch eingefinhrt	160	206
Christenlehre fonntagige, ju deren fleißi-		

	Der rom.	
	Bahl	Seite
gen Abhaltung werden Geelforger anges		
wiesen	135	168
vatlehrern weder in lebenden Sprachen		
noch in Elementargegenständen unterrich-		
tet werden	103	422
judichen Meister nicht halten	130	164
Comptabilitats-Wissenschaft; Errichtung eis nes ordentlichen offentlichen Lehramtes an		
den Universitaten ju Prag und Lemberg	183	229
Concurs . Falle, in felben vorfindige Rreut.		
partifel und Reliquien follen an das Ron=		
fistorium oder an den Seelforger abgege=		-
ben werden	170	220
Pfarrer jederzeit zu benachrichtigen	3	4
Contumag amilides Perfonale; Bestimmung		
der Quartierstompeteng für felbes	11	14
Conventions - Munge; in felber werden die		
Impspreise allgemein verabsolgt	73	89
Auflage) durfen offentliche Bibliothelen		
an die findierende Jugend nicht verab-		
folgen	140	172
Coramifirung der militarischen gassunges	,	
quittungen; dieffallige Borfdrift .	141	173
9.		
2.		
Debreciner Jahrmartt wird auf ben goten		
April verlegt	185	230
Deferteurs - Auslieferungstartel erneuertes	0	.0=
wifden Defterreich und Sardinien . Diaten werden Rreistommiffaren bei Ginfub-	140	185
ring der Pfarrer in die Temporalien be-		
williget	163	209

	aff ber	Seite
Diaten beren Berabsehung um ein Funftheil hat auch bei den Diaten der Privatargten	යස්	
und Wundarzten einzutreten Diener landesfurstliche, welche eine Penfion oder Provision beziehen, muffen, wenn	180	223
fie bei einer stadtischen oder Fondsverwals tung angestellt werden, auf die Aerarials pension oder Provision verzichten		30.
Dienstesentlassungen der Magistratsbeam-	101	120
ten wie fich hiebei zu benehmen fen . Diplomatische Agenten fremder Staaten;	78	83
als folde durfen bsterreichische Untertha- nen keine Anstellung annehmen .	144	176
Dollmetschern bebraischen wird bei gericht- lichen Untersuchungen Gin Gulden Rono.		
Domaradzer Straffenstrecke nach Ulanice	13	19
führende, Erhöhung der Wegmauthgebuhr Dominien wird die Eintreibung der gericht= lichen Lappostporto und Stempelgebuhe	108	129
ren zur Pflicht gemacht	16	25
bellen und Erbsteuerausweife die Porto-		
frenheit bewilliget	165	
fellungen zu tragen	52	59
perfonen zwar ihr Amt zu handeln, von Berfaffung eines Inventars aber fich bis		
auf Ansuchen der kompetenten Beborden zu enthalten	64	76
Dominien follen die Pfarrgemeinden gur reis beweisen Abholung des Geelsorgers gur		
Ertheilung des Religionsunterrichts aufs fordern	79	94
- follen mit neuen Soulbaulichkeiten moglichst verschoat werden	166	212
Drop, Gefehf, p. Galigien 1825.	0	

	200	
	150	Geite
	8	
Dominikal = Beamten , von den vorgeschrice		
benen Mafftab , » daß Ginkommen eines		
Juftigiars=Ctonomen, Madatars gwifchen		
einem Maximum von 1000 und Miui-	-	
	1	1
mum von. 250 fl. zur Bemeffung der	-	0
Rtaffensteuer anzunehmen « fommt es ab	6	8
Reprasentanten sollen bei Schulvi-		
sitagionen erscheinen	8	12
Dotagionsgrunde der Schullehrer in Anfes		
hung der von felben gn entrichtenden		
Grundfteuer haben die namlichen Grund-		
fase ju gelten, welche wegen Entrichtung		-
derfelben durch die Ruratgeistlichkeit fests		
	-	-
gesest sind	4	5
Oreisigstamter hungarische sollen Fuhrs		
Sandelsleute und Reisende nicht umge=		
hen	47	54
Durftige Parthenen; mit welchen Daten		1
deren Armuthezeugniffe gur Erwirkung der		
Bormerfung oder Radfict der Gerichte-		
		120
toften verfeben fepn muffen	115	139
Œ.		
Chen judifche gefeswidrige follen nicht guge=		
lassen werden	83	101
Gid, Borfdrift megen deffen Abnahme von	03	
Makamahanan	.01	164
Mahomedanern . Gigenthum fremdes, dessen Beschädigungen find nach dem S. 74. des Strafgesethu.	131	104
Eigentyum fremoes, vellen Beimaoigungen		
find nach dem S. 74. des Strafgesesbu-		
mes über Verbrechen zu bestrafen, wenn		
auch der Schaden nicht über 25 fl. be-		
trägt	62	74
Gilpostfabrt; beren Ginfuhrung von Wien		
über Brunn nach Lemberg und guruck .	28	35
	40	30
Einfuhrszoll; deffen Bestimmung für Meer=		06
agle	20	36

	afi ber	Selte
Einfuhrsverboth des galigifden Salzes	was	
made Galyana and come	163	0.7
Eingangs Sollfage Beistimmung fur Buder	100	210
Budermehl und Weintraubensprup .	51	58
Einziehung beimfälliger Guter; Bestimmung	01	90
des diesfalligen Berfahrens	66	77
Etonomen von dem vorgeschriebenen Dag-		7,
fab deren Gintommen zwifden einem		
Maximum von 1000 und Minimum von		
250 fl. zur Bemessung der Klassensteuer		
anzunehmen fommt es ab	6	3
Elementar = Beschädigungen ; Erläuterung		
der Grundfaße zu diesfalligen Steuer=		
uachlassen	46	53
Schulen; Borfdrift megen Beifchaf=		*
fung und Bertheilung der Pramien an		
felben	23	30
jenen Orten wo keine Bollsichulen befte-		
ben, werden die Scelsorger aufgefordert		-6-
Eltern wirklicher Besiber von Bauernwirth-	135	108
schaften, wenn sie feine gandwerker find,		
sind von der Personalsteuer befreyt	123	157
Entlassungen der Magistratsbeamten vom	140	101
Dienste, wie hiebei furzugeben fen	72	93
Entlaßscheine obrigfeitliche, beren Stem=	10	70
pelbefrenung wird auf den ganzen mit		
der Berhandlung eines derlei Aftes ver=		
bundenen Schriftwechfel ausgedehnt .	152	194
Entfegung verurtheilter Standesperfonen von	-	•
ihren Borgugen; dieffallige Erlauterung		
der SS. 23 und 446. des I. Theile des		
Strafgesegbuches	49	87
Entfieglung der sollantlich angewiesenen		
Waarenfolien foll von politischen Bebors		
den und Ortsobrigkeiten auf dem Ruden		
der Bollete bestättigt werden .	31	38
Ω . 2		

	20	
	191	Geite
	8	
Epidemie, hiebei haben die Gemeinden die		
Fuhr fur das Sanitatsindividuum ohn=		
entgeldlich ju leiften	80	95
Erbfabigkeit wird barmbergigen Orden auf		
unbestimmte Beit eingeraumt	94	112
Erblaffer wenn beren Wille nichts gefebmi=	JI	
driges enthalt, muß denfelben genau be=		
folgt werden	178	221
Erbftener = Requivalent der Beifflichkeit; bei	1/0	24 M
deffen Berechnung wird die Abrechnung		
des Allumnatifums nicht gestattet	50	= 0
- Ausschreibung für das Jahr 1827	59	
- Betrage auch größere fonnen erbs	105	125
steuerpflichtige Parthepen von öffentlichen		
Rreditspapieren nach dem Rurfe, den diefe		
Papiere am Lodestage des Erblaffere hat=	6	
ten in Conv. Munge berichtigen	106	126
Ausweise, bei deren Ginsendung		
wird Dominien und Magistraten die Por=	- 7	
tofreiheit bewilliget	165	211
Erfullungs = Caution, wie fich rudfichtlich		
derfelben bei Subarrendirungsverhandlun-		
gen zu benehmen fen	5	5
Erftehungspreis letter muß bei Religitas		
gionen gum Grunde gelegt werden .	164	211
Ermerbsteuer : Erflarungen; wegen deren		
verzögerten Gingaben verhangte Strafen		
follen Ortsobrigfeiten fogleich dem Rreis=		
amte anzeigen	17	26
- beren Ginhebung von überfiedeluden	-/	
Gewerbsleuten	27	34
- wie diesfällige Bahlungen in der 916s	-/	34
fattung zu bebandeln find	26	42
— Ausschreibung für das Jahr 1827.		
	105	123
Erefugions = Falle biebei darf das jum uns		
terthanigen Wirthschaftsbetrieb erforderli=		
de Getreide, Solg, gutter, Berathe und		

	二公	
	a fi	Seif
Bieh nicht abgesondert in die Exeluzion	11/83	
gezogen, fondern nur mit dem unbeweg-		
lichen Gute zugleich gepfandet, geschät	60	90
und versteigert werden	72	88
Erekuzions = Mannschaft von der Ravallerie,		
deren Berpflegung in jenen Orten, wo		
weder ein Magagin noch eine Gubarren=	-	
dirungsvorsorge besteht	92	109
Erifteng Eruirung der Mannfchaft von den		
aufgeloften Militar = Rorpern	156	197
%.		-
Familien ober Geschlechtsnamen in wie ferne		
eine Beranderung derfelben bewilliget wer-		
den darf	88	105
Fafftonen bedentliche, diesfalls follen Be=		
borden, die die Rlaffenfteuerfaffionen ju		
veranlassen haben, auf die spezifische Rach.		
weisung des Einkommens bringen	10	49
Fastungsquittungen militarifde; Borfdrift	44	49
wegen deren Koramistrung	141	173
Feiertage an felben durfen teine Jagden ge=	-4-	1/0
halten werden	121	156
Beilschaften der Preise mussen in den mo-	141	250
natlichen Marktpreistabellen in Conv.		
Mung berechnet und angeset werden,	7 7 - 1	-
dießfälliges Formulare	129	162
Setter für die Rettung eines Menschen aus		0-
felben wird die Taglia bestimmt	69	85
Keuerloschordnungs = Patent wird neuer=		
dinge in Erinnerung gebracht	39	44
getterfcaden; fiebe Elementarbeschädigungen.	A = .1	
veuersicherheit zu diesem Behuf sollen aller		
Orten Rachtwachen aufgestellt werden .	39	44
Siefer Frang, Professor; das von solben bes		
arbeitete Wert. Chrestomathia latina		

	Jahl bee Berordn.	Seite
in usum auditorum philosophiae anni primi et secundi wird als Lehr=	(2,500)	
buch eingeführt	160	206
Fischerei freie wird den Goltnfen gestattet .	44	
Floretseide Herabsehung des Ausgangszolls	-1-1-	9
fur felbe	85	103
Konds = Beamten; bei deren Anstellung ift die		_
Borfdrift hinfichtlich des Berfahrens bei		
Anstellung der Staatsbeamten genau zu		
beobachten	109	129
- politische auf selbe hat die Berord.		
nung in Absicht auf die Beseitigung der		
Nachtheile welche wegen Kurze der drei=		
jahrigen Verjahrungsfrist entstehen ton=	170	215
nen in Unwendung zu fommen Berwaltungen; bei felben angestell=	1/0	219
te pensionirte oder provisionirte landes.		
fürstliche Beamten oder Diener muffen auf		
die Merarial = Penfion oder Provision ver=		
gichten	101	220
Forderungen an das Militar aus den Jah-		
ren 1796-1798. über welche die Do=		
fumente mangeln und die Praftanten nicht		
befannt find, deren Behandlung .	179	222
Formulare jur Berfaffung der monatlichen		
Marktpreistabellen wird vorgeschrieben .	129	262
Fortifikatorische Manermeister; Bestimmung		
der Quartierstompeteng für felbe .	137	169
Freigugigfeits = Bertrag Des Bermogens		
zwischen Desterreich und Modena .	57	66
Fremdes Gigenthum deffen Beschädigungen find nach dem f. 74. des Strafgesegbus		
ches über Verbrechen zu bestrafen, wenn		
auch der Schaden nicht über 25 fl. be-		
tragt	62	74
Fruhzeitig oder todigeborene Rinder follen		/ 4
am Rirchhofe auf einem abgesonderten		
Orte begraben werden	96	113

	De	
August 1997 Committee of the Committee o	83	Seite
Rubren für Sanitatsindividuen follen die Ge-	1900	
meinden bei ausgebrochenen Epidemien		
oder Biehseuchen ohnentgeldlich leisten .	80	95
Bubrleute follen fich gur Reife nach Sungarn		75
mit vorgeschriebenen Paffen verfeben, Die		
Rommerzialftraffe nicht verlaffen, noch die		
t. hungarischen Dreyfigst und Sollamter		
	47	54
umgehen Bullbier fogenanntes, deffen Befrepung von	7/	JT
ftadtifchen Getrankerzeugungs = und Ber=		
zehrungsaufschlag wird auf die einheimi=		
fchen Biererzeuger in Landftadten aus.		
gedehnt	35	41
Furftenftand des Konigreiche Bohmen ; Auf-	00	7
nahme des Furfier Beinrid Roban Gues		
mine feiner 3 Sohne der Pringen Rarl		
Biftor und Ludwig, dann feiner eheleib=		
lichen Rachkommen in felben	20	28
Kutter für das Bieh gum unterthänigen Wirth-		-0
Schaftsbetrieb erforderliches darf in Ere-		
fugionsfallen nicht abgefondert in die Eres		
fugion gezogen, fondern nur mit dem		
unbeweglichen Bute jugleich gepfandet		
gefchagt und verfteigert werden	72	88
8419,184		
and the second		
.		
CO. Y. C.E. A. T. C. C. W. C. E. M. J. E. J. F.		-
Galizisches Salz deffen Einfuhr nach Schlesien	F-	
und Mahren wird verbothen	168	213
Garnisonirende Truppen; zur Subministris		
rung der Berpflegebedurfniffe fur felbe		
durfen Ortsgemeinden nie verhalten wers		- = 0
den	125	158
Gefallspächtern judifchen wird die Suhrung	1.0	
des f. f. Wappens oder Adler unterfagt	119	147
Geistliche Pfarrer sollen von der bevorstes		

	Bahl der Berordn.	eite
henden Ronffriptions - Revision unterriche tet werden	3	4
Reinventirung der Pfrunden die erforders		
lichen Behelfe vorbereiten	15	24
- Pfarrer; denfelben wird die gewiffen=		
hafte Ausstellung der Armuthszeugnisse	- (
eingeschärft	16	25
Prufung aus den Obligatstudien der Phis		
losophie auf einmal an einer offentlichen		
Lehranstalt taxfrei zurucklegen .	56	65
Rlagen gegen Pfarrer megen Ber=		
legung der Beichtgeheimniffe gehören nicht zur politifchen Untersuchung	75	90
- Geelforger durfen feine Militarver=	15	90
fon ohne Erlaubnif der tompetenten Mi=		
litar = Beborden trauen	76	91
- Pfarrgemeinden follen durch die Dos	1	
minien zur reiheweisen Abholung des Seel-		
forgers zur Ertheilung des Religionsuns terrichts aufgefordert werden	79	94
- Beugniffe über das von Regularkla-	19	34
rifern hinterlegte befchranttere philofo.		
phische Studium haben bei ihrem Mus.		
tritt feine Giltigfeit jur Aufnahme in ho.		
here Studien	84	102
fich nach deren Ableben mit dem Super-		
intendentalarchiv zu benehmen sep	87	104
- Pfarrer, was bei deren Gesuchen		
um Tax - und Stempelvormerkung in		
Rechteftreitigkeiten zu beobachten fen .	89	106
- Orden der barmherzigen; denfelben wird die Erbfähigkeit auf unbestimmte		
Beit eingeraumt	04	112
- Pfarrgenossen, die sich weigern bei	97	222

	Bahl b Berord	eite
ihrem Pfarrer gu erfcheinen , follen burch	co &	
die Ortsobrigfeit hiezu verhalten werden	05	112
Beiftliche Pfarrfpiritualienadminiftratoren;	90	114
Modalitaten gur Berrechnung der Rirchen-		
	117	143
einfunfte durch felbe	1.7	- 40
des Clementarunterrichts, wo feine Bolfs-		
fculen befteben, und gur fleißigen Abhal=		
tung der Christenlehre angewiesen .	135	168
Uiberfegung des Tyniecer Bisthums	-00	.00
nach Tarnow	150	183
- Pfarrer bei beren Ginfuhrung in die		-00
Zemporalien werden Rreisfommiffaren Rei=		
fe = und Behrungstoften bewilliget	163	209
Beiftliches Legendenbuch des Pater Martin		
Rochem bei Berlaffenschaften vorfindi=		
ges; deffen Gingiebung	24	32
Beiftlichkeit bei Berechnung des Erbsteuer=		
aquivalents wird die Abrechnung des		
Alumnatitums nicht gestattet	59	73
Geldanlehen wird deren verwaltenden und		,,,
verrechnenden Militarbeborden neuerdings		9
unterfagt	158	200
Gemeinden follen durch die Dominien gur		
reiheweisen Abholung des Seelforgers gur		
Ertheilung des Religionsunterrichts auf-		
gefordert werden	79	94
- baben bei ausgebrochenen Epidemien		
oder Biehseuchen die Fuhr fur das Sa=		
nitatsindividuum ohentgeldlich gu leiften .	80	95
- auf deren Objette wird die Bor-		
fdrift binfictlich des bei Religitagionen		
jum Grund ju legenden Ausrufspreifes		
ausgedehnt .	172	217
Gemeine von Militar haben ihre Gesuche um		
Civilanstellungen bei ihren vorstehenden		

北京

	3 61b	Seite
Regiments und Bataillonstommando ein=	138	170
Serathe zum unterthänigen Wirthschaftsbes trich erforderliches darf in Exefuzionsfals		
len nicht abgesondert in die Exekuzion gezogen, sondern nur mit dem unbeweg= lichen Gute zugleich gepfandet, geschäft	7	
und versteigert werden . Gerichtliche Lax-Postporto und Stempelge=	72	38
buhren deren Gintreibung wird Magiftrasten, Dominien und Gerichtsbarfeiten gur		
Pflicht gemacht	16	25
gerichtlichen Zar Postporto und Stempel-	- 16	25
Gerichtsbehorde bei einer und derfelben durfen feine Blutsverwandte, Geschwis fterfinder, dann in der Scitenlinie vers		
wandte oder verschwagerte Perfonen ans	0.77	0.4
gestellt werden	97	94
gur Erwirfung der Vormerfung oder Rachs ficht der Berichtstoften verfeben fenn mufs		
fen Geschlechts = oder Familiennamen , in wie	115	139
ferne eine Beranderung derfelben bewilz liget werden darf	88	103
Geschwifter wirklicher Befiger von Bauern= wirthschaften, wenn fie feine Sandwerker		
find, find von der Perfonalsteuer befreit - Rinder durfen bei einer und derfel=	123	157
ben Gerichtsbehörde nicht angestellt wers den . Gefellen driftliche durfen die judischen Meis	97	94
ster nicht halten	130	164

	Dit.	
	100.1	Seite .
Gefenwidrige Judeneben follen nicht juge-	ന്ഷ	
lossen werden	00	
Gesuche der Pfarrer um Lag- und Stempel-	03	101
vormerkung in Rechtsftreitigkeiten, was		
hiebet zu beobachten sep	80	106
- um Zivilanstellungen haben Unter=	07	-00
offiziere und Gemeine bei ihren vorfte=		
henden Regiments oder Bataillonsfom=		
manden einzureichen	138	170
Betrant - Erzeugunge. und Bergehrungeaufs		
folag städtischer; die Befreiung des fo-		
genannten Fullbieres von felben wird auf		
die einheimischen Biererzeuger in Land.		
städten ausgedehnt	35	41
Getraide zum unterthanigen Wirthschafts=		
betrieb erforderliches darf in Exeluzions=		
fällen nicht abgesondert in, die Exekuzion		
gezogen, fondern nur mit dem unbeweg=		
lichen Gute zugleich gepfandet , gefcatt		
und versteigert werden	72	88
Gewerhsteute überfiedelnde; Ginhebung der	0-	
Erwerbsteuer von selben Gewölber städtische, wie sich bei deren	27	34
Bermiethung rudfichtlich der Caution zu		
	150	.60
Glaubensgenossen nicht katholische werden	155	109
jur Chrerbiethung bei Bornbertragung des		
Hochwurdigsten angewiesen	33	20
Gnadengehalte auf die blos hiemit be-	03	39
theilten wird, das, penfionirten Offi-		
gieren bei ihrer Anstellung im Bivile gu=		
gestandene Mehrdrittheil nicht ausgedehnt	58	71
- unterbringung der mit felben betheil=		, ~
ten Militarindividuen in folden Plagen,		
die ihren Rraften und Gigenschaften ent-		
sprechen	58	71
Granzberichtigung Vereinigung des Vor-		

	Bahl ber	Stite
werks Roziarnia mit dem Rzeszower Kreis, dann Abtrettung des Dorfes Jurow und einiger Statyner und Bulkaer Grundstücke an das Königreich Pohlen	50	58
Grammatikal = Schulen, bei selben wird ei- ne besondere Genauigkeit im Klassissieren angeordnet	37	7 43
Srundsteuer von Schullehrern von ihren Dotazionsgrunden zu entrichtende, in Anstehung derfelben haben die namlichen Grundsche zu gelten, welche wegen des ren Entrichtung durch die Kuratgeistlichs	0,	
feit festgesest find	4	5
gen Regulirungs . Provinzialkommission . Guemine von Furst Roban Beinrich ; Auf- nahme dessen, seiner 3 Cobne ben Prinz zen Karl, Biktor und Ludwig, dann seis ner eheleiblichen Nachkommen in den Fur-	154	196
ftenstand des Konigreichs Bohmen Guter beimfallige; Bestimmung des Ber-	20	28
fahrens bei deren Einziehung Opmnasial = Schulen, bei felben wird eine besondere Genauigkeit im Rlassistieren ans	6 6	77
geordnet	37	43.
fember gu beginnen	41	46
fung unterzogen werden . — beide in Lemberg, an felben wird das Unterrichtsgeld in Metallmunge um=	143	175
gesett	149	193
allgemein eingeführt	181	224

*D.		
Sandel mit Stlaven; deffen Abstellung . Sandelsleute follen fich jur Reise nach hun-	111	133
garn mit den vorgeschriebenen Paffen ver=		
feben, die Romerzialstraffe nicht verlaffen, noch die f. hungarischen Dreißigst = und		
Bollamter umgehen	47	54
Sandelsfache, Aufhebung aller Befchran- fungen des Biehandels auf den Olmiger		
Markten	7	9
- Werlegung des Debreciner Jahrmarkts auf den Zoten April .	185	230
Sanf rober und ungehechelter; Berabsegung des Ausgangszoll fur die Ausguhr beffel-		.,
ben	182	229
Saufer ftabtifche; wie fich bei deren Bers miethung rudfichtlich der Caution gu be-		
· -		*06
Sebammen (Kreis) Bestimmung der Woh-	155	
nungetompeteng für felbe . Sebraifche Translatoren, denfelben mird bei	34	40
gerichtlichen Untersuchungen Gin Gulden		
Conv. Munge taglich bewilliget Seimfällige Guter; Bestimmung des Ber=	13	19
fabrens bei beren Gingiehung .	66	77
Seurathsbewilligung darf feiner Milistarperson ohne Borwissen der kompetenten		
Militarbehorde ertheilt, noch die Trau-		
ung vollzogen werden . Sochwurdigftes; bei deffen Bornbertragung	76	91
werden nichtfatholische Glaubensgenoffen		
Bolg jum unterthanigen Wirthschaftsbetrieb	33	39
erforderliches darf in Excluzionsfallen		
nicht abgesondert in die Erefuzion gezogen,		
fondern nur mit dem unbeweglichen Gute		

	of bee	Seite
, v · c · c · c · c · c · c · c · c · c ·	යස	Cine
gugleich gepfändet, geschäpt und versteis	70	88
gert werden	12	00
thanen durfen fich nicht mit obrigfeitlichen		
	162	208
Holzvergutungen der Landwehroffiziere, die dießfälligen Quittungen unterliegen dem		
Stempel	48	56
Solzungsrecht freges der Goltusen, die	70	5
daffelbe befchrantende Berordnung wird		_
aufgehoben	44	52
Hornvieh; Behandlung der Milgseuche bei felben	104	124
Hornviehzucht; die Bertheilung der Pra=	104	144
mien fur den Sandecer Kreis wird all=		
jahrlich am 22 Juny zu Altfandez Statt		
finden Sungarische Gymnasien, von selben tom=	142	174
mende Shuler muffen einer ordentlichen		
Prufung uuterzogen werden	143	175
Sungarifcher Labat, für felben wird der		
neue Ausgangszoll bestimmt	22	30
Sungarisches Tabafmehl und Tabakstaub; neue Bollbestimmungen für felbe	EE	64
Sungarn; die dahin reisenden guhr= San-	99	04
delsleute und andere Individuen follen		
fich mit den vorgeschriebenen Paffen ver=		
sehen, die Kommerzialstraffe nicht verlas-		
fen, noch die f. hungarischen Boll= und Dreißigstämter umgehen	17	84
Strikislimmtr amgratu	4/	04
3.		
Sagben durfen an Sonn = und Fepertagen		
nicht gehalten werden	121	156
Jahrmarkt, in Debrecon wird auf den 30.		
April verlegt	185	230

	Bahl ber	Seite
Impfpreise werden allgemein in Konvenzions=	-	
Munze verabfolgt . Inlandische Lehranstalten; deren Besuch wird	73	89
Auslandern nicht gestattet - Echranstalten, das Berbot, Auslan=	21	29
der auf felben zuzulaffen findet feine Un= wendung auf jene vor Rundmachung def=		
felben aufgenommenen Individuen Innspruter Lygdum; dessen Erhebung gur	169	214
Universität . Inftitute der barmberzigen Schwestern, so	45	52
wie alle Privatinstitute werden von der jahrlichen Rechnungslegung über die Ber=		
waltung des eigenen Bermogens enthos		
ben	60	73
Juftrufzion fur die Stadtwundarzte	53	60
Interimsscheine gegen selbe sollen Subar= rendatoren keine Natural= oder Gervice=	50	
artifeln an das Militar verabfolgen	102	121
Interzessionen obrigkeitliche deren Stem- pelbefrepung wird anf den gangen mit der		
Berhandlung eines derlei Aftes verbun=		
denen Schriftwechfel ausgedehnt . Inventarien von deren Berfassung haben	152	199
fich Dominien und Magistrate bei Todes.		
fallen der Militarpersonen bis auf Ansu- den der kompetenten Behorde zu enthal=		
- unterthanige Schuldigkeiten,	64	76
mie fich bei deren Richtigstellung gu be-	81	98
Inventirung der Pfrunden; hiezu follen Pfarrer die erforderlichen Behelfe vorbes		
Tfraelitische Privatlehrer; siehe judische.	15	24
Inden = Chen geseywidrige sollen nicht zuge=		
lassen werden	83	101

	The Seite	
Juden = Gefällspächtern wird die Führung des f. f. Wappens oder Adlers unterfagt .	119	147
- Gemeindvorstande, denselben wird die gewiffenhafte Ausstellung der Armuthe=		
zeugniffe eingefcharft	16	25
Sugend fludierende, an felbe durfen offentlia de Bibliotheten feine Romane, und bloge		
Unterhaltungsschriften, fo wie das Con-		
fervations = Lexicon (in ausländischen Auf-		
lagen) verabfolgen	140	172
Judifche Meifter durfen teine driftliche Ge-	130	164
Rudischen Privatlehrern wird gestattet ifra-	130	104
elitischen Kindern Unterricht zu geben		
durfen aber driffliche Rinder weder in les		-
benden Sprachen noch in den Elementar=	7.00	
gegenständen unterrichten	103	122
Jurow Dorf, deffen Abtrettung an das Ro-	50	58
Auftigiars, von dem vorgeschriebenen Daß=	30	20
ftab deren Gintommen zwischen einem		
Maximum von 1000 uud Minimum von		
250 fl. gur Bemeffung der Klaffensteuer		
anzunehmen kommt es ab	6	8
K.		
Rarafteurs = Tagen; Behandlung ber in Bi=		
vildienfte übertrettenden Militaroffizieren		
und Auditoren rucffichtlich derfelben	175	219
Rareng - Tagen, Behandlung der in Sivil- dienste übertrettenden Militaroffiziere und		
Anditoren rudfichtlich derfelben	175	219
Rartel; fiebe Cartel.		
Rauzion; siebe Caution.		
Rauzionen; wie sich bei Subarrendirungs.		

	hl bee	Geite
Berhandlungen rudfichtlich der Erfullungs=	200	Calle
fauzionen zu benehmen fen .	5	5
Ravallerie; siehe Cavallerie.		4
Rinder fruhzeitig oder todtgeborne follen am Rirchhofe auf einem abgesonderten Orte		
begraben werden	96	113
Rindern ifraelitischen; durfen ifraclitische		
Privatlehrer Unterricht geben, jedoch driftliche Kinder weder in lebenden Spra-		
den noch in Elementargegenstanden unter=		-
richten	103	122
Berrechnung von Seite der Pfarrspirituas		ieg.
lien, Administratoren .	117	143
Rlassensteuer; von dem vorgeschriebenen		- iv
Makstab das Einkommen eines Justiziars, Dekonomen, Mandatars u. s. w. zwischen		
einem Maximum von 1000 und Minis	1	
mum von 250 fl. ju deren Bemeffung		
anzunehmen, kommt es ab . — wie die dießkälligen Zahlungen in	6	8
der Abstattung zu behandeln find .	36	42
- Fassionen bedenkliche; diesfalls sol=	-	
len Behörden die, die Vorschreibungen zu veranlaffen haben auf die spezifische		
Nachweifung des Gintommens dringen .	42	49
2 - Ausschreibung fur bas Jahr 1827	105	125
Rlaffifiziren hierin wird bei Gymnafial und Grammatitalschulen eine besondere Sc.		
nauigkeit anbefohlen	37	43
Rlerifer der Regularorden tonnen die Pru-		
fung aus den Obligatstudien der Philoso= phie auf einmahl an einer offentlichen		
Lebranftalt taxfrei gurudlegen	56	65
- der Ordensgeistlichen deren Beug=	-	+-
niffe über das hinterlegte beschranftere philosophische Studium haben bei ihrem		
Prov. Geseus, von Galizien 1 826.		

	Sahl ber Berordn	Seite
Austritte feine Giltigfeit gur Aufnahme	1	
in bobern Studien	84	102
gestellt	171	216
Rochem Pater Martin, Gingiehung deffen	-/-	
bei Berlaffenschaften vorfindigen Legen=		
denbuches	24	32
Rommerzial=Stemplung der Inder. Erneu-	4.	,
erung der dießfälligen Borfdrift	54	63
und andere Reisende nach Hungarn nicht		
perlassen.	47	54
Ronfursfalle; fiebe Concurs.	7/	34
Ronffripgion; fiebe Confcription.		
Ronftrutzion der Mahlmuhlen; Preisauf-		
gabe über deren Berbefferung	18	27
Kontumaz; siehe Contumaz. Konvenzionsmunze; siehe Conventions-		
Ming.		
Rongepts = Randidaten; nachträgliche Erlau-		
terungen wegen deren Prufung	145	176
Ropffteuer; fiche Perfonalsteuer.	-10	-,-
Rogiarna Borwert, deffen Bereinigung mit		
dem Rzeszower Rreis	50	58
Rreishebamen; Bestimmung der Wohnungs-		
Rreistommiffaren werden bei Ginführung	34	40
der Pfarrer in die Temporalien-Reise und		
Behrungskoften bewilliget	162	209
Rreus = Partifel in Concurs oder Berlaffen=	- 3	,
schaftsfällen vorfindige muffen an die Rons		
sistorien oder Ortsfeelsorger abgegeben		
werden	176	220
Kriminal= Gericht in der Bukowina, dessen		
Trennung von der Zivil's Justig = Berwals	126	150
*******	TAU	- 59

4.		
Landesfürftliche Nemter follen gar nicht oder		
nicht klassenmässig gestempelte Urfunden der		
Siegelgefällenadministrazion anzeigen und		
den Partheyen ihre Straffalligkeit be-		
fannt machen	25	33
Steuern; Behandlung derjenigen,		
welche zu deren Einhebung aufgestellt		
find, dieselben vorenthalten oder sich zueigs		
nen, fo wie derjenigen welche hieran Theil		
nehmen	91	108
Beamten oder Diener welche eine		
Pension oder Provision beziehen, mussen		
wenn fie bei einer fladtifchen oder Fonds-		
verwaltung angestellt werden, auf die He-		
rarial = Penfion oder Provision verzichten	101	120
Landrechtliche Aften alte gur Bertilgung		
geeignete Aufforderung an die Partheyen,		
wegen Behebung der in felben befindli=		
den Urfunden	00	118
Landfradte auf die einheimischen Biererzeu-		
gungen in felben wird die Befreiung des		
fogenannten Rullbiers von ftadtifden Be-		
tranferzeugungs = und Bergehrungsauf.		
schlag ausgedehnt	35	41
Landwehr = Offisiere deren Quittungen über	99	ad. v
Quartierzinfe oder Holzvergutungen uns		
terliegen dem Stempel	48	56
Legendenbuch des Pater Martin Rochem	40	30
bei Berlaffenschaften vorfindiges Deffen		
Einzithung	Da	32
Lebranftalt protestantisch theologische in Wien	24	24
der Schluß des Studienjahres an felber		
hat mit lesten Juui einzutreten und deffen		
Wiedereröffnung mit erften September ju		
erfolgen	0.0	100
R 2	90	107
er a		

	ber bron.	
	Ber	Seite
Lehranstalten innlandische, deren Besuch		
wird Auslandern nicht gestattet innlandische; das Berboth Auslan=	21	29
der bei felben gugulaffen findet feine An-		
wendung auf die vor Kundmachung bes-		
felben aufgenommenen Individuen	169	214
- philosophische, an selben wird bas		
Unterrichtsgeld eingeführt	181	224
Lehrbuch als foldes wird das vom Professor Frang Fiefer bearbeitete Werk. Chre-		
stomathia latina in usum auditorum		
philosophiae anni primi et secundi		
eingeführt	160	206
Rebrer fur den Privatreligionsunterricht uns		
terliegen rudfichtlich der Beurtheilung ihrer Fahigkeiten den bifchoftichen Ordis		
nariaten	82	100
- nen angestellte find burch die erften	0-	200
drei Jahre nicht als stabil zu betrachten	132	166
Echrfahigkeits = Defret darf Privatlehrern		
die sich nicht für den ganzen grammatis		
iden oder humanistischen Lehrfurs geeige net erwiesen haben, nicht ertheilt werden	. 43	175
Lehrjungen driftliche durfen die judischen	140	-13
Meister nicht halten	130	164
Lehrzweige welche in einem halben Jahr be-		
endigt werden, hieruber darf auch fogleich		
die Semestralprufung abgehalten werden Lemberger Realschule, deren Reorganistrung		175
- Universitat; an felber und den bei-	14	19
den Symnasien wird das Unterrichtsgeld		
in Metallmunge umgefest	149	193
- Universitat, an felber wird ein or-		
dentliches offentliches Lehramt der Com-		-
Peonhard Regierungerathe beffen Lefebucher	183	229
werden in den Bollsschulen eingeführt	139	171

	ahl ber	Seite
Lefebucher des Regierungsraths Leonhard	000	
werden in den Boltsfculen eingeführt .	129	171
Lieferungen, auf felbe wird die Borfdrift	-07	-/ -
hinfichtlich des bei Religitagionen gum		
Grunde gu legenden Ausrufspreifes aus=		
gedehnt	172	217
Loblowis von August Login, Fürst, Guber=		
nial Bice : Prafident, deffen Ernennung		
jum Landesgouverneur in Galigien .		127
Lotterieloofe auslandische werden verbothen	86	104
Lubpezaer Kommerzialzollamt deffen Uiber-	- 0	()
fenung nach Betzec	32	39
Lage, an welchen folde nicht gestattet		
merden	104	180
werden . Lyzaum zu Innfprut wird zur Universität	14/	100
erhoben .	45	52
	7.5	
M.		
Mahren, dabin wird die Ginfuhr des gali-		
gischen Salzes verbothen	168	213
Magiftrate haben bei Todesfallen der Mili-		
tar = Personen zwar ihr Umt zu handeln,		
von der Berfaffung eines Inventars aber		
fich bis auf Anfuchen der tompetenten Be-		
borde zu enthalten	64	76
Magistraten wird die Eintreibung der ge-		
richtlichen Tax - Postporto und Stempel= gebuhren gur Pflicht gemacht	. 6	65
- wird bei Ginsendung der Sterbig=	10	25
bellen und Erbsteuerausweifen die Porto=		
freiheit bewilliget	165	21:
Marian wis Got hai .		
Magiffedis = Beauten wie im ver oeren		
Magistrats = Beamten wie sich bei deren Dienstesentlassungen zu benehmen fen		93
Dienstesentlassungen zu benehmen fen Beamten; deren Remunerazionen für		93
Dienstesentlaffungen gu benehmen fen		93

	25	
	Sept Sept Sept Sept Sept Sept Sept Sept	eife
	888	
Mahlmuhlen - Konstruktion; Preisaufgabe		
über deren Berbefferung	18	27
Mahomedanar = Vorschrift, wegen Abnah-		
me des Eides von selben	131	164
Manasterzyskaer Posistrede nach Nizniow		
wird auf eine und eine halbe Post erhöhet	174	218
Mandatars, von dem vorgeschriebenen Maß=		100
ftab deren Gintommen zwifchen einem Mas		
rimum von 1000 und Minimum von 250ft.		
gur Bemessung der Rlassensteuer anzuneh-		
men kommt es ab	6	8
Markowaer Weg . und Brudenmauth de-		
ren Aufhebung Marktpreis = Labellen monatliche zu deren	177	221
Marktpreis = Labellen monatliche zu deren.		
Berfassung wird das Formulare vorge=		
forieben	129	162
monatliche in felben muffen		4
die Preise der Feilschaften in Conv. Mung		
berechnet und angeset werden	129	162
Maurermeister fortifikatorifche; Bestimmung		
deren Quartierstompeteng	137	169
Mauth = pachter deren Streitigkeiten mit		
Parthenen hat die Bollgefallenverwaltung		
zu entscheiden	159	205
Mauthgebühr Erhöhung für die von Dos		
marad, nach Manice fuhrende Straffen-		
firede	108	129
Mauthfache; Errichtung einer Weg = und		
Brudenmauth zu Zaryte	GI	74
- Grrichtung einer Weg= und Bruden=		1
mauth zu Neumark .	124	157
- Regulirung der Weg = und Bruden=		15
mauthstazionen auf der Warfchauer Koms		
merzialstraffe	136	169
- wie fich in Fallen gu benehmen fen,		
wo Mauthpachter mit Berichtigung falli=		
ger Pachtraten guruchbleiben	146	150

last the second second	Der rba.	
	Sabr	Beite
Mauthsache; Aushebung der Weg = und		
Bruckenmauth zu Markowa	177	221
Meeraale; Bestimmung des Ein = und Aus-		
fuhrezolls von felben	29	36
Mehrdrittheil penfionirten Offigieren bei		
ihrer Anstellung im Zivile zugestan.		
denes wird nicht auf die blos mit Onas	-0	
Deifter judifche durfen feine driftliche Ge-	58	71
fellen und Lehrjungen halten	1,30	164
Meldzettel obrigeeitliche, deren Stempelbe-	130	I OA
freiung wird auf den ganzen mit der Bers		
handlung eines derlei Aftes verbundenen		
Schriftwechfel ausgedehnt	152	174
Militar = Berpflegs = Subarrendirung; fiebe	20~	-/-
Subarrendirung.		
- Confeription ; hievon follen die Pfars		
rer jederzeit benachrichtiget merben	3	4
Offiziere gur Pramienvertheilung		4
fommandirte, denfelben follen die gebub=	1 5	
renden Quartiere angewiesen werden	19	28
- Offiziersquartierzinse, in wie ferne		
derlei Quittungen stempelfrei find .	48	56
- Landwehroffiziere, deren Quittungen		
über Quartierzinse ober Holzvergutungen		
unterliegen dem Stempel .	48	56
Refrutenstellungsauslagen muffen		
die Dominien tragen .	52	59
- Dffigere penfionirte, das denfelben bei		
ihrerAnstellung im Sivite zugestandene Mehr=		
drittheil wird nicht auf die blos mit		
Gnadengehalten betheilten ausgedohnt .	58	71
- Judividuen mit Gnadengehalten be=		
theilte deren Unterbringung in folden		
Plagen, die ihren Rraften und Gigen=	-0	44.7
fchaften entsprechen	58	71
- Perfonen; bei deren Zodesfällen bas		

	22	
	3ast	Seite
Service Control of the Control of th	ದ್ದಾ	
ben Dominien und Magistrate zwar ihr		
Umt zu handeln, von Berfassung eines		
Inventars aber fich bis auf Ansuchen der		
fompetenten Beborde gu enthalten	64	76
Militar = Stazionen; herstellung und Erhal=		
tung offentlicher Brunnen in felben	65	76
- Perfonen durfen ohne Erlaubnig der		
vorgefesten Militarbeborde nicht getrauet		
werden .	76	91
- Grefugionemannschaft von der Raval.		
Ierie deren Berpflegung in jenen Orten		
wo weder ein Magazin noch eine Gubar=		
rendirunge = Borforge besteht	02	109
- demfelben follen Subarrendatoren)-	-/
gegen bloße Interimsscheine feine Ratu=		
ral = oder Gervizeartifeln erfolgen	102	121
- Jur Subministrirung fur garnifonis		
rende Eruppen durfen Ortogemeinden nie		
für marfchierende bochften bei unvorge-		
febenen großeren Truppenmarichen verhal=		
ten werden .	125	158
- Quartierstompetenzbestimmung fur	0	- 50
die fortifikatorifden Maurermeifter	127	169
- Unteroffiziere und Gemeine haben	*37	,
ihre Gesuche um Zivilanstellungen bei ihren		
porstehenden Regiments = oder Bataillous =		
fommanden einzureichen	128	170
- Deferteurs . Auslieferungstartel er=	-00	- / -
neuertes zwischen Defterreich und Sardinien	148	185
- Urlauber jur Waffenubung nicht ein-	-40	200
geruckte, deren Behandlung	151	194
- Mannschaft der aufgeloften Militar-	191	-9-
forper deren Existenzeruirung	156	197
- Behörden verwaltende und verreche	190	-71
nende; deufelben mird jedes Anleihen an		
baarem Gelde oder Naturalien wiederholt		
unfersaat	150	200

ø

	Der Con	
	abl	Seite
Militar = Quartierzinse für die in Lemberg	10/66	
befindlichen Militarquartiere werden beim		
Rriegszahlamt ausbezahlt, für die außer		
Lemberg dislogirten Militarparthepen aber		
bei den in jedem Rreis verlegten Regi=		
mentern und Truppenabtheilungen ange=	,	
wiesen	161	207
dienste übertrettende deren Behandlung		
rudsichtlich der Karakteurs und Kareng=		
faren	175	210
- Forderungen altere aus den Jahren	-/3	7
1796-1798 uber welche die Dofumente		
mangeln und die Praftanten nicht befanut		
find, deren Behandlung	179	222
Militarifche Fassungequittungen; Borfdrift		
wegen deren Roramisirung	141	173
Milgseuche unter Pferden und dem Rind=		
wieh, deren Behandlung Modena Serzogthum deffen Bermogensfreis	104	124
Magigleitsvertrag mit Desterreich .		-
Muhlrecht freies der Soltysen die dasselbe	57	66
beschränkende Berordnung wird aufgeho=		
ben	41	52
Mufffen jum Tang; Bestimmung der Beis	74	
ten und Tage an welchen folche nicht ge-		
stattet werden	127	180
N.		
Namen Gefchlechts oder Familiennamen , in		
wie ferne eine Beranderung derfelben be-		
	88	105
Nachtwachen follen aller Orten aufgestellt,	- 00	
und zur Erfüllung ihrer Schuldigkeit ftreng		
verhalten merden	39	44
Naturalien sollen Subarrendatoren gegen		

	Bahl ber Beroedn.	Beite
bloge Interimsicheine an Das Militar	Die.	
nicht verabfolgen	102	121
Naturalien; dieffallige Unlehen werden de=		
nen verwaltenden und verrechnenden Dis		
litarbehorden neuerdings unterfagt .	153	200
Naturlehre des Baumgartner wird als Lehr=		
bud eingeführt	100	119
Neumark Errichtung einer Wege und Bruc :		
tenmanth dafelbst	124	159
Niżniower Poststrede nach Manasterzyska		4-
wird auf eine und eine halbe Post erhohet	174	218
D.	+	
The state of the s		
Obrigkeiten follen gar nicht oder nicht flaf-		
fenmaffig gestemvelte Urfunden ber Siegel=		
gefallenadministrazion anzeigen, und den		
Partheyen thre Straffalligleit befannt		
geben	25	33
- follen dem Tabakauffichtspersonale		
allen erforderlichen Beiftand leiften .	112	136
Dbrigkeitliche Meldzettel, Entlaffcheine und		
Interzeffionen deren Stempelbefreiung		
wird auf den gangen mit der Berhandlung		
eines derlei Aftes verbundenen Schrift=		
wechsel ausgedehnt	152	194
Bertifitate; mit felben durfen fic		
Unterthanen, welche Solz jum Berfaufe		
verfrachten, nicht ausweisen	162	208
Dbftbaum = Pflanzungen, wie fich bei Erhe=		
bung der Anspruche auf dießfällige Re-		
numerazionen zu benehmen fen	157	194
Ockonomikum, auf deffen Objette wird die		
Borschrift hinsichtlich des bei Relizitazio=		
nen jum Grunde ju legenden Ausrufe-		
preises ausgedehnt	172	217
Defterreich, deffen Bermogensfreizugigfeite.		
vertrag mit Modena	57	66

	A	
	101	Seite
	88	
Desterreich, dessen mit Sardinien erneuertes		
Deferteurs = Auslieferungefartel	148	188
Defterreichische Unterthanen durfen eine	1.0	-00
Unstellung als diplematische Agenten		
fremder Staaten nicht annehmen	144	176
Offiziere gur Pramienvertheilung fommans	-11	
dirte; denselben follen die gebuhrenden		
Quartiere angewiesen werden	19	28
- von Militar in wie ferne deren Quit-		
tungen über Quartierzinfe ftrempelfrei find	48	56
- von der Landwehr; deren Quittun=	70	50
gen über Quartierzinfe oder Solzvergu-		
tungen unterliegen dem Stempel .	48	56
- pensionirte; das denfelben bei ihrer	40	9
Anstellung im Bivile zugeftandene Debr=		
brittheil, wird nicht auf die blos mit		
Gnadengaben betheilten ausgedehnt .	58	71
- mit Gnadengaben betheilte, deren	00	1
Unterbringung in folden Plagen, die		7.7
ihren Rraften und Gigenfcaften entspres		
chen	58	71
- in Bivildienfte übertretende, beren		-
Behandlung rudfictlich des Karaftes und		
Rarenztagen	175	219
Dimuter Biehmackte, Aufhebung, der den		- 3
Sandel dafelbft beschrantenden Borfdrif=		
ten	7	9
Orden der Barmbergigen , denfelben wird die		
Erbfahigfeit auf unbestimmte Beit einge=		
raumt	04	112
Ordinariate bischöfliche, benfelben unter-	2.	
liegen die gur Ertheilung des Religions=		
unterrichts aufgenommenen Privatlehrer		
rudfichtlich der Beurtheilung ihrer Sabig.		
feiten	82	109
Ortsobrigkeiten, denfelben wird die ge-		

CAP . V. A. C. C. C. C. W. W. C. S. C.	Bahl ber Der Berordu.	Geite
missenhafte Ausstellung ber Armuthezeug= nisse eingescharft — follen wegen verzogerten Eingaben der Erwerbsteuerereldrungen verhangte Strafen sogleich dem Rreisamte anzei=	16	25
ortsobrigkeiten follen jene Pfarrgenoffen, welche sich weigern, bei ihrem Pfarrer	17	26
zu erscheinen, hiezu verhalten Ortsgemeinden dursen zur Subministri= rung fur garnisonirende Truppen nie, fur marschierende hochstens bei unvorge=	95	112
febenen grofferen Truppenmarfchen ver= halten werden	125	158
P.		
Pachtraten fanige; wie fich in Fallen zu bes nehmen fcp, wo Mauthpachter mit bes		
pachtern des Judengefalls, wird die Füh- rung des k. k. Wappens oder Adlers	146	180
untersagt	119	147
ben	47	54
Dominital gerichtsbarkeiten zur Reife ausgefertigte find als gultig zu betrachten Parthepen durftige mit welchen Daten deren Armuthszeugnisse zur Erwirkung der Bor=	63	75
merkung oder Rachsicht der Gerichtskosten versehen sen mussen	115	139
entscheiden	159	205

to a second seco	22	
	16	Coite
	SE SE	Seite
ren Suhrung wird Postamtern wiederholt		
in Erinnerung gebracht	68	85
Patrone follen mit neuen Schulbaulichkeiten		0,0
möglichst verschont werden	166	212
Penfion faraftermäßige wird Bige = Staats=		7.4
buchhalters = Witwen mit 350 fl. bewil=		
liget	And 2017	02
- hiemit betheilte landesfürstliche Be-	77	93
	100	
amten ober Diener muffen, wenn fie bei		
einer städtischen oder Fondsverwaltung		
angestellt werden, auf die Aerarial=Pen=		
fion oder Provision verzichten	101	120
Penfionirte Offiziere, das denfelben bei		
ihrer Unftellung im Bivile zugestandene		
Mehrdrittheil wird nicht auf die bloß mit		
Gnadengehalten betheilten ausgedehnt .	58	71
Perfonalfteuer, wie dieffallige Zahlungen		,-
in der Abstellung zu behandeln find	36	42
- deren Ausschreibung für das Jahr	9	7-
1827	100	10=
- von deren Entrichtung find Reltern	105	125
und Geschwister wirklicher Besiger von		
Bauernwirthschaften, wenn sie keine Sand=		
Sauernorrymaten, wenn fie teine syano-		
werter find befreit . Pfarrer follen von ber bevorstehenden Ron-	123	157
Pfarrer jouen von der devorstehenden Rous		
ffripzione:Revision benachrichtiget werden	3	4
- follen bei der Inventirung oder Res	-	
inventirung der Pfrunden die erforderlis		
den Behelfe vorbereiten	15	24
- Rlagen gegen diefelben wegen Ber=		
legung der Beichtgeheimniße gehoren nicht		
gur politischen Untersuchung	75	90
- was bei beren Gesuchen um Lags	10	7 -
und Stempelvormerfung in Rechtsftreitigs		
feiten zu beobachten sep	80	106
- bei deren Einfuhrung in die Tem=	09	100
poralien werden Kreiskommissaren Reises		0.07
und Zehrungefosten bewilliget	163	209

	3ahl Bero	Seite
Pfarrern wird die gewiffenhafte Ausstellung	Colder	
der Armuthezeugniffe eingescharft .	16	25
Pfarrgemeinden follen durch ihre Dominien		
gur reiheweisen Abholung des Geelsorgers		
gur Ertheilung des Religionsunterrichts		
aufgefordert werden .	79	94
Pfarrgenossen die sich weigern bei ihrem		
Pfarrer ju erscheinen, follen durch die		
Ortsobrigfeit hiezu verhalten werden	95	112
Pfarrspiritualien = Administratoren; Mos		
dalitaten jur Verrechnung der Rirchen-		
einkunfte durch felbe .	117	143
Pferde, Behandlung der Milgfeuche bei fel=		
ben	104	124
- in ihrer erften Jugend einzuspaunens	-	- /
Abstellung dieses Mißbrauches	171	216
Pferdepramien - Bertheilung für den Sans		
decer Kreis wird am 22ten Juni jeden		
Jahrs zu Altsandez Statt finden	142	174
Pferdezucht - Verbesserung; Abstellung des Mißbrauchs Pferde in ihrer ersten Ju-		
gend einzuspannen, auf der Weide gu		
fnebeln und mit ausgemusterten Aerarial=		
	376	216
Beschellern zu belegen Pfrunden bei deren Inventirung oder Rein=	1/1	410
ventirung follen Pfarrer Die erforderlichen		
Behelfe vorbereiten	15	24
Philosophie aus deren Obligatgegenftanden	-5	-7
fonnen Klerifer der Regularorden die		
Prufung auf einmal an einer offentlichen		
Lehranstalt taxfrei gurudlegen .	56	65
Philosophische Studienanstalten, Bestim-	194	
mungen über die Ginrichtung der offent=		
lichen Prufungen an felben	12	15
- Studien, von beren Besuch find		
minderfähige Schüler ausgeschlossen	37	43
- Cehranstalten, an felben wird bas		-
Unterrichtsgeld eingeführt .	181	224

	Bahl bee Berwedn.	Seite
Philosophisches Studinm beschränkteres;	an Cité	
die dieffalligen Beugniffe ber Regular=		
flerifern haben bei ihrem Austritt feine	- 5	
Biltigfeit gur Aufnahme in die bobere		
Studien	84	102
Pokenseuche unter Schafen; Borfdrift me-		
gen deren Behandlung	43	50
Pohlen Konigreich; Abtrettung des Dorfes		
Jurow und einiger Statyner und Buls		
faer Grundstucke an dasfelbe	50	58
Politische Fonds auch auf felbe hat die Ber=		,
ordnung in Absicht auf die Beseitigung		
der Rachtheile, welche wegen Rurge der		
dreijährigen Verjahrungsfrist für felbe		
entstehen konnten in Anwendung zu kom-	21	
men	170	215
Polizen = uibettretungen schwere; Erlaute=		
rung des S. 241. des Strafgefetbuches:		
daß gegen derlei Bergehungen teine Abn=		
dung in offentlicher Sinficht nothwendig		
fen, es somit dem Beleidigten jederzeit frei		
ftebe, auf die ihm zugesprochenen Genuge	5.70	
thuung Bergicht gu leifen .	113	138
- Uibertretungsfalle schwere, in wie	. 3	
ferne Unterbehörden ihre dießfällige Ur=		
theile der Landesstelle vorzulegen haben	40	75
- Gade. Nachtwachen sollen aller Dra		
ten aufgestellt und gur Erfullung ihrer		
Schuldigkeit strenge verhalten werden.		
Zugleich wird das Feuerlosch, und Schubs		
ordnungspatent widerholt in Erinnerung		
gebracht	39) 44
- Erinnerung des Patents wegen Bes		
handlung der Schublinge	128	3 161
Portofreiheit wird Dominien und Magistra-		
ten bei Einsendung der Sterbtabellen und		-
Erbsteuerausweisen bewilliget	16	5 211

	Bahl ber Berorbn.	Seita
Postamtern wied die Führung ordentlich vers		
legter Paffantenprotofolle wiederholt in Erinnerung gebracht	68	85
Postporto - Gebubren gerichtliche , deren Gin-	00	05
treibung wird Magistraten , Dominien		
und Gerichtsbarteiten zur Pflicht gemacht	16	25
Postsache, die Posistrede zwischen Bojana		
stampt und Tibuge wird auf eine und	- /	7.4
ein Biertelpost herabgesett Einführung der Gilvostfahrt von Wien	26	34
über Brunn nach Lemberg und gurud	28	35
- Dominien und Magistraten wird bei	20	33
Ginfendung der Sterbtabellen und Erb.		
steuerausweisen Die Portofrenheit bewil=		
liget	165	211
- der Beifat im allgemeinen Brief.		
postariffe daß es Jedermann frei fiebe das Rezepiffe felbst zu ichreiben, und sich		
von der Zahlung der Rezepiffengebuhr zu		
befreyen, wir außer Rraft gesett .	167	213
- die Pofiftraffe zwifden Manafterzyeta		
und Digniow wird auf eine und eine halbe		
Post erhöhet	174	218
Postariff allgemeiner der in felben		
enthaltene Beifan, daß es Jedermann frei		
stebe, das Rezepisse felbst zu schreiben, und sich von der Bahlung der Rezevissen=		
gebuhr zu befreyen, wird außer Kraft		
gefeßt	167	213
- Pramien; Borfdrift wegen deren		
Beifchaffung und Bertheilung an Clemen-		
tarschulen	23	30
- Bertheilung; den hiezu tomman=		
dirten Offigieren follen die gebührenden		00
Quartiere angewiesen werden — Bertheilung für Pferd = und Horn-	19	28
pichzucht für den Sandecer Rreis; hiezu		
Dichlache lut ben Sandtett Rettie, biefn		

	of ber	Seite
minh his 15 table 01745 and a way have and	49	
wird die Stadt Altsandez und der 22te	16	
Juni jeden Jahrs bestimmt	142	174
Prager Universität, an felber wird ein or-		
Dentliches Lehramt der Comptabilitats=	10	
Wissenschaft errichtet . Preisaufgabe über die Berbesserung der Kon-	13	19
frukzion der Mahlmühlen	18	0.00
Preise der Feilschaften mussen in den monat=	10	27
lichen Marktpreistabellen in Conv. Mung		
berechnet und angesest werden	129	360
Preußische Unterthanen, welche in einem Als	129	102
ter eingewandert sind, wo sie noch nicht		
militarpflichtig waren, muffen ausgelies		
fert werden	159	100
Privatargte beren Diaten werden um ein	153	193
Funftheil herabgesett	180	002
Privatinstitute werden von der jahrlichen	100	כיייי
Rechnungslage über die Verwaltung des		
· m · i · i · ·	6-	=0
Privatlehrer zur Ertheilung des Religions=	00	73
unterrichts unterliegen ruchschtlich der		
Beurtheilung ihrer Fähigkeiten den bi=		
schripettung ihret Fugigietten ben bis	0.0	
	82	100
Privatlehrern ifraelitischen wird gestattet		
ifraelitischen Kindern Unterricht zu geben,		
durfen aber driftliche Rinder weden in les		
benden Sprachen noch in Elementarge-		
genstanden unterrichten	103	122
— die fich nicht fur den gangen gramma=		
tischen oder humanistischen Lehrkurs ge-		
eignet erwiefen haben, darf tein Lehr=		
fähigkeitsdefret ertheilt werden	143	1/5
Privatstudierende mussen sich zu Anfange		
des Schuljahres bei dem Professor der		
Lehranstalt, wo sie die Prufung zu ma-		
den wunschen, melden, und diejenigen		
Porp. Gefeth, pon Galigien 1895.		

	Zahl ver Bero du	Zeite
durch welche sie sich die Studien eigen machen wollen, anzeigen Privilegien auf neue Bier = und Brand-	118	146
wein = Erzeugungsmethoden, in wie ferne deren Ausubung in den propinazionebe=		
professoren neu angestellte find durch die ersten 3 Jahre nicht als stabil zu betrachs	1	1
Propinazions berechtigte Provinzen in wie ferne in felben die Ausubung verliehener	133	166
Privilegien auf neue Bier = und Brand- wein = Erzeugungsmethoden gestattet wer=	-	
den könne Protestantische theologische Lehranstalt in Wien; der Schluß des dießfälligen Schul=	1	1
jahres hat funftig mit letten Juny eins zutretten, und deffen Wiedereröffnung mit ersten September zu beginnen	-0	104
Provinzial = Rommission für die Operazionen des stabilen Katasters; deren Aufstellung	- 1	90
— - Rommission zur Regulirung des Grundstenerprovisoriums wird aufgeloft . Provision; hiemit betheilte landesfürstliche	154	196
Beamten oder Diener muffen, wenn fie bei einer ftadtischen oder Fondsvermal=		
provision verzichten	101	120
stellende, mussen sich mit ihren Diplomen und übrigen wissenschaftlichen und moralischen Bengnissen ausweisen .	10	14
Priffung tonnen Alerifer der Regularorden aus den Obligatstudien der Philosophie	10	14
auf einmahl an einer offentlichen Lehran= ftalt taxfrei zurucklegen — darf über Lehrzweige, die in einem	56	65

	Babl ber Bernerba.	Seite
halben Jahre beendiget werden, sogleich abgehalten werden Prufung der Konzeptskandidaten; dieskallige	134	167
prufungen offentliche; Bestimmungen über	145	176
deren Einrichtung an sammtlichen philo= sophischen Studienanstalten .	12	15
Q.		
Quartiers = Stagionen militarifche Berfiels		
in felben	65	76
ferne derlei Quittungen stempelpflichtig	48	56
- der Landwehroffiziere; die dießfalli- gen Quittungen unterliegen dem Stem-	40	-6
- fur die in Lemberg stazionirten Mi- litarpartheyen werden vom Kriegszahle	40	56
amte ausbezahlt, jene der außer Lemberg befindlichen aber bei den in jedem Kreis		
dislozirten Regimentern und Truppenabs theilungen angewiesen	161	207
Quartiere gebührende follen denen zur Pra= mienvertheilung fommandirten Offizieren angewiesen werden	70	28
Quartierstompeteng. Bestimmung fur bas	19	~0
fontumazamtliche Personale . — Rompetenz wird für die sortifikato=	11	14
rifden Maurermeifter bestimmt Quieszenten bei deren Wiederanstellung	137	169
findet feine Bergutung der Uibersiedlunges fosien Statt	184	230
Quittungen der Militaroffiziere über Quar-		

	Berorda.	Seite
tierzinse in wie ferne selbe stempelpflich- tig find Duittungen der Militaroffiziere über Quar=	48	56
tierzinse oder Holzvergutungen der Lands wehroffiziere unterliegen dem Stemgel — nber Fassungen des Militärs, Vor-	48	56
schrift wegen deren Koramistrung	141	173
N.		
Nealschule Lemberger deren Reorganisirung Rechtsstreitigkeiten der Pfarrer; was bei	14	19
diesfälligen Gefuchen um Tar- und Stems pel vormerkung zu beobachten fen . Regular = Orden, deren Kleriker können die	89	106
Prufung aus den Obligatstudien der Phis- losophie auf einmahl an einer offentlichen Lehranstalt taxfrei zurücklegen	56	65
- Rlerifer deren Zeugnisse über das binterlegte beschränktere philosophische Studium haben bei ihrem Austritte keine Giltigkeit gur Aufnahme in hohere Stu-		
dien	84	102
Reinventirung der Pfründen, hiezu sollen Pfarrer die erforderlichen Behelfe vorbe-		3
reiten	15	24
- aus Anlaß der Errichtung und Do- tirung neuer Trivialschulen werden aus		
dem Schulfonde bewilliget	70	86
Reifende nach hungarn follen fich mit den vorgeschriebenen Paffen verseben, die Rom-		
merzialftraffe nicht verlaffen, noch die f. hungarifden Dreißigst und Bollamter um=		
geben	-47	54
Reifepasse der siebenburgischen Untertbanen von ihren Dominikalgerichtsbarkeiten aus=		1
gefertigte sind als gultig zu betrachten .	63	75

	190	Ceit
Refruten = Stellungen; die dieffalligen Hus-	ගසි	
lagen muffen die Dominien tragen	52	
Religions = unterricht, ju deffen Ertheilung	3-	55
follen die Pfarrgemeinden reihenweise den		
Scelforger abholen .	79	94
die ju deffen Ertheilung auf=	, ,	
genommenen Privatlehrer unterliegen rude		
fichtlich der Beurtheilung ihrer Fabigteis		
ten den bischöflichen Ordinariaten	82	100
Reliquien und Rreuppartifel in Roufurs ober		
Berlaffenschaftsfällen vorfindige muffen an		
die Konsistorien oder Ortsfeelsorger ab-		
gegeben werden .	170	220
Relizitazionen ararischer Objette, hiebei		-
muß der legre Erftehungspreis jum Gruns		
de gelegt werden	164	211
die Borfdrift hinsichtlich des hiebei		
jum Grunde ju legenden Ausrufspreises		
wird auch auf Lieferungen, Objekten bes		
Defonomifums, der Stande, Stadte,		
Gemeinden und Wohlthatigkeitsanstalten	- Am /T	
ausgedehnt	172	217
für eingehobene Aerarialsteuern haben in		
die städtischen Kassen einzufließen	116	Yasa
- für Dbstbaumpflanzungen wie sich	110	142
bei Erhebung der dießfälligen Remunera-		
zionsansprüchen zu benehmen sev .	157	108
Reorganistrung der Lemberger Realschule	14	
Rettung eines Menschen aus der Feuersge=	14	19
fabr. Bestimmung der dieffälligen Laglia	60	85
Rezepiffen über aufgegebene Briefe felbft gu	- '	0,0
fdreiben und fich dadurch von ber Jahlung		
der Regepiffengebuhr ju befreien; diefer		
im allgemeinen Briefposttariffe enthatene		
Bufas wird außer Kraft gefest	167	213
Rindvieh; fiebe Hornvieh.		

2 to

	Rahl ber	Seite
Richteramts = Tare adeliche, ju deren Be- rechnung find Berlaffenschaftsmaffen nach dem Rurse zu 250 auf Conv. Ming zu.		
Rohan Guemine Fürst Heinrich, Aufnahme dessen, seiner drei Sohne der Prinzen Karl, Biktor und Ludwig, dann seiner	9	13
Rarl, Biftor und Ludwig, dann feiner ehelichen Rachkommen in den Fürstenstand Des Königreichs Bohmen	20	28
Momane durfen offentliche Bibliotheten an die studicrende Jugend nicht verabfolgen Migestower Kreis mit selben wird das Bor=	140	172
werk Roziarnia vereinigt	50	58
S.		
Sandezer Kreis die Bertheilung der Pras mien für Pferde und Hornviehzucht hat alljährlich am 22ten Juny zu Altsandez		
Statt zu finden . Sanitats = Individuen, zu deren Abholung bei ausgebrochenen Epidemien oder Bieh=	142	174,
feuchen haben die Gemeinden die Fuhr ohnentgeltlich zu leisten	80	95
nicht verkaufen oder an einen andern uberlaffen	10	14
zustellende Provisoren mussen sich mit ihren Diplomen und übrigen wissenschaftlichen und moralischen Zeugnissen ausweisen .	10	14
- Sache, Bestimmung der Quartierss kompetenz für das kontumazämtliche Pers sonale	11	14
Sache; Behandlung der Pockensen= de unter Schasen	43	50

	I ber orba.	
	Ser	Beile
Sanitats - Sache; Instrukzion für Stadt-	O.	
wundarzte	53	60
Behandlung der Milgfeuche un-		
ter Pferden und dem Rindvieh	104	124
ter Pferden und dem Rindvich Salz; dessen Einfuhrsverboth aus Galizien	117	
nad Charlien und Mayren	168	213
Sardinien Königreich; dessen mit Dester-		
reich erneuertes Deferteur . Auslieferungs=		_
fartel	148	185
Schafe; Behandlung der Pockenseuche unter		-
selben .	43	52
Schanfrecht freves der Soltysen; die dass		
felbe beschrankende Berordnung wird auf-		
Schlesiett; dahin wird die Ginfuhr des ga=	44	52
lizischen Salzes verbothen .	.60	213
Shluß des Schuljahres hat an allen hohern	108	213
Studienanstalten und Gymnasien mit 15.		
Juli einzutreten und deffen Wiedereroff=		
nung mit iten Sept. zu erfolgen	41	46
- des Studienjahres an der Wiener	4-	40
protestantisch theologischen Lebranstalt hat		
mit legten Juny einzutreten und beffen		
Wiedereröffnung mit Iten September gu		
beginnen	90	107
Schottergruben für die Fahrbarteit der Bu-		
fuhrswege haben die Zufuhrstontrabens		2
ten der Dedftoffe Sorge gu tragen	173	218
Schubordnungs = Patent wird neuerdings	,,,	
in Erinnerug gebrecht .	39	44
Schublinge; Erneuerung des 23. S. des		
Natents wegen deren Behandlung	128	161
Schuler minderjahrige werden vom Befuch der		
philosophischen Studien ausgeschlossen .	37	43
- von hungarischen Symnasien fom-		
mende muffen einer genauen Prufung un-	1	1
terjogen werden	145	175

	00	
	1901	Seite
	ದ್ದು	
Schuler welche nicht alle vorgeschriebenen		
Begenstände erlernen, find in Schulen		
nicht zu dulden	143	185
Schulbaulichkeiten neue, hiemit follen	111	
Patrone und Dominien foviel moglich ver-		
fcont werden	166	212
Schulfond, aus felben werden die Reife=		
koften aus Anlas der Errichtung und Do=		06
tirung neuer Trivialschulen bewilliget .	70	86
Schulhäuser da wo feine bestehen, soll der		
Unterricht in unentgeldlichen oder vers		
zinslichen Wohnungen ertheilt werden .	166	212
Schuljahr beffen Schluß hat an allen ho=		
heren Studienanstalten und Symnasien		
mit 15ten July einzutreten, und deffen		
Wiedereroffnung mit iten September gu		
beginnen	41	46
	14 r	40
Schullehrer in Ansehung der von ihren Do-		
tagionsgrunden gu entrichtenden Grund=		
fleuer haben die namlichen Grundfage		
Bu gelten, welche wegen deren Entrich-		
tung durch die Ruratgeistlichkeit festgefest		
find	4	5
Schulfache Reorganistrung ber Lemberger		
Reglschule	14	19
- Borfdrift wegen Beifchaffung und	-4	-9
Bertheilung der Pramien an Elementar=		L
schulen	23	30
- Reifetoften aus Anlag der Errich-	-5	0,
tung und Dotirung neuer Trivialschulen		
werden aus dem Schulfonde bewilliget .	70	86
- Baumgartners Raturlehre wird als	70	00
	100	
Lehrbuch eingeführt	100	119
- judischen Privatlehrern wird gestat-		
tet ifraelitiden Rindern Unterricht gu ge-		
ben, dürfen aber driftliche Rinder weder		

	orbn.	Seite
and a second second	ದ್ದು	Still
in lebenden Sprachen noch in Elemen=	0,0	
targegenständen unterrichten	103	122
Schulfache. Meu angestellte Lehrer und pro-		
fessoren sind durch die ersten 3 Jahre nicht	1	
als stabil zu betrachten	132	166
Geelforger werden gur Ertheilung		
des Elementarunterrichts dort wo feine		
Bolleschulen find aufgefordert	135	168
- Cinfuhrung der Lefebucher des Regie=	-00	
gierungerathe Leonhard in Bollesichulen .	139	171
Schulunterricht foll da, wo nicht fcon ei-	-02	
gene Schulhaufer bestehen, in unentgeld.		
lichen oder verginslichen Wohnungen er=		
theilt werden	166	212
Schulvisitazionen hiebei sollen die Domi=		
nifalreprasentanten erscheinen	8	12
Schwarzungen des Tabafs deren Abstellung	147	
Seelforger durfen feine Militarperfon ohne		
Erlaubniß der fompetenten Militarbeborde		
trauen	76	91
- gu beren reihemeifen Abholung gur		
Ertheilung des Religionsunterrichts follen		
die Pfarrgemeinden durch ihre Dominien		
aufgefordert werden .	79	94
- werben gur Ertheilung des Glemen-		
tarunterrichts wo feine Bollsfculen be=		
fieben aufgemuntert, und zur fleißigen		
Abhaltung der fonntagigen Chriftenlehre		
	135	168
angewiesen . Seide; Berabsehung bes Ausgangszolls auf		-
Kloretseide	85	103
Seidenabfalle aller Urt fur felbe wird der		,
Ausgangszoll herabgefest	85	103
Selbstverftummler; Bestimmungen ruck-		
fichtlich der Strafurtheile gegen felbe	71	86
Semestralprufung darf über Lebrzweige		
die in einem halben Jahr beendigt werden,		
fogleich abgehalten merden	134	167

	B hit	Scite
Service Artifeln follen Subarrendatoren bem Militar gegen bloße Interimsscheine nicht verabfolgen	102	121
Siebenburgische Unterthanen, die densels ben von ihren Dominikalgerichtsbarkeiten ausgefertigten Reisepasse sind als gultig in betrachten	63	75
ben follen Dbrigkeiten und landesfürstli- de Aemter gar nicht oder nicht klassen- maßig gestempelte Urkunden anzeigen	0.5	70
Eklaven; der Sandel mit felben fo wie des		33
ren Mighandlung wird ganglich abgestellt Statyner Grundflude beren Abtrettung an	III	133
das Konigreich Pohlen	50	58
Soltnsen die Berordnung nach welcher ben= felben kein frepes Mubl=Holzungs-Schank- recht keine Fischeren u.d.g. zusteht, wird		
aufgehoben . Sonntage; an felben durfen feine Jagden	44	52
gehalten werden	121	156
gen Abhaltung werden Seelforger ange-	135	168
Spiel Biribis genannt, für felbes wird die Strafe bestimmt		
Staatsbeamten Borfdrift über das Ber=	122	130
fahren bei Anstellung derfelben — die Borschrift hinsichtlich des Ber=	93	109
fahrens bei Anstellung derfelben ift auch		
bei Unstellungen von ftandischen, stadtis	109	120
Stadtwundarzte; Instrukzion fur felbe		60
Stadte auf deren Objekte wird die Borfdrift binfichtlich des bei Religitazionen zum		
Grunde zu legenden Ausrufspreises aus=	172	217
Arribur	21/41	m 4 /

	Berordu.	Seite
Stadtische Magistratsbeamten wie sich bei deren Dienstentlassungen zu benehmen sey	78	
- Magistratsbeamten deren Remuneras zionen für eingehobene Aerarialsteuern ha- ben in die städtischen Kassen einzustießen	116	142
- Berwaltungen, bei felben angestellte pensionirte oder provisionirte landesfürst=		
liche Beamten oder Diener mussen auf die Aerarialpension oder Provision verzichten — Beamten bei deren Anstellung ist	101	120
die Borfdrift hinsichtlich des Berfahrens bei Anstellung der Stadtbeamten genau		
- Saufer, Wohnungen, Gewolber u.d.g. wie sich bei deren Vermiethung rucksicht=	109	129
lich der Rauzion zu benehmen sen	155	196
die Berordnung in Absicht auf die Beseiztigung der Nachtheile welche wegen Kurze der 3 jährigen Berjährungsfrist entstehen		
fonnen, in Auwendung zu kommen Stadtischen Magistraten wird die Ein-	170	215
treibung der gerichtlichen Taxpostporto und Stempelgebuhren zur Pflicht gemacht . — wird bei Einsendung der Sterb-	16	25
tabellen und Erbsteuerausweisen die Porstofreiheit bewilliget	165	211
Stadtischer Getranterzeugungs = und Ber- gehrungsaufschlag; die Befreiung des so- genannten Fullbieres von selben wird auf		
die einheimischen Biererzeuger in Land- fladten ausgedehnt . Stande, auf deren Objette wird die Bor-	35	41
fchrift hinsichtlich des bei Religitagionen jum Grunde gu legenden Ausrufspreises		5. 5.
anegedehnt Standische Beamten bei deren Anftellung	172	217

	Bahl bee Berordu.	Seite
ist die Vorschrift hinsichtlich des Verfah-	-	
rens bei Anstellung der Staatsbeamten		
genau zu beobachten	109	129
Standespersonen wegen Berbrechen verur-		
theilte; Erlauterung der §S. 23 und 446		
des Iten Theils des Strafgesesbuche in		
Bezug auf deren Entsetzung von allen Bor-		
angen	49	57
Steinbruche; fur die Fahrbarteit der Bu=		
fuhrewege haben die Zufuhrekontrabenten		
der Decfftoffe Sorge zu tragen	173	218
Stempel in wie ferne Quittungen über Mi=		
litarquartierzinse hievon befreit find .	48	50
demfelben unterliegen Quittungen		
der Landwehroffiziere über Quartlerzinfe	4.0	
oder Holzvergutungen	48	56
Bormerfungsgesuche ber Pfarrer in		
Rechtsstreitigkeiten; mas hiebei zu beob=	0.	
Stempelbefreiung der obrigkeitlichen Meld=	89	106
zettel, Entlaßscheine und Interzessionen wird auf den gangen mit der Berhandlung		
eines derlei Altes verbnndenen Schriftens	4.70	
		704
wechsel ausgedehnt	152	194
bung wird Magistraten, Dominien und		
Gerichtsbarkeiten jur Pflicht gemacht	16	0.5
Stempelsache gar nicht oder nicht klassen=	10_	25
massig gestempelte Urlunden follen Obrig=		
feiten und landesfurftliche Aemter der		
Siegelgefällenadminiftragion anzeigen, und		
den Partheyen ihre Straffalligkeit bekannt		
machen	25	33
Stemplung (Komerzial) der Tucher; Erneu=	21	23
erung der diesfälligen Borfchriften .	54	63
Sterbefalle; siehe Todesfalle.	54	9
Sterbtakellen, bei deren Ginsendung wird		

Charleson and Marianatan Sia Marta	Safi ber Berorbn.	Seite
Dominien und Magistraten die Portos freiheit bewilliget Steuer von Gründen; siehe Grundsteuer. — nach Klassen; siehe Klassensteuer. — vom Erwerb; siehe Erwerbsteuer. — von Personen; siehe Personalsteuer. — von Erbschaften; siehe Erbsteuer.	165	211
- Anlaßscheine, deren Einführung . Steuern landesfürstliche; Behandlung dersjenigen welche zu deren Erhebung aufgestiellt, dieselben vorenthalten, oder sich zueignen, so wie derjenigen, welche hiers	120	147
an Theil nehmen		118 167
gen Remunerazionen der Magistratebe- amten haben in die städtischen Raffen ein=		-
guffiefen . Steuernachlasse bei Elementarbeschädigun- gen; Erlauterung der diesfälligen Grund-	116	142
steuerregulirungs = Provinzialkommisson,	46	76
eigene deren Errichtung Steuersache; Vorschrift wie Zahlungen an Versonal = Rlassen = und Erwerbsteuer in	154	196
der Abstattung zu behandeln find . — Aufstellung einer Provinzialfommif, fion für die Operazionen des stabilen Ka-	36	42
taftere	74	90
lichen Rreditspapieren nach dem Rurse, den diese Papiere am Lodestage des Erblassfers haben, in Consenziones-Munge berich.		
tigen — Eltern und Geschwister wirklicher Besiper von Bauernwirthschaften find wenn	106	126
- Alikan and a same and a same and a same		

	Zahl der Verordie	Ceile
fie keine Sandwerker find, von der Per=		157
fonalsteuer befreyt	1-5	-37
vingialkommission für die Regulirung des		
Grundsteuerprovisoriums und Errichtung		
einer eigenen Steuerregulirungs » Provin-	1-1	196
Strafbestimmung fur den Fall wenn von	154	.90
den im S. 55. des Bollpatents un=	77.5	
ter Lit. E. bezeichneten Berfendungen		
bei der zollämtlichen Revision gegen die		
schriftliche Erklarung weniger an Waaren vorgefunden werden follte	744	120
- für das Spiel Biribis genannt	114	156
Strafen von Ortsobrigfeiten wegen verzo-	3 2020	
gerten Eingaben der Erwerbesteuererfla=		
rungen verhangte, follen fogleich ben		
Rreisamtern angezeigt werden Straffalligkeit wegen gar nicht ober nicht	17	26
flassenmassig gestempelten Urkunden fol-		
len Obrigkeiten und landesfürstliche Hem=		
ter den Parthepen befannt machen .	. 25.	33
Strafgesesbuch I. Theil; Erlauterung der		
§§ 23. und 446. in Bezug auf die Ent=		
jegung verurtheilter Standespersonen von allen Borzügen	49	57
allen Borzügen	49	3/
fremden Eigenthums find nach dem 6. 74.		
gu bestrafen, wenn auch der Schaden		
nicht über 25 fl. beträgt	62	74
über schwere Polizepubertrettungen;		
Erläuterung des S. 241. daß über derlen Vergeben keine Ahndung in öffentlicher		
Hinsicht nothwendig fen, es somit dem		
Beleidigten jederzeit frey stehe, auf die	A	
ihm jugefprochene Genugthuung Bergicht		
zu leisten	113	138

	25	
	19	Seite
Stun Fronthoila again Salkananas muntan Sias	డ్డిడ్డ	
Strafurtheile gegen Selbstverstümmler, dies-		-
fällige Bestimmungen	71	86
Straffen; Erneuerung der Borfdriften ge-		3
gen deren muthwillige Beschädigung .	98	117
- Urbeiten und Erforderniße, die dies=		
fälligen Bescheinigungen muffen mit der		
Mitfertigung des Wegmeisters verseben		-4
seyn	38	44
über deren Buftand und Beschaffen-	1 12	
heit wird den Rreisamtern eine ftrenge		
Aufsicht übertragen	67	79
- Bau fur die Fahrbarfeit der Bu-		
fuhrewege ju Steinbruchen und Schotter.		
gruben haben die Bufuhrstontrabenten ber		
Deckstoffe Sorge zu tragen	173	218
Streitigkeiten über urbarialpraftazionen wie	-/3	- 0
fich hiebei zu benehmen sen	81	-98
Studienjahr an der Wiener protestantisch=	02	30
theologischen Lehranstalt wird mit letten		
Juny jeden Jahrs geschloffen, und mit Iten		
September wieder eröffnet	00	107
Studien - Auftalten bobere, bei felben bat	90	107
der Schluß des Schuljahres mit 15ten		-
July einzutreten und deffen Wiedereroff=		
nung mit Iten September gu beginnen	4.1	_46
Studiensache; Bestimmungen über die Gin=	41	40
Studien der die Gins		
richtung der offentlichen Prufungen an		
fammtlichen philosophischen Lehranstalten	12	15
- der Besuch innlandischer Lehranstal=	-	
ten wird Auslandern untersagt .	21	29
- bei Gymnasial und Grammatifals		
fculen wird eine besondere Genauigkeit	- 5	
im Klaffifizieren angeordnet	37	-43
- minderfähige Schuler werden vom		
Besuch der philosophischen Studien aus-		
geschlossen	-37	-43

	Bagil P	Seit e
Studiensache; Erhebung des Innspruker Lygdums gur Universität	45	52
— Rlerifer der Regularorden konnen die Prufung aus den Obligatstudien der Philosophie auf einmahl an einer of-		
fentlichen Lehranstalt taxfrei zurücklegen — Beugniße über das von Regularfles	56	65
rifern hinterlegte beschranktere philoso= phische Studium haben bei ihrem Aus-		
tritte keine Giltigkeit zur Aufnahme in bohere Studien	34	102
— der Schluß des Studienjahres an der Wiener protestantisch theologischen Lehre anstalt wird mit letten Juni jeden Jahres		
und dessen Wiedereroffnung mit ersten Geptember bestimmt .	00	107
- Privatstudierende muffen fich gu Un- fange des Schuljahres bei dem Borfte-	1	
her der Lehranstalt melden, und diejenis gen, durch welche sie fich die Studien eis	0	
gen machen wollen anzeigen - neu angestellte Lehrer und Profes- foren sind durch die ersten drei Jahre	110	146
nicht als stabil zu betrachten	132	166
Jahr beendigt werden, darf auch fogleich die Semestralprufung abgehalten werden	134	167
- offentliche Bibliotheken durfen keine Romane und bloße Unterhaltungsschriften		
noch das Conversations Lexicon (in ausa landischen Auflagen) an die studierende Jugend verabsolgen	140	172
- von hungarischen Gymnafien tome mende Schüler muffen einer ordentlichen	2-70	- / 20
Prufung unterzogen werden	143	175

	Der.	
	Safit Seron	Selte
benen Gegenftande erlernen, find in Schu-	යාසි	
len nicht zu dulden	143	175
Studiensache; Privatlebrern die fich nicht	10	-/5
fur den gangen grammatischen oder bu=		4
manistifden Lehrfurs geeignet erwiesen,		
haben, darf fein Lehrfahigkeits = Defret		
ertheilt werden	143	175
- Umsegung des Unterrichtsgeldes an	-	,
der Lemberger Universität und an beiden	2.4.	
Symnasien in Metallmunge . — das vom Prosessorkrang Fiefer be-	149	193
arbeitete Werk. Chrestomathia latina in		
usum auditorum philosophiae anni		
primi et secundi wird als Lehrbuch		
eingeführt	160	206
das Berboth Auslander auf innlan-		
difchen Lehrankalten zuzulaffen, findet		
feine Anwendung auf die vor Kundma-		
dung desfelben aufgenommenen Indivi-	1	
duen	109	214
- Einführung des Unterrichtsgeldes an		
fammtlichen Gymnafien und philosophische Lehranstalten	vO1	004
- Errichtung eines ordentlichen offent=	181	224
lichen Lehramtes der Comptabilitats=Wif=		
fenschaft an den Universitaten gu Prag		
und Combard	183	229
Studierende mit nachtheiligen Fortgangs		
oder Sittenklassen, deren Behandlung .	110	130
- Jugend, an felbe durfen offentliche		
Bibliotheken feine Momane oder bloße Uns		
terhaltungsschriften noch das Conversa-		
tionslexicon ((in auslandischer Auflage) ver-	140	170
Studierende Beschränkung der sich unvers	140	1/2
baltnismäßig mehrenden Bahl derfelben	181	224
Studium beschrankteres philosophisches, Die	-54	
Prov. Gefehf, w. Galizien 1826.	-	

	3 hi be	Seite
dieffälligen Beugnisse der Regularfleriter baben bei ihrem Austritte keine Giltigkeit		
zur Aufnahme in höhere Studien	84	102
Monats mit den Verpflegsmagazinen ab- rechnen	2	2
feine Natural = oder Servizeartifeln an das Militar verabfolgen	102	121
Subarrendirungs = Instruktion. Anhang, daß Ortsgemeinden zur Subministrirung für garnisonirende Truppen nie, für		
marschierende aber hochstens bei unvorge= febenen grofferen Truppenmarschen ver=		
halten werden durfen - Berhandlungen, wie fich hiebei rucks	125	158
fichtlich der Erfullungstauzion zu beneh= men fen	5	5
hiezu durfen Ortsgemeinden für garnisonis rende Truppen nie — für marschierende		
hochstens bei unvorgesehenen größeren Eruppenmarschen verhalten werden .	125	158
Superintendenten akatholische; wie sich nach deren Ableben mit dem Superinten- dentalarchiv zu benehmen sen	07	104
Syrup von Weintrauben, Bestimmung ber Eingangezollfige fur felben	C.	58
Z.	3-	
Zabak hungarifder, für felben wird der neue		0.0
Ausgangezoll bestimmt	22	30
lichfeit vornehmen, die Obrigfeiten aber		

	oren.	Seite
	Sag	Cent
haben benfelben allen erforderlichen Beis	1	
fland gu leisten .	112	136
Sabarmehl hungarisches und Labakstaub neue		400
Bollbestimmung für felbe	55	64
Zuvarschundezungen; deren Abstellung.	147	183
Zaglia; deren Bestimmung fur die Rettung		
eines Menschen aus dem Feuer .	69	85
Zangmusiken, Bestimmung der Zeiten und		
Tage, an welchen folde nicht gestattet		
werden	127	180
Tarnow dahin wird das Tyniecer Bisthum		000
überfest	150	193
Zaren gerichtliche, deren Gintreibung wird		
Magistraten Dominien und Gerichtsbars		
feiten gur Pflicht gemacht	16	25
hievon find Rlerifer der Regularor-		
den bei Ablegung der Prufung aus den		
Obligatstudien der Philosophie befrent .	56	65
Zarfache; Behandlung der in Zivildienste		
übertrettenden Offiziere und Auditoren		
rudsichtlich der Karakteurs und Karenz=		
tagen	175	210
Laxvormerkungs = Gesuche der Pfarrer in		
Rechtsstreitigfeiten, wie felbe gu behans		
deln sind	89	106
Tarmesen = Verlassenschaftsmassen sind nach		
dem Kurfe ju 250 auf Conventions=Munge		
zuruckzufuhren, und hievon die adeliche		
Richteramtstage zu bemeffen	9	13
Teftamente, wenn der Wille eines Erblaf-		
fere nichts gesetwidriges enthalt, muß		
derfelbe genan befolgt werden	178	241
Theologische Lebranstalt, protestantisch in		
Wien, der Schluß des diesfalligen Schul-		
jahres hat mit letten Juny einzutreten,		
und deffen Wiedereröffnung mit iten		
September zu beginnen	90	107
5. 2		

	報点	
	160	Selte
	cos.	Celle
Tibuze , Pofiftrede nach Bojana ftampt wird	-	
auf eine und ein Biertelpost herabgefest	26	34
Todesfalle der Militar = Personen; hiebet		~7
haben Dominien und Magistrate zwar		
ihr Amt zu handeln, von Berfassung ei-		
nes Inventars aber sich bis auf Ansuchen		
der Militarbehorde gu enthalten.	61	76
Tob oder fruhzeitig geborne Rinder sollen am	04	10
Rirchhofe auf einem abgesonderten Orte	-6	7 . 7
begraben merden	90	113
Translatoren hebraische; denselben wird bei		
gerichtlichen Unterfuchungen Gin Gulden		
Conventions = Mung taglich bewilliget .	13	19
Trauung der Militarpersonen darf ohne Be=		
wisligung der Militarbehörde nicht vollzo=		
'gen werden .	76	91
Trivialschulen; neue Reifekoften aus An-		
lag deren Errichtung und Dotirung wers		
den aus dem Schulfonde bewilliget	70	85
Truppen; zur Subministrirung für garnisos		
nirende durfen Ortsgemeinden nie - für		
marfdirende hochstens bei unvorgesehenen		
großeren Truppenmarichen verhalten mer-		
den	125	158
Zucher; Erneuerung der Vorfdrift wegen de=		
ren Komergialstemplung	54	63
Enniecer Bisthum Deffen Ueberfebung nach	0 1	
Larnow	15	293
	-5	- 4
u.		
u.		
Uiberfiedlungs = Roften ; deren Bergutung		
findet bei Wiederanstellung der Quieszen-		
Ann midd City	184	230
Manicer Straffenstrecke nach Domarads füh-	*04	-0-
rende; Erhöhung der Wegmauthgebühr		
	108	100
für selbe	100	139

	C ben	
	Bah	Seite
Ungarn; siebe Hungarn.		
Univertitat biezu wird das Annsvruker Lus		
- in Lemberg, an felber wird das	45	52
unterrichtsgeld in Metallmunge umgeset	- 1 -	W = 0
Unterbehörden in wie ferne selbe ihre ur-	149	193
theile in schweren Polizepubertretungsfal=		
len der Landesstelle vorzulegen haben .	40	45
Unterhaltungsschriften bloge, durfen of.	-1-	
fentliche Bibliotheten an die ftudierende		
Jugend nicht verabfolgen	140	172
Unteroffiziere vom Militar haben ihre Sc.		
fuche um Zivilanstellungen bei ihren vor= febenden Regiments = oder Bataillous,	-	
The same of the same of the same		
Unterrichtsgeld; dessen Umsehung an der	138	170
Lemberger Universität und den beiden		
	149	194
- deffen Einführung an sammtlichen		
Symnasien und philosophischen Lehran=	-	
statten .	181	224
Unterthanige Gemeinden follen durch ihre Dominien gur reiheweisen Abholung des		
Seelsorgers zur Ertheilung des Religis		
onsunterrichts aufgefordert werden	70	94
- Gemeinden haben bei ausgebroches		,
nen Spidemien oder Biehfeuchen die Suhr		
für das Sanitats = Individuum ohnents	-	
geldlich zu leisten	80	95
deren Aeltern und Geschwister find, wenn		
sie keine Sandwerker sind von der Persos		
	123	157
Unterthaniger Wirthschafts = Betrieb das		- 1
hiezu erforderliche Getreide, Solz, Fut=	1	
ter, Gerathe und Wieh darf in Erefuzie		
ousfallen nicht abgesondert in die Exelus		

SANTE IN THE PARTY OF THE PARTY	abl	Con
gion gezogen , fondern nur mit dem un-	ALC: CA	
beweglichen Gut zugleich gepfandet, ge=		
schaft und versteigert werden	72	88
Unterthanen siebenburgische, die denselben	12	•
von ihren Dominifal gerichtsbarkeiten		
ausgefertigte Reifepaße find als gultig gu		
betracten	63	F 6
- ofterreichische durfen eine Anftellung	03	75
als diplomatische Agenten fremder Staas		
ten nicht annehmen .	TAA	106
	144	176
- preußische, die in einem Alter ein=		
gewandert find wo sie noch nicht militat=		
pflichtig waren, muffen ausgeliefert mer=		W. P
den	153	195
- welche Solg jum Berkaufe ver-		
frachten, durfen fich mit obrigfeitlichen	-60	. 00
Bertifikaten nicht ausweisen	102	208
Unterthausbeschwerden wo die Verlährung		
eintritt wie felbe zu behandeln	30	37
- Gache Aufhehung der Berordnung		
nach welcher den Soltyfen fein freies Mihls		
Holzungsschankrecht keine Fischerei u.d.g.		po
gufteht	44	52
Sache wie fich bei Streitigkeiten über		
Urbarialpraftazionen und Richtigstellung		
der Inventarien zu benehmen sen	81	98
Sache; der Sklavenhandel und die		
Mißhandlung derfelben wird ganglich ab=		
geftellt	111	233
Urbarial = Prastazionen, wie sich bei vorfal=		
lenden Streitigkeiten zu benehmen fen .	81	98
Urkunden gar nicht oder nicht klassenmässig		
gestempelte follen Dbrigkeiten und lan=		
desfürstliche Hemter der Siegelgefallenad=		
ministrazion anzeigen, und den Partheyen		
ihre Straffälligkeit bekannt machen .	25	33
- in den alten gur Bertilgung geeige		

SE.

	Safi ber	Seite
neten landrechtlichen Alten befindliche zu deren Behebung werden die Parthepen auf-	w.est	
gefordert	99	118
Urlauber; siehe Beurlaubte. Urtheile in schweren Polizenübertrettungsfäl-		
len in wie ferne Unterbehörden folche der Landesstelle vorzulegen haben	40	45
3.		
Berjährungsfrist dreijahrige, die Berorde		
nung in Absicht auf die Beseitigung der		
Nachtheile welche wegen beren Rurge für bas Aerar entstehen können, hat auch		123
auf politische Fonds und städtische Verwal=		
tungen in Anwendung zu kommen	170	215
Berlaffenschaften; Ginziehung des hiebei	-/0	219
porfindigen Legendenbuches des Pater		
Martin Rochem	24	32
Verlassenschafts = Falle im felben vorfindi=		
ge Kreugartifel und Reliquien muffen an		
die Konsistorien oder Ortsfeelforger abge=	-	
geben werden	170	220
- Massen sind nach dem Kurfe zu 250 auf Conventions-Münz zuruckzuführen und		
hievon die adeliche Richteramtstage zu be=		
rechnen	0	13
- Sache, wenn der Wille eines Erb=	9	*.)
laffers nichts gefehmidriges enthalt, muß		
derfelbe genau befolgt werden	178	221
Bermiethung städtischer Sauser, Wohnun:		
gen, Gewolber u. d. g. wie sich hiebei	80	
rucksichtlich der Rauzion zu benehmen sey	155	196
Bermbgens . Freizugigfeitsvertrag zwischen Desterreich und Modena	E PR	6.6
Verpfleasmaaazine: mit felben follen Gub-	5/	66
- A A W. I A P. M. STEWN MINISTER A SHIP I STATE OF THE PARTY OF THE P.		

	Safi 2	Seite
arrendatoren zu Ende jeden Monats ab-		
rechnen	2	2
Verpflegung der Kavallerie . Exekuzions=		
mannschaft in jenen Orten wo weder ein		
Magazin noch eine Subarrendirungs-		
Borforge besteht	02	109
Berrechnenden Militarbehorden wird jedes	-	
Unleihen an baarem Gelde oder Ratura=		
	158	200
lien neuerdings untersagt Verschwagerte Personen durfen bei einer	-30	
und derfelben Berichtsbehorde nicht an=		
	07	114
gestellt werden Belitärbehörden wird jedes	//	7
Unleben an baarem Gelde oder Natura=		
lien neuerdings untersagt	158	200
Bermandte Personen durfen bei einer und	-30	
derfelben Gerichtsbeborde nicht angestellt		
	97	114
Wich jum unterthanigen Wirthschaftsbetrieb	11	*
erforderliches darf in Erefuzionsfallen	115	
nicht abgefondert in die Exefuzion		
gezogen fondern nur mit dem unbewege		
lichen Gute zugleich gepfandet, gefchat		
und versteigert merden	72	88
- Sandel auf dem Ollmuger Martte,	[40	00
Hufhebung der denfelben beschrantenden		
	7	9
Borfdriften Geuchen; hiebei haben Gemeinden die Fuhr für das Sanitatsindividuum	/	9
die Luhr für das Sanitateindiniduum		
ohnentaeldlich zu leisten	80	0.5
ohnentgeldlich zu leisten Vize = Staatsbuchhalters = Witwen wird	00	95
die karaktermaßige Pension mit 350 fl. bes		
	MM	02
williger Bolksschulen wo keine besteden, werden	77	93
Seelsorger zur Ertheilung des Clementars		
and and the R and a man many	105	160
unterrigis aufgemuntert ,	135	100

出意

	api ber	Seite
Wolfsschitlen bei felben werden die Lefe-	00/20	
bucher des Regierungsrathe Leonhard ein-		
geführt	139	171
W.		
Waaren = Kollien zollamtlich angewiesene,		
bei deren Entsteglung foll von politischen		
Behorden und Ortsobrigfeiten die amtli= che Entfieglung auf dem Rucken der Bol=		
lete bestätiget werden	21	38
Waffenubung, Behandlung der hiezu nicht	-0-	
eingernichten Beurlaubten	151	194
Wappen f. f. deffen Führung wird den Ju-	4	
dengefalls = Pachtern unterfagt	119	147
Warschauer Kommersialstraffe, Regulirung		,
der Weg. und Brudenmauthstazionen . Wasserschaden ; siehe Elementarbeschabigunger	136	109
Wegmauth deren Errichtung zu Barnte .	61	74
Errichtung zu Reumark	124	
Bu Markowa deren Aufhebung .	177	
- Gebuhrerbohung fur die von Doma=		
radg nach Ulanice führende Straffen=		
frece . Gtazionen Regulirung auf der War=	108	129
- Stazionen Regultrung auf der War=	27.0	2/2
Segmeister mit dessen Mitsertigung mussen	130	169
Bescheinigungen über Straffenarbeiten		
und Erforderniße versehen fenn .	38	44
Weintrauben. Sprup; Bestimmung der Ein-		
gangezollsape für felben	5%	58
Wetterschaden; siehe Elementarbeschädis		
gungen.		
der Sollns des dieffälligen Schuljahres		
bat funftig mit legten Juni einzutreten		
Prop. Gefent, non Galizien 1826.		

	Bahl ber	Seite
und dessen Wiedereroffnung mit ersten Sepatember zu beginnen	90	107
den Gute zugleich gepfandet, geschäßt und versteigert werden Witwen der Bige = Staatsbuchhalters wird die karakteurmäßige Pension mit 350 fl.	72	88
bewilliget Wohlthatigkeits = Anstalten auf deren Db= jekte wird die Borschrift hinsichtlich des bei Relizitazionen zum Grunde zu le=	77	93
genden Ausrufspreises ausgedehnt Wohnungen städtische; wie sich bei deren Bermiethung rucksichtlich der Rauzion zu		217
Wohnungs = Rompetent, deren Bestimmung	155	100
für Kreishebammen . Wundarzte ftadtische; Instrukzion für felbe — deren Didten werden um ein Funf-	53	
theil herabgesettt.	180	223
Zahlungen an Perfonal = Rlaffen = und Er-		
werbsteuer wie solche in der Abstattung du behandeln sind	36	42
mauth daselbst	61	74
taufen verfrachten nicht ausweisen Zeutgniffe über das von Regularflerifern hins	162	208

	Seror	Seite
terlegte beschränktere philosophische Stu-	avier.	8
dium haben bei ihrem Austritt feine Gil-		
tigkeit zur Aufuahme in die hoheren Stu-	4	
dien	84	102
Zinse fur Quartiere der in Lemberg stagio=		
nirten Militar = Parthenen werden beim		
Rriegszahlamt ausbezahlt, jene fur die		
außer Lemberg befindlichen aber bei den		
in jedem Rreise distozirten Regimentern und Eruppenabtheilungen angewiesen .	.6.	007
Bivil = Juftig = Bermaltung in der Butowina,	161	20/
deren Trennung vom Rriminale	126	150
Anstellungsgesuche haben Unteroffis	140	149
giere und Gemeinen von Militar bei ihren		
vorstehenden Regiments . oder Bataillous,		
fommanden einzureichen	138	170
Bollamter hungarifde follen gubr = San-		-/-
delsteute und Reifende nach Sungarn nicht		
umgehen	47	54
Zollbestimmung neue für ungarisches Ta=		
bakmehl und Tabakstaub	55	64
Zollfache; Bestimmung des neuen Ausgangs=		
golls fur den hungarischen Tabat	22	30
Zousache; Festsesung des Gin = und Aus-		
fuhrzolls für Meeraale	29	36
- bei Entsteglung der zollamtlich an=		
gewiesenen Waaren = Kollien foll von po-		
litischen Behörden und Ortsobrigkeiten die amtlich geschehene Entsieglung auf dem		
Ruden der Bollete bestätiget werden .		20
- 1libersehung des Lubyczaer Rommer=	31	38
zialzollamtes nach Belzec	32	39
- Serabsehung des Ausgangzolls für	O.M	39
die rohe Floretseide und Seidenabfalle		
aller Airt	85	103
- Bestimmung der Strafe wenn von	43	1
den in dem § 55. des Bollpatents unter	1	

神神

	Mf ber	Sdit
	යස්	SOUTH .
Lit. E. bezeichneten Berfendungen bei der		
zollamtlichen Revision gegen die schriftli=		
che Erflarung weniger an Waaren vorges		
funden werden follte .	114	139
Zollfache; die Einfuhr des galizischen Sale	-	
zes nach Schlefien und Mabren wird ver-		
bothen	168	213
- Gerabfegung des Ausgangzolls fur	-00	-10
roben und gehechelten Sauf	182	229
Bollfabe; Bestimmung fur die Ginfuhr des	102	M M G
Buders, Budermehle und Weintrauben=		
	CI	58
Jufuhrsmege ju Steinbruchen und Schot-	31	27.03
tergruben für die Fahrbarkeit derfelben		
haben die Zusuhressontrahenten der Deck=		
	7	0.2.0
stoffe Sorge zu tragen	173	2,18
Zucker; Bestimmung der Bollsage für die		
Einfuhr desselben	51	58
Buckermehl fur deffen Ginfuhr werden die		
Bollfage bestimmt	51	58
Bulfaer Grundstude, deren Abtrettung an		
das Königreich Pohlen .	50	58
Zunftsache judischen Meistern wird verbo-		
then driftliche Gefellen und Lehrjunge gu		2-
balten	130	164



11 10 Tu